

Das Programm der Kommunisten muss die Praxis leiten

Joscha Schmierer



Zur Frage der Abschaffung aller indirekten Steuern im KBW- Programm

Zur Steuerforderung

"Bürgerinitiativen" und Klassen- kampf

Zum Kampf des Volkes in Nordhorn und zum Artikel in der KVZ Nr.1

Westberlin ist kein Teil West- deutschlands

Zur Kritik an der Gewerkschafts- linie der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML)

Es lebe der Sieg im Volkskrieg

Der Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes

Techniken der Konterrevolution

Die Counterinsurgency-Pläne des US-Imperialismus

Die Revolution in Eritrea ist ein wichtiger Bestandteil der Weltrevolution

2 / 74

Preis: DM 4.--

Franz-Mehring-
Gesellschaft e. V.
5000 Köln 1

Kommunismus und Klassenkampf

Jahrg. 2, Nr. 2
März 1974

Kommunismus und Klassenkampf 2/74

INHALT:

Das Programm der Kommunisten muß die Praxis leiten Weder Verallgemeinerung unserer Praxis noch System ausgeklügelter Forderungen Joscha Schmierer	S. 99
KRITIK UND SELBSTKRITIK	
Vorbemerkung	S. 114
Zur Frage der Abschaffung aller indirekten Steuern im KBW-Programm	S. 114
Zur Steuerforderung	S. 119
"Bürgerinitiativen" und Klassenkampf Zum Kampf des Volkes in Nordhorn und zum Artikel in der KVZ Nr.1	S. 123
Westberlin ist kein Teil Westdeutschlands	S. 126
Zur Kritik an der Gewerkschaftslinie der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) Offener Brief an das ZK der KPD/ML (Roter Morgen)	S. 134
Es lebe der Sieg im Volkskrieg Der Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes	S. 137
Techniken der Konterrevolution Die Counterinsurgency-Pläne des US-Imperialismus	S. 155
Die Revolution in Eritrea ist ein wichtiger Bestandteil der Weltrevolution	S. 165

IMPRESSUM:

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
Redaktion: Ständiger Ausschuß des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
Verantwortlicher Redakteur: Joscha Schmierer 68 Mannheim 1, Sandhofer Str.29
Erscheint 6 mal jährlich im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf 68 Mannheim 1, Sandhofer Str.29, Tel: 0621 / 37 92 21
Postscheckkonto: Ernst Ehlert, Postscheckamt Karlsruhe, Konto Nr. 112 985 - 758
Bankverbindung: Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim, Konto Nr. 57 34 18
Preis der Einzelnummer: DM 4.-
Das Jahresabonnement (6 Nummern incl. Porto) kostet DM 24.-
Ein Förderabonnement (6 Nummern incl. Porto) kostet mindestens DM 30.-
Auflage: 15 000
Satz und Druck: J.Elfert (Caro-Druck) 69 Heidelberg, Lutherstr. 44a

Kommunismus und Klassenkampf

1/73

Vorbemerkung der Redaktion

Die gegenwärtige Klassenkampfsituation und die Aufgaben der Kommunisten

— Eine Polemik gegen falsche Auffassungen im KBW

„Solange einer Mönch ist, läutet er die Glocke“

— Kampf dem Zirkelwesen

Kritik am Bericht des 'Ständigen Ausschusses' über die Gründungskonferenz des KBW

Die Arbeiterklasse und der Kampf um demokratische Forderungen

— Erläuterungen zum Programm des KBW

Vorbemerkung der Redaktion zu den Artikeln über die Westberlin-Frage

Westberlin — Eine Politik der freien Stadt?

Können wir die Westberliner Kommunisten im KBW organisieren?

Schwarz-rot-goldene Kommunisten?

Programm und Politik des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD

Notizen zum Papier der "KPD/ML Ortsgruppe Bremen, Mai 1973

Stellungnahme zum Programmentwurf der Kommunikierungsgruppen"

Die politische Massenzeitung

Berichtigung zu 'Kommunismus und Klassenkampf' Nummer 1/74:

Die "Stellungnahme zum Gesundheitspolitischen Programm des DGB" wurde von einem Arbeitskreis gewerkschaftlich organisierter Ärzte verfaßt und uns zur Veröffentlichung zugesandt.

Red.

Dokumente des Zentralen Komitees des KBW

Das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland hat die erste ordentliche Delegiertenkonferenz des KBW auf Mitte April festgesetzt. Gleichzeitig hat es beschlossen, die Beschlüsse des ZK zusammenzufassen und zu drucken, um die Vorbereitung der Organisation auf die Delegiertenkonferenz zu erleichtern.

Gleichzeitig werden diese Beschlüsse auch veröffentlicht, damit sie den Mitgliedern der Massenorganisationen zugäng-

1/74

Kampf um Demokratie und Sozialismus— Zum Erfurter Programm —

Politisches Minimalprogramm oder imperialistischer Ökonomismus

Noch einmal zu den demokratischen Forderungen unseres Programms

— Wilfried Maier —

Der KB Nord: Eine Gruppe ohne politischen Halt

Der Charakter der chilenischen Revolution

Chile: Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus

In Chile wird um Unabhängigkeit und Freiheit gekämpft

Über die internationale Bedeutung der Lehre Mao Tsetungs

Der Kolonialcharakter des israelischen Staates

Der neue Lohnrahmentarifvertrag Nordwürttemberg/Nordbaden gibt den Weg für wirksamere Ausbeutermethoden frei

— Materialien zu einigen Bestimmungen des Lohnrahmentarifvertrages II —

Stellungnahme zum Gesundheitspolitischen Programm des DGB

Die politische Massenzeitung

Vorbemerkung: Zum Fälschungsvorwurf des "Arbeiterkampf"

Kritik zu dem Artikel von H.K. "Die politische Massenzeitung" in Kommunismus und Klassenkampf Nr. 1

Beschluß des ZK des KBW auf seiner Sitzung vom 15.12.1973 zu den Demonstrationen am 30.11. und 8.12.1973

Beschluß des ZK des KBW vom 15.12. 1973 zur Frage der kommunistischen Massenorganisationen unter den Studenten

Kampf zweier Linien in der Bestimmung von Agitation und Propaganda

Kampf—Kritik—Umgestaltung

Resolution der 2. MV der Ortsgruppe Osnabrück des KBW

Betrugsvorwurf des "Arbeiterkampf"

lich sind und sich jeder, der sich mit der Politik des Kommunistischen Bundes Westdeutschland auseinandersetzen will, ein möglichst umfassendes Bild von der Politik des Zentralen Komitees des KBW machen und am Prozess von Kritik und Selbstkritik innerhalb des KBW teilnehmen kann.

Mannheim, den 29. 1. 1974

Preis: 1.50 DM

Bestellungen an: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf 68 Mannheim, Sandhoferstr. 29

Das Programm der Kommunisten muss die Praxis leiten

Weder Verallgemeinerung unserer Praxis noch System ausgeklügelter Forderungen

Bei der Erarbeitung des Programms des Kommunistischen Bundes Westdeutschland sind die Kommunisten, die sich daran beteiligt haben und sich dann im Kommunistischen Bund Westdeutschland zusammengeschlossen haben, grundsätzlich anders vorgegangen als die verschiedenen Organisationen, die heute in Anspruch nehmen, die Kommunistische Partei, die Partei der Arbeiterklasse, zu sein.

Der eine grundsätzliche Unterschied besteht darin, daß das Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland in einer breiten öffentlichen Debatte vor aller Augen erarbeitet wurde, daß jeder in diese Debatte eingreifen konnte, der sich an der Erarbeitung des Programms der Kommunisten beteiligen wollte. Dieses Vorgehen wird heute fast allgemein als grundsätzlich richtig angesehen. Es hat die ideologische Auseinandersetzung vorangebracht und hat den ideologischen, politischen und organisatorischen Aufbau des Kommunistischen Bundes Westdeutschland bedeutend erleichtert und beschleunigt. All die zahlreichen kommunistischen Organisationen, die sich inzwischen aufgelöst haben und deren Mitglieder sich im Kommunistischen Bund Westdeutschland organisiert haben, waren von vornherein am ideologischen Aufbau des Kommunistischen Bundes Westdeutschland beteiligt und haben aktiv in die Programmearbeitung eingegriffen. Nur deshalb war es möglich, daß der Kommunistische Bund Westdeutschland nach all den Spaltungen der marxistisch-leninistischen Bewegung wirklich eine vereinheitlichende Kraft geworden ist und schon heute einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei Deutschlands leisten konnte.

Im Gegensatz dazu haben sowohl die KPD/ML als auch die Gruppe Rote Fahne (KPD) jeweils Programmentwürfe verfaßt, von deren Existenz sie zwar öffentlich berichten, die sie aber nicht veröffentlichten.

Die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) hat ihren Programm-entwurf, der wider ihren Willen dennoch an die Öffentlichkeit geriet, inzwischen sang- und klanglos zurückgezogen. Was danach geschehen ist und was weiter geschehen soll, nachdem sich der Programm-entwurf als kleinbürgerliches Sonntagsgemälde herausgestellt hat und zurückgezogen werden mußte, darüber hat die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) bisher nichts verlauten lassen.

Die Gruppe Rote Fahne (KPD) hat, wie es ihre Art ist, in Ochsenfroschmanier die interessierte Öffentlichkeit darüber unterrichtet, daß sie einen Programm-entwurf erarbeitet habe. Sie hat auch mitgeteilt, daß dieser Programm-entwurf einfach großartig sei und alles bisher dagewesene weit in den Schatten stelle. Veröffentlicht hat sie dieses Meisterwerk allerdings auch nicht. Aber auch bei der Gruppe Rote Fahne ging die Sache nicht glatt über die Bühne. Inzwischen hat sie eine Verschiebung des Parteitag des 1. Parteitag und den Programm-entwurf vorläufig zurückgezogen.

Der zweite grundsätzliche Unterschied besteht darin, daß wir unser Programm nicht einfach als eine Verallgemeinerung unserer bisherigen Praxis entwickelt haben. Statt dessen haben wir uns auf die Programmauseinandersetzung innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung und auf die daraus hervorgegangenen Programme gestützt.

Warum haben wir das gemacht? Wir haben das gemacht, weil ein Programm die wissenschaftliche Zusammenfassung aller Erfahrungen und Erkenntnisse der internationalen Arbeiterbewegung sein muß und nicht einfach die Verallgemeinerung der beschränkten Praxis einer bestimmten Organisation. Dadurch, daß wir uns auf die Erfahrungen und Erkenntnisse der gesamten internationalen Arbeiterbewegung gestützt haben, mußten wir auch nicht irgendwelche Forderungen ausklügeln oder uns auf die Erfahrungen und Erkenntnisse der gesamten internationalen Arbeiterbewegung gestützt haben, mußten wir auch nicht irgendwelche Forderungen ausklügeln oder uns auf die Erfahrungen und Erkenntnisse der gesamten internationalen Arbeiterbewegung gestützt haben, mußten wir auch nicht irgendwelche Forderungen ausklügeln oder uns auf die Erfahrungen und Erkenntnisse der gesamten internationalen Arbeiterbewegung gestützt haben.

Wie verfuhr dagegen die KPD/ML? Sie hat alles zusammen gestellt, was sie für wünschbar hält, ohne sich zu überlegen, für welche Etappe der Revolution das Programm geschrieben sein soll. Statt Forderungen für die Etappe der Revolution vor der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zu erarbeiten, hat sie sich ausgemalt, was sie nach der Eroberung der politischen Macht alles anstellen möchte und hat dafür ein Sammelsurium von Forderungen und Maßnahmen zusammengestellt.

Und wie verfährt die Gruppe Rote Fahne (KPD)? In der Roten Fahne vom 30.1.74 wird ausgeführt:

"Der 1. Parteitag wird die Lehren aus dem jetzt vierjährigen Kampf der Partei ziehen und eine ganze Phase des Parteaufbaus abschließen. Der Parteitag wird die politische Linie der Partei umfassend zur Diskussion stellen, weiterentwickeln und verabschieden. Seine Hauptbedeutung liegt darin, daß er die gesamten Erkenntnisse und Erfahrungen, die die Partei seit ihrer Gründung gewonnen hat, in einem grundlegenden Dokument zusammenfaßt und verallgemeinert, das die Generallinie unserer Partei im Kampf für die sozialistische Revolution enthält. Der 1. Parteitag wird über das Programm der KPD beraten und beschließen, das die Bedingungen, den Weg und das Ziel der proletarischen Revolution in unserem Lande in allgemeiner Form darlegt." (Aus: Direktive des Ständigen Ausschusses des ZK an die Parteizellen zur Vorbereitung des 1. Parteitags)

Das Programm der Gruppe Rote Fahne (KPD) soll also

einfach die Zusammenfassung und Verallgemeinerung der "gesamten Erkenntnisse und Erfahrungen" sein, "die die Partei seit ihrer Gründung gewonnen hat". Nach unserer Auffassung wäre dies selbst dann zu wenig, wenn die Gruppe Rote Fahne eine ernstzunehmende kommunistische Organisation wäre. Hinter dieser Aussage steckt nichts anderes als die großspurige Behauptung, es nicht nötig zu haben, aus der ganzen Geschichte der Arbeiterbewegung zu lernen und insbesondere ihre zentralen programmatischen Ausarbeitungen zu Hilfe zu nehmen für die Festlegung des eigenen Programms. Wir wollen abwarten, was bei dem Versuch der Gruppe Rote Fahne herauskommt.

Da wir unser Programm nicht einfach auf die Zusammenfassung unserer eigenen Erfahrungen und Erkenntnisse beschränkt haben, sondern uns auf die grundlegenden Dokumente der internationalen Arbeiterbewegung gestützt haben, umfaßt unser Programm zweifellos mehr Gesichtspunkte und Forderungen als sich aus unserer eigenen Erkenntnis und Erfahrung unmittelbar ergeben hätten.

Unser Programm ist aber gerade deshalb geeignet, unsere Praxis anzuleiten und uns auch dort eine Richtschnur abzugeben, wo wir erst beginnen, praktische Erfahrungen zu machen und Erkenntnisse zu sammeln.

Es entsteht eine lebendige und fruchtbare Beziehung zwischen unserem Programm und unserer Praxis im Klassenkampf. In vielen Fragen des Klassenkampfes konnten wir uns nur auf Grundlage unseres Programms einen klaren Standpunkt erarbeiten, während es uns unmöglich gewesen wäre, aus unserer eigenen Erfahrung und Kenntnis zu diesen Fragen überhaupt prinzipiell und programmatisch Stellung zu beziehen. Das Programm muß eine systematische und wissenschaftliche Zusammenfassung aller Kenntnisse und Erfahrungen der Arbeiterbewegung sein, wenn es wirklich Richtschnur in allen Fragen des Klassenkampfes während einer ganzen Etappe der Revolution sein soll. Weil wir uns an Vorbilder gehalten haben, konnten wir ein Programm erarbeiten, das unserer eigenen Praxis voraus ist und das diese Praxis wirklich leiten kann.

Mit jeder weiteren Entfaltung unserer Praxis gewinnt unser Programm größere Bedeutung für die Organisation und wird immer besser als hervorragende Waffe im Klassenkampf begriffen. Die kurze Zeit seit der Gründungskonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschland hat dies bewiesen. Auf Grundlage unseres Programms konnten wir eine klare Linie im Kampf um die Schule entwickeln, konnten richtig eingreifen in die Kämpfe, die sich an der Steuerfrage entwickeln, konnten den bürgerlichen Parteien und ihren bürgerlich-demokratischen Phrasen im Wahlkampf in Hamburg richtig entgegenreten: durch unser Programm haben wir eine klare und umfassende Grundlage für alle Fragen des Kampfes um Demokratie und für die Eroberung der politischen Macht. Dies unterscheidet den Kommunistischen Bund Westdeutschland grundsätzlich von den verschiedenen anderen Organisationen, die sich marxistisch-leninistisch nennen und befähigt ihn auch, dem Reformismus und Revisionismus in allen Fragen des politischen Kampfes Paroli zu bieten, statt ihm das Feld im Kampf um Demokratie zu überlassen und damit die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zu sabotieren.

Das demokratische Programm: Programm zur Eroberung der politischen Macht als unerläßliche Voraussetzung der sozialen Revolution

Die DKP hat als ihr politisches Ziel die "demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft" auf ihre Fahnen geschrieben und damit den Kampf um Demokratie auf einen Kampf für politische Reformen heruntergebracht. Aufgabe der Kommunisten ist es jedoch nicht, sich mit politischen Reformen zu begnügen, sondern die Arbeiterklasse zur Eroberung der politischen Macht zu führen als unerläßliche Voraussetzung für die soziale Revolution. Der Weg zur Eroberung der politischen Macht ist nicht die politische Reform, sondern die politische Revolution. Die politische Revolution zerschlägt den bürgerlichen Staatsapparat und verwirklicht die umfassende Demokratie, in welcher Form die Arbeiterklasse ihre Diktatur ausübt über die Minderheit der (ehemaligen) Ausbeuter. Das Mittel, um an die Eroberung der politischen Macht und die Errichtung der proletarischen Diktatur ranzukommen, ist der Kampf für diejenigen demokratischen Forderungen, die erst durch die Diktatur des Proletariats umfassend und in ihrer Gesamtheit verwirklicht werden. In diesem Kampf geht es der Arbeiterklasse nicht um diese oder jene politische Reform. Bezüglich politischer Reformen nimmt die Arbeiterklasse folgenden Standpunkt ein: Politische Reformen sind Nebenprodukte des Kampfes für die politische Revolution, des Kampfes für die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse.

Deshalb machen die Kommunisten in der Formulierung der demokratischen Forderungen zu keinem Zeitpunkt irgendwelche Abstriche, sondern stellen diese Forderung revolutionär. Dies gilt sowohl für die einzelnen Forderungen als auch für die demokratischen Forderungen in ihrer Gesamtheit. Sie machen nicht einer von den Reformisten ins Feld geführten "Durchführbarkeit" zuliebe irgendwelche Abstriche von ihrem demokratischen Programm und sie lassen sich auch nicht durch die Behauptung der imperialistischen Ökonomen, die demokratischen Forderungen seien "illusionär", von der Aufstellung dieser Forderungen abhalten. Beides liefe auf Opportunismus hinaus: das eine auf Rechtsopportunismus und offenen Verzicht auf den revolutionären Kampf, das andere auf "Links"opportunismus und versteckten Verzicht auf den revolutionären Kampf. Bezüglich der demokratischen Forderungen wie aller Forderungen, die wir schon innerhalb des Kapitalismus und vor der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse propagieren und für deren Durchsetzung wir schon jetzt kämpfen, lassen wir uns nicht vom Gesichtspunkt der "Durchführbarkeit" leiten, sondern vom Gesichtspunkt der prinzipiellen Vereinbarkeit mit dem Kapitalismus, d. h. diese Forderungen dürfen keinerlei Illusionen darüber aufkommen lassen, als könne die kapitalistische Ausbeuterordnung anders als durch die soziale Revolution nach der Eroberung der politischen Macht beseitigt werden.

Durchführbar sind die demokratischen Forderungen vollständig und in ihrer Gesamtheit nur durch die Eroberung der politischen Macht und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Im absoluten ökonomischen Sinn sind sie jedoch mit der "Herrschaft des Finanzkapitals, wie des Kapitals überhaupt" vereinbar, denn diese "ist durch keinerlei Umgestaltungen auf dem Gebiete der politischen Demokratie zu beseitigen" (Lenin, Bd.22, S. 146), sondern allein mittels der "Expropriation der Expropriateure" durch das

siegreiche Proletariat nach der Eroberung der politischen Macht: durch die soziale Revolution. Daraus folgt: die demokratischen Forderungen können schon unter der Herrschaft des Finanzkapitals aufgestellt werden ohne irgendwelche Illusionen über den Charakter dieser Herrschaft und ihre Grundlagen zu machen. Sie müssen revolutionär aufgestellt werden, weil nur die politische Revolution sie vollständig und in ihrer Gesamtheit durchsetzen kann. Dem entspricht: nach Eroberung der politischen Macht und bei der Verwirklichung der demokratischen Forderungen als umfassende politische Rechte des Proletariats und der breiten Volksmassen, muß das Proletariat sofort dazu übergehen mittels despotischer Eingriffe in das Privateigentum das Finanzkapital und das Kapital überhaupt zu enteignen, wenn es die Macht behalten und auf dem Weg der sozialen Revolution vorwärtsschreiten will.

Auf dem Weg zur Eroberung der politischen Macht muß das Proletariat jede einzelne Forderung konsequent und im Zusammenhang mit allen demokratischen Forderungen formulieren und den Kampf für jede Forderung und das ganze demokratische Programm entschlossen führen. Nur so wird das Proletariat die politische Macht erobern und die unerläßliche Voraussetzung für die Durchführung seiner sozialen Revolution schaffen, in deren Verlauf es sich selbst und die ganze Menschheit befreit.

Es ist nicht verwunderlich, daß sich gerade in der Frage des Kampfes um Demokratie immer wieder scharfe Auseinandersetzungen zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Linie in der Arbeiterbewegung entwickelt haben. Die Reformisten und Revisionisten haben diesen Kampf immer als einen Kampf für demokratische Reformen statt als Kampf für die politische Revolution behandelt. Nichts anderes macht heute die DKP mit ihrem Programm für die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft.

Die Ökonomen und die imperialistischen Ökonomen haben die Notwendigkeit des Kampfes um Demokratie stets mit dem Hinweis gelegnet, daß die Arbeiterklasse andere Aufgaben habe und daß der Kampf für Demokratie von diesen eigentlichen Aufgaben nur ablenke. Vor allem bei den imperialistischen Ökonomen nahm dieser schwerwiegende Fehler die Erscheinungsform einer "linken" Abweichung an, so bei Bucharin, Pjatakow, Radek und Rosa Luxemburg. Heute treten die Gruppe Rote Fahne und die Gruppe Roter Morgen als solche imperialistischen Ökonomen auf. Auch bei ihnen nimmt ihre Abweichung eine "linke" Erscheinung an, indem sie die Eroberung der politischen Macht gegen den Kampf für demokratische Rechte ausspielen. Zumindest bei der Gruppe Rote Fahne zeigt sich aber sehr deutlich der rechte Kern, wenn sie den Kampf um demokratische Rechte grundsätzlich zum Defensivkampf erklärt und etwas von Schutzrechten daherredet, auf die man sich beschränken müsse.

In einem Brief an I.F. Armand hat Lenin dazu ausgeführt: "Die 'Ökonomen' haben den politischen Kampf nicht 'abgelehnt' (wie sie schreiben) — das ist ungenau. Sie haben ihn falsch definiert. Ebenso auch die 'imperialistischen Ökonomen'".

Sie schreiben: "Würde denn selbst ein völliger Verzicht auf demokratische Forderungen den Verzicht auf den politischen Kampf bedeuten? Ist etwa der unmittelbare Kampf um die Eroberung der Macht kein politischer Kampf?" Darum geht es ja, daß bei Bucharin (teilweise auch bei Radek) so etwas ähnliches herauskommt, und das ist falsch. "Unmittelbarer Kampf um die Eroberung der Macht" bei "völligem Verzicht auf demokratische Forderungen" — das ist etwas Unklares, nicht Durchdachtes, Verwor-

renes, und damit gerät Bucharin gerade in Konfusion.

(...)

Man muß es verstehen, den Kampf um die Demokratie und den Kampf um die sozialistische Revolution zu vereinigen, indem man den ersten dem zweiten unterordnet. Darin liegt die ganze Schwierigkeit; darin liegt das ganze Wesen der Sache. Die Tolstoianer und Anarchisten schließen das erstere aus. Bucharin und Radek sind in Verwirrung geraten, weil sie es nicht verstanden haben, das erste mit dem zweiten zu verbinden.

Ich aber sage: Lass die Hauptsache (die sozialistische Revolution) nicht aus dem Auge; setze sie an die erste Stelle (...); stelle alle demokratischen Forderungen (...), indem du sie der sozialistischen Revolution unterordnest, sie mit ihr koordinierst, sie ihr beordnest, und sei dessen eingedenk, daß der Kampf um die Hauptsache entbrennen kann, nachdem er mit dem Kampf um eine Teilfrage begonnen hat. Meiner Meinung nach ist nur diese Vorstellung von der Sache richtig." (Lenin, Briefe, Bd.4, 1914-1917, S. 343f.) Gerade von dieser Vorstellung der Sache ist die Gründungskonferenz des KBW ausgegangen bei der Verabschiedung des Programms des KBW. Das Programm hat dieses Verhältnis zwischen dem Kampf um Demokratie und der sozialistischen Revolution in der Einleitung zu den demokratischen Forderungen folgendermaßen festgelegt:

"Um an die proletarische Revolution heranzukommen, freien Raum für die Entfaltung der gesellschaftlichen Klassenkämpfe zu schaffen und die Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung zu gewinnen, muß die Arbeiterklasse den entschiedensten Kampf für die ungeteilte und uneingeschränkte Volksherrschaft führen. Im ständigen demokratischen Kampf gegen den imperialistischen Staatsapparat werden die Arbeiterklasse und breite Volksmassen jene Fähigkeiten herausbilden, derer sie bedürfen, um die politische Macht zu erobern, die sozialistische Räterepublik zu errichten und die staatliche Verwaltung selbst in die Hand zu nehmen. Zu diesem Zweck stellen die westdeutschen Kommunisten die folgenden Forderungen auf, wobei sie den Kampf zur Durchsetzung dieser Forderungen so führen, daß er auf jenen Punkt zustrebt, an dem er umschlägt in revolutionäre Maßnahmen zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates und zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat." (Ergebnisse ..., 1. Aufl. 1973, S. 22f.)

Damit bringt das Programm des KBW klar zum Ausdruck: der Kampf um Demokratie ist dem Kampf für den Sozialismus untergeordnet — aber ohne den Kampf um Demokratie wird es keinen Sieg der Arbeiterklasse über die Bourgeoisie geben und keinen Sozialismus. (vgl. zu diesem ganzen Abschnitt die Broschüre "Klassenkampf und Programm", Mannheim 1974, S.70 - 102)

Warum enthält unser Programm keine Verstaatlichungs- und Enteignungsforderungen für die gegenwärtige Etappe der Revolution in Westdeutschland?

Die Kommunistische Gruppe Bochum hat in der 1. Nummer ihrer "Beiträge zur revolutionären Theorie" zwar die Bedeutung der demokratischen Forderungen des Programms des Kommunistischen Bundes Westdeutschland anerkannt, kritisiert jedoch die Tatsache, daß unter den Forderungen die Forderung nach Enteignung der Banken und der Trusts fehlt. Weil diese Forderung fehle, bleibe unser

Programm auf dem Boden der bürgerlich-demokratischen Revolution stehen. In ihrer Kritik beziehen sich die Genossen dabei auf den Programmentwurf Lenins aus dem Jahr 1917, der die Forderung nach Enteignung der Banken und der Trusts enthielt.

Warum haben wir eine solche Forderung nicht aufgenommen?

Erstens können wir feststellen, daß die Enteignung der Produktionsmittel als entscheidender Schritt der sozialen Revolution des Proletariats selbstverständlich in unserem Programm entwickelt ist. Dort heißt es:

„Die soziale Revolution hebt das Privateigentum an Produktionsmitteln auf, überführt sie in gesellschaftliches Eigentum und schreitet fort zur Ablösung der Warenproduktion durch die unmittelbar gesellschaftliche Produktion von Gebrauchsgütern, die mit Willen und Bewußtsein von dem frei assoziierten Arbeitervolk vollzogen wird. Mit der Aufhebung des kapitalistischen Eigentums beseitigt die soziale Revolution die Grundlage für die Spaltung der Gesellschaft in Klassen und bereitet so den Boden für die Befreiung der ganzen geknechteten Menschheit, indem sie der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende setzt. Indem sie im Laufe ihrer eine ganze geschichtliche Epoche dauernden Entfaltung den Gegensatz zwischen geistiger und körperlicher Arbeit sowie den zwischen Stadt und Land aufhebt, führt sie schließlich zur Errichtung der kommunistischen Gesellschaft, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist und worin die Produktion und Verteilung schließlich nach dem Grundsatz geregelt wird: 'Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!'" (Ergebnisse . . . , S.18)

Zweitens sind wir der Auffassung, daß die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat unerläßliche Voraussetzung ist selbst für die ersten und entscheidenden Schritte der sozialen Revolution des Proletariats.

„Unerläßliche Vorbedingung dieser sozialen Revolution ist die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur, d. h. die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und ihre Ausübung in einer solchen Form, die es ihm ermöglicht, auf der Basis umfassender und direkter Demokratie für die arbeitenden Massen den Widerstand der Ausbeuter bei der Vollendung der sozialen Revolution zu brechen. Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird das Proletariat die politische Macht mit Waffengewalt erkämpfen müssen.“ (Ergebnisse . . . , S.18)

Drittens beziehen sich die Forderungen unseres Programms im Gegensatz zu seinem allgemeinen Teil auf eine bestimmte Etappe der Revolution, nämlich auf die Etappe bis zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Viertens folgt daraus, daß die Forderungen unseres Programms Forderungen sein müssen, die die Linie auf dem Weg zur Eroberung der politischen Macht festlegen und gleichzeitig die Formen in der diese Macht ausgeübt werden wird.

Fünftens ist es nach unserer Meinung nicht möglich, die ökonomischen und sozialen Maßnahmen des proletarischen Staates auf dem Weg zur Errichtung des Sozialismus und schließlich des Kommunismus als Forderungen zu erheben, bevor dieser proletarische Staat nicht wenigstens in der Form von Organen der politischen Doppelherrschaft existiert.

Unsere Propaganda für den Sozialismus und die ökonomischen und sozialen Maßnahmen der Diktatur des Proleta-

riats wird dadurch in keiner Weise eingeschränkt, daß wir diese Maßnahmen nicht als Forderungen erheben, bevor Machtorgane vorhanden sind, die sie durchführen können. Die Kommunisten müssen jederzeit sagen, warum für die Arbeiterklasse die Eroberung der Macht notwendig ist und welchem Zweck die Diktatur des Proletariats dienen muß, aber sie dürfen keinerlei Mißverständnisse darüber aufkommen lassen, daß der Zweck des Proletariats, der Aufbau des Sozialismus und schließlich die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft, nur durch das Mittel der Eroberung der politischen Macht und die Diktatur des Proletariats verwirklicht werden kann. Das Etappenziel in Westdeutschland ist nicht der Aufbau des Sozialismus, sondern die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Die Enteignung der Banken und Trusts werden die ersten Schritte sein in einer neuen Etappe der proletarischen Revolution: in der Etappe des Aufbaus des Sozialismus.

Wollten wir die Forderung nach Enteignung der Banken und Trusts schon jetzt erheben, dann würden wir nicht zur Klarheit über das Verhältnis von Ökonomie und Politik beitragen, sondern zur weiteren Verwirrung und würden Wasser auf die Mühlen der Reformisten und Revisionisten lenken. Der Verrat der Revisionisten und Reformisten besteht ja nicht in der Leugnung der Notwendigkeit der „Sozialisierung“, sondern in der Leugnung der Diktatur des Proletariats als politischer Form, in der das Proletariat allein seine soziale Revolution einleiten und durchführen kann.

Als Lenin 1917 die Forderung nach Enteignung der Banken und Trusts aufstellte, existierte der proletarische Staat bereits in der Form von Organen der politischen Doppelherrschaft. Die Forderung nach Enteignung von Banken und Trusts ist von Lenin eben an diese Organe der Doppelherrschaft gestellt worden. Es war eine Forderung, unter der die Bolschewiki um die Mehrheit in den Sowjets kämpften. Sie war verbunden mit der Losung des Aufstands: Alle Macht den Sowjets.

Sechstens enthält unser Programm in seinem allgemeinen Teil die Grundlagen nicht nur für die Enteignung der Banken und Trusts, sondern für alle Maßnahmen, die die Organe des proletarischen Staates in der Periode der Doppelherrschaft und nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat einleiten und durchführen muß, so daß die Losungen für diese Maßnahmen jederzeit aus unserem Programm abgeleitet werden können, wenn sie durch die Errichtung der Doppelherrschaft und die Eroberung der politischen Macht auf die Tagesordnung gestellt werden können, d. h. wenn die Etappe der Revolution abgeschlossen wird, auf die sich die Forderungen in unserem Programm beziehen. Die demokratischen Forderungen unseres Programms werden dann erledigt sein, in dem Maße sie verwirklicht werden.

Zusammenfassend können wir also feststellen: Nicht nur die Enteignung der Banken und der Trusts, sondern alle Maßnahmen auf dem Weg zur Errichtung des Sozialismus und schließlich des Kommunismus sind in allgemeiner Form in unserem Programm enthalten, daß in seinem allgemeinen Teil sämtliche Etappen der proletarischen Revolution bis zur Verwirklichung des Kommunismus umfaßt. In seinem besonderen, westdeutschen Teil geht es nicht darum, alle Maßnahmen auf dem Weg zum Kommunismus in Forderungen umzusetzen, sondern darum, die Forderungen aufzustellen, auf deren Linie der Sieg des Proletariats in einer bestimmten, der in Westdeutschland anstehenden Etappe der proletarischen Revolution errungen werden kann. In Westdeutschland geht es darum, die politi-

sche Macht zu erobern und nicht darum, den Sozialismus „einzuführen“. Vor Errichtung der Doppelherrschaft kann die Aufstellung der Forderung nach Enteignung der Banken und Trusts nur Verwirrung verursachen, denn diese Forderung kann bloß an die Machtorgane des Proletariats gerichtet werden und muß in der Periode der Doppelherrschaft mit der Losung des Aufstands verbunden sein.

Verhältnis von demokratischen Forderungen und den Forderungen nach Arbeiterrechten

Die Forderungen unseres Programms sind in demokratische Forderungen und in Forderungen nach Arbeiterrechten unterteilt. Diese Unterteilung ist von entscheidender Bedeutung, wenn nicht alles durcheinandergeworfen werden soll und wenn sich die Kommunisten darüber klar sein wollen, an wen sie sich in welcher Frage wie wenden müssen.

Die demokratischen Forderungen fordern gleiche, umfassende Rechte für jedermann in allen Staatsangelegenheiten (öffentlichen Angelegenheiten). Unter der Herrschaft der Bourgeoisie mit ihrem vom Volk abgetrennten Unterdrückungsapparat im Dienste der ausbeutenden Minderheit richten sich die demokratischen Forderungen notwendig gegen den bürgerlichen Staat. Für die Herrschaft der Arbeiterklasse legen sie die Formen fest, in denen die breiten Volksmassen die Staatsangelegenheiten regeln und ihre Interessen unter der Führung der Arbeiterklasse gegen die fortexistierenden (ehemaligen) Ausbeuter politisch durchsetzen.

Freiheit und Gleichheit sind die grundlegenden Prinzipien des Demokratismus, die durch den bürgerlichen Staat bestenfalls in verstümmelter Form zugelassen werden und durch die ökonomische Ungleichheit innerhalb des Kapitalismus weitgehend zur Farce werden. Im proletarischen Staat werden diese Prinzipien umfassend verwirklicht und in die Tat umgesetzt, wobei durch die zunehmende Beseitigung der ökonomischen und sozialen Ungleichheit die Basis dafür geschaffen wird, daß diese Prinzipien wirklich in allen politischen Fragen vollständig Geltung erlangen.

Während die demokratischen Forderungen auf Rechte für jedermann in allen Staatsangelegenheiten zielen, beziehen sich die Forderungen nach Arbeiterrechten auf die Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten, bzw. auf die Beziehungen zwischen den Lohnabhängigen und den Käufern ihrer Arbeitskraft. Auf den Staat beziehen sich diese Forderungen nur insofern, als die Arbeiterrechte in gesetzlich garantierter Form erkämpft werden müssen, die sowohl die ganze Arbeiterklasse als auch die ganze Kapitalistenklasse bindet.

In Bezug auf die Staatsangelegenheiten werden die Kommunisten niemals besondere Rechte für die Arbeiterklasse gegenüber anderen Teilen des Volkes fordern, weder vor noch nach der Eroberung der politischen Macht. In Bezug auf die Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten, bzw. zwischen den Lohnabhängigen und den Käufern ihrer Arbeitskraft, müssen die Kommunisten besondere Rechte fordern, die sich aus der besonderen Lage der Arbeiter als ausgebeutete Klasse ergeben. Im Kampf für diese Rechte steht die Arbeiterklasse zunächst allein und findet bei anderen Teilen des Volkes nur insoweit Unterstützung, als sich diese auf den Standpunkt des Proletariats stellen. Im Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat steht die Arbeiterklasse nicht allein, sondern an der Spitze der unterdrückten Volksmassen.

Ihre besondere Lage als ausgebeutete Klasse befähigt sie, sich an die Spitze der unterdrückten Volksmassen zu setzen, weil die Ausbeutung der Proletarier durch die Kapitalisten in der bürgerlichen Gesellschaft die Grundlage ist „der Knechtung in jeder Gestalt: des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmern, der politischen Abhängigkeit.“ (Programm des KBW, Ergebnisse . . . , 1. Aufl. 1973, S. 14)

In der Frage der demokratischen Forderungen gibt es immer wieder deshalb Unklarheit, weil jede Forderung, die sich auf Wahlen, Freiheit der politischen Betätigung etc. bezieht, gleichgültig ob es sich um ein Recht für jedermann in Bezug auf die Staatsangelegenheiten handelt oder nicht, als demokratische Forderung begriffen wird. Dieses Mißverständnis ist gefährlich; weil dann Forderungen nach Recht auf jederzeitige Abwählbarkeit von Betriebsräten, von Volksvertretern und sagen wir von Studentenvertretern als ein und dieselbe Sache angesehen werden, einfach deshalb, weil es sich jedesmal um das Recht auf Abwählbarkeit handelt. Das Entscheidende ist jedoch, wer jeweils dieses Recht für sich fordert in Bezug auf welche Angelegenheiten.

Die Arbeiter können die Studenten in ihrem Kampf um ihre Rechte unterstützen und müssen versuchen, die Studenten für den Kampf gegen den bürgerlichen Staat zu gewinnen. Wenn es der Arbeiterklasse gelingt, Teile der Studenten für den Standpunkt der Arbeiterklasse zu gewinnen, dann werden diese Teile der Studenten die Arbeiter im Kampf für Arbeiterrechte unterstützen. Das ändert jedoch nichts daran, daß der Kampf der Arbeiter für ihre Rechte, sei es nun der Kampf für das Recht auf eine bessere Arbeitslosenunterstützung oder der Kampf für das Recht auf jederzeitige Abwählbarkeit der Betriebsräte, der Kampf der Arbeiter ist, in dem die Arbeiterklasse zunächst allein steht, und nichts unmittelbar mit dem Kampf der Studenten um – sagen wir eine bessere Ausbildungsförderung oder das Recht auf jederzeitige Abwählbarkeit ihrer Vertreter – zu tun hat. Genauso ist es umgekehrt der Fall. In den Auseinandersetzungen um den Beschluß des ZK zum Kampf der Studenten hat sich gezeigt, daß es unter den kommunistischen Studenten Versuche gibt, diese qualitativ verschiedenen Kämpfe unmittelbar in eins zu setzen als Kampf um demokratische Rechte. Das ist grundfalsch. Auch wenn es sowohl beim Kampf der Arbeiter um Arbeiterrechte als auch beim Kampf der Studenten um ihre Rechte, jeweils um Rechte geht und dies beiden Kämpfen gemeinsam ist, dann ändert das doch nichts daran, daß es weder bei den Kämpfen der Studenten noch bei denen der Arbeiter um ihre jeweiligen Rechte, darum geht, Rechte für jedermann bezüglich der Staatsangelegenheiten zu fordern, sondern darum, im einen Fall bestimmte Rechte einer bestimmten Klasse und zwar der ausgebeuteten und deshalb revolutionären Klasse zu fordern, im anderen Fall die Rechte einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppierung, die durch ihren Besuch der Universität von vornherein von den breiten Volksmassen abgehoben und abgetrennt ist. Diese wesentlichen Unterschiede zwischen verschiedenen Kämpfen kann man unmöglich verwischen, indem man sie unterschleudert als Kampf für demokratische Rechte zusammenfaßt. Im Kampf für demokratische Rechte fordert die Arbeiterklasse hingegen gleiche Rechte für jedermann in allen Staatsangelegenheiten und stellt sich in diesem Kampf gegen den bürgerlichen Staat an die Spitze, weil sie diejenige Klasse ist, für die die Demokratie politische Lebensluft ist und die aufgrund ihrer gesellschaft-

lichen Stellung allein in der Lage ist, nach Eroberung der politischen Macht ihre Herrschaft als Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit auszuüben und die Demokratie umfassend zu verwirklichen.

Die demokratische Forderung nach unentgeltlicher und obligatorischer allgemeiner Schulbildung in der Einheitsschule

Im Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland werden zum Volksbildungswesen folgende Forderungen erhoben:

- Unentgeltliche und obligatorische, allgemeine, theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde Bildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahr; Einheitsschule; Versorgung aller Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln auf Staatskosten.
- Übergabe des Volksbildungswesens in die Hände demokratischer Organe der örtlichen Selbstverwaltung; Unterbindung aller administrativen Eingriffe der Zentralgewalt in die Festsetzung der Lehrpläne und in die Auswahl des Lehrpersonals; Wahl der Lehrer unmittelbar durch die Bevölkerung selbst und Recht der Bevölkerung, unerwünschte Lehrer abzuweisen. (Ergebnisse ..., 1. Aufl. 1973, S. 23f.)

Auch diese Forderung wie jede demokratische Forderung des Programms darf nicht isoliert und unabhängig von den anderen Forderungen verstanden werden und darf vor allem nicht ihres politischen Charakters beraubt werden, um sie losgelöst vom Kampf für die Eroberung der politischen Macht zu propagieren. Wir erheben die Forderung nach der Einheitsschule nicht, um die Klassengegensätze durch Bildungsreformen abzuschwächen oder gar aufzuheben, wie bürgerliche Reformpolitiker sich dies erträumen mögen. Unter demokratischen Verhältnissen tritt hier wie überall der Klassengegensatz, der seine Grundlage ja nicht in der Politik, sondern in der Ökonomie hat, nur noch klarer hervor. Die Forderung nach der Einheitsschule ist vielmehr so zu verstehen, daß wir für eine allgemeine Schulbildung kämpfen, die jedermann befähigt, sich die Minimalkenntnisse zu erwerben, die nützlich und notwendig sind, um sich in die Staatsangelegenheiten einzumischen und politische Rechte zu erkämpfen und wahrzunehmen. Damit dies möglich ist, darf die Schule nicht der Bürokratie des imperialistischen Staates unterworfen bleiben und muß der Kampf für die Einheitsschule mit dem Kampf für die Übernahme des Volksbildungswesens durch demokratische Organe der örtlichen Selbstverwaltung verbunden werden. Jede Ausdehnung des Schulwesens muß immer mit dem Kampf gegen den Einfluß der Bürokratie des imperialistischen Staatsapparates verbunden werden. Deshalb ist die Forderung nach Wahl der Lehrer durch das Volk von großer Bedeutung. Allein auf dieser Linie kann auch der Kampf gegen die Verfolgung fortschrittlicher Lehrer durch den imperialistischen Staatsapparat wirklich als Volkskampf geführt werden. In der proletarischen Revolution wie in jeder Volksrevolution werden demokratische Organe der örtlichen Selbstverwaltung eine große Rolle spielen. Wenn die Arbeiterklasse und die Volksmassen heute den Kampf um die Schule aufnehmen, dann muß dieser Kampf von vornherein in Richtung auf Aufbau solcher demokratischen Organe der örtlichen Selbstverwaltung zielen. Während und nach der Eroberung der politischen Macht werden diese Organe im Rahmen eines zentra-

listischen Einheitsstaates eine entschiedene Stütze im Kampf gegen die fortexistierende oder sich neu herausbildende Bourgeoisie sein, weil diese Organe am leichtesten durch die Volksmassen zu kontrollieren sind. Marx und Engels, die ihre wichtigsten Lehren stets aus dem wirklichen Verlauf der Revolution zogen, haben trotz anfänglicher Verachtung der örtlichen Selbstverwaltung, die sie für einen Hort der Reaktion hielten, nach genauerem Studium des Verlaufs der Revolution ihre Meinung korrigiert und stets die Forderung nach der einheitlichen Republik mit der Forderung nach örtlicher Selbstverwaltung verbunden. (vgl. Anmerkung von Engels zur Ausgabe von 1885 der "Ansprache der Zentralbehörde an den Bund", MEW, Bd.7, S. 185)

Bei der Forderung nach der Einheitsschule wie bei jeder demokratischen Forderung dürfen wir uns die Sache nicht so vorstellen, daß wir diese Forderung als ganz durchgesetzt denken und alle übrigen Einrichtungen des bürgerlichen Staates in gegenwärtiger Form und die Bourgeoisie uneingeschränkt an der Macht. Alle demokratischen Forderungen zielen ja nicht darauf, demokratische Zustände herzustellen unter ungebrochener Herrschaft der Bourgeoisie. Wer an die Sache so herangeht, wird entweder rechtsopportunistische Fehler machen und sich demokratische Zustände ausmalen statt für jede demokratische Forderung zu kämpfen mit dem Ziel des Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie. Oder er wird linksopportunistische Fehler machen und behaupten: das geht nicht, wir müssen **statt** den Kampf für Demokratie zu führen die Herrschaft der Bourgeoisie stürzen. In Wirklichkeit ist es so, daß selbst Teile unseres demokratischen Programms nur durch heftige Erschütterungen der Herrschaft der Bourgeoisie durchgesetzt werden können und daß das ganze Programm darauf abzielt, die Volksmassen dem bürgerlichen Staat gegenüberzustellen, zu organisieren und die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen. Dies wird nur möglich sein, wenn wir für jede dieser Forderungen entschlossen kämpfen.

Die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung ist unabdingbar.

Wie gegenüber unserem ganzen demokratischen Programm wird insbesondere gegenüber der Forderung nach Volksbewaffnung die Kritik erhoben, sie sei überholt oder illusorisch. Die eine Kritik besagt, die Forderung nach Volksbewaffnung sei in der bürgerlich-demokratischen Revolution fortschrittlich gewesen, jetzt sei sie reaktionär, jetzt sei nur noch die Forderung nach Entwaffnung der Bourgeoisie und nach Bewaffnung des Proletariats revolutionär. Die andere Kritik besagt, die Forderung nach Volksbewaffnung sei ja gut und schön, aber sie sei erst nach der Errichtung der Diktatur der Arbeiterklasse zu verwirklichen. Ihre Aufstellung unter der Herrschaft der Bourgeoisie schaffe nur Illusionen. Obwohl beide Kritiken offensichtlich miteinander in Widerspruch stehen, werden sie doch vielfach von ein und denselben Leuten erhoben. Eine weitere Kritik, die auch innerhalb des KBW aufgetaucht ist, richtet sich gegen die Forderung nach Bezahlung der Dienstzeit durch die Kapitalisten.

Die entsprechende Forderung in unserem Programm lautet:

- Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung; Wahl der Offiziere; die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten für die Zeit, die sie in der allgemeinen Volksmiliz

verbringen, eine Bezahlung in der Höhe ihres bisherigen Lohnes erhalten." (Ergebnisse ..., 1. Aufl. 1973, S. 23)

In dieser Forderung gehen wir von folgenden Prinzipien aus:

1. Die Bewaffnung des Proletariats und die Entwaffnung der Bourgeoisie vollzieht sich in der Form der allgemeinen Volksbewaffnung.
2. Die Volksmiliz muß das ganze Volk umfassen und dies setzt die Bezahlung der Dienstzeit durch die Kapitalisten voraus (solange es die Kapitalisten gibt).
3. Die proletarische Miliz ist eine Volksmiliz unter Führung des Proletariats.
4. Die Führung des Proletariats setzt sich in der Volksmiliz auf Grundlage der demokratischen Organisation der Volksmiliz durch. Wir müssen die Forderung nach der Volksbewaffnung schon jetzt erheben, um sie in der proletarischen Revolution vollständig in die Tat umzusetzen.

Die Kritik, die Forderung nach Volksbewaffnung sei in der bürgerlich-demokratischen Revolution fortschrittlich gewesen, jetzt müsse sie durch die Forderung nach Bewaffnung des Proletariats und nach Entwaffnung der Bourgeoisie ersetzt werden, richtet sich ausdrücklich gegen das erste Prinzip. In der Konsequenz bedeutet sie natürlich auch die Ablehnung der anderen Prinzipien. Doch will ich der Reihe nach vorgehen.

Worin besteht die Bewaffnung der Bourgeoisie? Offensichtlich nicht darin, daß die einzelnen Bourgeois über diese oder jene Waffen verfügen, sondern darin, daß die Bourgeoisie mittels des bürgerlichen Staates über bewaffnete, vom Volk getrennte Formationen verfügt, die sie gegen die Arbeiterklasse und das Volk einsetzt. Die Entwaffnung der Bourgeoisie besteht also genau in der Zerschlagung und Auflösung dieser bewaffneten, vom Volk getrennten Formationen. Dies ist auch der Weg der Bewaffnung des Proletariats, indem es an die Stelle der bewaffneten, vom Volk getrennten Formationen die allgemeine Volksbewaffnung setzt. Dies ist ein revolutionärer Vorgang, der durch die Aufstellung der Forderung nach der Volksbewaffnung vorbereitet wird und in der revolutionären Situation vollzogen wird.

"Wir sagen: Bewaffnung des Proletariats zum Zwecke die Bourgeoisie zu besiegen, zu expropriieren und zu entwerfen — das ist die einzig mögliche Taktik der revolutionären Klasse, eine Taktik, die durch die ganze objektive Entwicklung des kapitalistischen Militarismus vorbereitet, fundiert und gelehrt wird. Nur nachdem das Proletariat die Bourgeoisie entworfen hat, kann es, ohne an seiner weltgeschichtlichen Aufgabe Verrat zu üben, die Waffen zum alten Eisen werfen, was es auch ganz sicher dann — aber nicht früher — tun wird." (Lenin: Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, LW Bd.23, S. 76)

Und in welcher Weise wird die Entwaffnung der Bourgeoisie und die Bewaffnung des Proletariats vorbereitet? Durch die Propaganda gegen das stehende Heer und die bürgerliche Miliz, die sich in nichts wesentlichem vom stehenden Heer unterscheidet und durch die Propaganda für die allgemeine Volksbewaffnung als Form und Bedingung für den Aufbau der proletarischen Miliz:

"Was die Miliz betrifft, so würden wir, auf eine konkrete und praktisch notwendige Antwort bedacht, sagen: Wir sind nicht für eine bürgerliche, sondern nur für eine proletarische Miliz. Deshalb 'keinen Mann und keinen Groschen' nicht nur für das stehende Heer, sondern auch für die

bürgerliche Miliz, auch in solchen Ländern wie den Vereinigten Staaten, der Schweiz, Norwegen usw. Um so mehr, als wir in den freiesten republikanischen Ländern (z. B. in der Schweiz) die fortschreitende Verpreuung der Miliz und deren Prostituiertung zu Militäraufgeboten gegen Streikende sehen. Wir können fordern: Wahl der Offiziere durch das Volk, Abschaffung jeder Militärjustiz, Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den einheimischen (ein besonders wichtiger Punkt für die imperialistischen Länder, die wie die Schweiz fremde Arbeiter in steigender Zahl und immer schamloser ausbeuten, ohne ihre Rechtlosigkeit aufzuheben), weiter das Recht von je, sagen wir, hundert Einwohnern des betreffenden Landes, freie Vereinigungen zur Erlernung des Kriegshandwerks zu bilden, mit freier Wahl der Instrukteure, deren Entlohnung auf Staatskosten usw. Nur unter diesen Bedingungen könnte das Proletariat das Kriegshandwerk wirklich für sich und nicht für seine Sklavenhalter erlernen, das Erlernen des Kriegshandwerks aber liegt unbedingt im Interesse des Proletariats. Wie die russische Revolution bewiesen hat, führt jeder Erfolg, sei es auch nur ein Teilerfolg der revolutionären Bewegung — z. B. die Eroberung einer Stadt, eines Industriorts, die Gewinnung eines Teils der Armee — unvermeidlich dazu, daß das siegreiche Proletariat *gezwungen sein wird*, eben dieses Programm zu verwirklichen." (Lenin: Über die Losung der 'Entwaffnung', LW Bd.23, S. 98f.)

Nun gibt es offensichtlich bei manchen Genossen das Mißverständnis, daß zwischen der Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung in der Form der Volksmiliz und dem Ziel der Bewaffnung des Proletariats und dem Aufbau einer proletarischen Miliz ein Gegensatz bestünde. Das Mißverständnis in bezug auf das Verhältnis von bürgerlicher Demokratie und proletarischer Demokratie taucht hier wieder auf als Mißverständnis des Verhältnisses von bürgerlicher und proletarischer Miliz. Was die Formen betrifft so besteht zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Demokratie ein quantitativer Unterschied, der seinen Niederschlag in der Ausdehnung der Demokratie durch die Herrschaft des Proletariats und die Erweiterung der Rechte des Volkes findet. Der qualitative Unterschied besteht in der Frage, welche Klasse die politische Herrschaft ausübt und in wessen Interesse die Staatsmacht fungiert. Die quantitative Ausdehnung der Demokratie durch die Diktatur des Proletariats schafft insofern eine neue Qualität, als die proletarische Diktatur den losgelösten, vom Volk getrennten bürgerlichen Staatsapparat zerschlägt und die Rechte des Volkes soweit ausdehnt, daß kein neuer bürokratischer Staatsapparat entstehen kann. Das gleiche Verhältnis wie zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie besteht auch zwischen bürgerlicher und proletarischer Miliz. Der Unterschied besteht also keineswegs darin, daß in der bürgerlichen Miliz bloß die Bourgeoisie bewaffnet ist, in der proletarischen Miliz bloß das Proletariat. In bezug auf die bürgerliche Miliz würde kein vernünftiger Mensch einen solchen Unsinn behaupten, denn offensichtlich bilden die Proletarier sowohl im stehenden Heer der Bourgeoisie als auch in ihrer Miliz die Masse der Angehörigen der Armee, und stellt das Volk die Angehörigen der bewaffneten Formationen bis in die unteren Offiziersränge hinein. In bezug auf die proletarische Miliz neigen manche Leute offensichtlich zu einem solchen Unsinn. Tatsächlich besteht jedoch die Zerschlagung der bürgerlichen Armee und ihre Umwandlung in eine proletarische Miliz gerade in der, Ausdehnung der Bewaffnung auf alle ab einem bestimmten, möglichst niedrigen Alter und in der demokratischen Organisation der auf der allgemeinen

Volksbewaffnung beruhenden Miliz. Dadurch wird der vom Volk getrennte Charakter des bürgerlichen Heeres überwunden und wird die Führung des Proletariats in der Miliz gesichert. Diese Umwandlung vollzieht sich in Form der politischen Revolution und wird vorbereitet durch den Kampf für die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung.

Lenin selbst hat dies Verhältnis von allgemeiner Volksbewaffnung und demokratischer Organisation des bewaffneten Volkes zur proletarischen Miliz ausgehend von der marxistischen Staatstheorie gerade in dieser Weise entwickelt. In dem Artikel "Die proletarische Miliz" führt Lenin aus:

"Wir brauchen einen Staat, aber nicht einen solchen, wie ihn die Bourgeoisie braucht, mit Machtorganen, die vom Volk getrennt sind und dem Volk entgegengestellt werden, wie Polizei, Armee und die Bürokratie (Beamtentum). Alle bürgerlichen Revolutionen haben diese Staatsmaschine lediglich vervollkommen, lediglich einer Partei genommen und einer anderen übergeben.

Das Proletariat aber muß, wenn es die Errungenschaften der gegenwärtigen Revolution behaupten und weitergehen will, wenn es Frieden, Brot und Freiheit erringen will, diese 'fertige' Staatsmaschine, um Marx' Worte zu gebrauchen, 'zerbrechen' und sie durch eine neue ersetzen, bei der Polizei, Armee und Bürokratie mit dem **bis auf den letzten Mann bewaffneten Volk zu einer Einheit verschmolzen** sind. Wie die Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 und der russischen Revolution von 1905 zeigen, muß das Proletariat **alle** armen, ausgebeuteten Teile der Bevölkerung organisieren und bewaffnen, damit sie die Organe der Staatsmacht **selbst** und unmittelbar in ihre Hände nehmen, damit sie **selbst** die Institutionen dieser Staatsmacht bilden.

Die Arbeiter Rußlands haben diesen Weg schon in der ersten Etappe der ersten Revolution im Februar-März 1917 **beschritten**. Die Aufgabe besteht jetzt darin, klar zu begreifen, welches dieser neue Weg ist, und ihn kühn, unbeirrt und beharrlich weiterzugehen.

Die englisch-französischen und die russischen Kapitalisten wollten 'nur' Nikolaus II. absetzen oder ihn vielleicht sogar nur 'einschüchtern', die alte Staatsmaschine, die Polizei, die Armee, das Beamtentum, aber unversehrt lassen.

Die Arbeiter sind weitergegangen und haben sie zerbrochen. Und jetzt **heulen** nicht nur die englisch-französischen, sondern auch die deutschen Kapitalisten vor Wut und Angst, wenn sie z. B. sehen, wie die russischen Soldaten ihre Offiziere erschießen, auch wenn sie, wie der Admiral Nепенin, Parteigänger von Gutschkow und Miljukow sind.

Ich habe gesagt, daß die Arbeiter die alte Staatsmaschine zerbrochen haben. Genauer gesagt, sie haben **begonnen**, sie zu zerbrechen.

Nehmen wir ein konkretes Beispiel.

Die Polizei ist in Petrograd und an vielen anderen Orten teils niedergemacht, teils abgesetzt worden. Die Regierung Gutschkow-Miljukow **wird nicht** die Monarchie wiederherstellen noch sich überhaupt an der Macht halten können, wenn sie **nicht** die Polizei **wiederherstellt** als eine besondere, vom Volk losgelöste und ihm entgegengesetzte Organisation von bewaffneten Menschen, die dem Kommando der Bourgeoisie unterstellt sind, das ist sonnenklar. Andererseits muß die neue Regierung auf das revolutionäre Volk Rücksicht nehmen, muß es mit halben Zugeständnissen und Versprechungen hinhalten, muß Zeit gewinnen. Deshalb greift sie zu einer halbbschlächtigen Maßnahme: sie

errichtet eine 'Volksmiliz' mit gewählten Vorgesetzten (das klingt furchtbar anständig! furchtbar demokratisch, revolutionär und schön!) **aber**... **aber** erstens wird sie der Kontrolle, der Leitung der Semstvos und der städtischen Selbstverwaltungen, d. h. den Gutsbesitzern und Kapitalisten unterstellt, die auf Grund der Gesetze Nikolaus' des Blutigen und Stolypins des Henkers gewählt worden sind! Zweitens nennt die Regierung diese Miliz eine 'Volksmiliz', um dem 'Volk' Sand in die Augen zu streuen; in **Wirklichkeit** aber fordert sie das Volk nicht auf, sich **ausnahmslos** an dieser Miliz zu beteiligen, **verpflichtet** sie die Unternehmer und Kapitalisten **nicht**, den Angestellten und Arbeitern für die **Stunden und Tage** die sie dem **öffentlichen Dienst**, d. h. der Miliz widmen, den üblichen Lohn **anzuzahlen**.

Hier liegt der Hund begraben. Auf diesem Wege erreicht die Gutsbesitzer- und Kapitalistenregierung der Gutschkow und Miljukow, daß die 'Volksmiliz' nur auf dem Papier steht, während in Wirklichkeit allmählich und im stillen eine **bürgerliche**, gegen das Volk gerichtete Miliz wiederhergestellt wird, zunächst aus '8 000 Studenten und Professoren' (so schildern die ausländischen Zeitungen die heutige Petrograder Miliz) — offenkundig ein Kinderspielzeug! —, dann aber allmählich aus der alten und einer neuen **Polizei**.

Die Wiederherstellung der Polizei nicht zulassen! Die lokalen Machtorgane nicht aus der Hand geben! Eine wirklich das ganze Volk umfassende, absolut allgemeine, vom Proletariat geführte Miliz schaffen! — das ist die Aufgabe des Tages, das ist die Lösung des gegenwärtigen Augenblicks, die sowohl den richtig verstandenen Interessen des weiteren Klassenkampfes, der weiteren revolutionären Bewegung als auch dem demokratischen Instinkt jedes Arbeiters, jedes Bauern, jedes werktätigen und ausgebeuteten Menschen entspricht; denn jeder von ihnen haßt unbedingt die Polizei, die Büttel und Gendarmen, haßt die Befehlsgewalt der Gutsbesitzer und Kapitalisten über bewaffnete Menschen, denen Macht über das Volk gegeben wird.

Was für eine Polizei brauchen sie, die Gutschkow und Miljukow, die Gutsbesitzer und Kapitalisten? Die gleiche wie unter der Zarenmonarchie. **Alle** bürgerlichen und bürgerlich-demokratischen Republiken der Welt haben **eine solche Polizei** — eine besondere Organisation vom Volk losgelöst, ihm entgegengesetzter bewaffneter Menschen, die auf die eine oder andre Weise der Bourgeoisie unterstellt sind — geschaffen oder nach kurzen revolutionären Perioden wiederhergestellt.

Was für eine Miliz brauchen wir, braucht das Proletariat, brauchen alle Werktätigen? Eine wirkliche **Volksmiliz**, d. h. eine Miliz, die erstens wirklich aus der **gesamten** Bevölkerung, aus allen erwachsenen Bürgern **beiderlei** Geschlechts besteht, und die zweitens die Funktion einer Volksarmee mit polizeilichen Funktionen, mit den Funktionen des wichtigsten und hauptsächlichen Organs der staatlichen Ordnung und der staatlichen Verwaltung verbindet.

Um diese Gedanken möglichst anschaulich darzulegen, will ich ein rein schematisches Beispiel anführen. Natürlich wäre der Gedanke, irgendeinen 'Plan' der proletarischen Miliz aufzustellen, unsinnig: wenn die Arbeiter und das ganze Volk wirklich in ihrer Masse die Sache praktisch in Angriff nehmen, so werden sie alles hundertmal besser ausarbeiten und einrichten als irgendwelche Theoretiker. Ich schlage keinen 'Plan' vor, ich will nur meinen Gedanken-gang illustrieren.

Petrograd hat eine Bevölkerung von etwa 2 Millionen, da-

von über die Hälfte im Alter von 15 bis 65 Jahren. Sagen wir die Hälfte, eine Million. Ziehen wir sogar noch ein gutes Viertel ab: Kranke und andere, die sich zur Zeit aus triftigen Gründen nicht dem öffentlichen Dienst widmen können. Es bleiben 750 000 Menschen, die, wenn sie z. B. jeden 15. Tag in der Miliz arbeiten (und für diese Zeit vom Unternehmer ihren Lohn weiter erhalten), eine Armee von 50 000 Menschen bilden würden.

Ein 'Staat' von **solchem** Typus ist es, was wir brauchen!

Eine solche Miliz wäre in Wirklichkeit — und nicht nur dem Namen nach — eine 'Volksmiliz'.

Das ist der Weg, den wir einschlagen müssen, damit **keine** besondere Polizei und **keine** besondere, vom Volk getrennte Armee wiederhergestellt werden kann.

Eine solche Miliz würde zu 95 Prozent aus Arbeitern und Bauern bestehen und **wirklich** die Vernunft und den Willen, die Kraft und die Macht der überwältigenden Mehrheit des Volkes zum Ausdruck bringen. Eine solche Miliz würde **wirklich** ausnahmslos das ganze Volk bewaffnen und im Militärwesen ausbilden und es auf eine **nicht** Gutschkowsche, **nicht** Miljukowsche Weise gegen alle Versuche, die Reaktion zu restaurieren, gegen alle Umtriebe der Zarenagenten sichern. Eine solche Miliz wäre das ausführende Organ der 'Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten', sie würde die **absolute** Achtung und das **absolute** Vertrauen der Bevölkerung genießen, denn sie wäre selbst eine Organisation ausnahmslos der ganzen Bevölkerung. Eine solche Miliz würde dafür sorgen, daß die Demokratie kein hübsches Aushängeschild bleibt, das die Versklavung des Volkes und die Verhöhnung des Volkes durch die Kapitalisten verdeckt, sondern eine **wirkliche Erziehung der Massen** zur Teilnahme an allen Staatsgeschäften darstellt. Eine solche Miliz würde die Jugendlichen in das politische Leben einbeziehen und sie nicht nur durch das Wort, sondern auch durch die Tat, durch die **Arbeit** erziehen. Eine solche Miliz würde jene Funktionen entwickeln, die — um es gelehrt auszudrücken — in das Gebiet der 'Wohlfahrts-polizei', der sanitären Kontrolle usw. gehören, und würde alle erwachsenen Frauen zu solchen Funktionen heranziehen. Denn ohne die Frauen zum öffentlichen Dienst, zur Miliz, zum politischen Leben heranzuziehen, ohne die Frauen aus ihrer abstumpfenden Haus- und Küchenatmosphäre herauszureißen, **kann keine** wirkliche Freiheit gewährleistet werden, **kann nicht einmal** die Demokratie, vom Sozialismus ganz zu schweigen, aufgebaut werden.

Eine solche Miliz würde eine proletarische Miliz sein, denn die industriellen und städtischen Arbeiter würden in dieser Miliz ebenso natürlich und unvermeidlich einen entscheidenden Einfluß auf die Masse der armen Bevölkerung gewinnen, wie sie im ganzen revolutionären Kampf des Volkes in den Jahren 1905-1907 und im Jahre 1917 natürlich und unvermeidlich die führende Stellung innehatten." (Lenin, Bd. 23, S.340-344)

Man sieht also, Lenin stellt die proletarische Miliz keineswegs der allgemeinen Volksbewaffnung und der Volksmiliz gegenüber, sondern fordert die Volksmiliz und die allgemeine Volksbewaffnung als Form und Bedingung der proletarischen Miliz. Keineswegs schränkt er die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung und nach der Volksmiliz auf die bürgerlich-demokratische Revolution ein, vielmehr betrachtet er den Kampf für diese Forderung als eine entscheidende Voraussetzung für den Sieg der proletarischen Revolution. Nun hat Lenin den Artikel in einer revolutionären Situation geschrieben, aber selbstverständlich hat er die Aufstellung der Forderung nach allgemeiner

Volksbewaffnung und nach der Volksmiliz nicht vom Vorhandensein einer revolutionären Situation abhängig gemacht, handelte es sich bei dieser Forderung doch um eine prinzipielle, demokratische Forderung des Programms der Bolschewiki, die natürlich unabhängig von der jeweiligen Situation vertreten werden muß und für die in jeder Situation entsprechend den Bedingungen gekämpft werden muß. Dies ist sogar die Voraussetzung dafür, daß sie in der revolutionären Situation, wo sie unmittelbar in die Tat umgesetzt werden muß, auch tatsächlich in die Tat umgesetzt werden kann.

Die Bezahlung der Dienstzeit in der Volksmiliz fordert Lenin deshalb, weil sonst die Forderung nach **allgemeiner** Volksbewaffnung und Volksmiliz eine leere Phrase bleibt, weil der größte Teil des Volkes und sein entscheidender Teil sonst aus der Verwirklichung dieser demokratischen Forderung ausgeschlossen bliebe. Natürlich wird die Bourgeoisie niemals freiwillig die allgemeine Volksbewaffnung bezahlen und die Kapitalisten werden die Dienstzeit in der Volksmiliz niemals freiwillig bezahlen. Dies zeigt aber doch lediglich den revolutionären Charakter der Forderung nach **allgemeiner** Volksbewaffnung und beweist, daß sie **eben** keineswegs durch die bürgerlich-demokratische Revolution erledigt ist. Freiwillig wird die Bourgeoisie bekanntlich auch nicht die politische Macht abtreten. Aber gerade daraus folgt doch nur die Notwendigkeit, die Arbeiterklasse und die Volksmassen auf der Linie revolutionärer Forderungen auf den entscheidenden Kampf vorzubereiten und wo immer möglich, den Kampf auf der Linie dieser Forderungen aufzunehmen. Wer heute auf die Aufstellung der Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung und Volksmiliz verzichtet, der dient doch lediglich den Interessen der Bourgeoisie und muß sich im Kampf gegen die bürgerliche Armee und in der bürgerlichen Armee auf den täglichen Kleinkrieg für reformerische Forderungen beschränken, denen er den Sozialismus als Forderung gegenüberstellen muß. Aber gerade diese allgemeine propagandistische Gegenüberstellung des Sozialismus zu den herrschenden Verhältnissen und die Beschränkung des praktischen Kampfes auf den tagtäglichen Kleinkrieg bietet dem Opportunismus in jeder Gestalt offene Türen. Dagegen kommt es schon heute darauf an, diejenigen politischen Forderungen aufzustellen und den Kampf für sie zu führen, in deren Verfolgung das Proletariat allein die politische Macht erobern kann.

Gerade das zeichnet den Marxismus-Leninismus gegenüber allen Spielarten des Ökonomismus und Opportunismus aus. Wie notwendig es ist, in dieser Frage Klarheit zu gewinnen und den Marxismus-Leninismus zu verteidigen, zeigt sich daran, daß selbst die III. Internationale auf ihrem VI. Weltkongress in dieser Frage eindeutig vom Marxismus-Leninismus abgewichen ist und den imperialistischen Ökonomismus Bucharinscher Prägung zum Programm erhoben hat:

"An die Stelle einer revolutionären Militärpolitik und der Arbeit in der Armee setzte die alte II. Internationale bloß das Rezept 'Volksmiliz' statt stehendes 'Heer'. Diese Lösung der Volksmiliz, die der Epoche der Bildung der Nationalstaaten in Europa entsprach, besaß in Verbindung mit der Forderung der Auflösung der stehenden Heere noch eine revolutionäre Bedeutung, solange der Zarismus und Absolutismus eine reaktionäre Drohung für Europa bildete (bis zur Jahrhundertwende). Mit dem Heranreifen des Imperialismus wird diese Lösung unzulänglich und schließlich zu einer chauvinistischen Parole (Hyndman 1912).

(...)

§ 42. Die Kommunisten setzen dieser konterrevolutionären Militärpolitik im Dienste der Bourgeoisie die revolutionäre Militärpolitik im Interesse der internationalen proletarischen Revolution entgegen. Natürlich gibt es kein allgemeines Rezept für die Stellung zu allen und zu jeder Armee. Das Proletariat bestimmt vielmehr seine Stellung zur Armee je nach den Klassen und der Politik, deren Werkzeug eine bestimmte Armee ist. Nicht die Form der Heeresverfassung des betreffenden Landes oder der Organisation der Armee ist entscheidend, sondern ob sie ihrer politischen Rolle nach eine imperialistische, nationale oder proletarische Armee ist. Dabei folgen die Kommunistischen Parteien den Lehren von Marx und Engels, die in der Epoche der großen nationalen Kriege gegen die Milizutopien der demokratischen Spießbürger, für die allgemeine Wehrpflicht, Demokratisierung der bestehenden Armeen und ihre Verwandlung in revolutionäre Armeen eingetreten sind, aber nach der Pariser Kommune, als ihre wichtigste Lehre für die proletarische Revolution, die Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparates und in der Militärfrage die Auflösung der stehenden bürgerlichen Heere, ihren Ersatz durch die allgemeine Volksbewaffnung proklamierten. Lenin hat ihre Lehren nach der Verfallhornung durch die II. Internationale wieder hergestellt und fortgeführt, er hat das Militärprogramm der proletarischen Revolution geschaffen.

§ 43. Die Stellung des Proletariats zu den Armeen der imperialistischen Länder wird bestimmt durch folgende Tatsachen:

Die Armee – ganz gleich welcher Organisationsform – ist ein Teil des bürgerlichen Staatsapparates, den das Proletariat in seiner Revolution nicht zu demokratisieren (wie in der demokratischen Revolution), sondern zu zerbrechen hat. Dieser Aufgabe gegenüber verschwinden die organisatorischen Unterschiede zwischen stehendem Heer und Miliz, Heer mit allgemeiner Wehrpflicht und Söldnerarmee. 'Keinen Mann und keinen Groschen' für die Armee, d. h. rücksichtslosen Kampf gegen den bürgerlichen Militarismus, gegen alle seine Heeresreformen, Ablehnung aller Militärbudgets usw. – dieser Satz gilt für stehende Heere wie für demokratische Milizen, beide sind Formen der Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Die demokratischen Teilforderungen, auf die das Proletariat keineswegs verzichtet, gewinnen einen ganz anderen Charakter als zur Zeit der demokratischen Revolution, ihr Ziel ist nicht die Demokratisierung der Armee (bzw. Miliz), sondern ihre Zersetzung.

(...)

§ 45. Die Stellung des Proletariats zur imperialistischen Armee ist eng verbunden mit seiner Stellung zum imperialistischen Krieg. Der Defaitismus und die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg geben daher die Haltung an, die zu den Teilfragen der Wehrverfassung und Heeresorganisation einzunehmen ist.

Die demokratische Miliz, die allgemeine Wehrpflicht, die militärische Jugendziehung, alles einmal Forderungen der revolutionären Demokratie, sind heute reaktionäre Maßregeln zur Unterdrückung der Massen, zur Vorbereitung des imperialistischen Krieges, sie müssen auf schärfste bekämpft werden. Dies gilt auch in jenen Ländern, in denen die Bourgeoisie zu Söldnerheeren übergegangen und die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft ist (z.B. Deutschland). Obwohl die allgemeine Wehrpflicht die revolutionäre Arbeit erleichtern und die Arbeiter im Waffengebrauch üben würde, können die Kommunisten in einem imperialisti-

schen Lande sie nicht fordern, sie müssen sie ebenso bekämpfen wie das System der Söldnerheere." (Aus: Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die Aufgaben der Kommunisten, 1928. Protokoll des VI. Weltkongresses der KI, Bd.4, S.132–135)

Diese Resolution ist in allen wesentlichen Punkten dem Leninismus strikt entgegengesetzt und zeugt von einer heillosen Konfusion in der Frage der Demokratie, der Volksmiliz und der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Um den direkten Gegensatz zwischen dem Leninismus und dieser Resolution besser herausarbeiten zu können, zitiere ich noch einmal ausführlich Lenin:

"Das Minimalprogramm der Sozialdemokratie fordert die Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Bewaffnung des Volkes. Aber die Mehrheit der offiziellen Sozialdemokraten in Europa und die Mehrheit der Führer unserer Menschewiki hat das Parteiprogramm 'vergessen' oder beiseite geschoben und den Internationalismus durch den Chauvinismus (die 'Vaterlandsverteidigung'), die revolutionäre Taktik durch den Reformismus ersetzt.

Dabei ist aber gerade jetzt, in einer revolutionären Zeit, die allgemeine Bewaffnung des Volkes besonders dringend notwendig. Betrug und verlogene Ausflucht wäre es, sich darauf zu berufen, daß ein revolutionäres Heer die Bewaffnung des Proletariats überflüssig mache oder daß es an Waffen 'mangeln' würde. Es geht darum, sofort mit dem Aufbau einer allgemeinen, das ganze Volk umfassenden Miliz zu beginnen, die es lernen wird, mit den Waffen umzugehen, auch wenn sie nicht für alle 'ausreichen'; denn das Volk braucht gar nicht unbedingt so viele Waffen, daß stets alle welche besitzen. Das ganze Volk muß lernen, mit der Waffe umzugehen, es muß Mann für Mann der Miliz angehören, die die Polizei und das stehende Heer ersetzt. Was die Arbeiter brauchen, ist, daß das Heer nicht vom Volk losgelöst ist, daß die Arbeiter und Soldaten zu einer einheitlichen, allgemeinen Volksmiliz verschmelzen.

(...)

Das Volk braucht die Republik, damit die Massen zur Demokratie erzogen werden. Notwendig ist **nicht nur** eine Vertretung nach dem Typus der Demokratie, sondern auch der Aufbau der gesamten Staatsverwaltung von unten her, durch die Massen selber, die tätige Anteilnahme an jedem Schritt des Lebens, ihre aktive Rolle in der Verwaltung. Die alten Unterdrückungsorgane, die Polizei, das Beamten-tum, das stehende Heer **ersetzen** durch die allgemeine Volksbewaffnung, durch eine wirklich allgemeine Miliz – das ist der einzige Weg, der dem Lande ein Höchstmaß von Sicherheit gegen die Wiederaufrichtung der Monarchie gewährt und die **Möglichkeit** gibt, planmäßig, unbeirrt und entschlossen zum Sozialismus zu schreiten, nicht, indem man ihn von oben 'einführt', sondern indem man die ungeheuren Massen der Proletarier und Halbproletarier lehrt, die Kunst der Staatsverwaltung zu meistern, über die **gesamte** Staatsgewalt zu verfügen.

Öffentlicher Dienst, ausgeübt durch eine über dem Volke stehende Polizei, durch Beamte, die treuesten Diener der Bourgeoisie, durch ein stehendes Heer unter dem Kommando der Gutsbesitzer und Kapitalisten – das ist das Ideal der bürgerlichen parlamentarischen Republik, die die Herrschaft des Kapitals verewigen will.

Öffentlicher Dienst, ausgeübt durch eine wirklich das ganze Volk umfassende, allgemeine männliche und weibliche Miliz, die instande ist, zum Teil die Beamten zu ersetzen,

verbunden nicht nur mit der Wählbarkeit aller Beamten, nicht nur mit ihrer jederzeitigen Absetzbarkeit, sondern auch mit der Entlohnung ihrer Arbeit nicht in 'herrschaftlicher', bürgerlicher, sondern in proletarischer Manier – das ist das Ideal der Arbeiterklasse.

Dieses Ideal ist nicht nur Bestandteil unseres Programms geworden, es hat nicht nur in der Geschichte der Arbeiterbewegung des Westens, namentlich in der Erfahrung der Pariser Kommune, seinen Platz gefunden, es ist nicht nur von Marx gewürdigt, hervorgehoben, auseinandergesetzt und anempfohlen worden – auch die Arbeiter Rußlands haben es in den Jahren 1905 und 1917 bereits praktisch vertreten.

Die Sowjets der Arbeiterdeputierten sind ihrer Bedeutung, dem Typus der Staatsmacht nach, den sie schaffen, eben Einrichtungen dieser Demokratie, die die alten Unterdrückungsorgane beseitigt, die den Weg der allgemeinen Volksmiliz beschreitet." (Lenin, April 1917, Bd.24, S.168–170)

Kann es einen größeren Gegensatz geben als den zwischen dem revolutionären Demokratismus eines Lenin und dem dünnen Doktrinarismus Bucharinscher Prägung mit seiner sterilen Mischung von Rechts- und Linksopportunisten? Die Losung der Volksmiliz soll laut Resolution von 1928 der Epoche der Bildung der Nationalstaaten entsprechen haben, der Bedrohung durch den Zarismus und mit dem Heranreifen des Imperialismus unzulänglich und zu einer chauvinistischen Parole geworden sein. Der Fehler der alten II. Internationale soll darin bestanden haben, daß sie "bloß" die Losung der Volksmiliz aufgestellt habe gegen das stehende Heer und die bürgerliche Miliz. In Wirklichkeit bestand der Fehler und der Verrat der alten II. Internationale darin, daß sie die Forderung der Volksmiliz bloß aufgestellt hatte und sich in der Praxis einen Dreck um die revolutionäre Durchsetzung dieser Forderung scherte. In Wirklichkeit gewinnt die Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung und der Volksmiliz gerade in der proletarischen Revolution Aktualität, weil das Proletariat die einzige Klasse ist, die diese Forderung in die Tat umsetzen kann. Tatsächlich hat ja Lenin das "Militärprogramm des Proletariats", in dem er die Volksmiliz als Form der proletarischen Miliz entwickelte, auch nicht für die bürgerliche Revolution geschrieben, sondern für die proletarische Revolution. Und nicht umsonst hat Lenin darauf bestanden, daß die alte Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung erweitert um die Forderung nach Bezahlung durch die Kapitalisten wie das ganze politische Minimalprogramm auch nach der Februarrevolution beibehalten werden sollte. Warum? Weil dieses Minimalprogramm noch nicht verwirklicht war und die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat in der Verwirklichung des politischen Minimalprogramms bestehen mußte und in gar nichts anderem bestehen konnte. Wollte man dem Gedankengang der Resolution von 1928 folgen, dann stellte sich die Klassenfrage nicht zwischen bürgerlicher Demokratie oder proletarischer Demokratie, zwischen Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats, sondern zwischen Demokratie oder Sozialismus, das heißt zwischen Politik oder Ökonomie. Wie anders kann denn die Polemik gegen die bürgerliche Miliz als demokratische Miliz angewandt auf die Staatsfrage verstanden werden? In Wirklichkeit unterscheidet sich natürlich die bürgerliche Miliz von der proletarischen Miliz nicht dadurch, daß sie demokratisch ist und die proletarische Miliz sozialistisch, sondern dadurch, daß die bürgerliche Miliz in Wirklichkeit nach wie vor eine vom Volk getrennte bewaffnete Formation ist, von oben nach unten

organisiert, und im Dienste der Bourgeoisie steht, demokratisch also nur dem Namen nach ist, während die proletarische Miliz wie auch der proletarische Staat eng mit dem Volk verschmolzen, vor unten nach oben organisiert und durch und durch demokratisch ist, was die Voraussetzung dafür ist, daß sie im Dienst des Proletariats fungieren kann. Unklarheiten in der Frage der Demokratie machen die Kommunisten zu unklaren Politikern und zu verschwommenen Ökonomen, die alles durcheinanderbringen.

Da muß auf einmal die bürgerliche Miliz bekämpft werden, weil sie demokratisch ist, während es doch so ist, daß sie bekämpft werden muß, weil sie in Wirklichkeit keineswegs demokratisch ist, sondern ein bürokratischer Militärapparat in der Hand der Bourgeoisie. Da wird die demokratische Miliz auf einmal zur Form der Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat, während es doch in Wirklichkeit so ist, daß die Bourgeoisie in dem Maße, wie sich der Klassen Gegensatz herausbildet und wie sich der Kapitalismus zum Imperialismus fortentwickelt selbst die beschränkten demokratischen Errungenschaften der bürgerlichen Revolution in ihr Gegenteil verkehrt und das Banner der Demokratie vollständig aus der Hand der Bourgeoisie in die Hand des Proletariats übergibt.

Von der proletarischen Revolution, vom proletarischen Staat und von der proletarischen Miliz bleiben bei dieser ökonomistischen Betrachtungsweise nur noch der ökonomische Inhalt übrig, während die demokratischen Formen sowohl bei der Frage der Eroberung der Macht als auch bei der Frage der Verteidigung der Macht völlig aus den Augen verloren gehen. Die revolutionäre Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung und Volksmiliz und der entschiedene Demokratismus werden dann aufgegeben zugunsten von demokratischen Teilforderungen, also politischen Reformen, womit gerade der Vorrang der politischen Revolution über die politische Reform zerstört wird und aufs neue die bürgerliche Linie der II. Internationale zumindest in der Theorie eingeschlagen wird, die die Frage der Reformen von der Frage der Revolution trennt und die Praxis auf die Forderung nach politischen Reformen beschränkt. Auch in der Militärresolution der Komintern von 1928 bleibt von der revolutionären Forderung der Bolschewiki nach allgemeiner Volksbewaffnung und Volksmiliz nichts mehr übrig außer reformerischen Forderungen gegenüber der bürgerlichen Armee:

"Forderungen auf dem Gebiete der Rechte und materiellen Lage der Soldaten

Erhöhung der Löhne, Verbesserung der Verpflegung. Menagekommissionen der Mannschaft.
Abschaffung der Disziplinarstrafen.
Abschaffung der Gruppipflicht.
Strengste Bestrafung jeder körperlichen Züchtigung seitens der Offiziere und Unteroffiziere.
Recht auf Tragen von Zivilkleidung außer Dienst.
Täglicher Ausgang.
Urlaub und Urlaubszulagen.
Recht der Verehelichung; Sicherstellung der Angehörigen.
Recht auf Zeitungsbezug.
Recht gewerkschaftlicher Organisation.
Wahlrecht und Recht zum Besuch politischer Versammlungen."

Gegen diese Form von Reformismus und Ökonomismus, die nicht darin bestehen, daß solche Forderungen aufgestellt werden, sondern darin, daß sie losgelöst von den Forderungen der revolutionären Demokratie erhoben werden,

hat sich Lenin zeitlebens gewandt und scharfe Kämpfe gegen ihn ausgefochten.

In derselben Weise hatten schon die polnischen Sozialdemokraten die revolutionäre Forderung nach Recht auf Los-trennung unterdrückter Nationen auf die Forderung nach Autonomie heruntergebracht unter Hinweis auf den Imperialismus, der demokratische Forderungen unmöglich gemacht habe. (vgl. Lenin, Die Polemik über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen) Die Radikalität der imperialistischen Ökonomen bestand in der Praxis allemal in einem Abgleiten in den Reformismus. Der Reformismus hat dann endgültig gesiegt, wenn der Zusammenhang zwischen reformerischen Teilforderungen und revolutionärem Ziel vollständig zerstört wird, auf den Kampf für die Diktatur des Proletariats auch in Worten verzichtet wird und auch in der Theorie nichts bleibt als die Reform. Dies ist stets bei den Revisionisten der Fall, heute bei der DKP. Die imperialistischen Ökonomen sind jedoch die bewußten oder unbewußten Vorarbeiter des Revisionismus, indem sie den revolutionären Kampf um politische Demokratie auflösen von der proletarischen Revolution. Nirgendwo zeigt sich dies so deutlich wie in der Militärfrage.

In der Komintern-Resolution von 1928 finden wir schon all die Argumente angelegt, mit denen unsere heutigen imperialistischen Ökonomen gegen die demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse Stellung nehmen und mit denen sie insbesondere gegen die Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung und die Volksmiliz zu Felde ziehen. Hier hat sich im Programm der III. Internationale eindeutig der lebende Bucharin gegen den verstorbenen Lenin durchgesetzt. Hinter den Fehler Bucharins und aller imperialistischen Ökonomen steckt die Unklarheit über das Verhältnis von Politik und Ökonomie, die sie immer wieder auf den Kampf für die demokratischen Forderungen verzichten ließ unter Hinweis auf ihre Unrealisierbarkeit im Imperialismus. Tatsächlich haben sie damit das entscheidende Kettenglied aus der Hand gegeben, um gerade im Imperialismus an die Stellung der Machtfrage heranzukommen und sie siegreich zu entscheiden.

Die Abkehr vom Leninismus in der Frage der allgemeinen Volksbewaffnung zeigt sich auch darin, daß die Militärfrage von den imperialistischen Ökonomen und unter ihrer Führung auch von der III. Internationale systematisch ausgehend vom Gesichtspunkt des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg behandelt wird, statt unter der Frage der bewaffneten Eroberung der politischen Macht und der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, für welche Aufgabe der imperialistische Krieg nur eine besondere Bedingung darstellt, indem in seinem Verlauf breite Volksmassen bewaffnet und gleichzeitig in extremer Form gegen ihre eigenen Interessen eingesetzt werden. Der systematische Gesichtspunkt, unter dem wir die Militärfrage behandeln müssen, ist die Frage des Aufstandes und der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates. Der Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr ist demgegenüber ein untergeordneter Gesichtspunkt und stellt sich so dar, wie Mao Tsetung ihn formulierte:

Entweder wird die Revolution den Krieg verhindern oder wird der Krieg die Revolution hervorbringen.

Es ist auch kein Wunder, daß meistens die gleichen Leute, die einen falschen Standpunkt in der Frage der allgemeinen Volksbewaffnung haben, auch einen falschen Standpunkt in der Frage des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg

haben. So erging es zum Beispiel der rechten Liquidatorenfraktion in der Ortsgruppe Bremen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, die einerseits gegen die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung auftrat und andererseits den imperialistischen Krieg bei Fortexistenz des Imperialismus für vermeidbar hielt. (Vgl. Klassenkampf und Programm, S.27ff.) In der Militärfrage entscheidet sich, wer über die Frage des bürgerlichen Staates und der proletarischen Revolution Klarheit gewonnen hat und wer unter Hinweis auf den Imperialismus und letztlich auf die Stärke des imperialistischen Staatsapparates in Wirklichkeit Verzicht leistet auf den Kampf für die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Ohne die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung und Volksmiliz kann weder eine erfolgreiche und zielgerichtete Zersetzungsarbeit in der bürgerlichen Armee geleistet noch ihre Zerschlagung vorbereitet werden. Ohne Zersetzung und schließlich Zerschlagung der bürgerlichen Armee und Schaffung einer Volksmiliz kann das Proletariat die politische Macht nicht erobern und erst recht nicht verteidigen.

Die Forderung nach der Abschaffung der indirekten Steuer ist gerecht und notwendig im Programm der Kommunisten

Die Forderung nach Abschaffung der indirekten Steuer und nach progressiver Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft ist so alt wie die Arbeiterbewegung selber und wurde in allen Programmen der Arbeiterbewegung erhoben, die von Marxisten verfaßt worden sind. Im Kommunistischen Manifest wird eine "starke Progressivsteuer" als Maßregel entwickelt, die das siegreiche Proletariat ergreifen wird. In den "Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland" von Ende März 1848, die von Marx und Engels verfaßt und mitunterschrieben wurden, wird als Punkt 15 die Forderung nach "Einführung von starken Progressivsteuern und Abschaffung der Konsumsteuern" erhoben, desgleichen im Erfurter Programm und im Programm der SDAPR von 1903. In den Materialien zur Revision des Parteiprogramms, die Lenin 1917 verfaßt hat, wird die Steuerforderung in der alten Form des Programms von 1903 übernommen: "Als Grundbedingung für die Demokratisierung unseres Staatshaushalts fordert die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands die Abschaffung aller indirekten Steuern und die Einführung einer progressiven Einkommen- und Erbschaftssteuer."

Die Einwände gegen die Forderung nach Abschaffung der indirekten Steuer und nach Einführung einer progressiven Einkommens-, Erbschafts- und Vermögenssteuer lauten:

- Durch die Durchsetzung dieser Forderung würde sich an der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse nichts ändern.
- Die Forderung würde Illusionen über die Reformierbarkeit des Imperialismus nähren.

In einem Artikel von Konstanzer Genossen werden zwar keine Einwände gegen die Forderung der Abschaffung der indirekten Steuern erhoben, wohl aber Einwände gegen die Forderung nach progressiver Besteuerung des Einkommens. Das Argument hierfür ist, daß man bezüglich der Finanzierung des Staatshaushalts keine positiven Forderungen erheben dürfe.

Das erste Argument ist richtig, trifft aber die Sache nicht.

Wenn wir die Forderung nach Abschaffung der indirekten Steuern und nach progressiver Besteuerung des Einkommens erheben, dann behaupten wir keinen Augenblick, daß sich dadurch an der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse etwas ändere. Im Gegenteil: durch die Verwirklichung dieser Forderung innerhalb des Kapitalismus würde die ökonomische Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse als "Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt: des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmern, der politischen Abhängigkeit" nur umso klarer hervortreten. Die Ausbeutung ist eine ökonomische Frage und keine Frage des Steuerrechts und kann deshalb auch durch Änderung des Steuerrechts nicht abgeschaft werden. Derselbe Marx, der 1848 die Forderung nach Abschaffung der indirekten Steuern und nach Einführung einer progressiven Besteuerung erhoben hat, stellte deshalb auch zur gleichen Zeit gegenüber allen bürgerlichen Steuerreformen fest:

"Die Steuerreform ist das Steckenpferd aller radikalen Bourgeois, das spezifische Element aller bürgerlich-ökonomischen Reformen. Von den ältesten mittelalterlichen Spießbürgern bis zu den modernen englischen Freetradern dreht sich der Hauptkampf um die Steuern. Die Steuerreform bezweckt entweder Abschaffung traditionell überkommener Steuern, die der Entwicklung der Industrie im Wege stehen, wohlfeileren Staatshaushalt oder gleichmäßigere Verteilung. Der Bourgeois jagt dem chimärischen Ideal der gleichen Steuerverteilung um so eifriger nach, je mehr es in der Praxis seinen Händen entwindet. Die Distributionsverhältnisse, die unmittelbar auf der bürgerlichen Produktion beruhen, die Verhältnisse zwischen Arbeitslohn und Profit, Profit und Zins, Grundrente und Profit, können durch die Steuer höchstens in Nebenpunkten modifiziert, nie aber in ihrer Grundlage bedroht werden. Alle Untersuchungen und Debatten über die Steuer setzen den ewigen Bestand dieser bürgerlichen Verhältnisse voraus. Selbst die Aufhebung der Steuern könnte die Entwicklung des bürgerlichen Eigentums und seiner Widersprüche nur beschleunigen.

Die Steuer kann einzelne Klassen bevorzugen und andere besonders drücken, wie wir dies z.B. unter der Herrschaft der Finanzaristokratie sehen. Sie ruiniert nur die Mittelschichten der Gesellschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat, deren Stellung nicht erlaubt, die Last der Steuer einer anderen Klasse zuzuwälzen.

Das Proletariat wird durch jede neue Steuer eine Stufe tiefer herabgedrückt; die Abschaffung einer alten Steuer erhöht nicht den Arbeitslohn, sondern den Profit. In der Revolution kann die zu kolossalen Proportionen geschwellte Steuer als eine Form des Angriffs gegen das Privateigentum dienen; aber selbst dann muß sie zu neuen, revolutionären Maßregeln weitertreiben oder schließlich auf die alten bürgerlichen Verhältnisse zurückführen.

Die Verminderung, die billigere Verteilung etc. etc. der Steuer, das ist die banale **bürgerliche Reform**. Die Abschaffung der Steuer, das ist der **bürgerliche Sozialismus**. Dieser bürgerliche Sozialismus wendet sich namentlich an die industriellen und kommerziellen Mittelstände und an die Bauern. Die große Bourgeoisie, die schon jetzt in ihrer besten Welt lebt, verschmäht natürlich die Utopie einer besten Welt." (Karl Marx, Rezensionen aus der 'Neuen Rheinischen Zeitung Politik oder Revue', April 1850, MEW 7, S.285f.)

Dennoch hob Engels gegenüber der lassalleianischen Renommiererei mit der angeblichen Originalität Lassalles, der

ebenfalls frühzeitig für die Abschaffung aller indirekten Steuern eingetreten war, hervor:

"Die totale Verdammung der indirekten Steuern haben wir schon 1849 und 50 aufgestellt, daher hat Lassalle sie gelernt." (an Ed. Bernstein, 22.9.1882, MEW 35, S.365) Den systematischen Grund dafür, warum die Abschaffung der indirekten Steuern eine notwendige Forderung der Arbeiterbewegung sein muß, nennt er in einem anderen Brief an Eduard Bernstein, indem er sich entschieden gegen die Zustimmung zur Einführung einer Börsensteuer durch den Reichstag wendet:

"Ich bin dagegen, 1. weil wir ja überhaupt nur **direkte** Steuern verlangen und **alle** indirekten Steuern verwerfen, damit das Volk weiß und fühlt, was es zahlt, und so dem Kapital beizukommen ist, 2. weil wir **dieser** Regierung doch nie einen Pfennig bewilligen können." (8.2.1883, MEW 35, S.428)

Systematisch sieht die Sache also so aus, daß keinerlei Änderung des Steuerrechts etwas an der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse ändern kann und daß das Einkommen (der Lohn) der Arbeiter nicht durch das Steuerrecht, sondern durch die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus geregelt wird, die dafür sorgen, daß die Arbeiter niemals mehr erhalten, als sie zur Fristung ihrer Existenz als Arbeiter brauchen. Die Abschaffung der indirekten Steuer kann vor der Eroberung der politischen Macht die Verhältnisse zwischen Arbeitslohn und Profit nur in Nebenpunkten modifizieren, nämlich eine zusätzliche Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat verhindern, durch die die Arbeiter noch unter das historische Existenzminimum gedrückt werden. Gleichzeitig macht die Abschaffung der indirekten Steuern den Blick frei für die wirkliche Grundlage der Ausbeutung.

Dies ist die eine Seite der Forderung. Die andere Seite der Forderung ist die, daß sie in der Revolution selbst ein Mittel sein kann, um den Angriff auf das kapitalistische Privateigentum einzuleiten, wenngleich sie niemals das Mittel sein kann, um das kapitalistische Privateigentum zu beseitigen. Da sich an der Steuerfrage im Kapitalismus notwendige Kämpfe entwickeln, müssen die Kommunisten die Linie ihres Eingreifens in diese Kämpfe festlegen und diese Linie kann nur die Forderung nach Abschaffung der indirekten Steuern und nach progressiver Besteuerung von Einkommen etc. sein. Auf der Linie dieser Forderung kann der Kampf gegen die Finanzierungsweise des bürgerlichen Staats und gegen den bürgerlichen Staat selber entfacht werden. In jeder revolutionären Situation gewinnt diese Forderung große Bedeutung. Sie legt auch die Linie fest, die der proletarische Staat selber in der Steuerfrage einschlagen wird.

Der Einwand, daß die Forderung Illusionen über die Reformierbarkeit des Imperialismus schaffen würde, sticht genauso wenig, wie er gegenüber der Aufstellung irgendeiner demokratischen Forderung sticht. Die Unfähigkeit zur Reform des Imperialismus ist nur ein Hinweis darauf, wie sich innerhalb des Imperialismus an jeder demokratischen Forderung revolutionäre Kämpfe entfalten können. Die mangelnde Fähigkeit des Imperialismus zur Reform ist kein Argument gegen irgendeine demokratische Forderung, sondern nur ein Hinweis auf die Dringlichkeit der proletarischen Revolution.

Das Argument der Konstanzer Genossen gegen die Forderung nach progressiver Besteuerung von Einkommen etc.

übersieht, daß alle demokratischen Forderungen nicht nur die Stoßrichtung gegen den bürgerlichen Staat angeben, sondern auch Richtlinien für die Organisation des proletarischen Staates. Das Argument der Konstanzer Genossen läuft auf eine liberale Haltung gegenüber dem bürgerlichen Staat hinaus. Die Kommunisten haben jedoch keine liberale Haltung gegenüber dem bürgerlichen Staat, sondern bekämpfen ihn auf der Linie jener Forderungen, die der proletarische Staat sofort in die Tat umsetzen wird. Diese Forderungen schon innerhalb des Kapitalismus und des Imperialismus zu erheben, ist deshalb richtig und notwendig, weil sie nicht vorgeben, daß vor der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat irgendetwas zur Beseitigung der Grundlagen des Kapitalismus und des Imperialismus getan werden könnte. Obwohl also diese Forderungen die Linie der Politik des proletarischen Staates angeben, können nur solche Forderungen schon innerhalb des Imperialismus und des Kapitalismus erhoben werden, die mit seiner ökonomischen Grundlage vereinbar sind. (vgl. Lenin, Kapitalismus und Steuern, 1913, Werke Bd. 19, S.186–189, sowie Lenin, Die Aufgaben der Linksradianten (oder der Zimmerwaldisten), November 1916, Werke Bd. 23, S.138ff.) Revolutionär formuliert werden müssen sie, weil sie mit der Politik des bürgerlichen Staates unvereinbar sind und bei Fortdauer des Imperialismus immer unvereinbarer werden. Gleichzeitig werden sie für die Massen des Volkes immer einleuchtender. (siehe heute die Forderung nach Abschaffung der Mineralölsteuer.)

Es ist ein großer Fehler, wenn sich Genossen scheuen, positive demokratische Forderungen aufzustellen. Darin zeigt sich, daß sie den Zusammenhang zwischen dem Kampf um Demokratie und dem Kampf für den Sozialismus erst oberflächlich begriffen und die Frage der Staatsmacht nicht als Knotenpunkt dieses Zusammenhangs erkannt haben. (vgl. zur Steuerfrage Lenin, An die Dorfpartei, Werke Bd. 6, S.399ff.; Rosa Luxemburg, Bd. II, S.76–79)

Die Forderungen nach Arbeiterrechten

Während sich die demokratischen Forderungen auf die Formen der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Form der Ausübung der politischen Macht durch das Proletariat, sowie als Forderungen nach gleichen Rechten für jedermann in allen Staatsangelegenheiten auf das ganze Volk beziehen, also darauf gerichtet sind, das Volk gegen den bürgerlichen Staat zusammenzuschließen und nach der Eroberung der Macht durch den proletarischen Staat zu organisieren, gehen die Arbeiterforderungen von den wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse als durch die Kapitalisten ausgebeutete Klasse aus und beziehen sich auf die Sphäre der Beziehungen zwischen Kapitalisten und Arbeitern auf dem Arbeitsmarkt und im Betrieb und am Arbeitsplatz. In erster Linie haben diese Forderungen das Ziel, die Konkurrenz unter den Arbeitern einzuschränken, durch gesetzliche Bestimmungen alle Arbeiter und Kapitalisten zu binden und ihre Beziehungen untereinander grundsätzlich festzulegen. Solche Forderungen sind die Forderungen nach Beschränkung des Arbeitstags auf 7 Stunden an 5 Wochentagen und nach völligem Verbot der Überstundenarbeit, nach Verbot der Akkordarbeit, einem Lohnsystem, das die Konkurrenz unter den Arbeitern ungeheuer verschärft, nach Verbot von Nacht- und Schichtarbeit, nach einem Mindesturlaub von 8 Wochen im Jahr. Mittelbar damit zusammen hängen die Forderungen nach Herabsetzung des Rentenalters und

nach einer Heraufsetzung der Arbeitslosenunterstützung, die dazu beitragen, daß Rentner und Arbeitslose nicht gezwungen werden können, als Lohndrücker auf dem Arbeitsmarkt aufzutreten.

Sodann zielen diese Forderungen darauf, die Existenz des Arbeiters zu erhalten, wenn er durch Krankheit nicht in der Lage ist, seine Arbeitskraft zu verkaufen, und die Wiederherstellung der Arbeitskraft zu sichern, damit sie vom Arbeiter aufs Neue verkauft werden kann. Das gleiche gilt für die Forderungen nach Freistellung eines Elternteils bei Geburt eines Kindes, eine Sache, die ja innerhalb des Kapitalismus für die Arbeiterfamilie ökonomisch nichts wesentlich anderes bedeutet als Krankheit, d.h. Lohnausfall und Gefährdung des Arbeitsplatzes.

Im weiteren zielen diese Forderungen darauf, die Rechte auf Vertretungsorgane und Rechte für die Vertretungsorgane der Belegschaften und der Arbeiterklasse zu erkämpfen und die Verwaltung der Sozialversicherung und der Arbeitslosenversicherung durch die Arbeiter selbst zu erkämpfen.

Im Prinzip handelt es sich also bei allen Forderungen darum, die Spaltungsmöglichkeiten durch die Konkurrenz unter den Arbeitern zu vermindern und die Selbständigkeit der Arbeiterklasse gegenüber der Kapitalistenklasse zu fördern. Nicht geht es darum, innerhalb des Kapitalismus erträgliche Zustände zu schaffen oder die Ausbeuterordnung durch diese Forderungen zu verändern oder gar aufzuheben. Dies ist nur durch die Eroberung der politischen Macht und die Einleitung und Durchführung der sozialen Revolution des Proletariats möglich.

Während es um die in unserem Programm aufgestellten demokratischen Forderungen grundsätzliche Auseinandersetzungen gibt, haben sich um die Arbeiterforderungen unseres Programms nach seiner Verabschiedung nur in einem Punkt grundsätzliche Auseinandersetzungen ergeben: in der Frage der Sozialversicherung und des Gesundheitswesens. Diese Auseinandersetzungen brachen vor allem auf dem von der Gruppe Rote Fahne initiierten Kongress "Für eine ausreichende Gesundheitsversorgung der werktätigen Bevölkerung" auf. Umstritten ist die Forderung nach Selbstverwaltung der Sozialversicherung durch die Versicherten und nach Übergabe des Gesundheitswesens an eine sich selbst verwaltende Krankenkasse, deren Leitung von den versicherten Lohnabhängigen gewählt wird, sowie nach Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten, bzw. den Staat, und nach Übergabe der Kontrolle über die Sicherheit der Belegschaft und über das betriebliche Gesundheitswesen an den Betriebs- bzw. Personalrat.

Bei der Auseinandersetzung um diese Forderungen geht es nach unserer Auffassung darum, ob wir im Kampf um Reformen eine bürgerliche Linie verfolgen oder die Linie des Proletariats. Worin besteht im Kampf um Reformen die Linie des Proletariats? In unserem Programm wird als Einleitung zu den Arbeiterforderungen die proletarische Linie im Kampf um Reformen folgendermaßen formuliert:

"Die westdeutschen Kommunisten, die den Kampf um die soziale Revolution führen, lehnen den Kampf um Reformen nicht ab und unterstützen alle Bewegungen, die diesen Kampf aufnehmen. Sie kämpfen aber nur für eine solche Besserung der Lage der Arbeiterklasse, die ihre Fähigkeit, den Klassenkampf zu führen, erhöht. Sie lehnen daher ent-

schieden alle jene Reformpläne ab, die auf Förderung der Zusammenarbeit mit den Ausbeutern oder auf eine Erweiterung der polizeilich-bürokratischen Bevormundung der werktätigen Klassen hinauslaufen. Um die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen vor körperlicher und geistiger Degradation zu bewahren und um sie besser zu befähigen, den Kampf um die sozialistische Revolution zu führen, fordern die westdeutschen Kommunisten . . ." (Ergebnisse . . ., S.24)

Forderungen nach Besserung der Lage der Arbeiterklasse, die die Fähigkeit, den Klassenkampf zu führen, erhöhen, können nur solche Forderungen sein, die die Konkurrenz unter den Arbeitern einschränken und die Selbständigkeit der Arbeiter wahren und fördern. Dafür ist es notwendig, daß die Kontrolle über die Sozialversicherung bei den Arbeitern liegt und daß die Kosten ausschließlich durch die Kapitalisten bestritten werden. Liegt die Kontrolle nicht bei den Arbeitern, dann wird die Sozialversicherung nur zu einem weiteren Instrument, um die Arbeiter zu spalten und zu gängeln. Werden die Versicherungskosten nicht ausschließlich durch die Kapitalisten bestritten, dann wird jede Auseinandersetzung um die Erhöhung der Versicherungsbeiträge zu einer Auseinandersetzung unter den Versicherten selber, stellt nicht Klasse und Klasse gegenüber, sondern die Angehörigen der Arbeiterklasse untereinander. Deshalb sind die Forderungen nach Selbstverwaltung der Versicherung durch die Versicherten und Bestreitung der Versicherungskosten durch die Kapitalisten von entscheidender Bedeutung dafür, daß nicht vermeintliche Verbesserungen der Lage der Arbeiterklasse zu einer wirklichen Schwächung ihrer Kampfkraft führen.

In bezug auf die "Durchführbarkeit" gilt auch hier, daß die Durchsetzung dieser Forderungen natürlich eine ganze Reihe von Klassenschlachten voraussetzt. Ökonomisch vereinbar sind diese Forderungen mit dem Kapitalismus und dem Imperialismus, und das ist der einzige prinzipielle Gesichtspunkt, unter dem wir alle Forderungen untersuchen müssen, die wir bereits vor der Eroberung der Macht gegenüber der Kapitalistenklasse erheben. Das unterscheidet diese Forderungen auch von allen trotzkistischen Forderungen der Arbeiterkontrolle, der Produktions- und Preiskontrolle wie auch von allen reformistischen und revisionistischen Mit- und Selbstbestimmungsmodellen. Durch keinerlei Reform kann die Arbeiterklasse vor der Eroberung der politischen Macht und vor Einleitung und Durchführung der sozialen Revolution auf den Produktionsprozess und auf die ihm und der kapitalistischen Ausbeuterordnung zugrundeliegenden ökonomischen Gesetzmäßigkeiten einen Einfluß gewinnen. Jede Forderung in dieser Richtung ist illusionär und lenkt von der Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht und der Notwendigkeit der sozialen Revolution ab. Dies gilt nicht für die Forderung nach Selbstverwaltung der Sozialversicherung, durch deren Verwirklichung die Ausbeuterordnung natürlich auch nicht aufgehoben oder ökonomisch auch nur beeinträchtigt würde, sondern durch die die Selbständigkeit der Arbeiterklasse gestärkt würde, weshalb sich die Kapitalisten auch mit Händen und Füßen dagegen wehren und immer dagegen wehren werden. Auch die Kapitalisten sind an verschiedenen Punkten der Geschichte immer wieder zu Reformen bereit gewesen. Immer aber war es ihr Bestreben, diese Reformen mit einer Schwächung der Selbständigkeit der Arbeiterklasse zu verbinden. Wer Reformforderungen aufstellt und sie nicht ausdrücklich auf der Linie der Stärkung der Selbständigkeit formuliert, arbeitet bewußt oder unbewußt der Kapitalistenklasse in die Hände.

Wieso stoßen Reformforderungen, die zum Ziel haben, mit der Besserung der Lage der Arbeiterklasse gleichzeitig eine Stärkung ihrer Einheit und Selbständigkeit zu erreichen, auf Widerstand auch unter solchen Leuten, die sich Kommunisten nennen und behaupten, im Interesse der Arbeiterklasse zu handeln?

Sie stoßen bei diesen Leuten auf Widerstand, weil sie kein Vertrauen in die Kraft der Arbeiterklasse haben und keine Hoffnung auf die Herstellung der Einheit und Selbständigkeit der Arbeiterklasse. Weil sie der Arbeiterklasse mit der Mentalität von bürgerlichen Reformern gegenüberstehen, die für die Arbeiterklasse Forderungen aufstellen, statt der Arbeiterklasse zu zeigen, auf welcher Linie sie kämpfen muß, wann sie schließlich siegen will. Am deutlichsten zeigt sich dieses fehlende Vertrauen in die Kraft der Arbeiterklasse in der Kritik an der Forderung nach Übergabe der Kontrolle über die Sicherheit der Belegschaft und über das betriebliche Gesundheitswesen an den Betriebs- bzw. Personalrat. Diese Kritik speist sich aus dem gegenwärtigen Zustand dieser Organe, die gesetzlich Organe der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten sind, in denen Korruption und Liebedienerei gegenüber den Kapitalisten herrscht und in denen sich die Reformisten und Arbeiterverräter breit gemacht haben. Folgt aber aus diesen Tatsachen, daß wir die obengenannten Forderungen nicht aufstellen können? Im Gegenteil: Daraus folgt, daß wir den Kampf gegen die Einschränkung der Rechte der Betriebsräte führen müssen und daß wir den Kampf um die Eroberung der Betriebsräte führen müssen. Deshalb haben wir auch, bevor wir die Forderung nach Ausdehnung der Tätigkeit der Betriebsräte aufgestellt haben, gefordert:

"Aufhebung aller gesetzlichen Einschränkungen der Rechte der Betriebs- und Personalräte sowie der Jugendvertreter, die gewählt werden auf der Grundlage freier gewerkschaftlicher und politischer Betätigung im Betrieb für jeden Lohnabhängigen. Einjährige reguläre Wahlperiode und jederzeitige Abwählbarkeit. Freie Betätigung der Betriebs- und Personalräte sowie der Jugendvertreter bei der Durchführung von Arbeitskämpfen, Unkündbarkeit, Beseitigung der Friedens- und Schweigepflicht, der Pflicht zur Zusammenarbeit mit den Kapitalisten und der Verpflichtung auf das Betriebswohl." (Ergebnisse . . ., D.25)

In allen Arbeiterforderungen kommt es darauf an, den Kampf für die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse mit dem Kampf für die Hebung der Einheit und Selbständigkeit der Arbeiterklasse zu verbinden. Wer nur den Kampf für die Besserung der Lage der Arbeiterklasse führt, ordnet den Kampf für Reformen nicht dem Kampf für die Revolution unter, und landet beim Reformismus.

Gegenwärtig ist die Arbeiterklasse von einer ganzen Heerschar kleinbürgerlicher Reformpolitiker umlagert, die der Arbeiterklasse ihre "guten Dienste" anbieten, während die Arbeiterbewegung selbst politisch noch relativ unentwickelt ist. In dieser Lage ist es besonders wichtig, daß die Kommunisten ihre Linie im Kampf für Reformen ganz unzweideutig darlegen und auch in den einzelnen Forderungen die Bedingungen für die Einheit und Selbständigkeit in den Vordergrund stellen. Dies wird in unserem Programm getan, nicht anders als dies die Bolschewiki in ihren Programmen getan haben, an denen wir uns ausgerichtet haben.

Das Programm als Waffe nutzen im Kampf gegen die Bourgeoisie und den Reformismus und Revisionismus!

Verschiedene Kritiker haben unserem Programm immer wieder vorgeworfen, daß in ihm zu wenig vom Kampf gegen Revisionismus und Reformismus die Rede sei. In Wirklichkeit ist die Sache so, daß in unserem Programm gegenüber allen reformistischen und revisionistischen Entstellungen die alten Forderungen der Kommunisten wiederhergestellt und aufs Neue auf die Tagesordnung gesetzt worden sind und daß die verschiedenen Kritiker sich in allen wesentlichen Fragen noch keineswegs vom Einfluß des Reformismus und Revisionismus befreit haben. Wie wenig dies tatsächlich der Fall ist, zeigt sich daran, daß sie unserem Programm Allgemeinheit vorwerfen und sich doch bei je-

der einzelnen Forderung gegen die konkreten Bestimmungen wehren, die unerlässlich sind, um den Kampf gegen die Bourgeoisie auf der richtigen Linie zu führen. Dies gilt sowohl für das demokratische Programm als auch für die Arbeiterforderungen. Nach unserer Auffassung hat sich in der Auseinandersetzung um das Programm gezeigt, daß das Programm des KBW gut geeignet ist, um den Klassenkampf auf der richtigen Linie anzuleiten. Was aber noch wichtiger ist: Es bewährt sich auch im Klassenkampf selbst, indem es uns befähigt, nicht nur die Revolution zu predigen, wie es die Sektierer tun, sondern den Weg zur Revolution aufzuzeigen und in jeder Frage des Klassenkampfes nicht abstrakt, sondern konkret für die Revolution Position zu beziehen und neue Menschen für sie zu gewinnen.

Joscha Schmierer

KRITIK UND SELBSTKRITIK

Vorbemerkung

Wir drucken hier Beiträge zur Diskussion ab, die uns von innerhalb und außerhalb der Organisation zugeschickt worden sind. Wir wollen, wenn auch nicht eine ständige Rubrik einrichten, dennoch fortwährend unter dieser Überschrift auch kontroverse Beiträge zur Diskussion unter den Kommunisten veröffentlichen. Auch im letzten Heft sind wir so verfahren, haben es allerdings versäumt, die Artikel (auf Seite 75 – 95) entsprechend zu kennzeichnen.

Auf den Beitrag zu den Steuerforderungen von F.Z., Konstanz, und auf die in ihm enthaltenen Fehler wird in dem Artikel von Joscha Schmierer eingegangen.

Der Westberlin-Artikel geht noch einmal auf die Frage der besonderen Situation Westberlins ein. Diese Diskussion hatte auf der Gründungskonferenz des KBW begonnen und muß auf der ersten ordentlichen Delegiertenkonferenz des KBW im April entschieden werden. Nachdem wir schon im ersten Heft von 'Kommunismus und Klassenkampf' Beiträge zu den kontroversen Positionen veröffentlicht hatten, war der vorliegende Artikel schon für das letzte Heft vorgesehen, konnte aber nicht mehr aufgenommen werden.

Zum Schluß drucken wir einen offenen Brief an die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) ab, der uns von einer Gruppe Kieler Kommunisten mit der Bitte um Veröffentlichung zugesandt worden ist.

Redaktion

Zur Frage der Abschaffung aller indirekten Steuern im KBW-Programm

Die Forderung "Abschaffung aller indirekten Steuern und Bestreitung der öffentlichen Ausgaben – soweit diese durch Steuern gedeckt werden – ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft" ist die einzige Forderung, die sich nicht auf oder gegen die Inhalte des bürgerlichen Staates richtet. Sie betrifft die Finanzierung der Staatsausgaben.

Über eine Analyse des Steuersystems in der BRD wollen wir versuchen nachzuweisen, daß die Forderung falsch und letztlich bürgerlich ist.

1. Steuern, Indirekte Steuern; Definition und Funktionsweise

Steuern sind Mittel des Staates, seine Ausgaben zu finanzieren. Sie unterscheiden sich prinzipiell in der Art und Weise wie sie aufgebracht werden.

Direkte Steuern

Jede Steuer bewirkt, daß vom persönlichen Reichtum (in Form des Einkommens, des Vermögens etc.) ein Teil abgeht an den Staat. Die direkten Steuern heißen deshalb

Zur Frage der Abschaffung aller indirekten Steuern...

direkt, weil die Steuern unmittelbar sich auf das Einkommen oder Vermögen beziehen und einen entsprechenden Abzug bewirken. Vom Brutto-Lohn des Arbeiters werden die Steuern abgezogen, er erhält den Netto-Lohn. Objekt der direkten Steuer können folglich nur Einkommen und Vermögen sein. Der Steuertarif ist progressiv gestaffelt, d. h. der Tarif nimmt mit steigendem Einkommen oder Vermögen zu.

Indirekte Steuern

Auch die indirekten Steuern bewirken eine Einkommens- oder Vermögensreduktion, aber, wie der Name sagt indirekt. Die indirekten Steuern sind Belastungen auf die Warenproduktion, für jede hergestellte Ware muß der Kapitalist 11 % MWSt, bzw. 5,5 % abliefern. Steuerentrichter ist also der Kapitalist, aber die indirekte Steuer ist für ihn Bestandteil der Kosten, er schlägt sie nur auf den Verkaufspreis auf, so daß der Kapitalist nur abliefern, nicht bezahlen, denn der Käufer der Ware bezahlt mit dem Verkaufspreis auch die darin enthaltene Steuer. Dadurch werden die Waren also 11 % teurer, das Einkommen vermindert sich somit um 11 %, man kann um 11 % weniger kaufen, so daß die indirekte Steuer auch eine Einkommensreduktion bewirkt, aber indirekt über den Konsum. Deshalb ist der Terminus Verbrauchs- oder Ausgabensteuer klarer.

Steuern in der BRD 1971 (1)

Direkte Steuern

	Aufkommen Mrd. DM	Anteil %
Lohnsteuer	42,8	24,8
Einkommensst.	18,3	10,6
Gewerbesteuer	12,3	7,1
Körperschaftst.	7,2	4,2
Grundsteuer	2,8	1,6
Erbschaftssteuer	0,5	0,0
	1965 (2)	50,1
		58,5

Indirekte Steuern

	Aufkommen Mrd. DM	Anteil %
Mehrwertst.	42,8	17,9
Mineralölst.	12,4	7,2
Einfuhrumsatzst.	12,0	7,0
Tabaksteuer	6,9	4,0
Kfz-Steuer	4,2	2,4
Branntwein-Monopol	2,4	1,4
Übrige	17,1	9,9
	1965	48,8
		41,5

Bei der Tabelle (1) fallen vor allem die Zunahme der Bedeutung der indirekten Steuern und der minimale Ertrag der Erbschaftssteuer auf.

Unter der Rubrik der direkten Steuern werden die Lohn- und die Einkommenssteuern aufgeführt, letztere beziehen sich auf das Einkommen der – nach der bürgerlich statistischen Terminologie – "Selbständigen", d. h. der Kapitalisten und der übrigen Teile der Bourgeoisie. Die Forderung im KBW-Programm ist dahingehend unklar, indem die Besteuerung von "Einkommen" verlangt wird; ist damit ausschließlich die direkte Besteuerung der Bourgeoisie gemeint oder auch die Lohnsteuer? Die Frage ist deshalb wichtig, weil die Bourgeoisie bei Abschaffung der indirekten Steuer und der Lohnsteuer für das gesamte Steueraufkommen bezahlen müßte. Daß der Besteuerungsfähigkeit der Bourgeoisie im Kapitalismus Grenzen gesetzt sind, wird später (Punkt 4) dargestellt.

2. Zu den Ausgabensteuern (Indirekte Steuern)

Ausgabensteuern müssen von den Kapitalisten entrichtet werden, je nach Produktions- und Verkaufsstufe z. B. auch vom Handel. Sie ist eine Steuer auf die Warenproduktion, deshalb können die Steuern über die entsprechende Berücksichtigung im Verkaufspreis – wie es schon bürgerlich neutral heißt – auf die Käufer überwälzt werden. Die Käufer bezahlen also die Steuern.

Beim Verbraucher bewirkt die Ausgabensteuer eine Einkommensreduktion, allerdings über den Konsum. Da nun die Arbeiterklasse relativ zu ihrem Einkommen mehr konsumiert als die Kapitalisten (die Arbeiter und Lohnabhängigen müssen im Verhältnis zu ihrem Einkommen mehr für den Konsum ausgeben als die Kapitalisten im Verhältnis zu ihrem Einkommen, absolut konsumieren die Kapitalisten natürlich mehr) zahlen die werktätigen Massen relativ mehr Verbrauchssteuern als die Kapitalisten. Die Steuerwirkung ist also nicht progressiv, sondern regressiv. Ein Tatbestand, der selbst von den bürgerlichen Finanzwissenschaftlern festgestellt wird. (Kein Wunder, daß sie auch empfehlen, die Ausgabensteuer immer nur als ein Mittel im Steuersystem zu betrachten.)

Wie wir noch sehen werden, bezieht sich die Verbrauchssteuer immer nur auf Konsumausgaben, nicht auf Investitionsausgaben. Ausgabensteuerfrei ist nur derjenige Teil des Einkommens, der nicht für den Konsum verwendet wird, der also gespart wird. Die Lohnabhängigen sparen aber für langfristige und dauerhafte Konsumausgaben. Der ersparte Betrag wird also einfach später von der Ausgabensteuer betroffen. Während die "Selbständigen" (statistisch nachgewiesen, Huffschild (3)) nur 10 % der Ersparnis dafür aufwenden, der Rest wird ausgabensteuerfrei investiert. Die Investition wird damit im Vergleich zum Konsum um 11 % billiger (vgl. Punkt 3).

Wir sehen also, daß die Ausgabensteuer eine doppelte Bevorzugung der besitzenden Klasse in unserer Gesellschaft mit sich bringt. Nicht nur daß sie relativ weniger zahlen müssen, sondern sie haben auch noch die Möglichkeit, ihre Ersparnisse ausgabensteuerfrei zu verwenden. Die bürger-

(1) nach: "Wörterbuch der politischen Ökonomie", UTB 239, S. 392

(2) nach: Wittmann W., "Einführung in die Finanzwissenschaft", Bd. II, S. 57

(3) Huffschild Jörg, "Die Politik des Kapitals, Konzentration und Wirtschaftspolitik in der BRD", edition suhrkamp, Bd. 313, S. 20/23

lichen Ökonomen betrachten als den Hauptvorteil der Ausgabensteuer den Vorteil der Unmerklichkeit: „Man spricht deshalb von einer unmerklichen Steuer, weil die Endverbraucher im allgemeinen nicht daran denken, daß in den Konsumgüterpreisen auch Steuern enthalten sind.“ (Wittmann, S. 60) Hier wird der Klassencharakter des bürgerlichen Staates offensichtlich: würden alle Finanzen über direkte Steuern gedeckt werden, dann würden die werktätigen Massen und die Arbeiterklasse merken, wieviel der bürgerliche Staat wofür ausgibt. Um die finanziellen Aufwendungen in der Gesamtheit für seinen Gewaltapparat zu verschleiern, müssen die Finanzen also auf diese unmerkliche Art und Weise beschafft werden.

Es ist daher kein Zufall, daß der Hauptvertreter dieser Art der Steuererhebung, die Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer, die ein bürgerlicher Ökonom als „Kunstgriff“ der Steuereintreibung bezeichnet, zur Finanzierung des 1. und 2. imperialistischen Weltkrieges entstand. Weil der Finanzbedarf zu groß wurde, wurde in Deutschland, Frankreich und Italien der zusätzliche Bedarf im 1. Weltkrieg, in der Schweiz, Schweden und Großbritannien während des 2. Weltkrieges mittels der Umsatzsteuer gedeckt.

Nebst der Umsatz- bzw. Mehrwertssteuer werden **spezielle Ausgabensteuern** erhoben: in Westdeutschland die Tabaksteuer, Getränkesteuer, das Branntweinmonopol, die Lebensmittelsteuer, Steuern auf Leuchtmittel, Heizmaterialien und Zündwaren, die Versicherungssteuer, die Vergnügungssteuer, Transportsteuer, Beförderungssteuer, Kraftfahrzeugsteuer und die Mineralölsteuer. Diese speziellen Ausgabensteuern entstanden bereits z. T. im Mittelalter. Wie werden diese nun von der bürgerlichen Finanzwissenschaft begründet? „Seit vielen Jahrhunderten und besonders im Anschluß an Adam Smith spielte bei der Einführung spezieller Ausgabensteuern der Entscheid darüber eine maßgebliche Rolle, ob ein (Genuss-) Gut lebensnotwendig war oder nicht. Die 'Entbehrlichkeit' eines Gutes ist für seine steuerliche Belastung ein wirkungsvolles Argument (gewesen). Nicht selten wird auch heute noch dieses Kriterium verwendet.“ (Wittmann, S. 64)

Der bürgerliche Staat entscheidet also, ob eine Ware lebensnotwendig ist oder nicht. Wenn nicht, belastet er diese Ware mit einer speziellen Verbrauchssteuer, die so hoch ist, daß die werktätigen Massen diese Waren nicht mehr kaufen können oder nur noch eingeschränkt (Zigaretten, Alkohol). „Bei Massengenußmitteln kommen entweder sozialhygienische Aspekte oder steuerliche Leistungsfähigkeit des Verbrauchers als Begründung in Frage.“ (Wittmann, S. 64) Mit diesen speziellen Ausgabensteuern soll nun folgendes erreicht werden: die sogenannten „Genußmittel“ (Alkohol und Tabak) beeinträchtigen die Leistungsfähigkeit der Arbeiterklasse im Produktionsprozeß; deshalb besteuert der bürgerliche Staat diese „Genußmittel“ dergestalt, daß die Arbeiterklasse nur noch beschränkt diese Genußmittel kaufen kann, dies wird dann als „sozialhygienisches Argument“ in die steuerpolitische Debatte geführt. Die Hygiene besteht darin, daß die Arbeiterklasse ihre Arbeitskraft in voller Leistungsfähigkeit dem Kapitalisten verkauft, das „Soziale“ besteht darin, daß die Kapitalisten nicht nur von der unbezahlten Arbeit der Ware Arbeitskraft leben, sondern auch damit ihren Konsum, ihren Genuß stillen können, denn sie haben genügend Geld ausgepreßt, um Zigaretten und Alkohol auch zu einem hohen Preis kaufen zu können.

Die Mineral- und Kfz-Steuer wird mit dem sogenannten

„Sonderleistungsprinzip“ begründet: für die Kraftfahrzeuge müssen Straßen gebaut werden, wer die Automobile benutzt, soll auch am Straßenbau beteiligt werden.

Die letzte Form der indirekten Steuern sind die Zölle. Diese dienen vor allem der Absicherung der imperialistischen Wirtschaftspolitik. Schutzzölle belasten Wareneinfuhren so hoch, daß die in Westdeutschland hergestellten Waren zumindest gleich teuer oder billiger werden, so werden die inländischen Kapitalisten von billiger Auslandskonkurrenz geschützt. Das Einfuhrzollsystem ist nach Verarbeitungsstufen gestaffelt, so werden Rohstoffe z. B. Rohkautschuk nicht belastet, auf Halbfabrikate (Gummi) werden aber bereits 14 % Zoll erhoben. Diese Einfuhrpolitik vor allem gegenüber Rohstoffen aus den vom Imperialismus ausgebeuteten Ländern der Dritten Welt verunmöglicht es diesen Ländern, die Industrialisierung in die Hand zu nehmen. Die Einfuhrzölle sind damit Instrument der imperialistischen Wirtschaftspolitik. (vgl. Das Argument Nr. 51, S. 79)

Zusammenfassend: Die indirekten Steuern – vor allem in Form des Hauptvertreters, der Mehrwertsteuer, – nutzen die Arbeiterklasse und das Volk unmittelbar aus, nicht nur ökonomisch, sondern auch ideologisch: der Vorteil der Unmerklichkeit ist nichts anderes als das Verschleiern der wahren Ausgaben für den bürgerlichen Staat.

3. Zur Mehrwertsteuer

Die bürgerlichen Ökonomen finden Steuerbelastungen dann angemessen, wenn diese „das Wachstum“ nicht beeinträchtigen. Steuern dürfen also der größtmöglichen Kapitalakkumulation nicht hinderlich sein.

1967 ging die BRD von der Umsatzsteuer zur Mehrwertsteuer über; die Mehrwertsteuer erfüllt nun genau diese Funktion: Im Gegensatz zur Umsatzsteuer, die bis 1967 galt, erlaubt die Mehrwertsteuer die vollständige Abschreibung der Investitionsgüter bereits im Jahre der Anschaffung. „Das Mehrwertsteuerprinzip sieht vor, daß im Falle von Vorumsatzabzug und Vorsteuerabzug ein sofortiger Vollabzug der Investitionen gewährt wird.“ (Wittmann, a. a. O., S. 63) Je mehr investiert wird, desto mehr kann vom Gesamtumsatz (=steuerbarer Betrag) abgezogen werden. D. h. die Mehrwertsteuer als Hauptvertreter der Ausgabensteuer ist also ausschließlich auf **Konsumausgaben** beschränkt, Investitionsausgaben sind steuerfrei. Die Investitionstätigkeit wirkt also somit steuerreduzierend. „Die Vorzüge dieses Systems sind vor allem wirtschaftspolitische Art, wenn ein hohes Wirtschaftswachstum zu den ersten Zielen gehört.“ (G. Hedtkamp, Lehrbuch der Finanzwissenschaft, Neuwied 1968, S. 261)

Die Mehrwertsteuer ist mithin ein Instrument der Wachstumsförderung. Bleibt nur die Frage, wem dieses Wachstum im Kapitalismus nützt: Hier wird es offensichtlich, es nützt den Kapitalisten und dem bürgerlichen Staat. Die Mehrwertsteuer bevorzugt doppelt die Kapitalisten (Regressivwirkung und ausgabensteuerfreie Verwendungsmöglichkeit) und der bürgerliche Staat kann sich auf unmerkliche Weise Mittel verschaffen, von denjenigen, gegen die sich die staatliche Aktivität wendet.

Gerade in diesem Monat ist die Investitionssteuer abgeschafft worden; als konjunkturdämpfende Maßnahme ist vor einiger Zeit der sofortige Vollabzug der Investition von der Mehrwertsteuer aufgehoben worden, die Investitionen mußten also auch der Mehrwertsteuer unterliegen. Dies ist jetzt wieder aufgehoben, die Investitionen sind damit 11 % billiger geworden.

4. Die Forderung „Abschaffung der indirekten Steuern ...“ im Programm des KBW

Wir haben gesehen, daß der Klassencharakter des bürgerlichen Staates sich anhand der indirekten Steuern aufzeigen läßt. Ist aber damit die Forderung im Programm gerechtfertigt?

Die indirekten Steuern betreffen nicht den Inhalt des bürgerlichen Staates, sondern dessen Finanzierung. Der bürgerliche Staat ist kein Unternehmer, kein Mehrwertproduzent – wobei natürlich einige staatliche Betriebe kapitalistisch geführt werden und dementsprechend auch ausgebeutet werden, wie Bahn und Post. Im allgemeinen aber kann sich der Staat die Finanzen nur über einen Teil des Mehrwertfonds – die *faux frais* – oder über die Schröpfung der Einkommen verschaffen. Die Forderung nach einer anderen Art der Finanzierung, im KBW-Programm ausschließlich durch progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft, zielt auf ein **anderes Verhältnis** der Einnahmequellen des bürgerlichen Staates. Am Charakter des bürgerlichen Staates ändert sich nichts.

Hinter der Forderung steckt offensichtlich – vgl. Bafög-Kampagne – folgende Überlegung: durch die indirekten Steuern müssen die Lohnabhängigen und die Arbeiterklasse relativ mehr Steuern zahlen, als die Bourgeoisie. Diese Ungleichheit oder **Ungerechtigkeit** soll dadurch aufgehoben werden, daß die Bourgeoisie durch progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft mehr für ihren Staat bezahlt, wenn nicht ausschließlich – wie in der Bafög-Kampagne. Dies ist damit eine Forderung an den **bürgerlichen Staat** quasi im Alleingang eine Ungerechtigkeit aufzuheben, gerecht zu sein. Kein Wunder, daß die SPD und vor allem die Jusos diese Forderung genau auch aufstellen: geht es doch darum, den Staat als „neutrales Instrument“ in den Dienst des Fortschritts und der Gerechtigkeit zu stellen. Die Massenspektive dieser Forderung wird nicht im geringsten dargestellt. Daß diese Forderung bürgerlich ist, zeigt sich daran, wenn wir uns vorstellen, was passiert, wenn die indirekten Steuern abgeschafft werden. Die Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern müßten dann den doppelten Ertrag bringen: die Progression wird wesentlich verschärft werden, die konsumierbaren Waren 11 % billiger, falls (!) die Kapitalisten bereit sind, die 11 % an die Verbraucher weiterzugeben. Wer garantiert z. B., daß wenn die Mineralölsteuer wegfällt, das Benzin um diesen Betrag billiger ist, der bürgerliche Staat oder die Mineralölkonzerne?

Weiter, und das ist das Wichtigste: die Lohnabhängigen können steuerlich leicht erfaßt werden, die Einkommenssteuer wird direkt vom Lohn abgezogen. Die Berechnungsgrundlage ist eindeutig, die Lohnempfänger haben keine Möglichkeit, die Berechnungsgrundlage so zu variieren, daß sie weniger Steuern zu bezahlen haben. Die Bourgeoisie, vor allem die Kapitalisten, nehmen die Mittel zu ihrer persönlichen Bereicherung aus dem Mehrwertfonds. Geht ein Kapitalist am Sonntag in das gleiche Restaurant essen wie ein Arbeiter, so muß der Arbeiter das Essen aus seinem Netto-Einkommen bezahlen, während der Kapitalist „Spesen“ macht, d. h. er ißt auf Kosten der Firma zu Repräsentationszwecken. Dadurch werden die Kosten der Firma erhöht, der Gewinn gesenkt, d. h. die Einkommenssteuer der Unternehmung, die sich auf den Gewinn bezieht, wird gesenkt. Der Kapitalist bezieht einfach weniger privates Ein-

kommen, läßt alles über Spesen laufen, so daß er auch für seinen privaten Bereicherungsfonds, sein privates Einkommen weniger Steuern bezahlen muß. An diesem Beispiel soll gezeigt werden, daß es im bürgerlichen Staat **kein** gerechtes Steuersystem geben kann, **kein Steuersystem, das die Lebenslage der Lohnabhängigen verbessert. Jede Steuer, jedes Steuersystem ist so angelegt, daß die Arbeiterklasse und die Werktätigen mehr Steuern bezahlen müssen, als die Bourgeoisie.**

Die Arbeiter und Lohnempfänger haben keine Möglichkeiten, durch die vielen Löcher des Steuersystems zu schlüpfen, dazu braucht man z. B. einen Steuerberater. Wer kann sich – gerade bei Reallohnabbau – einen solchen Steuerberater leisten? Von der Steuererfassung her ist die Steuerumvermeidung für den Lohnempfänger unmöglich.

Die Forderung im Programm ist nicht deshalb falsch, weil die Abschaffung der indirekten Steuern gefordert wird, sondern, weil dies verbunden wird mit der Forderung nach einem anderen, gerechteren Steuersystem. Obwohl sich der Klassencharakter des bürgerlichen Staates, egal durch welche Art der Finanzierung, die **immer** zusätzliche Ausplünderung der Arbeiterklasse und des Volkes bedeutet, nicht ändert, wird durch die **Verbindung** der Abschaffung der indirekten Steuern mit einem **anderen** (gerechteren) Steuersystem der Schein erweckt, als könne es im Kapitalismus einen „gerechteren“ Staat geben. Diese Ideologie steckt hinter dieser Forderung, genau gleich wie hinter der bürgerlichen Forderung nach Umverteilung der Vermögen durch den Staat, als verfüge der Staat über Mittel, die Widersprüche des Klassenantagonismus „abzudämpfen“.

Mit der Progression zusammen ist der Effekt der Umverteilung zu sehen: die Reichen sollen mehr zahlen, die Armen weniger, ergo haben die Reichen relativ weniger, die Armen relativ mehr. Wie weit kann die Progression nun gehen, wie weit sind die Reichen, die Kapitalisten schröpfbar? Die Kapitalisten bereichern sich auf Kosten der unmittelbaren Produzenten, der Mehrwert fließt in den Mehrwertfonds, der akkumuliert wird, und ein Teil zur persönlichen Bereicherung der Kapitalisten in deren Tasche. Die direkte Steuer besteuert sowohl das persönliche Einkommen des Kapitalisten als auch den Gewinn der Unternehmung. Die Finanzbuchhaltung jeder Unternehmung, ebenso wie die Steuergesetze selbst (Abschreibungen etc.) ist nun so gemacht, daß möglichst wenig Gewinn erscheint. Dazu gibt es bekanntlich die verschiedensten Tricks, wie Spesen, Abschreibungen, stille Reserven, die jeder Kaufmann kennt. Der zu versteuernde Gewinn ist von Anfang an viel zu niedrig. **Die Kapitalisten werden nie bereit sein, Steuern in der Höhe zu zahlen, daß der akkumulierte Mehrwertfonds in seiner – durch die Konkurrenz vermittelte – notwendigen Höhe angeknackst wird.** Dies würde ja geradezu dem Wesen des bürgerlichen Staates widersprechen, die allgemeinen Produktionsbedingungen zu schaffen und aufrechtzuerhalten, dazu gehört auch die Möglichkeit für das Gesamtkapital, Mehrwert in genügender Höhe akkumulieren zu können. Der Progression sind also im kapitalistischen Unternehmen von Anfang an zwei Schranken auferlegt. Bei der Besteuerung des privaten Reichtums des Kapitalisten fehlt bekanntlich die eindeutige Bemessungsgrundlage, er erhält ja keinen Lohn. Das Spesen-Beispiel zeigt, daß die Kapitalisten mehr oder weniger beliebig der Steuer ausweichen können. Damit sehen wir, daß die Forderung nach progressiver Besteuerung der Einkommen etc., und auch aus der reformistischen Krambüche, die Forderung nach Einkommensumverteilung, am

Wesen der kapitalistischen Profitproduktion nichts ändert, ebenso wenig am bürgerlichen Staat, ebenso wenig die materielle Lage der Arbeiterklasse und des Volkes verändert. Diese Forderung, gerade in Verbindung mit der Progressions-Forderung, erweckt vielmehr den Schein, als könnte der Staat soziale Ungerechtigkeiten im Kapitalismus ausgleichen.

Der Reformismus in der Forderung schlägt sich auch voll im KVZ-Artikel Nr. 2/74, S. 2 "Gegen die Ausplünderung durch den Staat" nieder: bereits im Titel ist die falsche Linie enthalten. Gegen die Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat kann nicht die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft gesetzt werden. Der bürgerliche Staat ist gezwungen, um an der Macht zu bleiben, das Volk durch die Steuern, egal welches System, zusätzlich auszuplündern. Deshalb kann es nie darum gehen, die zusätzliche Ausplünderung durch ein anderes Steuersystem aufheben zu wollen, dies ist unter den Bedingungen des bürgerlichen Staates ein Ding der Unmöglichkeit. Richtig im Artikel in der Kommunistischen Volkszeitung und an der Linie des Kommunistischen Bundes Westdeutschland ist, daß der Kampf gegen die indirekten Steuern geführt werden muß. Der Klassencharakter des bürgerlichen Staates und die Notwendigkeit der zusätzlichen Ausplünderung des Volkes muß aufgezeigt und dementsprechend propagandistisch verwertet werden. Aber die einzig mögliche positive Forderung kann nur die sein, den Klassenstaat überhaupt abzuschaffen, denn dieser bedeutet immer, egal welches Steuersystem, zusätzliche Ausplünderung des Volkes. Die Forderung wird also durch die Verbindung mit der Forderung nach einem gerechteren Steuersystem falsch, die Verbindung der Forderung nach Abschaffung der indirekten Steuern mit der einzig möglichen positiven Forderung nach Abschaffung des Klassenstaates

gehört allerdings nicht als "demokratische Forderung" in das Programm, denn die Forderung nach Abschaffung des Klassenstaates ist Inhalt des Programms selbst. (4)

F.Z., Konstanz

(4) Zwei Ergänzungen:

Die Forderung "Abschaffung..." kann auch nicht umschlagen in eine neue Qualität. In der proletarischen Demokratie werden die Ausgaben auch finanziert werden müssen, aber sicherlich nicht mittels eines Steuersystems, das dem Betrug Tür und Tor öffnet. Im Sozialismus wird die Steuerfrage von Grund auf neu zu lösen sein, eben weil der Grund sich verändert hat.

Die mangelnde Untersuchungsarbeit des KBW bei der Aufstellung dieser Forderung läßt sich auch an dem Einschub in der Forderung "— soweit diese durch Steuern gedeckt werden —" zeigen. Es wird also nur mehr "Gerechtigkeit" bei den Steuereinnahmen und nicht auch bei den zusätzlichen Einnahmen des bürgerlichen Staates gefordert.

Beim Bund sind 96,8 % der Einnahmen Steuereinnahmen (1970) (vgl. Wörterbuch, a.a.O.). Bei den Ländern 67,0 %, 17,2 % aus Gebühren, Beiträge, Zuweisungen, 12,4 % aus Kapitalrechnungen u. ä., 3,4 % aus wirtschaftlicher Tätigkeit. Bei den Gemeinden sind 29,5 % der Einnahmen aus Steuern, 42,5 % aus Gebühren, Beiträge und Zuweisungen, 5,8 % aus wirtschaftlicher Tätigkeit und 22,2 % aus Kapitalrechnung.

Tendenz: von Bund zu Gemeinden verschiebt sich die Einnahmequelle von den Steuern zu den Gebühren und Beiträgen; in diesen sind z. T. die Beiträge des Bundes an die Gemeinden (finanziert aus Steuern) und z. T. die Gebühren enthalten. Daß nun gerade die Gebühren auf Kosten der Arbeiterklasse eingenommen werden, ist z. B. daran zu sehen, daß im "STERN" unter "Wucher der Woche" in letzter Zeit immer Gebührenerhöhungen zu sehen waren! Gerade dies aus dem staatlichen Finanzierungskatalog auszuklammern, zeigt, wie wenig bei dieser Forderung überlegt worden ist. Die anderen Arten der Finanzierung des bürgerlichen Staates gehen gleich auf Kosten der Arbeiterklasse, wie über die Steuern!

REPUBLIK GUINEA - BISSAU

VERFASSUNG DER REPUBLIK UND DOKUMENTE ZUR UNABHÄNGIGKEITSERKLÄRUNG
GUINEA-BISSAU

Herausgeber: Gruppe für Internationale Zusammenarbeit/Göttingen — Komitee Südliches Afrika/Heidelberg — Solidaritätskomitee Freies Afrika/München

Bestellungen an: Verlag Jürgen Sendler 69 Heidelberg, Uferstrasse 36

Zur Steuerforderung

Während der Bafög-Kampagne* wurde von uns erstmals die Forderung "Bestreitung aller Ausgaben für die Hochschulen, wie aller öffentlichen Ausgaben, ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft" aufgestellt.

Warum haben wir die Steuerforderung im Zusammenhang mit der Bafög-Kampagne aufgestellt?

Der Kapitalismus ist in seinem imperialistischen Stadium immer weniger imstande auch nur die elementarsten Lebens- und Existenzbedürfnisse der breiten Volksmassen zu sichern. Ausbeutung, Arbeitshetze und Abgabelasten nehmen beständig zu, die öffentlichen Einrichtungen und sozialen Institutionen verkommen in immer stärkerem Maße. Der Imperialismus ist sterbender Kapitalismus, alle zur Verfügung stehenden Mittel werden gebraucht, um den kapitalistischen Produktionsprozeß in Gang zu halten und die Aufrechterhaltung der politischen Herrschaft des Kapitals mittels Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates zu sichern. Deswegen wird auch beständig versucht, jene Kosten, die wie die Bildungsausgaben zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Produktionsbedingungen erforderlich sind, unter das notwendige Maß zu senken. Es sind Ausgaben, die zwar erforderlich sind, um den Produktionsprozeß aufrecht zu erhalten, sie werfen aber keinen Profit ab. Es sind tote Kosten, die von der Bourgeoisie deshalb auf den Staat übertragen werden, der gleichfalls bestrebt ist, sie unter das historisch notwendige Maß zu drücken.

Besonders deutlich wird dies am Elend des Volksbildungs- und des Gesundheitswesens. Überfüllte Klassen, zuwenig Lehrer, häufiger Unterrichtsausfall, von einer Schulausbildung, die den Bedürfnissen der Kinder des Volkes entspricht, kann keine Rede sein.

Aber auch die Studenten bekommen wie alle anderen Teile des Volkes immer stärker die Verrottetheit dieses Systems zu spüren. Die Ausbildungsförderung, von der mehr als ein Drittel von ihnen leben muß, war schon bei der Verabschiedung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (Bafög) zu niedrig angesetzt und ist nun schon seit Jahr und Tag nicht mehr erhöht worden, während die Preise davon gelaufen sind. Die Bafög-Sätze decken die Studienkosten nur noch zum Teil ab, wodurch sich die materielle Situation der Studenten beständig verschlechtert.

Alle Forderungen der Studenten nach Erhöhung der Ausbildungsförderung sind in den letzten Jahren auf taube Ohren gestoßen: Ihnen wurde von der Bundesregierung abwechselnd ein Stabilitäts- oder Krisenopfer nach dem anderen abverlangt, das Geld wurde für "dringendere" Angelegenheiten benötigt.

Die Bourgeoisie ist zunehmend weniger in der Lage die universitäre Ausbildung materiell zu sichern, für menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen der studierenden Jugend zu sorgen und die Ausbildung ihres eigenen Funktionsnachwuchses zu finanzieren.

Der Kampf der Studenten um materielle Absicherung des Studiums muß sich deshalb direkt gegen die faulende Herrschaft des Kapitals richten, den ursächlichen Grund ihrer entwürdigenden Lage. Wie alle anderen Teile des Volkes haben auch sie ein eigenes Interesse an der Beseitigung des kapitalistischen Systems. In unserem Programm heißt es dazu: "Zugleich zeigen die Kommunisten der gesamten übrigen werktätigen und ausgebeuteten Masse die Hoffnungslosigkeit ihrer Lage in der kapitalistischen Gesellschaft und die Notwendigkeit der sozialen Revolution für ihre eigene Befreiung vom Joch des Kapitals." (Ergebnisse ..., 1. Aufl. 1973, S. 19) Die Studenten müssen sich in die politische Kampffront des gesamten ausgebeuteten und unterdrückten Volkes gegen den bürgerlichen Staat und die Herrschaft der Bourgeoisie einreihen; den Charakter ihrer Forderung dürfen sie nicht nach ihrer Stellung als Studenten in der Hochschule als einer Sondereinrichtung außerhalb der produzierenden Gesellschaft bestimmen, sie müssen vielmehr von den Studenten als Teil des Volkes und gegen den bürgerlichen Staat aufgestellt werden. Eine solche Forderung, die im Interesse des ganzen Volkes liegt und auf seine Vereinigung gegen die Bourgeoisie zielt, ist unsere Steuerforderung. Indem die Studenten diese uralte Forderung der Arbeiterklasse zu ihrer eigenen machen, bringen sie damit zum Ausdruck, daß sie sich dagegen wehren, die Bildungskosten zu Gemeinschaftsausgaben zu deklarieren, an deren Bestreitung dann die Arbeiter und Kapitalisten gleichermaßen partizipieren müssen, was im Klartext heißt, daß sie mittels Steuern auf die arbeitenden Massen abgewälzt werden und so zur weiteren Ausplünderung des Volkes beitragen.

Deshalb stellen wir die Forderung: "Abschaffung aller indirekten Steuern und Bestreitung der öffentlichen Ausgaben — soweit diese durch Steuern gedeckt werden — ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft" auf.

Damit wird auch den Revisionisten die richtige Antwort erteilt, die einerseits darauf verzichten, heute die Forderung nach sofortigem, kostendeckendem Bafög aufzustellen, da dies zu "teuer" sei und damit nicht mehr den bürgerlichen Staat für die Ausplünderung des Volkes verantwortlich machen, sondern diejenigen, die für die berechtigten Interessen der Studenten kämpfen und die andererseits fordern, man möge die Ausbildungskosten aus dem Rüstungshaushalt bestreiten. Dies ist aber keine Klassenforderung, sondern eine Umverteilungsforderung auf der Ebene des Staatsbudgets, die nicht mehr von der Stellung der einzelnen Klassen zum Staat ausgeht. Die Verwirklichung der Revisionisten-Forderung liefe allein auf die Neuverteilung bereits geraubter Steuermittel hinaus, wodurch sich an der materiellen Bedrückung der breiten Volksmassen nichts ändern würde. Dagegen fordern wir, daß es die Kapitalisten sein sollen, die alle öffentlichen Ausgaben bestreiten sollen und nicht das Volk.

* Bafög: Bundesausbildungsförderungsgesetz

Das Steuerwesen im Kapitalismus

In der taktischen Hauptresolution des KBW wird von den drei Geiseln des Kapitalismus gesprochen: der Ausbeutung und Arbeitshetze im Betrieb, der Ausplünderung auf dem Warenmarkt durch Preissteigerungen und der Ausplünderung durch den kapitalistischen Staat mittels Steuern und Sozialabgaben. Besonders die Last der ständig steigenden Steuern und Sozialabgaben, Ergebnis einer volksfeindlichen Steuerprogression, die erkämpfte Lohnerhöhung sofort wegsteuert, bedrückt die arbeitenden Menschen immer schwerer.

Worin besteht das Wesen des kapitalistischen Steuerwesens?

1. In einer Gesellschaft, in der die kapitalistische Produktionsweise vorherrscht, in der Arbeiter und Kapitalisten die einzigen Vertreter der gesellschaftlichen Konsumtion sind, werden Mehrwert und Arbeitslohn zu den einzigen Einkommensquellen. (Die Einkünfte aus vorkapitalistischen Produktionszweigen brauchen hier nicht berücksichtigt zu werden, ebenso wenig wie die diversen Revenuen und Einkünfte aus unproduktiver Arbeit, da diese entweder aus dem Mehrwert oder dem Arbeitslohn bestritten werden.)
 2. Sobald sich in einer Gesellschaft Klassegegensätze herausbilden, entsteht der Staat. Dieser ist das Instrument zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der ökonomisch herrschenden Klasse über die unterdrückten Klassen. In der kapitalistischen Gesellschaft herrscht die Bourgeoisie über das Proletariat und diese Herrschaft kann nur mit Gewalt aufrechterhalten werden. Je stärker die Klassegegensätze werden, desto umfangreicher wird der staatliche Unterdrückungsapparat und mit ihm die staatliche Bürokratie und Verwaltung.
 3. Zur Finanzierung des Unterdrückungsapparates, sowie der Kosten, die zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Produktionsbedingungen für die Kapitalisten erforderlich sind (Schulen, Krankenhäuser etc.) und direkter Bestechungsgelder (die bürgerlichen Finanzexperten nennen sie vornehm Reptilien) sind Eingriffe in die Einkommensverhältnisse der Bevölkerung mittels Steuern erforderlich. Diese können in der bürgerlichen Gesellschaft entweder aus dem Mehrwert oder dem Arbeitslohn bestritten werden — hier liegt der Kern der ganzen Steuerfrage.
 4. Steuern, welche sie selbst aufrufen muß, sind für die herrschende Klasse tote Kosten, sie versucht deshalb beständig sie auf die unterdrückten Klassen abzuwälzen.
 5. Dieser Zustand ist so alt wie das Steuerwesen, besonders deutlich wurde es aber in der feudalen Gesellschaft, in der Adel und Klerus praktisch Steuerfreiheit genossen. Als Richelieu 1641 eine Sondersteuer von 6 Millionen Franc von der Kirche verlangte, antwortete der Erzbischof von Sens: "Der alte Brauch der Kirche während ihrer Blüte war, daß das Volk beisteuerte für die Bedürfnisse des Staates seine Güter, der Adel sein Blut, die Geistlichkeit ihre Gebete."
- Die Kapitalisten streben im Prinzip das gleiche an. "Ganz ebenso die Bourgeoisie. Zwar kann sie nicht offen erklären, daß sie steuerfrei sein will (denn die "Gleichheit" ist ihr heilig, M.W.). Ihr ausgesprochenes Prinzip ist vielmehr in der Regel, daß jeder im Verhältnis zu seinem Einkommen steuern solle. Aber sie erreicht wiederum, so gut es geht, dasselbe Resultat in verkappter Form, durch die Unterscheidung von direkten und indirekten Steuern." (Ferdinand Lasalle) Welchen Erfolg sie damit hat, kann man gegenwärtig sehen, wo 90 % des gesamten Steueraufkom-

mens aus Lohn- und indirekten Steuern bestritten wird, die auf jedem Verbrauchsgegenstand liegen. Die indirekten Steuern sind die "ungerechtesten aller Steuern" (K.Lieb-knecht), denn sie werden formal von allen getragen, gehen in Wirklichkeit aber allein auf Kosten des Volkes. Den von Hause aus sparsamen Kapitalisten wird eine Verbrauchssteuerrhöhung zwar auch ärgern, aber sie ruiniert ihn nicht im mindesten, während sie das Lebensniveau der breiten Volksmassen existentiell bedroht. (Bestes Beispiel ist gegenwärtig die Mineralölsteuer.)

6. Prinzipiell könnte die Bourgeoisie alleine für ihren Staatshaushalt aufkommen, wenn sie ihn aus dem geraubten Mehrwert bestritte. Doch solange ihre politische Herrschaft ungebrochen ist, wird sie gar nicht daran denken und je heftiger die krisenhafte Entwicklung wird, desto größer werden die Kosten zur Finanzierung des Unterdrückungsapparates und damit die Notwendigkeit, die Lasten auf den Arbeitslohn abzuwälzen. Alle Steuereinnahmen aus dem Arbeitslohn stellen somit einen zusätzlichen Reservefonds für die Bourgeoisie dar.

7. Für die Arbeiterklasse bedeutet die Ausplünderung durch den Staat somit Lohnraub und ein zusätzliches Mittel der Ausbeutung. Im Kapitalismus produziert die Arbeiterklasse alle Werte und den gesamten gesellschaftlichen Reichtum, sie selbst erhält davon aber nur das Lebensnotwendige und muß beständig darum kämpfen, daß ihr Arbeitsentgelt nicht unter den historischen Wert der Ware Arbeitskraft gedrückt wird. Der kapitalistische Steuerraub setzt erst nach dem vollzogenen Austausch zwischen Kapitalisten und Arbeiter ein, wenn der Arbeiter sein Entgelt bereits erhalten hat. Einen Teil des Lohnes bekommt der Arbeiter nie zu sehen, er wird als Lohnsteuer gleich abgezogen, einen anderen Teil wirft er ohne es zu wissen mittels indirekter Steuern, die auf jedem Lebensmittel lasten, der Bourgeoisie und ihrem Staat wieder in den Rachen. Es handelt sich also um den beständigen Versuch, den Lohn unter das Existenzminimum zu drücken und das Volk den Apparat zu seiner eigenen Unterdrückung bezahlen zu lassen.

8. Gegen diese zusätzliche Ausbeutung und Beutelschneiderei wehrt sich die Arbeiterklasse, indem sie die Forderung nach Abschaffung aller indirekten Steuern aufstellt. Sie hat aber kein Interesse daran, daß die durch eine Verwirklichung ihrer Forderung auflaufenden Kosten ihr mittels direkter Steuer neu aufgebürdet werden. Das würde für die Arbeiterklasse und das Volk keine Besserung bedeuten und sie stellt deshalb parallel die Forderung nach Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben durch die alleinige, progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft auf.

9. Die Arbeiterklasse stellt keine Sonderforderungen auf. Was sie für sich fordert, fordert sie damit für das ganze Volk. Das gilt auch für die Steuerforderung. Es ist eine demokratische Forderung, mit der die Arbeiterklasse das ganze ausgebeutete Volk für ihre Ziele und gegen die Bourgeoisie zu vereinigen sucht. Mit der Aufhebung der zusätzlichen Ausbeutung der Arbeiterklasse wird auch eine schwere Last für die breiten Volksmassen wegfallen. Mit der Aufhebung ihrer eigenen Ausbeutung und Unterdrückung beseitigt sie auch die der breiten Volksmassen.

Welche Bedeutung hat die Steuerforderung?

1. In allen neuzeitlichen Revolutionen hat die Steuerfrage eine bedeutende Rolle gespielt. Am deutlichsten wurde

dies in der französischen Revolution, in der gerade die Bauern versuchten, die unerträgliche Steuerlast abzuschütteln.

Die meisten Revolutionen sind während oder unmittelbar nach Kriegen ausgebrochen. Gerade in Kriegen aber steigt die Steuerlast des Volkes ins Unermeßliche, da die Bourgeoisie versucht, das Volk auch finanziell für ihre Raubzüge bluten zu lassen. Wenn wir uns heute auch noch nicht in einer direkt revolutionären Situation befinden, so läßt sich doch bereits jetzt feststellen, daß die Steuerfrage ständig an Bedeutung zunimmt. Sie ist längst zum Zankapfel zwischen den bürgerlichen Parteien und zum Gegenstand von Forderungen der Massen geworden.

Gerade die bürgerlichen Politiker versuchen momentan die Steuerfrage gegen den Lohnkampf auszuspielen. Sie winken mit Versprechungen geringfügiger Steuersenkungen und erwarten dafür um so größere Zugeständnisse in den Tarifauseinandersetzungen.

Die Bourgeoisie treibt ihr Spiel mit dem Steuerproblem nicht nur im Lohnkampf. Wird irgendwo gestreikt oder demonstriert, appelliert sie demagogisch an die Sorgen und Nöte der Massen, indem sie gegen "radikalisierte Minderheiten" wettet, die nur die Steuern des Volkes vergeuden. Ohne die richtige Einschätzung der Steuerfrage wird der Klassenkampf nicht voran kommen und das Volk wird zum Spielball der bürgerlichen Kräfte.

2. Indem wir die Forderung nach Abschaffung der indirekten Steuern aufstellen, kämpfen wir gegen eine der schreiendsten Ungerechtigkeiten in der bürgerlichen Gesellschaft, die verdeckte Ausplünderung der Volksmassen durch den Staat.

Wie alle demokratischen Forderungen dient die Steuerforderung unter kapitalistischen Bedingungen zunächst der Entlarvung der bestehenden Verhältnisse, um die Bourgeoisie politisch zu isolieren und so die Bedingungen für ihre Durchsetzung zu schaffen und wird dann zu einem Programmpunkt der proletarischen Revolution. "Es schlägt dann der demokratische Kampf um in unmittelbare Maßnahmen zur Eroberung der politischen Macht" (W.Maier in Kommunismus und Klassenkampf Nr. 1/73). Ihre Verwirklichung bedeutet das, was Lenin die "Demokratisierung des Staatshaushaltes" nannte.

Auch die Forderung nach progressiver Besteuerung widerspricht keineswegs den Prinzipien der Demokratie. "Wenn wir im bürgerlichen Staat allgemeine und gleiche Rechte für jedermann fordern, so wird der proletarische Staat, indem er die Ausbeuter enteignet und den bürgerlichen Staat zerschlägt, zunächst die wirkliche Grundlage für die Allgemeinheit und Gleichheit der Rechte herstellen" (W.Maier, a.a.O.). Die Diktatur des Proletariats besteht in der breiten Demokratie für die Massen überhaupt, in der die Ausbeuter von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung unterdrückt werden. Lenin zitierte öfters den alten Rotarmisten, der von einem Kosaken auf das "räuberische" Steuerprogramm der Sowjetmacht angesprochen, entgegnete: "Wir rauben nur was uns geraubt wurde."

3. Unsere Steuerforderung läßt die Hauptaufgaben des Proletariats in aller Klarheit hervortreten. Von einigen "linken" Kritikern ist uns wiederholt vorgeworfen worden, die Steuerforderung sei reformistisch, da sie nichts an den kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen ändere.

Die Frage so zu stellen heißt aber sie falsch zu stellen. Das Grundübel der kapitalistischen Gesellschaft ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten in der Fabrik. Daran

wird sich erst in der sozialen Revolution etwas ändern, wenn das Proletariat gestützt auf die politische Macht daran geht, die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu zerschüttern und die neue Ökonomie zu errichten. Darum bringt auch die Verwirklichung der Steuerforderung, wie die jeder anderen demokratischen Forderung auch nicht unmittelbar die ökonomische Herrschaft der Bourgeoisie zu Fall. Die Arbeiterklasse stellt die Steuerforderung auf, um sich eine zusätzliche Form der Ausbeutung vom Halse zu schaffen. Indem diese Forderung aufgestellt und verwirklicht wird, tritt aber das Grundübel der kapitalistischen Gesellschaft um so deutlicher zu Tage: die Ausbeutung der Arbeiterklasse bedeutet keineswegs, daß die Arbeiterklasse und das Volk irgendwelchen Sozialstaatsillusionen aufsitzen und sich auf ihren Lorbeeren ausruhen werden, "jeder demokratische Erfolg im Kampf gegen die politischen Maßnahmen des Volkes macht die Notwendigkeit der sozialen Revolution um so zwingender" (J.S. in KVZ Nr. 2/74).

4. Die Steuerforderung ist eine demokratische Forderung, unter der sich die Massen gegen den bürgerlichen Staat und die Herrschaft der Bourgeoisie zusammenschließen. Der Steuerraub ist eine der Hauptstützen der Herrschaft der Bourgeoisie und hauptsächliche Finanzierungsquelle des staatlichen Unterdrückungsapparates.

Indem die Massen die Steuerforderung aufstellen, wächst die Klarheit über das wahre Ausmaß der staatlichen Ausplünderung und das ist ein erster Schritt, um den Staat als das zu bekämpfen was er ist: ein von der Gesellschaft abgesonderter Schmarotzer und Parasit zur Unterdrückung des Volkes im Dienste der Bourgeoisie, den es zu zerschlagen gilt. Das Volk kann keinerlei Interesse daran haben, den Apparat zu seiner eigenen Unterdrückung auch noch zu finanzieren. Indem die Massen die Steuerforderung verwirklichen, entziehen sie dem Moloch Staat weitestgehend die Nahrung und tragen damit wesentlich zur Zerschlagung der Hauptstütze der Bourgeoisie bei. Es wird keine politische Demokratie für die Massen geben können ohne die Beseitigung der Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Steuersystems, ohne die grundlegende Demokratisierung des gesamten Steuerwesens. Der proletarische Staat wird unmittelbar nach der Eroberung der politischen Macht zunächst einmal die Bourgeoisie zur Kasse bitten, um die auflaufenden Kosten zu bestreiten und wird dann später ein Steuersystem mit "revolutionär hohen" Steuersätzen für die Bourgeoisie (Lenin) einführen. Die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft wird eine der ersten Maßnahmen der Volksmacht sein — sie wird aufrechterhalten werden bis zur Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und an Grund und Boden, was, wie die Geschichte zeigt, eine recht beträchtliche Zeitspanne sein kann. In dem Maße, in dem das kapitalistische Privateigentum beseitigt wird, werden die staatlichen Ausgaben zunehmend aus direkten Abgaben der volkseigenen Betriebe bestritten werden, es wird quasi eine Produktionssteuer eingeführt. Lohn- und indirekte Steuern wird es im Sozialismus nicht mehr geben. Die Steuerforderung ist eine revolutionäre Forderung, so alt wie die revolutionäre Arbeiterbewegung selbst.

Handelt es sich bei der Steuerforderung um eine demokratische Forderung?

Von vielen Genossen ist eingewandt worden, die Steuerforderung sei zwar richtig, es handle sich dabei aber um eine wirtschaftspolitische Forderung, einen Kampf um Refor-

men, welche die Fähigkeiten der Arbeiterklasse erhöhen den Klassenkampf zu führen und nicht um eine demokratische Forderung, die mit dem Ziel der Volkssouveränität aufgestellt werde. Das ist nicht richtig.

Die wirtschaftspolitischen Forderungen des Programms sind Forderungen, die sich auf das Verhältnis von Kapitalist und Arbeiter im Betrieb beziehen, in das der Staat als Regulator zu Gunsten des Kapitals eingreift (Arbeitszeit, Urlaubslänge, Einschränkung des Bewegungsraums von Arbeitervertretern etc.).

Die Steuerforderung bezieht sich dagegen auf einen der Eckpfeiler der politischen Herrschaft der Bourgeoisie, die Finanzierung des staatlichen Unterdrückungsapparates. Die Kriterien, nach denen demokratische Forderungen aufgestellt werden, sind im Programm folgendermaßen bestimmt: "Um an die proletarische Revolution heranzukommen, freien Raum für die Entfaltung der gesellschaftlichen Klassenkämpfe zu schaffen und die Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung zu gewinnen, muß die Arbeiterklasse den entschiedensten Kampf für die ungeteilte und uneingeschränkte Volksherrschaft führen." (Ergebnisse... 1. Aufl. 1973, S. 22)

Auf die Steuerforderung treffen diese Kriterien alle samt und sonders zu; sie führt die Massen in den politischen Kampf gegen den bürgerlichen Staat, läßt die hauptsächlichsten Widersprüche des Kapitalismus klarer zu Tage treten und schließt die Massen gegen die Bourgeoisie zusammen, indem sie darauf abzielt, gleiche Rechte für jedermann herzustellen.

Was die Frage der Volkssouveränität betrifft, d.h. die Kontrolle durch das Volk, so kann diese nur durch die Verwirklichung aller demokratischen Forderungen hergestellt werden, die deshalb auch als Zusammenhang gesehen werden müssen. Die Verwirklichung einzelner demokratischer Forderungen, wie etwa die nach Gleichberechtigung von Frauen und Männern oder Ausländern und Deutschen wird niemals gleichbedeutend sein mit der Herstellung der Volksherrschaft.

Unsere Steuerforderung zielt wie alle demokratischen Forderungen auf den Sturz der Bourgeoisie als herrschende Klasse und die Errichtung der Volksmacht. Ihre Verwirklichung ist deshalb untrennbar mit der Kontrolle ihrer Ausführung durch das Volk selbst verbunden. (So stand etwa das Steuerprogramm der Bolschewiki im wesentlichen schon während der Kerenski-Regierung auf dem Papier, aber eben nur auf dem Papier. Es konnte erst durch die Kontrolle der Sowjets durchgesetzt werden.) Sie steht deshalb im Zusammenhang aller demokratischen Forderungen. Die KPD hat diesen Sachverhalt klarer dargestellt, indem sie die Steuerforderung mit der Zusatzforderung nach Kontrolle des Steuerprogramms durch die Organe der örtlichen Selbstverwaltung verband.

Steuerforderung und der Kampf an der Hochschule

Bis vor kurzem wurde die Steuerforderung von uns überhaupt nicht beachtet, was Ausdruck der mangelnden Aneignung des Programms durch unseren Verband ist. Oder sie wurde als Propagandaforderung verstanden, wie dies der KSV (Studentenorganisation der Gruppe Rote Fahne (KPD)) heute auch teilweise tut. Die praktische Bedeutung der Steuerforderung liegt aber gerade darin, daß sie der Entlarvung und damit der Isolierung des bürgerlichen Staates dient. Die Steuerfrage ist heute eine unmittelbar prakti-

sche Frage und die Antwort des Programms des KBW ist eine ebenso praktische Antwort, insofern es heute darum geht, an dieser Forderung eine politische Front aufzubauen, die Bourgeoisie mit dieser Frage zu isolieren und so auch Bedingungen der Durchsetzungen zu schaffen.

Erstmals aufgestellt haben wir die Steuerforderung als Aktionslosung während der Bafög-Kampagne. Wir machten aber den Fehler, die Steuerfrage allein im Zusammenhang der Bafög-Frage zu sehen. Begünstigt wurde dieser Zustand durch fehlerhafte Tendenzen in der Bafög-Stellungnahme des Ständigen Ausschusses, in dem eine Verbindung gezogen wird zwischen der Steuerforderung und dem Charakter der Hochschulen als Institutionen der Bourgeoisie. Das ist aber nicht richtig, denn unser Programm spricht ausdrücklich von der Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben durch die Steuerprogression und dies ist auch korrekt. "Da die heutige Staatsgewalt die Aufrechterhaltung und Verteidigung der kapitalistischen Ordnung zur Aufgabe hat und sowohl ihre gemeinnützigen Funktionen wie die fortschrittlichen Reformen, die von ihr etwa zu verlangen sind, diesen ihren wesentlichen Charakter nicht ändern, im Gegenteil selbst von kapitalistischen Interessen durchdrungen sind..." (Rosa Luxemburg)

Wie müssen wir die Steuerforderung propagieren?

Völlig falsch wäre es natürlich, wenn wir etwa die Steuerforderung zum alleinigen Knotenpunkt unserer gesamten Arbeit an der Hochschule und in der Stadttagitation machten. Wir müssen uns bemühen, unsere Forderungen zunächst zu erklären und zu verankern. Dennoch ist es jetzt schon möglich vielfach mit unserer Steuerforderung zu arbeiten.

Wenn wir beispielsweise in einem Stadtteil Agitation betreiben und dabei den Ausspruch von Professor Engels (Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt), die Arbeiter, die Lohnerhöhungen fordern, seien Sozialparasiten, auf eine Tafel pappen, wird der Masse der Bevölkerung sehr leicht klarzumachen sein, daß die Hochschule eine Einrichtung der Bourgeoisie ist und für was hier Steuergelder "verschwendet" werden. Wir können dann sehr leicht klarmachen, daß es sich bei unserem Kampf nicht um exotische "Studentenkrawalle" handelt, sondern daß wir sehr wohl von der Klassenwirklichkeit unserer Gesellschaft ausgehen.

30.1.1974

M.W., Frankfurt/Main



DIE FRONT

Zeitschrift zur Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker des Nahen Ostens

Herausgegeben vom SOZIALISTISCHEN PALÄSTINA-KOMITEE DEUTSCHLAND

NR. 1/74

DM 1.30

Nr. 1/74 erscheint in der zweiten Februarhälfte

Die Nummer enthält unter anderem die Artikel:

- Wie hat die Widerstandsbewegung am Befreiungskrieg teilgenommen?
- Die Lage der Widerstandsbewegung nach dem Krieg
- Zur inneren Situation Israels
- Ölpolitik und Energiekrise

Bestellungen an: Verlag Jürgen Sandler
69 Heidelberg, Uferstr. 56

„Bürgerinitiativen“ und Klassenkampf

Zum Kampf des Volkes in Nordhorn und zum Artikel in der KVZ Nr. 1

Die bisher in unserer Zeitung erschienenen Berichte zum Verhältnis Volksbewegungen – „BÜRGERINITIATIVEN“ offenbaren einige Unklarheiten über die Bedeutung von „Bürgerinitiativen“ in der Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes.

Mir scheint, daß der Artikel in der KVZ Nr. 1 über die Volksbewegung gegen den Bombenabwurfplatz Nordhorn-Ränge die Quelle für falsche oder jedenfalls mißverständliche Ansichten über die Rolle von „Bürgerinitiativen“ und proletarischem Klassenkampf ist. Deshalb beziehe ich mich in meiner Kritik hauptsächlich auf diesen Artikel.

Ungefähr seit 1970 macht sich der Massenprotest über die Angriffe der Bourgeoisie auf den Lebensstandard auch in immer zahlreicher werdenden Bürgerinitiativen bemerkbar. Bis jetzt ist es den bürgerlichen Ideologen noch gelungen, die politische Tendenz, die in den Bürgerinitiativen zum Ausdruck kommt, nämlich die wachsende Unruhe über die Verschlechterung des Lebensstandards und das Mißtrauen in die gewählten „Volksvertreter“, zu ignorieren und Bürgerinitiativen als eine Erscheinung zu behandeln, die nichts mit dem Klassenkampf zu tun hat. Besonders die bürgerlichen Linksideologen wie Offe und Konsorten geben sich die allergrößte Mühe, die „neue Qualität“ der Kämpfe im Reproduktionsbereich“ hervorzuheben. Dazu haben sie natürlich auch eine „Theorie“, die sogenannte „Disparitätentheorie“, derzufolge die Arbeiterklasse im Produktionsbereich total entfremdet ist, unfähig, Klasseninteressen zu vertreten; dagegen geraten alle anderen Bereiche der Gesellschaft zunehmend in Widerspruch zu den Bevölkerungsinteressen, weil sie sich „ungleichmäßig“ zur gesellschaftlichen Basis, den Produktivkräften entwickeln. Aus dieser „Theorie“ ziehen diese Leute den reformistischen Schluß, daß der Interessenkampf sich auf den sogenannten „Reproduktionsbereich“ verlagert hat, daß die Bevölkerung die „Ungleichmäßigkeit“ der Entwicklung durch Forderung nach Reformen und sonstigen Verbesserungen aufheben muß. Deshalb „begrüßen“ die neuen Reformisten „Bürgerinitiativen“ und haben bislang relativ großen Erfolg (Einfluß) zu verzeichnen.

Ich habe den „neuen Reformismus“ deshalb erwähnt, weil meiner Meinung nach die Verfasser des „Nordhorn“-Artikels noch im Fahrwasser dieser „Theorie“ schwimmen. Auf Seite 8 der KVZ Nr. 1 heißt es: „Der Kampf... ist nicht unmittelbar ein Bestandteil des proletarischen Klassenkampfes. Vielmehr treten in diesem Kampf, dessen unmittelbare Perspektive nicht weiter reicht als zur Beseitigung des Lärms, die Eigenschaften der verschiedenen Klassen erst deutlich zutage.“ Diese Aussage ist falsch und stiftet Verwirrung. Gerade in den Volksbewegungen um den geplanten Bombenabwurfplatz „Westermoor“ und um „Nordhorn-Ränge“ erteilen die Arbeiter der Ideologie von

den „gesonderten Reproduktionsinteressen“ sehr praktisch eine Abfuhr, indem sie **unmittelbar** zu Mitteln den Klassenkampfes griffen, um ihre Interessen zu unterstreichen: In Papenburg (Westermoor) legten die Werftarbeiter die Arbeit nieder und demonstrierten zusammen mit Arbeitern benachbarter Industriebetriebe (fast 6 000) in der City gegen den geplanten Bombenabwurfplatz. Nordhorn und Klausheider Arbeiter errichteten Straßensperren und lösten sich jeweils nach Schichtende in der Bewachung ab. Was die Genossen sagen wollen ist, daß diese Kämpfe das Niveau des spontanen Massenprotestes nicht überschritten haben, daß sie nicht politisch mit der Perspektive des Klassenkampfes geführt wurden. Das ist sicher richtig. Unsere Aufgabe als Kommunisten ist es jedoch, die vorwärtstreibenden Seiten solcher Bewegungen festzustellen und zu propagieren, gegenüber den spontanen, auseinanderstrebenden Interessen das vereinheitlichende proletarische Klasseninteresse hervorzuheben. Stellen sich die Genossen diese Aufgabe? Nein, das tun sie nicht! Statt in der Zusammenfassung den richtigen Schluß aus ihren vorangegangenen Ausführungen zu ziehen, daß die Nordhorner Bevölkerung auf die leeren Versprechungen und die Hinhaltetaktik ihrer „Volksvertreter“ in Bundes-, Landes- und Kommunalparlament mit selbständigen, spontanen Massenaktionen antwortete und nur noch eine „Notgemeinschaft“ als Organ der Bevölkerung zu Verhandlungen zugelassen wurde (d. h., daß die Kommunalpolitiker das Vertrauen der Bevölkerung verloren hatten), wird resigniert festgestellt, daß „der Kampf... nicht unmittelbar ein Bestandteil des proletarischen Klassenkampfes“ ist. Statt die Erfahrungen mit der „Notgemeinschaft“ deutlich auszusprechen und die nächsten Aufgaben daraus abzuleiten – die „Notgemeinschaft“ hatte vom Standpunkt der Bevölkerung die Aufgabe, Sprachrohr der Mehrheitsinteressen zu sein, Verhandlungen im Auftrag der Bevölkerung zu führen und den Kampf zu organisieren, – treten die Genossen moralisch auf und stellen fest, daß „die Eigenschaften der verschiedenen Klassen (in diesem Kampf) erst deutlich zutage (treten)“. Die Kapitalvertreter und bürgerlichen Parteimitglieder in der „Notgemeinschaft“ entzogen sich in der entscheidenden Phase der Bevölkerungsaktionen diesen Aufgaben und wiegelten, wo sie nur konnten, ab. Was hat die Bevölkerung daraus gelernt? Tritt eine „Aktionsgemeinschaft“ (Notgemeinschaft, Bürgerinitiative o. ä.) als Sprecher der Bevölkerungsinteressen auf, muß sie auch von der Bevölkerung kontrolliert werden. Betätigen sich Mitglieder der Aktionsgemeinschaft oder der ganze Verein gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, müssen sie abgewählt und durch neue Kräfte, die bewiesen haben, daß sie keine Sonderinteressen verfolgen, ersetzt werden. Führt die Aktionsgemeinschaft Geheimverhandlungen mit Organen des kapitalistischen Staates, muß demgegenüber klargestellt werden, daß Organe der Bevölkerung an Beschlüsse der

Versammlungen gebunden sind und nicht eigenmächtig "Kompromisse" aushandeln dürfen. Die Bevölkerung braucht in ihren Kämpfen gegen die Eingriffe des kapitalistischen Staates gerade da, wo sich eine politische Führung noch nicht herausgebildet hat, Versammlungen und Großveranstaltungen in allen wichtigen Phasen des Kampfes. Verschiebt die Aktionsgemeinschaft Großveranstaltungen auf den Sankt Nimmerleinstag, um selbst in die Initiative als Verhandlungspartner des Staates zu kommen, fällt sie dem Kampf der Bevölkerung in den Rücken, statt ihn zu organisieren und muß durch Organisationen aus der Bevölkerung ersetzt werden. Dies u. a. m. sind Lehren aus der Volksbewegung gegen den Bombenabwurfplatz, die klar zeigen, wie aktuell eine Bürgerinitiative im Rahmen von Massenbewegungen "Bestandteil des proletarischen Klassenkampfes" ist.

Warum kommen die Genossen auf die absurde Idee, daß Volksbewegungen wie in Nordhorn, aber auch andere, weniger entfaltete "Bürgerinitiativ-Bewegungen" nicht Bestandteil des proletarischen Klassenkampfes sind? "Der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat wird (in diesen Kämpfen) überlagert von einem überaus dringlichen, aber nur regionalem, besonderen Problem." Die Genossen betrachten die Bewegungen im Volk wie der Bourgeoisie mit seiner Sonntagsbrille. Warum gibt es heute Unruhe, Massenprotest und Massenbewegungen im Volk, wo früher nur Resignation und Sich-Fügen die ausschlaggebende Tendenz waren (Den Flugplatz in Nordhorn gibt es seit 20 Jahren!)? Die Antwort gibt die Resolution unserer Organisation über die Entwicklung des Klassenkampfes (den politischen Bericht des Sekretärs gab es damals noch nicht). Unsere Aufgabe als Kommunisten aber ist es, nicht den spontanen Interessenkampf der Massen anzubieten, um ihn hinterrücks als lokalborniert zu diffamieren und ihn hinzustellen als "Kampf, dessen unmittelbare Perspektive nicht weiter reicht als bis zur Beseitigung des Lärms". Die Nordhorner wußten sehr gut, wer den Lärm verursachte: Die NATO-Düsenjäger mit ihrem bevölkerungsfeindlichen Üben über besiedeltem Gebiet! Deshalb besetzten sie als erstes sowohl 1971 wie jetzt im Juni den Bombenplatz, der der NATO gehört, statt irgend ein Rathaus oder sonst etwas. Deshalb forderten sie auch gegen alle Einwände der Politiker die ersatzlose Streichung des Platzes. Die Brüchigkeit der "Einheitsfront" gegen den "Lärm" trat ja nicht nur durch die Abwiegelei der "Notgemeinschaft" zutage, sondern darin, daß jeder mit dem "Lärm" etwas anderes verband: Die örtlichen CDU-Politiker wurden nicht müde, zu fordern, der Protest dürfe sich auf keinen Fall gegen die NATO richten (Zitat sinngemäß: Der Lärm von NATO-Düsenjägern läßt sich immer noch leichter ertragen als der von MIG-Jägern der Roten Armee.); auch die örtlichen Politiker reichten sich nur in die Front gegen den Lärm ein mit dem Vorbehalt, die eigene Bevölkerung habe die Verteidigungslasten zwanzig Jahre lang tragen müssen, jetzt seien mal andere (Ortschaften) dran. Was steckt hinter diesen Vorbehalten? Die Politiker treten ein für die NATO-Strategie des Übens über bzw. in besiedeltem Gebiet. Damit treten sie aber auch auf als Fürsprecher der Funktionen der NATO, gegen Bevölkerungsunruhen im Inneren eingesetzt zu werden. (Aus einem Leserbrief eines ehemaligen Kampffliegers in den "Grafschafter Nachrichten" geht hervor, daß Zielübungen auf feste oder bewegliche Ziele durchaus in der Nordsee, auf alte Bohrinseln, aufgeschwemmte Sandbänke oder von Kümos gezogene Zielscheiben getroffen werden könnten.) Die Forderung, die in Nordhorn gewissermaßen "in der Luft lag" und auch in den radikalen

Aktionen und der Parole nach ERSATZLOSER STREICHUNG DES BOMBENABWURFPLATZES zum Ausdruck kam wäre gewesen: KEINE ÜBUNGSFLÜGE DER NATO ÜBER BESIEDELTEN GEBIET! Sie wurde nicht aufgestellt, weil die politischen Elemente in der Volksbewegung fehlten, aber nach allem, was in Westermoor und Nordhorn/Klausheide gelaufen ist, bin ich sicher, daß diese Forderung eine Mehrheit in der Bevölkerung gefunden hätte und finden wird, und daß dadurch in der brüchigen Einheitsfront sehr schnell die Spreu vom Weizen getrennt (worden) wäre. Vor allem aber organisiert diese Forderung den Willen der Mehrheit der Bevölkerung viel besser, gibt die Perspektive ab, unter der der Kampf immer wieder aufgenommen werden muß.

Die Genossen, die den Artikel geschrieben haben, kommen zu einem gänzlich anderen Schluß. Dazu ein längeres Zitat von Seite 7/8: "Natürlich bereiten die Aktionen der Klausheider objektiv dem westdeutschen Militarismus Schwierigkeiten, aber das liegt subjektiv gar nicht in der Absicht der Klausheider. Ihr Kampf richtet sich gegen die mörderische Lärmbelästigung und an diesem Kampf hat die gesamte Bevölkerung — einschließlich der lokalen Bourgeoisie — ein Interesse. Weil es sich hier objektiv um das Sonderproblem einer bestimmten Region handelt, darum kann sich im Hinblick auf dieses Sonderproblem eine gewisse Gemeinsamkeit im Kampf gegen die staatliche Zentralgewalt sogar mit der örtlichen Bourgeoisie herstellen." Hier geht aber auch alles durcheinander! Den schwerwiegendsten Fehler machen die Genossen, indem sie die Kritik der "linken" Tendenz beim "Roten Morgen" (Anbetung der Gewalt, Bezeichnung der Aktionen als antimilitaristischen Kampf) durch eine extrem rechte Tendenz überlagern. Erstens bin ich im Zweifel, ob die Genossen ernsthaft Untersuchungen über die "subjektive Absicht" der Klausheider angestellt haben. In der Hamburger Arbeiterzeitung Nr. 4 kann man jedenfalls dem Interview mit einem Klausheider Arbeiter entnehmen, daß die Erfahrungen des Massenprotests nicht spurlos vorübergegangen sind, sondern zu einer Radikalisierung im Bewußtsein der Bevölkerung geführt haben. Zweitens ist es aber gerade unsere Aufgabe, den Massen ihre objektiven Interessen ins Bewußtsein zu rücken, nicht aber, ihren Kampf an dem zu messen, was sie spontan an "Absichten" entwickeln. Alles andere ist endlose Nachtrabpolitik und blinder Ökonomismus. Die Genossen sagen, der "Kampf richtete sich gegen die mörderische Lärmbelästigung und an diesem Kampf hat die gesamte Bevölkerung ein Interesse". Aber was ist das für eine "Richtung" und was für ein "Gesamtinteresse"? "Lärm" kann man nur beseitigen, indem die Ursachen des Lärms beseitigt werden. Gerade an dieser simplen Feststellung zeigt sich aber bereits, daß offensichtlich nicht die gesamte Bevölkerung ein "Interesse" an der Beseitigung der "Lärmbelästigung" hatte, weil der Lärm nämlich durch NATO-Düsenjäger verursacht wurde und an der NATO scheiden sich die **Klasseninteressen**. Die Mehrheit der Bevölkerung wollte den Bombenabwurfplatz ersatzlos weghaben, die Politiker wollten eine Verlegung: Kommt darin nicht bereits zum Ausdruck, daß es hinsichtlich der Ursache des Lärms unterschiedliche Klasseninteressen gab und gibt? Die Genossen schätzen diese aufbrechenden Widersprüche offensichtlich gering ein und zerrn die Klausheider auf eine Position des unbestimmten "Interesses an Lärmbeseitigung" zurück, eine Position, die Teile der Bevölkerung gerade im Begriff waren, zu verlassen.

Betrachtet man die Bewegung in Nordhorn als Teil der Entwicklung des Klassenkampfes und unter der Perspekti-

ve der Klasseninteressen des Proletariats, dann erledigt sich natürlich auch sehr schnell die Behauptung, es handle sich um "Sonderprobleme einer bestimmten Region". Richtig ist daran nur, daß die "Range" bei Nordhorn liegt, bzw. daß das gesamte Emsland bevorzugtes Aufmarschgebiet der NATO-Truppen ist (s. KVZ Nr.9). Das Problem des Übens der NATO über bzw. in besiedelten Gebieten ist jedoch keineswegs auf diese Region beschränkt und berührt ganz wesentlich das Klasseninteresse des Proletariats.

Zum Schluß möchte ich noch auf eine falsche Schlußfolgerung der Genossen hinweisen, die auch auf der Linie der Überlagerung einer "linken" Tendenz durch eine rechte Tendenz erfolgt. Die Genossen fassen zusammen: "Die Kommunisten unterstützen diese Kämpfe. Sie versuchen sie so zu führen, daß in ihnen die Klassenkenntnis des Proletariats über die Notwendigkeit des unerbitterlichen Kampfes gegen die Bourgeoisie wächst. Das ist nur möglich, wenn mit aller Entschiedenheit für eine möglichst günstige Lösung des unmittelbaren Problems gekämpft wird, an dem der Widerstand der Bevölkerung sich entzündet hat. Nur in diesem Kampf kann sich die Trennung vollziehen zwischen Arbeitern und beteiligten Bourgeois." (S.8) "Möglichst günstige Lösungen" sind ja wohl das Gegenteil von radikalen Lösungen. Sollen Arbeiter Kompromisse und Teillösungen auf ihre Fahnen schreiben? Nichts anderes fordern die Genossen. Die Klausheider Bevölkerung hat bereits mehrfach Erfahrungen mit "möglichst günstigen Lösungen" machen müssen. Einmal wurde die Flugzeit morgens von 8 Uhr auf 9 Uhr verlegt, ein anderes Mal wurde eine zweistündige Mittagspause eingeräumt und die Zusage gegeben, daß Nachtfüge abgesetzt werden sollen. Doch was sind das für "Lösungen"! Die Flüge werden jetzt in der verbleibenden Zeit nur umso intensiver geführt, der Lärm steigert sich. Nein! Was die Klausheider brauchen und auch wollen, sind radikale Lösungen, solche, die das Übel bei der Wurzel packen. Im übrigen führen die Genossen mit dem Begriff "Klassenkenntnis" nicht nur ein neues Wort ein, sondern sie ersetzen den Klassenkampf durch den moralischen Kampf. Weil die Genossen nicht wahrhaben wollen, daß diese Volksbewegungen Bestandteil des proletarischen Klassenkampfes sind, versetzen sie praktisch die Arbeiter in die Rolle des Theaterbesuchers, dessen Erkenntnis in der Rauferei um möglichst günstige Lösungen wachsen soll. Nein Genossen, in diesem Kampf vollzieht sich nicht die Trennung zwischen Arbeitern und be-

teiligten Bourgeois, sondern: Die Trennung von Arbeiter- und Bourgeoisinteressen vollzieht sich auf der Linie unterschiedlicher Klasseninteressen. Die Arbeiter müssen lernen, den Klassenkampf politisch nach objektiven Klasseninteressen zu führen, nicht Erkenntnisse anzusammeln über schlechte Eigenschaften der Bourgeoisie.

Zusammenfassung. Die wesentliche Kritik möchte ich positiv zusammenfassen: 1. Volksbewegungen und die in diesem Rahmen sich gründenden "Bürgerinitiativen" müssen direkt von der Entwicklung des Klassenkampfes und von den Klasseninteressen des Proletariats untersucht werden und nicht als scheinbar losgelöste "Sonderprobleme". 2. "Bürgerinitiativen" haben objektiv ihre Ursache in der Linksentwicklung im Volk, sie sind Ausdruck des Ablösungsprozesses der Arbeiterklasse und des Volkes von den gewählten "Volksvertretern" und haben eine Funktion im spontanen Interessenkampf kommunaler Bevölkerung (steile) gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen (Angriffe der Bourgeoisie auf den Lebensstandard der Bevölkerung). Auch wenn heute noch viele Bürgerinitiativen stellvertretend für den Massenprotest stehen und sich Parteien und Kapitalistenverbände in ihnen tummeln, muß man diese objektive Tendenz sehen. Wenn über Bürgerinitiativen der Reformismus oder eine neuerliche Kettung an die parlamentarische Demokratie in die entstehenden Massenbewegungen getragen werden sollen, kämpfen wir Kommunisten dagegen an und entfachen die Meinungsgegensätze in und gegenüber solchen Aktionsgemeinschaften. 3. Die Bourgeoisie verhält sich ambivalent gegenüber Bürgerinitiativen. In allen Sendungen und Artikeln der Massenmedien läßt sich ein gemeinsamer Tenor heraushören: Bürgerinitiativen ja — Basisdemokratie nein! Indem wir bei solchen Massenprotestbewegungen um "Bürgerinitiativen" als direkte Organe der Bevölkerung kämpfen, entwickeln wir das Bewußtsein der proletarischen Demokratie in den Massen. Wir können aber den Kampf nur führen, wenn wir dabei die Klasseninteressen des Proletariats zur Sprache bringen. Sicherlich werden über kurz oder lang "Bürgerinitiativen" durch die Entwicklung des Klassenkampfes historisch erledigt sein und klassenmäßigen Formen der Organisation des Massenprotestes weichen. Das enthebt uns aber nicht der Verpflichtung jetzt den Kampf um solche Organe richtig zu führen, im Gegenteil.

H.F., Offenbach

Klassenkampf und Programm

Die Auseinandersetzung in der Bremer Ortsgruppe des KBW, die in dieser Broschüre dokumentiert wird, ist Bestandteil des Kampfes gegen rechte Fehler in der Politik der Gesamtorganisation und ihrer Ausrichtung auf die Aufgaben im Klassenkampf. Die Dokumentation enthält die Plattform der rechten Liquidatorenfraktion und einen Arbeitsplan, den der inzwischen zurückgetretene Sekretär der Ortsgruppe G.M. vorgelegt hat. Anschließend sind wiedergegeben die überarbeiteten Fassungen der Referate, die der Sekretär des ZK und W.Maier als Zuständige für die Region Nord im Ständigen Ausschuß des ZK auf der außerordentlichen MV der Ortsgruppe Bremen gehalten haben. Während das eine auf die einzelnen Positionen der Liquidatorenplattform eingeht und sie widerlegt, versucht das andere, die Ursachen der Fehler in der Politik des alten KBB herauszuarbeiten und weist nach, daß die Liquidatoren theoretisch fest auf dem Boden des Ökonomismus stehen.

Bestellungen an: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim 1, Sandhoferstr. 29, Tel.: 0621/379221

Die Auseinandersetzung mit der rechten Liquidatorenfraktion in der Bremer Ortsgruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Westberlin ist kein Teil Westdeutschlands

In "Kommunismus und Klassenkampf" haben die Westberliner Genossen erstmals schriftlich ihre Ansichten zur Westberlin-Frage dargelegt. (1) Nachdem zu diesem Zeitpunkt kaum mehr möglich war, als unsererseits noch einmal eine kurze Begründung für den von den Göttinger Delegierten auf der Gründungskonferenz vorgelegten Entschließungsantrag abzugeben (2), ist es jetzt erstmals möglich, auf die Westberliner Position ausführlich einzugehen.

Die gesamte bisherige Diskussion, auch, insofern sie von uns aus geführt wurde, leidet an dem grundsätzlichen Fehler, daß nicht klar war, daß zwei Fragen zur Diskussion stehen: eine programmatische Frage, nämlich die Schließung der Lücke im Programm (im Zusammenhang mit der Forderung nach einem Friedensvertrag, der "die Westberlin-Frage regelt" — Ergebnisse der Gründungskonferenz, S.24) und die Frage der Organisation der Westberliner Kommunisten. Indem beides, nur mittelbar zusammenhängend, unter dem Aspekt der Organisationsfrage diskutiert wurde, gewann diese Debatte an falscher Stelle einen pseudoprinzipiellen Charakter, während sie die prinzipielle Frage opportunistisch anging.

Hätten die Westberliner Genossen gesagt: Sicher, die westdeutsche Bourgeoisie verfügt nicht über den Staatsapparat in Westberlin, aber alle wesentlichen Organisationen der Klassen — Gewerkschaften auf der einen Seite, Kapitalistenverbände, Parteien, Kirchen, Massenmedien auf der anderen Seite — sind in Westberlin und Westdeutschland dieselben, die Strategie und Taktik der Kapitalistenklasse und ihrer Organisationen sowie der bürgerlichen Gewerkschaftsführungen sind in Westberlin und Westdeutschland die gleichen, also können und müssen wir die Westberliner und westdeutschen Kommunisten in einer Organisation zusammenfassen; und hätten sie weiter gesagt: Richtig, bei Zuspitzung der Klassenauseinandersetzungen sehen sich die Arbeiter in Westdeutschland und Westberlin verschiedenen Gegnern gegenüber — aber die geeignete Weise, das grundlegend von den Klasseninteressen der verschiedenen imperialistischen Bourgeoisien unterschiedene Klasseninteresse der westdeutschen und Westberliner Arbeiterklasse zu organisieren, ist die einheitliche Organisation; und hätten sich die Genossen dabei auf die einheitliche kommunistische Organisation im Ruhrgebiet und im übrigen Reich während der Ruhrbesetzung berufen oder auf die sich auf eine ähnliche Situation beziehenden Ausführungen Lenins, der die programmatische Festlegung des Rechts unterdrückter Nationen (etwa der Ukraine) auf Lostrennung und gleichzeitig die "Vereinigung und Verschmelzung der Arbeiter aller Nationen in international einheitlichen proletarischen Organisationen" verteidigt (3) — wäre so diskutiert worden, wären die gemeinsamen und die jeweils gesonderten Aufgaben der westdeutschen und der Westberliner Kommunisten klargeworden, und man hätte, bei völliger Klarheit über die Aufgaben, die Frage der Organisation als eine Frage der Zweckmäßigkeit und der Einschätzung diskutieren können, wobei ich weiterhin die Ansicht vertrete, daß aufgrund des Überwiegens besonderer Aufgaben in Westberlin eine gesonderte Organisation zweckmäßiger wäre — ohne

daß eine gegenteilige Entscheidung des KBW als Ausdruck einer falschen politischen Linie bekämpft werden müßte. Es käme dann in Zukunft für uns eben darauf an, besonders scharf auf die Wahrnehmung der besonderen Aufgaben in Westberlin zu achten. Insofern dies die Position ist, die die Redaktion von "Kommunismus und Klassenkampf" in ihrer Vorbemerkung (4) einnimmt, wäre es auch nicht von Nöten, noch einmal ausführlich Stellung zu nehmen. Die Westberliner Genossen haben jedoch anders argumentiert, und zwar so, daß eine prinzipielle, programmatische Frage falsch und opportunistisch gelöst wird und so, daß über die Verhältnisse und die Besonderheiten der Situation in Westberlin grobe Fehleinschätzungen verbreitet worden sind.

Zur Forderung nach einem Friedensvertrag

Zunächst zur programmatischen Frage. Es ist ersichtlich, daß die zitierte Programm-Formulierung keine Forderung enthält und, spitzt man die Frage bis in letzte Konsequenz zu, nur zwei Möglichkeiten offenläßt: die Forderung, im Friedensvertrag Westberlin den Status einer freien, entmilitarisierten und unabhängigen Stadt zu geben oder die Forderung nach Aufhebung des Besatzungsstatus in Westberlin sowie aller Einschränkungen der Souveränitätsrechte des westdeutschen Staates in Westberlin — wobei vorausgesetzt wäre, daß dieser solche Rechte, wenn auch eingeschränkt, besitzt. Die gesamte Argumentation des Westberliner Genossen kann gar nicht anders als im zweiten Sinne verstanden werden.

Um die Frage zu klären, muß kurz auf den Sinn der Forderung nach einem Friedensvertrag eingegangen werden. Der deutsche Imperialismus war 1945 von der Anti-Hitler-Koalition in die Knie gezwungen worden und hatte bedingungslos kapituliert. Die Entwicklung der Hauptwidersprüche seit 1945 hat es ihm jedoch ermöglicht, sich in Gestalt des westdeutschen Imperialismus wieder zu erholen, ohne je die Ergebnisse des 2. Weltkrieges vertraglich anerkannt haben zu müssen. Heute ermöglicht dieser Umstand dem westdeutschen Imperialismus, in einer Grauzone nicht festgelegter Ergebnisse zu operieren, was er erklärmaßen mit der Absicht unternimmt, die Ergebnisse des 2. Weltkrieges zu revidieren. Die DDR ist vom westdeutschen Imperialismus keineswegs völkerrechtlich anerkannt, vielmehr vertreten die westdeutschen Imperialisten offen die Ansicht, die DDR gehöre nur vorübergehend nicht zu ihrem Herrschaftsgebiet.

1) Westberlin — Eine Politik der freien Stadt? Kommunismus und Klassenkampf (im folgenden: Kommunismus . . .) 1, S.45-49

2) Können wir die Westberliner Kommunisten im KBW organisieren? ebd., S.49-51

3) Lenin, Ausgewählte Werke in 12 Bänden, Wien-Berlin 1933, Bd.IV, Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, v.a.S.285

4) Vorbemerkung zu den Artikeln über die Westberlin-Frage, in Kommunismus . . . 1, S.24

biet. (5) Ähnliches gilt, den Gewaltverzichts-beteuerungen zum Trotz, auch für die übrigen nach 1945 entstandenen Grenzen. Angesichts dieser Tatsachen ist es ein Recht der Völker Europas, daß ein Friedensvertrag abgeschlossen wird, und es ist die Pflicht der Kommunisten in Westdeutschland, im Sinne der Unterstützung des Proletariats der anderen Länder und der unterdrückten Völker diese Forderung aufzugreifen und zu propagieren. Keineswegs begibt man sich damit auf den Standpunkt der Bourgeoisien der DDR und der anderen kleineren europäischen Länder, vielmehr wäre die Erfüllung der Forderung nach einem Friedensvertrag im Interesse der günstigsten Bedingungen für den Klassenkampf des Proletariats in allen europäischen Ländern. (6)

Der Herstellung der günstigsten Bedingungen für den Klassenkampf sollen auch die anderen Forderungen in der zur Diskussion stehenden Programmstelle dienen: Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland, Aufhebung der Überreste des Besatzungsstatus, volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR, Garantie der vollen Souveränitätsrechte beider deutscher Staaten, Austritt aus allen imperialistischen Militärbündnissen, Abzug aller westdeutschen Truppen aus fremden Staaten. Sie finden ihre Begründung nicht im Selbstbestimmungsrecht, kann dies doch in einem imperialistischen Land nur das Recht auf Lostrennung unterdrückter Nationen bedeuten. (7) Vielmehr finden sie ihre Begründung einzig darin, "freien Raum für die Entfaltung der gesellschaftlichen Klassenkämpfe zu schaffen" (Programm) und stehen deshalb zu Recht unter den demokratischen Forderungen.

Die Forderung in Bezug auf Westberlin

Wenn Westberlin der "faktischen Herrschaft der westdeutschen Bourgeoisie" (8) unterliegt, wenn "Westberlin . . . keine selbständige politische Einheit (ist), deren Annektierung durch die BRD zu verhindern wäre" (9), dann wäre die Forderung nach der Zuerkennung des Status einer freien, entmilitarisierten und unabhängigen Stadt allerdings Unsinn, denn es handelt sich in Westberlin nicht um eine unterworfenen Nation, deren Recht auf Lostrennung zu vertreten Aufgabe der westdeutschen Kommunisten wäre. Es käme dies auf den unsinnigen Versuch heraus, die westdeutsche Bourgeoisie dadurch schwächen zu wollen, daß etwas von ihrem Herrschaftsgebiet abgeschnitten würde.

Welche Gründe werden von den Westberliner Genossen angeführt, um zu beweisen, daß "Westberlin . . . in den Händen der westdeutschen Bourgeoisie (ist)"? (10)

Erstes Argument der Westberliner Genossen ist: Die westdeutsche Bourgeoisie ist keine Kompradorenbourgeoisie, sondern eine imperialistische Bourgeoisie. Abgesehen davon, daß im Göttinger Resolutionsentwurf und im Artikel in "Kommunismus und Klassenkampf" 1 die Rede davon ist, daß die Machtausübung an den Westberliner Staatsapparat delegiert ist, nicht an die westdeutsche Bourgeoisie, abgesehen davon ist dieses Argument eine Behauptung, die als bewiesen vorausgesetzt, was erst zu beweisen wäre. Daß die westdeutsche Bourgeoisie eine imperialistische Klasse ist, beweist keineswegs, daß sie auch in Westberlin herrscht. Die Ausführungen der Westberliner Genossen über die Tatsache, daß das Westberliner Kapital in westdeutscher Hand ist, tragen in unserem Zusammenhang überhaupt nichts aus. Das gestehen die Westberliner Genossen auch ein, indem sie schreiben "Diese Frage kann nur danach entschieden werden, ob das Wesen der tatsächlichen Machtverhältnisse in

Westberlin die Macht der westlichen Imperialisten oder die Macht der westdeutschen Bourgeoisie ist." (11) Und nun schreiben sie folgendes, offensichtlich, um Einwänden vorzubeugen, die dahin gehen, es müßten die tatsächlichen Verhältnisse und nicht ihre ideologische Widerspiegelung in Form juristischer Festlegungen untersucht werden: "Die Genossen (sc. die Göttinger) folgen damit vorbehaltlos dem juristischen Schein der wirklichen Verhältnisse und untersuchen sie nicht als deren Ausdruck." (12) Um diesen angeblich von uns gemachten Fehler zu vermeiden, schlagen die Westberliner Genossen nun folgendes Verfahren ein: Bei der Untersuchung des "juristischen Scheins als Ausdruck der Verhältnisse" setzen sie überall, wo von Westberliner Behörden die Rede ist, voraus, daß von der westdeutschen Bourgeoisie die Rede ist — was jedoch erst zu beweisen ist. Des weiteren behaupten sie bei den juristischen Festlegungen an entscheidenden Stellen das genaue Gegenteil vom dem, was tatsächlich vorliegt. Und schließlich **schlußfolgern** sie aus dieser "Analyse" auf die tatsächlichen Verhältnisse zurück. Daß es dabei den tatsächlichen Verhältnissen schlecht ergeht, wird darzulegen sein.

Die juristischen Festlegungen und die jetzige Praxis

Ich gehe von der Voraussetzung aus, daß nicht juristische Untersuchungen die aufgeworfene Frage lösen können, sondern nur die Analyse der juristischen Festlegungen als Resultat.

5) Die Tatsache, daß die Regierungen der BRD und der DDR Befeitrage austauschen werden, ändert daran genauso wenig wie die Hin-nahme der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch dritte Staaten und die UNO-Mitgliedschaft beider deutschen Staaten. Schon vor Jahren hat man sich auf Seiten der BRD-Regierung die in der Logik der expansionistischen Politik stichhaltige Erklärung zu-rechtgelegt, daß die Beziehungen der DDR zur BRD sowohl völker-rechtlicher wie staatsrechtlicher Natur sei. Den Vorgang dafür liefern die Beziehungen Bayerns zum Reich vor 1918: Bayern unterhielt eigene Vertretungen im Ausland, war durch einen Vertreter bei der Reichsregierung vertreten und war dennoch Teil des Reiches. Eine weitere Parallele ist die Tatsache, daß die Ukraine und Weißrußland eigene Vertretungen in der UNO haben und dennoch Teil der UdSSR sind. Das Bundesverfassungsgericht hat im Sommer dieses Jahres noch einmal in hinlänglicher Deutlichkeit die Ansicht der westdeutschen Bourgeoisie dargelegt, daß die DDR nur vorübergehend nicht zum Staatsverband gehöre und die Grenze zwischen BRD und DDR nicht anders einzuschätzen sei als die Grenzen der westdeutschen Bundesländer.

6) vgl. Lenin, a.a.O., v.a. S.276f

7) vgl. dazu Lenin, a.a.O., Bd.2 "Die nationale Frage in unserem Programm" (S.325-334), die schon zitierte Schrift "Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", sowie Bd.5 "Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen" (S.283-298) sowie die weiteren in Abschnitt IV dieses Bandes zusammengefaßten Schriften zur Frage des Selbstbestimmungsrechtes.

8) Kommunismus . . . 1, S.44

9) ebd., S.48

10) ebd.,

(11) Dieses Wortgeklänge verbirgt natürlich eine beträchtliche Portion Nonsens. Das "Wesen der Machtverhältnisse" sei die Macht von dem oder dem, im Klartext: Das Wesen der Machtverhältnisse ist natürlich nicht "die Macht". Es geht hier um die Frage: Wer verfügt über den Staatsapparat? — Beiläufig auch die Aufforderung, nicht mit Zitaten und Belegen zu schwindeln. Auf S.48 wird in dem mit der Fußnote 30 belegten Abschnitt die Meinung der Göttinger in indirekter Rede wiedergegeben. Als Beleg dafür wird der Tages-spiegel vom 24.12.72 angeführt. Weder die Göttinger Delegierten noch ich haben ihre Meinung zur strittigen Frage im Tages-spiegel vom 24.12.72 dargelegt. Dieser Beleg ist schlichte Fälschung. (Anm. der Redaktion: Dies geht wahrscheinlich auf unsere Kappe. Wegen Fehlern in der Redaktionsarbeit mußte die Redaktion die Zugehörigkeit der Anmerkungen selber rekonstruieren, dabei ist wahrscheinlich dieser Fehler unterlaufen.)

tat gesellschaftlicher Machtverhältnisse sowie die Untersuchung der tatsächlichen Praxis. Das ist auch deshalb der einzig gangbare Weg, weil man sich, schlußfolgerte man einlinig von den juristischen Festlegungen auf die tatsächlichen Verhältnisse, der unlösbaren Schwierigkeit gegenüberstehe, zu entscheiden, welchem von vier "Ausdrücken der wirklichen Verhältnisse" man dabei den Vorzug gibt, nämlich welcher der vier voneinander unterschiedenen Interpretationen derselben juristischen Dokumente, nämlich der, die die BRD-Regierung vertritt, der der DDR, der der UdSSR sowie der der Westalliierten. (13)

Die Westberliner Genossen lenken den Blick richtig auf vier Punkte: die Berliner Verfassung, das 3. Überleitungsgesetz, die Erklärung vom 5.5.1955 sowie das Viermächteabkommen über Berlin vom 3.9.1971. Die Tatsache der Verhinderung des Versuchs der politischen Eingliederung Westberlins mittels der Verfassungsartikel 1 Abs. 2 und 3 (13) der Verfassung von Berlin vom 1.9.1950 durch die drei westlichen Mächte wird von ihnen richtig dargestellt. Diese Verfassungsartikel sind bis heute suspendiert. (15)

Aber schon beim 3. Überleitungsgesetz vom 4.1.1952 geht ihre Darstellung fehl. Zwar wurde Westberlin durch dieses Gesetz in die Steuer- und Finanzverwaltung der BRD einbezogen, es wurde jedoch keineswegs "gewährleistet, daß Bundesgesetze auch in Westberlin in Kraft treten" (16). Das war zwar die Absicht der Bundesregierung und des Westberliner Senats, sie haben jedoch diese Absicht nicht durchsetzen können.

Der Sachverhalt ist folgender: In Artikel 87 Absatz 2 der Berliner Verfassung ist festgehalten, daß Gesetze der BRD durch ein Gesetz des Abgeordnetenhauses in Westberlin Gültigkeit erhalten können. (17) Im 3. Überleitungsgesetz sollte nun das sogenannte Mantelgesetzgebungsverfahren, das auch schon vorher möglich war, generell eingeführt werden, (18) bei dem das Abgeordnetenhaus Bundesgesetzen nur noch mittels eines Mantelgesetzes Gültigkeit verleiht. Durch Intervention der Westalliierten ist jedoch eindeutig klargestellt worden, daß dieses Gesetzgebungsverfahren in Westberlin nur Berliner Landesrecht setzt, keineswegs aber Bundesgesetze qua Bundesrecht in Westberlin in Kraft setzt. (18a) Es ist schlicht falsch, wenn die Westberliner Genossen behaupten: "Die drei Besatzungsmächte gaben ihre Zustimmung." Im Bundesgesetzblatt 1952, I, S. 115, findet sich folgender Text:

"Bekanntmachung der Aufhebung von Vorschriften des Gesetzes über die Stellung des Landes Berlin im Finanzsystem des Bundes (Drittes Überleitungsgesetz) durch die Alliierte Hohe Kommission. Vom 31. Januar 1952. Die Alliierte Hohe Kommission hat durch Anordnung vom 17. Januar 1952 (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission vom 25. Januar 1952, Seite 1468) folgende Worte und Bestimmungen des Gesetzes über die Stellung des Landes Berlin im Finanzwesen des Bundes (Drittes Überleitungsgesetz) vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I, S. 1) gemäß § 5 des geänderten Besatzungsstatuts außer Kraft gesetzt:

1. Das Wort "übrigen" in den § 3 Abs. 1, 10 Abs. 4, 12 Abs. 1, 13 Abs. 1, 14, 15 Abs. 1, 17
 2. den gesamten § 11
 3. die Worte "als Bundesrecht" in § 12 Abs. 3 und in der Überschrift der Anlage 2,
 4. den gesamten Absatz 3 des § 13,
 5. die Worte "als solches" und "als Bundesrecht" in § 14.
- Dies wird namens der Bundesregierung hiermit bekanntgegeben. Bonn, den 31. Januar 1952 etc., etc."

Dietrich Böhm, der sich in seiner Dissertation "Berliner Verfassung, Grundgesetz und Besatzungsrecht" (19) ansonsten weidlich bemüht, den Anspruch der BRD auf Westberlin juristisch zu untermauern, sieht sich gezwungen, die außer Kraft gesetzten Bestimmungen folgendermaßen zu charakterisieren:

"Die Alliierte Hohe Kommission hat dieses Gesetz nach Aufhebung derjenigen Stellen, die erkennen ließen, a) daß Berlin in den Geltungsbereich des Grundgesetzes aufgenommen wurde b) und die ausdrücklich Bundesrecht als solches auf Berlin anwenden genehmigt. Sie hat einen Tag danach erklärt: 'die Bestimmungen eines Bundesgesetzes können in Berlin nur durch einen Akt der Berliner gesetzgebenden Körperschaft rechtswirksam werden, der vom Berliner Abgeordneten-

12) Wieder so ein bißchen Blödsinn. Also: nicht dem juristischen Schein der wirklichen Verhältnisse aufsitzen. Gut. Also was? "Sie als deren Ausdruck untersuchen". Die wirklichen Verhältnisse als Ausdruck wovon? Oder sollte es heißen: "untersuchen ihn nämlich den juristischen Schein, als deren, nämlich der wirklichen Verhältnisse, Ausdruck?"

(13) vgl. dazu Menzel, Eberhard, Die vier Grundauffassungen über die gegenwärtige völker- und staatsrechtliche Stellung Berlins, in: Ostverträge, Berlin-Status, Münchner Abkommen, Beziehungen zwischen der BRD und DDR, Vorträge und Diskussionen eines Symposiums, veranstaltet vom Institut für Internationales Recht an der Universität Kiel 1971, Hamburg 1971, S. 207-214

(14) "(2) Berlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland, (3) Grundgesetz und Gesetze der Bundesrepublik sind für Berlin bindend." Die Verfassung von Berlin, Berlin: Landeszentrale 1960, S. 32

15) Vgl. Landsberg, Kurt und Harry Goetz, Verfassung von Berlin vom 1. September 1950 etc., Berlin: Kompaß o.J. 15) vgl. Landsberg, Kurt und Harry Goetz, Verfassung von Berlin vom 1. September 1950 etc., Berlin: Kompaß o.J. (1951), S. 206. Viermächte-Abkommen über Berlin vom 3.9.1971, Anlage II, Ziff. 1, z.B. abgedruckt in: Doebring, Karl und Georg Ress, Staats- und völkerrechtliche Aspekte der Berlin-Regelung, Frankfurt 1972 und nach Meinung eines Teils der westdeutschen Juristen durch das Genehmigungsschreiben der Westalliierten und nach Meinung eines Teils der westdeutschen Juristen durch das Genehmigungsschreiben der Westalliierten Würzburg 1964, S. 111 ff und Anlage II Ziff. 1 zum Viermächteabkommen: "Die Bestimmungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der in den Westsektoren Berlins in Kraft befindlichen Verfassung, die zu dem Vorstehenden in Widerspruch stehen, sind suspendiert worden und auch weiterhin nicht in Kraft."

16) Kommunismus ... 1, S. 46

17) a.a.O., S. 206

18) ebd., Nachtrag

18a) vgl. dazu Willi Nagel, a.a.O., S. 125 ff und Mahnke, Dieter, Berlin im geteilten Deutschland, Schriften des Forschungsinstitutes der deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik, Bd. 34, München/Wien 1973, S. 58f. Die hier dargestellte Tatsache wird seitens der von Gerhard Keiderling/Percy Stulz, Berlin 1945-1968, Berlin (DDR) 1970, S. 293, unterschlagen. - Mahnke und Keiderling/Stulz sind die beiden umfassendsten Darstellungen des Westberlin-Problems aus den letzten Jahren und bieten zusammen einen recht guten Überblick über das Problem, Mahnke in dankenswerter Offenheit vom Standpunkt der westdeutschen Bourgeoisie unter detaillierter Berücksichtigung der tatsächlichen Änderungen, die durch das Vier-Mächte-Abkommen eingetreten sind, Keiderling/Stulz mit erheblich mehr historischem Material, vom Standpunkt der DDR-Führung in Einzelpunkten der Darstellung gelegentlich etwas grobkörnig argumentierend.

19) Dissertation Köln 1966

tenhaus in der gleichen Weise, wie er angenommen wurde, auch widerrufen werden kann." (20)

Nicht anders als beim 3. Überleitungsgesetz geht auch bei der Erklärung über Berlin vom 5.5.1955 die Darstellung der Westberliner Genossen fehl. Sie vertreten, kurz gefaßt, folgende Meinung:

1. Durch die Erklärung hätten die drei westlichen Mächte der westdeutschen Bourgeoisie alle Rechte, Machtbefugnisse und Verantwortlichkeit mit wenigen, wenn auch schwerwiegenden Einschränkungen übergeben,
2. diese Einschränkungen seien zur Einschränkung der Souveränität der westdeutschen Bourgeoisie,
3. "Soweit die Besatzungsmächte gezwungen sind, sich an den 'Geist' der Erklärung zu halten, sind sie nicht Herrscher in Westberlin, sondern tatsächlich das, wozu der Westberliner Senat (I) sie deklarierte (I), 'Schutzmächte' der westdeutschen Bourgeoisie" (21),
4. die Eingriffe der Alliierten beschränkten sich seither auf Fragen der Besatzungseinrichtungen und ihrer Angehörigen, Fragen des Status und der internationalen Beziehungen.

Alle diese Punkte sind falsch. Um das ermüdende Verfahren, jeder einzelnen Ausführung der Westberliner Genossen die entsprechende Bestimmung der Erklärung gegenüberzustellen, zu vermeiden, und um die bis heute gültige Urkunde der Beurteilung der Genossen zugänglich zu machen, sei sie hier im vollen Wortlaut mitgeteilt:

"Alliierte Kommandatura Berlin. In Anbetracht der zwischen Frankreich, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland hergestellten neuen Beziehungen und in dem Wunsch, den Berliner Behörden die größtmögliche Freiheit zu gewähren, die mit der besonderen Lage Berlins vereinbar ist, erklärt die Alliierte Kommandatura:

I.

Berlin übt alle seine Rechte, Machtbefugnisse und Verantwortlichkeiten aus, wie sie in seiner im Jahre 1950 angenommenen Verfassung niedergelegt sind, lediglich unter Berücksichtigung der von der Alliierten Kommandatura am 29. August 1950 gemachten Vorbehalte (22) und nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen:

II.

Die alliierten Behörden behalten das Recht, falls sie es für notwendig erachten, solche Maßnahmen zu ergreifen, die zur Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen, zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und zur Erhaltung des Status und der Sicherheit Berlins, seiner Wirtschaft, seines Handels und seiner Verbindungslinien notwendig sind.

III.

Die alliierten Behörden werden normalerweise nur auf folgenden Gebieten Machtbefugnisse ausüben:

- a) Sicherheit, Interessen und Immunität der alliierten Streitkräfte, einschließlich deren Vertreter, deren Familienangehörigen und nichtdeutschen Angestellten. Deutsche Angestellte der alliierten Streitkräfte genießen Immunität gegenüber der deutschen Gerichtsbarkeit nur in Sachen, die sich aus oder während der Ausübung von Pflichten und Diensten bei den alliierten Streitkräften ergeben.
- b) Abrüstung und Entmilitarisierung, einschließlich verwandter Gebiete der wissenschaftlichen Forschung, zivile Luftfahrt sowie die damit in Beziehung stehenden Verbote und Beschränkungen der Industrie.

c) Beziehungen Berlins zu ausländischen Behörden. Die Alliierte Kommandatura wird jedoch den Berliner Behörden gestatten, die Vertretung der Interessen Berlins und seiner Einwohner im Ausland durch geeignete Maßnahmen zu gewährleisten.

d) Deckung der Besatzungskosten. Diese Kosten werden nach Beratung mit den zuständigen deutschen Behörden auf dem niedrigsten Stand festgesetzt, der mit der Erhaltung der Sicherheit Berlins und der dort stationierten alliierten Streitkräfte vereinbar ist.

e) Befehlsmacht über die Berliner Polizei, insoweit dieselbe zur Gewährleistung der Sicherheit Berlins notwendig ist.

IV.

Die Alliierte Kommandatura wird, vorbehaltlich der Artikel I und II dieser Erklärung, keine Einwände dagegen erheben, daß Berlin nach einem angemessenen, von der Alliierten Kommandatura zugelassenen Verfahren die Gesetzgebung der Bundesrepublik übernimmt, insbesondere in Bezug auf Währung, Kredite und Devisen, Staatsangehörigkeit, Reisepässe, Aus- und Einwanderung, Auslieferung, Vereinheitlichung der Zoll- und Handelsgebiete, Handels- und Schifffahrtsabkommen, Freiheit des Güterverkehrs sowie Außenhandels- und -zahlungsabkommen.

V.

Auf den folgenden Gebieten:

- a) Rückerstattung, Reparationen, Dekartellisierung, Entflechtung, ausländische Interessen in Berlin und Ansprüche gegen Berlin oder seine Einwohner,
- b) verschleppte Personen und Aufnahme von Flüchtlingen,
- c) Überwachung der Betreuung und der Behandlung der von den alliierten Gerichten oder Tribunalen angeklagten oder von denselben verurteilten Personen in deutschen Gefängnissen; Überwachung der Vollstreckung der gegen solche Personen verhängten Strafen und der Frage der Amnestie, Begnadigung oder Freilassung in Bezug auf diese Personen, werden die alliierten Behörden in Zukunft nur eingreifen, insoweit, als dies mit den Grundsätzen, welche die Grundlage der neuen Beziehungen zwischen Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten einerseits und der Bundesrepublik andererseits bilden, oder mit alliierter Gesetzgebung, die in Berlin in Kraft ist, oder wenn die Handlungsweise der Berliner Behörden sich nicht mit diesen Grundsätzen vereinbaren läßt.

VI.

Alle Rechtsvorschriften der alliierten Behörden bleiben solange in Kraft, bis sie aufgehoben, abgeändert oder außer Wirkung gesetzt werden.

Die alliierten Behörden werden alle Rechtsvorschriften aufheben, abändern oder außer Wirkung setzen, die sie angesichts dieser Erklärung nicht mehr für angebracht erachten. Rechtsvorschriften der alliierten Behörden können auch durch Berliner Gesetzgebung aufgehoben oder abgeändert werden; jedoch benötigt eine solche Aufhebung oder Abänderung vor ihrem Inkrafttreten die Genehmigung der alliierten Behörden.

VII.

Die Berliner Gesetzgebung tritt gemäß den Bestimmungen der Berliner Verfassung in Kraft. Im Falle der Nichtüberein-

(20) ebd., S. 178f. - Den westberliner Genossen müßte die hier dargestellte Tatsache bekannt sein, zitieren sie doch aus der Quelle, dem angegebenen Band des Bundesgesetzblattes, selber auf S. 46.

21) Kommunismus ... 1, S. 46

22) Hervorhebungen von mir

stimmung mit alliierter Gesetzgebung, oder mit anderen Maßnahmen der alliierten Behörden, oder mit den Rechten der alliierten Behörden auf Grund dieser Erklärung, kann die Berliner Gesetzgebung durch die Alliierte Kommandatura aufgehoben oder für nichtig erklärt werden. VIII.

Um ihnen die Erfüllung ihrer auf Grund dieser Erklärung erwachsenen Verpflichtungen zu ermöglichen, haben die alliierten Behörden das Recht, die von ihnen für notwendig erachteten Auskünfte und Statistiken anzufordern und zu erlangen. IX.

Die Alliierte Kommandatura wird, soweit es die Lage in Berlin zuläßt, die Bestimmungen dieser Erklärung abändern. X.

Am Tage des Inkrafttretens dieser Erklärung wird die Erklärung über die Grundsätze der Beziehungen der Stadt Groß-Berlin zu der Alliierten Kommandatura vom 14. Mai 1949, in der durch die Erste Abänderungsurkunde vom 7. März 1951 revidierten Fassung, aufgehoben." (23)

Aus dem Wortlaut der Erklärung geht eindeutig hervor:

1. daß der westdeutschen Bourgeoisie und dem westdeutschen Staat in Westberlin keinerlei Souveränitätsrechte eingeräumt werden,
2. daß sich die drei Westalliierten, insbesondere durch die Ziffern II und VII, das Recht vorbehalten haben, jede ihnen geeignete Maßnahme, seien es Schritte der Bürokratie oder der Gesetzgebung, selbst zu unternehmen bzw. derartige Schritte von Abgeordnetenhaus und Senat zu unterbinden, wenn es ihnen notwendig erscheint.

Entspricht die Praxis diesen Festlegungen oder handelt es sich bei ihnen, wie die Westberliner Genossen wohl meinen, um abgelegte juristische Hüllen? Dietrich Böhm beschreibt die jetzige Praxis:

"Um nicht Gefahr zu laufen, daß die Alliierte Kommandatur übernommene Gesetze aufhebt, wird in der Praxis folgendes Verfahren angewandt:

Vor der Übernahme erkundigt sich der Senat von Berlin bei der Alliierten Kommandatur, ob Bedenken gegen die Übernahme des Gesetzes bestehen. Falls Bedenken geäußert werden, kommt es gegebenenfalls zu Verhandlungen mit den alliierten Behörden . . .

Bei grundsätzlichen Bedenken der Alliierten wird das Bundesgesetz nicht übernommen, so z.B. das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 und das Bundesjagdgesetz vom 29. November 1952 und aus neuerer Zeit: Das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse des Reichsvermögens und der preußischen Beteiligungen (Reichsvermögensgesetz) vom 16. Mai 1961.

Wenn die Alliierte Kommandatur nur gegen einzelne Bestimmungen des zu übernehmenden Gesetzes Bedenken hat, ordnet sie an, welche Paragraphen des Gesetzes in Berlin keine Anwendung finden. Diese Anordnung wird im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht . . .

Trotz der vorherigen Anfrage bei den Alliierten suspendierte die Alliierte Kommandatur auch nachträglich bereits von Berlin übernommene Bundesgesetze, wie das jüngste Beispiel beweist: Mit der BK/O (64) 1 vom 20. Februar 1964 wurde das "Gesetz zur Übernahme des Gesetzes über Umstellung der Abgaben auf Mineralöl" außer Kraft gesetzt, das vorher bereits mit Wirkung vom Januar 1964 in Berlin gegolten hatte. Diese Aufhebung wurde bis heute nicht begründet." (24)

Weitere außer Kraft gesetzte Gesetze nennt Mahnke: das

Gesetz betreffend die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Deutschen Bundesbahn vom 2.3.1951, § 96 a des Sechsten Strafrechtsänderungsgesetzes vom 30.6.1960. (25)

Es entspricht also nicht den Tatsachen, daß die Eingriffe der Alliierten sich auf die von den Westberliner Genossen behaupteten Bereiche beschränken. Ja, sie betreffen nicht nur die Außerkraftsetzung von Bundesgesetzen, die durch das Westberliner Abgeordnetenhaus als Landesgesetze in Westberlin übernommen werden, sondern auch Landesgesetze Westberlins; auch sind sie nicht nur in früheren Zeiten vorgekommen: Die Süddeutsche Zeitung meldet am 7.11.1973: "Westberlin wird endgültig kein eigenes Verfassungsgericht bekommen. Ein entsprechender Artikel in der Berliner Verfassung soll suspendiert werden. Nach gemeinsamen Gesprächen mit den Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses erklärte der Regierende Bürgermeister Schütz, daß ein Verfassungsgericht unter den gegenwärtigen politischen Voraussetzungen nicht realisiert werden könne. Die Bemühungen des Senats und der Parteien scheiterten am Einspruch der westlichen Alliierten. So lehnten die Einrichtung eines Berliner Verfassungsgerichtes unter Hinweis auf ihre Besatzungsrechte ab. Auch ein Kompromißvorschlag fand bei ihnen kein Verständnis." Mahnke faßt den heutigen Zustand mit folgenden Worten zusammen:

"Trotz der weitgehenden Rechtseinheit zwischen Westberlin und der Bundesrepublik haben die westlichen Alliierten somit genau darauf geachtet, daß ihre 'oberste Gewalt' nicht angetastet wird. Das zeigt sich schließlich in der Inanspruchnahme der Gerichtsgewalt (unter Anwendung des jeweiligen heimatischen Strafrechts) bei Verstößen gegen alliierte Rechtsvorschriften. (26) Deutsche Gerichte dürfen das alliierte Recht nicht in Frage stellen und die Urteile der Besatzungsgerichte binden die deutschen Gerichte und Behörden. Übergeordnetes Recht ist nach wie vor das Besatzungsrecht. Die Alliierte Kommandatur übermittelt dem Senat jährlich eine Reihe von Mitteilungen (Berlin Kommandatura Letter: BK/L), in denen sie gelegentlich auf abweichende Rechtsauffassungen aufmerksam macht. Darüber hinaus werden immer noch zu bestimmten Fragen im Jahr rund ein Dutzend Befehle durch die Alliierte Kommandatur (Berlin Kommandatura Order: BK/O) erlassen." (27)

Es ist wohl nach Darlegung dieser Tatsachen klar, was von den Behauptungen der Westberliner Genossen zu halten ist: "Die westlichen Imperialisten werden unfähig sein, die Macht, die sie nach Ansicht der Göttinger Delegierten nur delegiert haben, im gewissermaßen innerstaatlichen Verfahren zurückzufordern." (28) und: "Bonner Gesetze und die auf ihrer Grundlage erlassenen Verordnungen werden in Berlin unterschiedslos übernommen." (29) Sie sind falsch.

23) Andreas Hillgruber, Berlin, Dokumente 1944-1961, Darmstadt 1961, S.119ff

24) a.a.O., S.185ff

25) a.a.O., S.65f

26) bekanntlich wurde z.B. der Dutschke-Attentäter Bachmann von einem alliierten Gericht verurteilt.

27) a.a.O., S.59 - Die Besatzungsmächte, nach den Worten der Westberliner Genossen "nicht Herrscher in Westberlin, sondern tatsächlich das, wozu der Westberliner Senat sie deklarierte, 'Schutzmächte' der westdeutschen Bourgeoisie" haben vermutlich im Zuge dieses Deklarationsaktes vom Westberliner Senat auch den Auftrag erhalten, ihm jährlich rund ein Dutzend Befehle zu geben.

28) Kommunismus . . . 1, S.49

29) ebd., S.47

Die Situation vor den im Rahmen der sogenannten Neuen Ostpolitik geschlossenen Abkommen läßt sich also folgendermaßen skizzieren: Die drei westlichen Stadtkommandanten haben die oberste Gewalt inne und nehmen sie wahr, indem sie übernommene Bundesgesetze außer Kraft setzen und Gesetzesvorhaben des Westberliner Abgeordnetenhauses vereiteln. (30) Der BRD-Staatsapparat besitzt keine Handhabe, diese oberste Gewalt außer Kraft zu setzen.

Schaffen die Verträge, insbesondere das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin, demgegenüber grundlegend neue Tatsachen? Nein. Das geben die Westberliner Genossen auch zu, indem sie aus dem Vier-Mächte-Abkommen zitieren:

"Die vier Regierungen stimmen darin überein, daß ungeachtet der Unterschiede in den Rechtsauffassungen die Lage, die sich in diesem Gebiet entwickelt hat und wie sie in diesem Abkommen sowie den anderen in diesem Abkommen genannten Vereinbarungen definiert ist, nicht einseitig verändert wird." (31)

Neu in den Verträgen sind lediglich zwei Punkte: daß die "Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrecht erhalten und entwickelt werden" (32) sollen und daß nun auch die UdSSR die schon seit langem von den westlichen imperialistischen Mächten anerkannte Möglichkeit anerkennt, daß Westberlin in internationalen Verhandlungen von der BRD-Regierung vertreten werden kann. (33)

Aber auch hier biegen sich die Westberliner Genossen die Tatsachen etwas zurecht. Hinsichtlich der Bindungen Westberlins an die BRD ist in dem Vertrag eindeutig nochmals festgehalten, daß die BRD-Regierung keinerlei "Akte in Ausübung unmittelbarer Staatsgewalt über die Westsektoren Berlins" vornehmen darf (34), was für die Frage der Möglichkeit der Durchsetzung des Willens der westdeutschen Bourgeoisie mittels der Verfügung über den Staatsapparat eindeutig ist.

Hinsichtlich der internationalen Vertretung Westberlins schreiben die Westberliner Genossen: "Die konsularische Vertretung Westberlins, die Vertretung Westberlins in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen und die Einbeziehung Westberlins in ihre Verträge wurde bestätigt." (35) Die entscheidenden Passagen der Anlage IV zum Vertrag lauten:

"1. Die Regierungen der Französischen Republik, der Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika behalten ihre Rechte und Verantwortlichkeiten (36) hinsichtlich der Vertretung im Ausland der Interessen der Westsektoren Berlins und der Personen mit ständigem Wohnsitz in den Westsektoren einschließlich der Rechte und Verantwortlichkeiten, die Angelegenheiten der Sicherheit und des Status betreffen, sowohl in internationalen Organisationen als auch in Beziehungen zu anderen Ländern bei.

2. Unbeschadet des Vorstehenden und unter der Voraussetzung, daß Angelegenheiten der Sicherheit und des Status nicht berührt werden, haben sie sich einverstanden erklärt, daß . . ." (37)

Es folgt die Aufzählung der von den Westberliner Genossen genannten Punkte, jedoch durchgehend in der Form von Kann-Bestimmungen, wie auch die Formulierung im Vertrag selbst (II D) nur eine Kann-Klausel darstellt.

Das heißt: Auch hier können die drei westlichen imperialistischen Mächte jederzeit ihre Rechte wahrnehmen, wenn sie in Konflikt mit der BRD-Regierung geraten.

Schließlich ist daran festzuhalten, daß insbesondere die internationale Vertretung Westberlins natürlich keinerlei Aussa-

gen darüber ermöglicht, wer über den Staatsapparat in Westberlin verfügt, ist es doch durchaus üblich, daß Staaten ihre Interessen bei internationalen Verhandlungen von Dritten wahrnehmen lassen, ohne daß sich an der Verfügungsgewalt über den Staatsapparat irgend etwas ändert.

Schließlich versuchen die Westberliner Genossen, ihre Position mit einem Kommentar von Radio Tirana zu erhärten. Nach allem, was bisher an juristischen Festlegungen und an tatsächlicher Praxis untersucht wurde, kann man nicht umhin, festzustellen, daß der Kommentator von Radio Tirana in der zitierten Äußerung irrt. Zumal die Stellungnahmen aus Albanien Widersprüche enthalten: Am 35.8.1971 führt der Kommentator von Radio Tirana aus:

"Obwohl Westberlin eine Entität für sich bildet, gibt es in dieser Stadt gegenwärtig über 50 Zentralorgane, Büros und Ministerien und andere offizielle Institutionen Westdeutschlands . . . Durch diese Situation wurde Westberlin während eines Vierteljahrhunderts der Nachkriegszeit in eine Höhle von Provokationen und verschiedenen Komplotten umgewandelt. Bringt aber das Abkommen über Westberlin irgend eine Änderung der Lage mit sich? Natürlich nicht. Die Imperialisten, mit den amerikanischen an der Spitze, haben sich stets bemüht, und jetzt mit Unterstützung der Sowjetrevisionisten verwirklichen sie ihre Bemühungen, um Westberlin auf einem Pulverfaß im Herzen Europas zu halten. Der Unterschied besteht also nur in der Tatsache, daß es jetzt die Sowjetrevisionisten sind, die die bestehende Lage in Westberlin legalisieren und sogar die weitere negative Evolution der Stadt ermutigen. Das jüngste Abkommen untergräbt (nicht: macht zunichte!, H.B.) den Status Westberlins und die Bemühungen, aus deren Stadtteilen eine freie, unabhängige und entmilitarisierte Stadt zu machen." (38)

Die Verfügung über den Westberliner Staatsapparat

Die These der Westberliner Genossen lautet: Die Bürokratie ist fest in der Hand der westdeutschen Bourgeoisie, ebenso, mit Ausnahme der Gerichtsbarkeit über die alliierten Truppenangehörigen, die Justiz. Angesichts der Tatsache, daß die Erklärung vom 5.5.55 den westlichen Stadtkommandanten die Möglichkeit in die Hand gibt, durch Befehl Gesetze in jedem ihnen notwendig erscheinenden Gebiet zu erlassen und angesichts der von ihnen wahrgenommenen Gerichtshoheit

30) erfüllt

31) Viermächteabkommen, in Doebling/Res, a.a.O., S.87

32) ebd., S.88

33) ebd., sowie Anlage IV, ebd., S.92f. - Inwiefern durch das Viermächteabkommen die UdSSR mit der Souveränität der DDR Schacher getrieben hat, ist in unserem Zusammenhang nicht von Belang. Diese Frage wird hier also nicht berücksichtigt.

34) Brief der drei Botschafter an den Bundeskanzler, in: Doebling/Res, S.69. So lautet die Stelle und nicht, wie die Westberliner Genossen zitieren: "Akte unmittelbarer Staatsgewalt".

35) Kommunismus . . . 1, S.48

36) Hervorhebung von mir

37) Doebling/Res, S.92

38) Feuer auf die reaktionären Komplote des westdeutschen Revisionismus mit dem Sozialimperialismus und dem USA-Imperialismus. Hört die revolutionären Sender! Radio Peking, Radio Tirana. Ausgewählte Sendungen von Radio Tirana, Kiel o.J., S.31f

kann von einer unbeschränkten Verfügung über die Justiz von Seiten des Westberliner Staatsapparates überhaupt keine Rede sein. Das selbe gilt für die Verfügung über die Bürokratie, wobei festzuhalten ist, daß eine ganze Reihe von Kompetenzen nicht einmal an den Westberliner Staatsapparat delegiert ist, sondern weiterhin ausschließlich bei der Alliierten Kommandantur liegt, so z.B. das Verbot politischer Organisationen und Veranstaltungen. Keiderling/Stulz berichten (39) von einem auf Drängen des Senats erlassenen Verbot des Parteitages der SED-Westberlin 1966 durch die Kommandantur (das dann wieder aufgehoben wurde). Im Oktober 1968 beantragte der Westberliner Senat bei den Alliierten ein Verbot der NPD (40)

Dem Einwand, diese Beispiele bewiesen nichts, weil sie durchaus im Klasseninteresse der westdeutschen und der westlichen imperialistischen Bourgeoisie gelegen hätten, ist dadurch Rechnung zu tragen, daß man den denkbaren Konfliktfall analysiert und die Frage stellt: Wer ist im Falle eines Konflikts zwischen der westdeutschen Bourgeoisie und den drei westlichen imperialistischen Mächten in der Lage, seinen Willen mittels der Verfügung über den Staatsapparat durchzusetzen? Bei der Beantwortung dieser Frage wird man die ausschlaggebenden Aufschlüsse von der Beantwortung der Frage erhalten, wer über die bewaffneten Kräfte in Westberlin verfügt.

Zunächst zur Polizei. Die Westberliner Genossen geben ihre Stärke mit 20 000 sowie etwas über 4 000 Angehörigen der Freiwilligen Polizeireserve an. (41) Wer verfügt über die Polizei? Wieder wird von Seiten der Westberliner Genossen ein X für ein U vorgemacht:

Angebl. "besteht (die Befehlsmacht der Besatzungsmächte) nicht darin, daß die Polizei direkt dem Kommando der Besatzer unterstellt ist. Die Befehlsmacht **beschränkt** (Hervorhebung von mir) sich im wesentlichen auf ... das Recht, das Kommando der Polizei jederzeit zu übernehmen. Ansonsten (desgleichen) untersteht die Polizei dem Senat." (42) Eine schönere Zurechtbiegung eines "Ausdrucks wirklicher Verhältnisse" zum Zwecke der Erzeugung eines (nicht einmal juristischen) Scheins kann man sich nicht vorstellen. Normalerweise untersteht die Polizei, sollte es zur "Gewährung der Sicherheit Berlins notwendig sein", den alliierten Behörden. (43) Deshalb ist die Befehlsmacht der Stadtkommandanten nichts weniger als "beschränkt", sie ist vielmehr **unbeschränkt** und die Befehlsmacht des Senats ist höchst eingeschränkt.

Auch dies ist nicht längst entleerte Hülle vergangener Verhältnisse. Tatsächlich nimmt die Alliierte Kommandantur ihre Befugnis auch wahr. So erfolgte zum Beispiel die Schließung der Passierscheinstellen der DDR am 26.8.61 durch die Westberliner Polizei in Durchführung des Kommandanturbefehls BK/O (61) 11 vom 25.8.61. (44)

Schließlich zur Frage des Militärs: Die Westberliner Genossen geben die Mannschaftsstärke der westalliierten Truppen in Westberlin mit 11 000 an, neuere Quelle sprechen von 12 000. (45) Aber schon die Behauptung der Westberliner Genossen, diese bestünden zu je einem Drittel aus US-amerikanischen, britischen und französischen Truppen, ist offenkundige Daumenpeilung. Tatsächlich sind von den 12 000 Mann: 6 000 US-Truppen, und je 3 000 britische und französische. (46) Die Westberliner Genossen weisen richtig auf ein vermutliches stillschweigendes Abkommen hin, diese Truppen zu beschränken. Jedoch wäre die Schlußfolgerung völlig irrig, zu vermuten, bei der Zuspitzung der Klassenkämpfe in Westberlin, einer Stadt mit über zwei Millionen Einwohnern,

seien diese Truppen zur Aufrechterhaltung der gegebenen Machtverhältnisse ausreichend. Ohne Zweifel würden die westlichen imperialistischen Mächte unter Billigung der UdSSR genügend Truppen einfliegen.

Wer verfügt über diese Truppen? Die Westberliner Genossen können nicht leugnen, daß einzig und allein die drei westalliierten Mächte über diese Truppen verfügen können. Aber nun behaupten sie, durch die Unterstellung dieser Truppen unter das Heidelberger NATO-Hauptquartier sei der BRD ein gewisser Einfluß auf diese Truppen gesichert. Daß dies jedoch keineswegs der Fall ist, wenn die Interessen des BRD-Imperialismus und des US-Imperialismus nicht übereinstimmen, haben die Vorgänge beim letzten Nahost-Krieg gezeigt. Darüber hinaus ist, wie auch den Westberliner Genossen bekannt ist, diese Unterstellung unter die NATO keineswegs so klar, wie sie schreiben. Keiderling/Stulz schreiben: "... mit der (sc. am 1.12.61 vollzogenen) Unterstellung ihrer Westberliner Garnison unter das NATO-Oberkommando bestätigten die USA einmal mehr, daß für ihre Anwesenheit in Westberlin keinerlei Rechtsgrundlagen mehr bestehen. (48) Als dies den Amerikanern selbst klar wurde, beeilte sich ein Sprecher, die

39) a.a.O., S.538

40) Meyers Jahreslexikon 1968/69, Mannheim usw. 1969, S.28

41) Diese von den Westberliner Genossen zitierte Angabe von Keiderling/Stulz, S.395, konnte ich nicht überprüfen. Ich halte aber aufgrund begründeter Vermutungen die bei Keiderling/Stulz angegebene Zahl der Freiwilligen Polizeireserve für zu niedrig. Tatsächlich dürfte die Zahl der bei der Freiwilligen Polizeireserve **ausgebildeten** und jederzeit einziehbaren Personen erheblich größer sein.

42) Kommunismus ... 1, S.47f

43) Mahnke, a.a.O., S.219f

44) The International Institute for Strategic Studies, The Military Balance 1971-1972, London 1971, zit. nach Mahnke, a.a.O., S.143. Die Angaben des genannten Instituts genießen gemeinhin den Ruf hoher Zuverlässigkeit.

45) ebd.

46) Mehr als das scheint mir über die Perspektive des Klassenkampfes in unserem Zusammenhang nicht begründet aussagbar zu sein. Nun hat die Redaktion von Kommunismus und Klassenkampf in ihrer redaktionellen Vorbemerkung gerade aus darüber hinaus gehenden Vermutungen über den weiteren Verlauf des Klassenkampfes ihre Entscheidungskriterien hergeleitet; ein Verfahren, das mir höchst bedenklich erscheint. Die Redaktion schreibt: "(Es) wird sich das Klassenbewußtsein und der Klassenkampf des Proletariats in Westdeutschland und Westberlin weitgehend parallel entwickeln." Das ist zwar zu vermuten, aber kein hinreichendes Entscheidungskriterium, hängt doch die Möglichkeit des Sieges der proletarischen Revolution in einem oder in einigen Ländern, also etwa in Westdeutschland, wesentlich davon ab, ob sich der Klassenkampf auch in den anderen westlichen imperialistischen Ländern zuspitzt und durch eine gemeinsame Aktion des internationalen Proletariats eine allfällige Intervention gegen einen proletarischen Staat verhindert bzw. zu Fall gebracht werden kann. Für die Möglichkeit der Erhaltung einer proletarischen Staatsmacht in Westberlin ist desweiteren der Reifegrad der Klassenaussensetzungen in der DDR von grundlegender Bedeutung. Von den zu erwartenden Schwierigkeiten, sind diese Bedingungen nicht in ausreichendem Maße erfüllt, lenken m.E. die Ausführungen der Redaktion ab: "Für den Fall, daß im Verlauf der proletarischen Revolution fremde Mächte in Westberlin intervenieren und die bürgerliche Herrschaft dort wieder herzustellen versuchen, wird das westdeutsche Proletariat auch militärisch Westberlin als einen Teil seines eigenen Territoriums verteidigen." Genossen, wie denn das? !

48) Keiderling/Stulz verteidigen hier die für unseren Zusammenhang unwesentliche These, die bis vor kurzem von Seiten der UdSSR und der DDR vertreten wurde, die Anwesenheit der westlichen imperialistischen Mächte in Westberlin entbehre rechtlicher Grundlagen.

höchst seltsame Erklärung abzugeben, die USA-Truppen würden bei Verlassen beziehungsweise Betreten Westberlins eine Metamorphose von Besatzern zu NATO-Soldaten und umgekehrt durchmachen." (49)

Schlußfolgerungen

Westberlin ist tatsächlich und rechtlich eine selbständige politische Einheit, deren Annektierung der BRD-Imperialismus anstrebt. Noch ist die westdeutsche Bourgeoisie nicht in der Lage, ihren Anspruch auf Westberlin voll durchzusetzen, wenn sie dem auch durch die Verschiebung im internationalen Kräfteverhältnis, die sich im Viermächteabkommen niedergeschlagen hat, einen Schritt näher gekommen ist. Sie will aber auch zur Zeit diesen Anspruch nicht voll durchsetzen, ist doch der BRD-Imperialismus allein bei den gegebenen Kräfteverhältnissen noch nicht in der Lage, seinen Anspruch auch militärisch gegenüber der UdSSR abzusichern. Für unsere Frage ausschlaggebend ist jedoch, daß die BRD-Bourgeoisie, sollten die drei westlichen imperialistischen Mächte in Westberlin die Handhabung des Staatsapparates wieder völlig an sich nehmen (was bei Konflikten zwischen den imperialistischen Mächten wahrscheinlich, bei Zuspitzung der Klassenkämpfe in Westberlin jedoch nahezu sicher ist) unfähig sein, diese im gewissermaßen zwischenstaatlichen Verfahren zurückzufordern.

Unsere Forderung im Bezug auf einen Friedensvertrag muß deshalb für Westberlin lauten: **Zuerkennung des Status einer freien, entmilitarisierten und unabhängigen Stadt.** Diese Lösung entspricht dem Interesse der Arbeiterklasse in allen europäischen Ländern, insbesondere aber auch dem Interesse der Arbeiterklasse in der DDR, denn es liegt wohl auf der Hand, daß für die freie Entfaltung der Klassenkämpfe in der DDR ein völlig Westdeutschland einverleibtes Westberlin ein ernstes Hindernis wäre. (20)

H.Baier

49) a.a.O., S.515

50) In der redaktionellen Vorbemerkung wird behauptet, diese Auffassung liefe darauf hinaus, "die imperialistischen Supermächte USA und UdSSR zu Garantemächten dieses Status zu erheben und würde damit neue Interventionsrechte schaffen." Das erscheint mir absolut nicht zwingend. Eine solche Schlußfolgerung kann man nur ziehen, wenn man es mit der Machtvakuum-Theorie hält. Die Forderungen in unserem Programm implizieren notwendig die Forderung nach Abzug aller fremden Truppen. Möglich, daß diese Forderungen erst durchsetzbar werden nach dem Sieg der proletarischen Revolution — aber das wäre doch überhaupt kein Grund, sie hinten zu stellen. Den Kern der Sache hat die Redaktion schon getroffen, als sie die Aufgaben beschrieb: "Zum einen, daß erreicht werden muß, die imperialistischen Garantemächte aus Westberlin zu verdrängen. Zum anderen, daß verhindert werden muß, daß Westberlin der westdeutschen Bourgeoisie als vorgeschobener Stützpunkt gegen Osteuropa dienen kann." Und das heißt: freie, entmilitarisierte und unabhängige Stadt!

ERGEBNISSE der GRÜNDUNGSKONFERENZ des KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND

INHALT:

Gründungserklärung	Die Entwicklung des Klassenkampfes und die Aufgaben der westdeutschen Kommunisten
Programm des KBW	Leitsätze zur Arbeit in den Gewerkschaften
Statut des KBW	

Zu beziehen über
Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf
68 Mannheim, Sandhoferstr. 29 Preis: 2,-

(Nur noch bis zur Delegiertenkonferenz an Ostern erhältlich)

Zur Kritik an der Gewerkschaftslinie der Gruppe Roter Morgen (KPD/ ML)

Offener Brief an das ZK der KPD/ML (Roter Morgen)

In Eurem Artikel "Vorwärts zum Aufbau einer revolutionären Gewerkschaftsopposition" vom 15.9.1973 *) beschreibt Ihr die Gewerkschaften als Organisationen, die die Interessen der Arbeiter vertreten sollen. Die Gewerkschaften dürften sich jedoch nicht nur um Lohnforderungen und soziale Fragen kümmern, sondern sie müßten gleichzeitig versuchen, das kapitalistische System revolutionär zu ändern. Die heutigen DGB-Gewerkschaften würden jedoch weder den einen noch den anderen Zweck erfüllen. Im Zusammenhang mit dem Hineinwachsen des Gewerkschaftsapparates in den kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsapparat würde sich die Gewerkschaft gegen die Arbeiter wenden und deren Ausbeutung mitplanen.

Wir halten es für falsch zu sagen, die Gewerkschaft würde sich gegen die Arbeiter wenden. Richtig wäre es zu sagen, die Gewerkschaftsspitze wendet sich gegen die Arbeiter. Unserer Ansicht nach ist nicht der gesamte Gewerkschaftsapparat mit der Staatsmacht verwachsen, sondern nur Teile davon, insbesondere die zentralen Vorstände und die Bezirksvorstände. Der Vertrauensleutkörper und die Vertreterversammlung zählen ja auch zum Apparat, aber hier kann man nicht unbedingt davon sprechen, daß sie sich gegen die Arbeiter wenden.

Nun schreibt Ihr weiter, im Hinblick auf die bereits vor 1933 erfolgte Verschmelzung von Gewerkschaftsapparat und Staatsmacht sei die Antwort der KPD seinerzeit die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) gewesen, so als sei die Entwicklung der RGO planmäßig ins Auge gefaßt worden und als ganz spezielle Entgegnung auf die Verschmelzung des Gewerkschaftsapparates mit der Staatsmacht erfolgt. Mit dieser These wollt Ihr Eure Linie: "Prinzipiell, langfristig, strategisch gesehen müssen wir den Aufbau revolutionärer Gewerkschaften ins Auge fassen" stützen.

Hierzu muß gesagt werden, daß der Aufbau der RGO nicht planmäßig erfolgte und auch nicht von langer Sicht vorbereitet war. Thälmann betont im Zusammenhang mit dem von Euch zitierten Abschnitt aus seiner Rede vor dem 10. Plenum des EKKI (1929), daß die Spaltung der Gewerkschaften von den reformistischen Gewerkschaftsführern ausging und keineswegs als Antwort der Kommunisten auf die Verschmelzung der Gewerkschaftsbürokratie mit dem Staat gedacht war. Umfassen sollte die RGO ursprünglich nur die ausgeschlossenen KPD-Gewerkschafter und Arbeitslose, die vom ADGB nicht aufgenommen wurden und von denen man annahm, daß sie sich sehr schnell den kommunistischen Ideen zuwenden und in die KPD eintreten würden. Damit sollte verhindert werden, daß sich linksopportunistische Tendenzen in der Bewegung breit machen würden. Denn es gab eine Tendenz seit 1918 in der KPD,

aus den reaktionären Gewerkschaften auszutreten, eigene Gewerkschaften aufzumachen, weil man da wohl weniger Schwierigkeiten zu erwarten hatte. Dieser Tendenz wirkt Thälmann in der von Euch erwähnten Rede vor dem 10. EKKI-Plenum entgegen, wenn er sagt: "Aber wir sehen in unseren eigenen Reihen gewisse Tendenzen des Zurückweichens, wir sehen die Kapitulation einzelner Funktionäre, die vor dem Vorgehen der Reformisten zurückschrecken. Dieser Kampf in den Gewerkschaften erfordert von uns die größte Zähigkeit, die größte revolutionäre Kaltblütigkeit und auch die Fähigkeit, die Massen zu überzeugen, daß nicht wir, sondern die Reformisten die Spalter der Gewerkschaftsbewegung sind" (Thälmann, Auswahl Bd.II., 1 S. 198-199). Und an anderer Stelle (S. 200): "Ich betone erneut aufs Schärfste, daß sich unsere revolutionäre Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften in den Ländern mit 'einheitlichen' reformistischen Gewerkschaften nicht geändert hat. Ich sage ferner, daß die Bildung und Organisation neuer, revolutionärer Gewerkschaften in Deutschland heute nicht auf der Tagesordnung steht."

Ihr zitiert dann auch richtig Lenin, der es für unbedingt erforderlich hält, in den reaktionären Gewerkschaften zu arbeiten, weil man die ungenügend entwickelten und rückständigen Arbeitermassen nicht dem Einfluß der Bourgeoisie überlassen darf. Ihr sagt weiter, daß dementsprechend die Frage nicht darum geht, ob in den reaktionären Gewerkschaften gearbeitet werden soll, sondern es gelte, den reaktionären Gewerkschaften entgegen die richtige Strategie und Taktik zu entwerfen. Ihr erwähnt in dem Abschnitt gegen die DKP-Revisionisten Thälmann, der den Rechten in der alten KPD seinerzeit vorwarf, diese stellten die Frage nach der Eroberung des Gewerkschaftsapparats und vergleicht im Absatz vorher die rechtsopportunistischen Aussagen eben dieser Rechten der alten KPD mit dem, was "einige Zirkel, die sich marxistisch-leninistisch nennen" in bezug auf diese Fragen aufwerfen.

Nun ist es aber unbedingt erforderlich, bei den betroffenen Aussagen der Zirkel zu unterscheiden, welche im strategischen Sinne und welche aus taktischen Gründen gefaßt sind. Im strategischen Sinne ist es nicht richtig, die Spaltung zu planen. Im Gegenteil gehen die Kommunisten vom Standpunkt der Einheit der Gewerkschaften und Kampf für die Verjagung der Führer aus den Gewerkschaften aus. So schreibt Lenin, daß die russischen Kommunisten auch nach der Revolution keine neuen-Gewerkschaften gegrün-

det haben, sondern die Gewerkschaften erobert haben. (vgl. "Der 'linke Radikalismus' ...")

Daraus folgt nicht, daß die Verjagung der Führer schon unbedingt vor der Revolution glücken wird. Da ist es wahrscheinlicher, daß die Gewerkschaftsführung vor einer Spaltung nicht zurückschrecken und sie versuchen wird. Möglich ist auch, daß die Arbeiterklasse die Spaltung vor der Revolution nicht verhindern kann.

Im engeren, taktischen, auf die aktuelle Situation bezogenen Sinne ist es unerlässlich, den Kampf um den Gewerkschaftsapparat aufzunehmen und die Eroberung der Gewerkschaft zu propagieren. Denn dabei geht es um die Gewerkschaftsmassen. Und wie anders will man die gewinnen, als daß man deren Forderungen auch mit dem Kampf um Positionen im Gewerkschaftsapparat verbindet, um eben diese Forderungen durchzusetzen. Sicherlich kann man den Kampf auch nur von der untersten Basis aus führen, aber die Möglichkeiten revolutionäre Gewerkschaftspolitik zu machen, erweitern sich, wenn Positionen im Gewerkschaftsapparat erobert sind. — Tut man das nicht, sagt man, langfristig gesehen müßten so und so eigene Gewerkschaften gegründet werden, so erscheint man in den Augen der Kollegen als Spalter. Es ist aber notwendig, den Kollegen anhand der praktischen Politik aufzuzeigen, daß die Spaltung von Seiten der reformistischen Gewerkschaftsrührer erfolgt. (siehe oben)

Aber Ihr differenziert nicht, auch wenn Ihr vorher von Strategie und Taktik sprecht. Ihr sagt: Der Gewerkschaftsapparat ist nicht zu erobern, — was so nicht stimmt, Teile des Apparats sind zu erobern, wie die Praxis beweist — dementsprechend müsse man auf lange Sicht eine eigene revolutionäre Gewerkschaft gründen. Dazu sei es notwendig, jetzt die fortschrittlichsten Kollegen zu gewinnen, um so die später zu errichtende RGO von unten aufzubauen. Das ist aber nichts anderes als die Spaltung der Gewerkschaft ins Auge zu fassen und aktiv zu planen. Und da Ihr das auch merkt, benutzt Ihr das Zitat aus den Leitsätzen vom II. Kongress der Komintern, um damit darzulegen, Spaltungen seien ja auch erlaubt.

Nun ist es aber so, daß der von Euch zitierte Abschnitt sich auf die syndikalistisch geführten Splittergewerkschaften in den USA bezieht und nicht auf die Massen- und Einheitsgewerkschaften in Europa. Für diese Massengewerkschaften galt und gilt, was Thälmann eben in bezug auf dieselben Beschlüsse des II. Kongresses der Komintern gesagt hat, nämlich daß sich an der "revolutionären Arbeit (Taktik) in den reformistischen Gewerkschaften in den Ländern mit 'einheitlichen' Gewerkschaften (nichts) nicht geändert hat", (s.o.)

In den Anmerkungen zum "Linken Radikalismus" ist folgendes zu lesen: "Das Buch 'Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus' schrieb Lenin zur Eröffnung des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale. Es wurde allen Delegierten des Kongresses ausgehändigt. Das Buch sollte den jungen kommunistischen Parteien eine Hilfe dabei sein, den richtigen Weg des revolutionären Kampfes zu finden, die Fehler ihrer ersten Schritte zu korrigieren, die Kommunisten aller Länder mit den reichen Erfahrungen mit der Strategie und Taktik der Bolschewiki bekannt zu machen und die Bruderparteien mit diesen Erfahrungen auszurüsten. Die wichtigsten Leitsätze und Schlußfolgerungen des Buches 'Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus' lagen den Beschlüssen des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale zugrunde".

Es ist also so, daß die Inhalte der Beschlüsse des II. Kongresses der Komintern auf dem basieren, was Lenin an strategischen und taktischen Grundzügen in seinem Buch "Der 'linke Radikalismus' ..." entwickelt hat, speziell auch auf dem, was zu den "linken" deutschen Kommunisten ausgeführt wird. Die Generallinie der Beschlüsse des II. Kongresses der Komintern faßt Radek folgendermaßen zusammen: "In unseren Leitsätzen, die wir dem Kongress unterbreiten, geben wir als generelle Regel an die Kommunisten die Lösung aus: Eintritt in die Gewerkschaften und Kampf in den großen Gewerkschaften um ihre Eroberung". (Protokoll des II. Weltkongresses der Komintern, S.488)

Die Beschlüsse zu den amerikanischen Gewerkschaften, auf die Ihr Euch bezieht, sind nur unter großen Vorbehalten akzeptiert worden. Radek sagt dazu: "Die letzte Schwierigkeit, die wir in der Kommission nicht entscheiden konnten, besteht darin: Die amerikanischen Genossen behaupten, daß eine Reihe von Statuten der Gewerkschaften es ihnen unmöglich machte, in den Gewerkschaften zu arbeiten, daß dort die Bürokratie unabsetzbar ist, daß jahrelang keine Kongresse einberufen wurden usw. Wir nehmen theoretisch die Möglichkeit solcher Fälle an, aber ich habe den Genossen offen gesagt, daß ich bei ihnen eine Tendenz vermute, sich die Sache zu leicht zu machen und aus den Gewerkschaften zu flüchten. So übernehme ich denn keine Verantwortung für den Antrag. Die amerikanischen Genossen sollen diesen Fall hier spezifizieren. Liegen die Verhältnisse so, wie die Genossen berichten, dann können wir nicht abschlagen, daß sie in solchen Fällen Sondergewerkschaften bilden." (ebenda, S.500)

Doch selbst in den Beschlüssen zu den amerikanischen Gewerkschaften ist der Einfluß der leninischen Aussagen aus dem "Linken Radikalismus" unverkennbar. Das von Euch gebrauchte Zitat aus den Leitsätzen fährt nämlich fort:

"Aber selbst wenn sich eine solche Spaltung als notwendig erweisen sollte, darf sie nur dann durchgeführt werden, wenn es den Kommunisten gelingt, durch unausgesetzten Kampf gegen die opportunistischen Führer und ihre Taktik, durch lebhafteste Anteilnahme am wirtschaftlichen Kampf die breiten Arbeitermassen davon zu überzeugen, daß die Spaltung nicht wegen der ihnen noch unverständlichen fernen Revolutionsziele, sondern wegen der konkreten nächsten Interessen der Arbeiterklasse an der Entwicklung ihres Wirtschaftskampfes vorgenommen wird. Die Kommunisten müssen im Fall der Notwendigkeit einer Spaltung ununterbrochen aufmerksam prüfen, ob die Spaltung nicht zu ihrer Isolierung von der Arbeitermasse führen wird." (Protokoll des II. Weltkongresses der Komintern, S.531)

Diesen Zusatz verschweigt Ihr jedoch geflissentlich. Wir können in der Art, wie Ihr den Abschnitt aus den Leitsätzen herausgeplückt habt, um Eure Thesen und Absichten "theoretisch" abzusichern, nichts anderes als eine Verfälschung der Inhalte der Leitsätze sehen. — Offenkundig wird diese Verfälschung von Klassikervorlagen in dem Zusammenhang, wo Ihr den Roten Morgen vom August 71 zitiert: "Heißt das aber nun, daß wir jetzt und sofort eine Spaltung der Gewerkschaften ins Auge fassen, daß wir zu diesem Zweck eigene Organisationen ... bilden? Nein, das wäre falsch und im höchsten Maße sektiererisch. Genau das wäre der Fehler, den Lenin in 'Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus' zugrunde".

*) "Roter Morgen" Nr.36, 1973, S.6/7

mus' kritisiert hat, als er sich über die 'sehr netten (und meist wohl sehr jungen) Kommunisten' lustig machte, die unbedingt eine 'nagelneue, blitzsaubere' Gewerkschaft gründen wollen ..."

Es ist falsch zu sagen, daß Lenin sich lustig macht über die "netten, jungen" Kommunisten. Um Eure Fehler zu verharmlosen, sagt Ihr das. Wer den Artikel im Zusammenhang liest, wird sehen, daß Lenin im höchsten Maße aufgebracht und wütend ist auf sie. Aber das ist nicht der Kern unserer Kritik, wie Ihr mit Klassikerzitate umgeht. Ihr sagt im Zusammenhang: Jetzt und sofort ist eine Spaltung nicht ins Auge zu fassen, das käme dem gleich, was Lenin seinerzeit kritisierte. Nun kritisiert Lenin nicht, daß Spaltungen, sondern Neugründungen vorgenommen würden. Das allein schon ist eine Verfälschung dessen, was Lenin sagt. Lenin spricht an keiner Stelle des erwähnten Textes von Spaltung oder gar, daß eine solche erlaubt sei. Im Gegenteil. Er sagt: "Will man der 'Masse' helfen und sich die Sympathien, die Zuneigung, die Unterstützung der 'Masse' erwerben, so darf man sich nicht fürchten vor Schwierigkeiten, darf man sich nicht fürchten vor den Schikanen, den Fußangeln, den Beleidigungen und Verfolgungen seitens der 'Führer' (die als Opportunisten und Sozialchauvinisten in den meisten Fällen direkt oder indirekt mit der Bourgeoisie und der Polizei in Verbindung stehen) und muß unbedingt dort arbeiten, wo die Massen sind. Man muß jedes Opfer bringen und die größten Hindernisse überwinden können, um systematisch, hartnäckig, beharrlich, geduldig gerade in allen denjenigen — und seien es auch die reaktionärsten — Einrichtungen, Vereinen und Verbänden Propaganda und Agitation zu treiben, in denen es proletarische oder halbproletarische Massen gibt." ("Der 'linke Radikalismus' ...")

Ihr versucht aber, die derzeitige Abschwächung (jetzt noch nicht spalten, später) Eurer späterlichen Gewerkschaftspolitik mit einem Leninzitat zu begründen, das im Zusammenhang mit den (von Euch geleugneten) leninistischen Inhalten (Generallinie) der Beschlüsse des II. Kongresses der Komintern steht. Das bedeutet aber nichts Geringeres, als daß Ihr versucht, Lenin mit seinen eigenen Worten zu widerlegen!

Daß etwas nicht stimmt, merkt Ihr selbst. Denn im Stil eines Wechselbades schwächt Ihr ab, was vorher noch eindeutig war. Einmal sprecht Ihr davon, daß die Spaltung der Gewerkschaft von Euch geplant und im strategischen Sinne ins Auge gefaßt wird, andererseits sagt Ihr danach (um später im Abschnitt "Wie muß es weitergehen" wieder auf die ursprüngliche Position zurückzukehren), die Spaltung würde vom reformistischen Gewerkschaftsapparat vollzogen. Ihr seid nicht in der Lage, eine Linie in Eure Gewerkschaftspolitik zu bringen, und könnt es auch nicht, da Ihr von einer grundsätzlich falschen Position ausgeht.

"Wie muß es weitergehen?" In dem letzten Abschnitt Eures Artikels versucht Ihr, einige Lehren aus bisher gemachten Fehlern zu ziehen. Ihr habt in der Praxis festgestellt, daß Eure linkssektiererischen Parolen mehr zur Desorientierung der Arbeiterschaft beigetragen haben als zu deren fortschrittlicher Vereinigung. Deshalb seid Ihr bemüht, Eurer falschen strategischen Planung teilweise vernünftige und taktische Vorstellungen aufzupropfen. (Wir sehen darin immerhin einen Fortschritt)

Weshalb sprechen wir von "Aufpropfen"? — Weil strategische und taktische Überlegungen, wenn sie richtig angeordnet sind, nicht so ohne weiteres voneinander zu trennen sind. Es ist klar, daß strategische Gesichtspunkte höher zu

bewerten sind als taktische. Erst die richtige Partei ist in der Lage, eine den aktuellen Umständen entsprechende Bedingung von Strategie und Taktik herzustellen. Da jedoch gemäß dem vorher Gesagten die Strategie der Spaltung in Eurem Bewußtsein vorherrscht, wird sich Eure Taktik immer danach ausrichten. Da nützen die teilweise richtigen Aussagen zur Taktik in Eurem Artikel auch nicht viel. — Ihr werdet nie eine Einheit herstellen aus falschen strategischen Aussagen und teilweise richtigen taktischen Beschlüssen.

Ihr sagt: Die RGO wird erst dann gegründet (Strategie), wenn sich der Gewerkschaftsapparat mit Massenausschlüssen gegen die zunehmend revolutionär denkenden Arbeiter zu behaupten versucht. Ihr fragt aber an keiner Stelle, wie Ihr Euch dagegen zur Wehr setzen könnt (Taktik). Das müßtet Ihr jedoch tun, wolltet Ihr den Arbeitern klarmachen, daß die Spaltung nicht von Euch ausgeht. Solche Überlegungen sind in Eurem Konzept nicht vorhanden, können es auch nicht, da Ihr die Spaltung ja selbst plant und aktiv darauf hinarbeitet, auch wenn Ihr später die Schuld für die Spaltung dem Gewerkschaftsapparat geben wollt.

Dies ist so ein Beispiel, wie Ihr in Euren Aussagen die strategischen und taktischen Hintergründe nicht auf einen Nenner bringen könnt. Die Strategie der Spaltung hat sich in Eurem Bewußtsein derart festgesetzt, daß Ihr mit Eurer Taktik immer versuchen werdet, auf die Spaltung hinzuwirken. Es ist daher geradezu rührend zu lesen, daß Ihr bemüht seid, "taktlose Schritte in den Gewerkschaften" zu vermeiden.

Wenn einzelne Genossen von Euch mit viel Getöse ins offene Messer der Gewerkschaftsbükratie rennen, und man macht Euch auf Eure Fehler aufmerksam, so antwortet Ihr: Das sei nicht so schlimm, wenn einzelne Genossen rausgeschmissen würden, wichtiger sei es, in prinzipienfester Weise auf die RGO hinzuwirken. Und das entspricht durchaus der "Logik" Eurer Konzeption.

Vor diesem Hintergrund muß man betrachten, was Lenin zur Arbeit in den Gewerkschaften sagt: "Man muß all dem widerstehen können (Kniffen und Drohungen von Seiten der Gewerkschaftsbükratie), muß zu jedweden Opfer entschlossen sein und sogar — wenn es sein muß — alle möglichen Schliche, Listen und illegalen Methoden anwenden, nur um in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten." (Der linke Radikalismus) Ihr habt angekündigt, daß Ihr fraktionell in den Gewerkschaften zu arbeiten gedenkt. Wir raten Euch, Eure Gewerkschaftspolitik grundlegend neu zu überdenken, sonst wird Euer Vorhaben nichts als ein guter Vorsatz bleiben. Wir bitten Euch, diesen Brief mit einer Stellungnahme dazu in Eurem Zentralorgan zu veröffentlichen.

Rotfront!

Ortsgruppe Kiel der ehemaligen
KPD/ML (Rote Fahne)

Es lebe der Sieg im Volkskrieg

Der Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes

Vorbemerkung

"Dogmatismus, Doktrinarismus", 'Verknöcherung der Partei als unvermeidliche Strafe für die gewaltsame Abschneidung des Denkens' — das seien die Feinde, gegen die die Verfechter der 'Freiheit der Kritik' im 'Rabotscheje Delo' so kühn zu Felde ziehen. Wir freuen uns sehr, daß diese Frage auf die Tagesordnung gesetzt wird und möchten nur noch vorschlagen, sie durch eine andere Frage zu ergänzen: Und wer sind die Richter?"

(W.I. Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1964, S. 159)

Zu Richtern in rosarot verbrämten Roben werfen sich seit einiger Zeit die kritischen Kritiker der Kommunisten in Westdeutschland und Indochina auf, die sich 'Antidogmatiker' nennen und den einen ein idealistisches Verhältnis zum Befreiungskampf der Völker Indochinas vorwerfen, gegen die anderen höchst schwerwiegende Anklage erheben, indem sie behaupten, die vietnamesischen Kommunisten hätten sich durch den Abschluß der Pariser Verträge "mit einer derartig nichtssagenden Entlassung der USA aus der Verantwortung einverstanden" (Prokla 8/9, S. 91)(1) erklärt, wären dabei Schritt für Schritt vor den Forderungen der USA zurückgewichen, hätten den Krieg "bis an einen Punkt fortgeführt", "wo das vietnamesische Volk wahrscheinlich auf Jahrzehnte hinaus seinen Unterdrückten hilflos ausgeliefert ist und für ein Abkommen, das bereits vier Jahre früher zu erhalten war". (a.a.O., S. 99)

Der 'Antidogmatismus', den sie predigen, die 'Freiheit der Kritik', die sie fordern, sind nichts anderes als Prinzipienlosigkeit und Eklektizismus. "Die Dialektik erheischt die allseitige Berücksichtigung der Wechselbeziehungen in ihrer konkreten Entwicklung, nicht aber das Herausreißen eines Stückchens von diesem, eines Stückchens von jenem." (Lenin, a.a.O., Bd. III, S. 612) Die Eklektiker machen sich den relativ niedrigen Stand der Klassenkämpfe sowie die noch mangelnde theoretische Klarheit in der gegenwärtigen kommunistischen Bewegung Westdeutschlands zunutze, um durch verschiedene Publikationen, auf Kongressen und in Seminaren Verwirrung zu stiften.

Im vorliegenden Artikel soll deshalb aufgezeigt werden, daß es sich bei der vietnamesischen Konzeption des Befreiungskampfes um ein geschlossenes und durchdachtes System handelt und daß die Forderungen nach dem endgültigen Sieg des vietnamesischen Volkes nach wie vor ihre volle Gültigkeit behalten.

Bei der Darstellung der vietnamesischen Befreiungsbewegung habe ich mich bewußt nicht auf den von Rabehl (2) Baron und anderen in eklektizistischer Weise herausgearbei-

tenen Zeitpunkt der Pariser Verträge beschränkt, sondern versucht, an einem historischen Abriß der vietnamesischen Geschichte seit Gründung der Indochinesischen Kommunistischen Partei das Verhältnis von Theorie und Praxis sowie die Bewegung und Entwicklung der Kämpfe aufzuzeigen, weil es undialektisch und daher falsch wäre, einzelne historische Zeitpunkte losgelöst vom Zusammenhang der historischen Gesamtbewegung interpretieren zu wollen.

Die Periode bis zur Augustrevolution 1945

Die Geschichte Vietnams ist eine 200-jährige Geschichte von Kämpfen gegen ausländische Invasoren: Chinesen, Mongolen und Mandschuren. Nach erneuter Erringung der Unabhängigkeit von den Chinesen im Jahre 1789 besetzten die französischen Imperialisten von 1858 bis 1862 den Süden Vietnams und 1885 das gesamte Land. J. Chesneaux betont, daß "in diesem gesamten Zeitraum (der franz. Herrschaft bis 1945, d. Verf.) nicht ein Jahr ohne eine Widerstandsbewegung, einen bewaffneten Aufstand, eine politische Kampagne und ohne den Ausdruck des Willens der Vietnamesen verging, ihre verlorene Unabhängigkeit wiederzugewinnen". (J. Chesneaux, Vietnam, EVA Ffm, 1968, S. 26) Aufgrund der Intensivierung der kolonialen ökonomischen Ausbeutung bildeten sich bereits im Zeitraum 1919 bis 1929 starke Strömungen der nationalen und demokratischen Revolution heraus, aufgrund deren sich die Möglichkeit und Notwendigkeit einer einheitlichen Führung der Bewegung und der Anleitung der Kämpfe ergab.

Die Gründung der Indochinesischen Kommunistischen Partei

So wurden im Februar 1930 unter dem Vorsitz von Nguyen Ai Quoc (Pseudonym für Ho Chi Minh) die drei bestehenden kommunistischen Parteien zur Dang Cong San Viet Nam (Indochinesische Kommunistische Partei) zusammengeschlossen sowie die entsprechenden Massenorganisationen: Gewerkschaften, Bauernverbände, kommunistische Jugendverbände, Frauenvereinigungen und Rote Hilfe-Vereinigungen gegründet. In den politischen Thesen der indochinesischen KP von 1930 wurde die vietnamesische Revolution als Revolution in einem kolonialen und halbfeudalen Land ihrem Wesen nach bestimmt als bürgerlich-demokratische Revolution unter Führung der Arbeiterklasse mit dem Ziel des direkten Übergangs zur sozialistischen Revo-

(1) Rüdiger Baron, Das vietnamesische Lehrstück des kleinbürgerlichen Anti-Imperialismus, Probleme des Klassenkampfes (Prokla) 8/9, Berlin-Erlangen 1973, S. 89-101

(2) Bernd Rabehl, Das vietnamesische Lehrstück der imperialistischen Politik der USA, Probleme des Klassenkampfes 6, März 1973, S. 125-136

lution, d. h. unter Überspringen des Stadiums der kapitalistischen Entwicklung.

Als die zwei wesentlichen Aufgaben wurden der Kampf gegen den französischen Imperialismus und die Erringung der nationalen Unabhängigkeit sowie der Kampf gegen den Feudalismus und für die Landvergabe an die Bauern festgelegt. Durch die erstmalige ausdrückliche Verbindung der nationalen mit der Bauernfrage unterschied sich die neugegründete marxistisch-leninistische Partei von den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien, die unfähig gewesen waren, ein klar umrissenes Agrarprogramm zu entwerfen sowie den Kampf um das nationale Wohl zu führen. Die Haupttriebkraft der Revolution waren somit die Arbeiter und Bauern (Vietnamese Studies 24, A Century of National Struggles, S. 61ff.). Weitere Charakteristika der kommunistischen Partei, die allen früheren Organisationen und Parteien in ihrem antiimperialistischen Kampf gefehlt hatten, waren das Vorhandensein einer wissenschaftlichen Theorie und bereits erprobter Prinzipien der Aktion und Organisation, die enge Verbindung mit der internationalen revolutionären Bewegung sowie die Fähigkeit, die Volksmassen in einen vielseitigen Kampf zu führen, ein Programm für diesen Kampf aufzustellen und der Nation so wie den verschiedenen sozialen Klassen klar Zukunftsperspektiven aufzuzeigen.

Der Befreiungskampf bis zum II. Weltkrieg

Die Zeit ab 1930 war außer durch verschiedene lokale und nationale Arbeiterstreiks und Bauernaufstände gekennzeichnet durch die Rätebewegung von Nghe Tinh vom September 1930, den Beschluß des ZK der IKP über die Gründung einer breiten antiimperialistischen Einheitsfront und die Kampagne zur Abhaltung eines indochinesischen Kongresses vom Juli 1936 sowie über die Gründung einer indochinesischen demokratischen Einheitsfront vom März 1938.

Anfang der 30er Jahre kam es zu Bauernaufständen und Demonstrationen sowie zu nationalen Streiks. Im September 1930 entstand in neun Distrikten der beiden Provinzen von Nghe Tinh eine Rätebewegung, die hunderttausend Einwohner erfaßte und bis Mitte 1931 andauerte, als sie aufgrund brutaler Repressionsmaßnahmen der Kolonialverwaltung sowie der noch fehlenden Bedingungen für eine siegreiche Erhebung zerschlagen werden konnte. Nichtsdestoweniger stellte diese Rätebewegung einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu der späteren Revolution dar. Große Streiks fanden auch in den Jahren 1935 bis 1938 statt. Die Jahre 1936 bis 1939 sind gekennzeichnet durch den Kampf der IKP für die Gründung einer antiimperialistischen Einheitsfront der Völker Indochinas gegen den Faschismus und die japanische Aggression.

Im November 1939 hatte das ZK der IKP aufgrund einer Analyse der gegebenen Situation folgende Aufgabenbestimmung vorgenommen: Der 1939 begonnene Krieg ist nichts als ein Krieg zwischen den imperialistischen Mächten zur Neuauftteilung der Welt. Die wesentliche Aufgabe der vietnamesischen Revolution ist der Sturz der imperialistischen Herrschaft, das vorrangige Ziel die nationale Befreiung, der alle anderen Ziele, einschließlich der Bodenfrage, unterzuordnen sind. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit der Bildung einer antiimperialistischen Einheitsfront. Die Parole der Landreform wurde vorübergehend ersetzt durch die der Konfiszierung der Ländereien der verräterischen Grundbesitzer. An die Stelle der Parole der Bildung einer Arbeiter-Bauern-Regierung trat die der Konsti-

tuierung einer demokratisch-republikanischen Regierung.

Die Bildung einer antikolonialistischen antijapanischen Einheitsfront

Mit der Niederlage Frankreichs im Juni 1940 verloren die Franzosen einen Teil ihrer Positionen in Vietnam an die Japaner, und es entwickelte sich zwischen den beiden imperialistischen Mächten ein Verhältnis, das durch die Kollaboration auf der einen und Konkurrenz auf der anderen Seite geprägt war. Für das vietnamesische Volk allerdings ergab sich aus dem doppelten Joch eine verschärfte Ausbeutung: unter anderem wurde es zur Finanzierung der japanischen Kriegslasten herangezogen. Gleichzeitig propagierten die Japaner — an die Adresse bestimmter Gruppen der vietnamesischen Bevölkerung gerichtet — die Wiedererlangung ihrer nationalen Unabhängigkeit mit japanischer Unterstützung im Rahmen eines Systems der asiatischen Solidarität. Die allgemeine Unzufriedenheit aufgrund von inflationären Tendenzen (die Preise stiegen 1940 bis 1944 20 mal stärker als die Löhne), Hungersnöten und Mangel an Bekleidung war jedoch nicht mehr nur auf das einfache Volk beschränkt, sondern hatte auch die reicheren Schichten der vietnamesischen Bevölkerung erfaßt: reiche Bauern und Grundbesitzer waren gezwungen, ihre Erzeugnisse billig zu verkaufen, Geschäftsleuten und Industriellen fehlte es an Rohstoffen und Maschinen und sie litten unter dem Druck der staatlichen Monopole.

Den von einigen Patrioten noch immer gehegten Hoffnungen auf japanische Unterstützung bei der Wiedererlangung der vietnamesischen Unabhängigkeit trat die IKP im Mai 1941 auf ihrer achten Plenarsitzung mit dem Entschluß der bedingungslosen Einordnung in das antifaschistische Lager mit der Sowjetunion an der Spitze entgegen. Sie gelangte zu der Einschätzung, daß der Hitler-Faschismus die Sowjetunion angreifen und damit seine eigene Vernichtung heraufbeschwoeren werde, was letztendlich zur Entstehung neuer sozialistischer Staaten führen müsse. Hieraus ergab sich die strategische Bestimmung der Stoßrichtung der vietnamesischen revolutionären Bewegung: die Befreiung des Landes von der französisch-japanischen Herrschaft, der das ganze vietnamesische Volk unterworfen war, die nationale Befreiung als vorrangiges Ziel, dem die Interessen aller sozialen Klassen unterzuordnen waren, die Schaffung einer breiten nationalen Einheit gegen den französischen Kolonialismus und den japanischen Faschismus sowie die Gründung einer nationalen Front zur Vereinheitlichung aller sozialen Klassen und Schichten, Parteien, politischen und religiösen Gruppen. Besondere Beachtung wurde der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes geschenkt. Auf dieser Grundlage entstand die Vietminh-Front (Viet Nam Doc Lap Dong Minh), die alle sozialen Schichten bis hin zur Bourgeoisie und den Grundbesitzern auf der Grundlage des Kampfes gegen den französischen und den japanischen Imperialismus zusammenfaßte. Die Richtigkeit der eingeschlagenen politischen Linie fand in der bald eintretenden Polarisierung der Bourgeoisie, der Intellektuellen und Studenten ihre Bestätigung, die aus pro-japanischen bzw. pro-französischen Gruppen zur Vietminh übergingen. In dem Maße, wie sich die französisch-japanischen Widersprüche verschärften, gelang es der Vietminh im Laufe der Zeit, die entstehenden patriotischen Organisationen in ihre Politik der nationalen Befreiung einzugliedern.

Von September 1940 bis Januar 1941 hatten die drei großen Erhebungen von Bac Son, Nam Ky und Do Luong stattgefunden. Ausgehend von dem durch die entstehende Guerillabewegung in die Wege geleiteten Aufstand von Bac

Son verstärkte diese, da sie gezwungen war, sich zu zerstreuen und beim Volk Zuflucht zu suchen, parallel zu der Aufstellung bewaffneter Einheiten auch ihre politische Tätigkeit. Damit entstand eine neue Form der Aktion: die bewaffnete Propaganda. Ende 1943 operierten bereits bewaffnete Propagandaeinheiten der Vietminh in verschiedenen Provinzen des Berglands nördlich des Roten Flusses, wo 1944 ein befreites Gebiet entstand. Guerillastützpunkte wurden in Zentral-Annam und Kotschinchina errichtet. Im Dezember 1944 wurde eine Armee für Propaganda und Befreiung mit Vo Nguyen Giap als Befehlshaber gebildet. Gleichzeitig mit dem bewaffneten Kampf im Bergland, in den Ebenen und den Städten gewann der Kampf des Volkes an Gewicht: die Vietminh unterstützte die Bauern und Arbeiter in ihrem Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung.

Der Sieg im Kampf für die Unabhängigkeit Vietnams

Mit der Niederlage der Achsenmächte und dem Sturz der Vichy-Regierung im Jahre 1945 trat in der Welt eine qualitativ neue Situation ein. In Bezug auf Vietnam taten die Gaullisten ihre Absicht kund, das Kolonialregime in leicht veränderter Form fortzuführen. Da die Japaner kurz vor ihrer endgültigen Niederlage die Franzosen in Vietnam im Handstreich entwaffnet hatten, wurde der japanische Faschismus noch einmal zum Hauptfeind. Der König Bao Dai propagierte die Allianz mit Japan, die bürgerliche Regierung Tran Trong Kim war jedoch praktisch machtlos. Einer Hungersnot fielen 2 Millionen Menschen zum Opfer. Aufgrund der jetzt herrschenden vorrevolutionären Situation propagierte die IKP die Vorbereitung zum allgemeinen Aufstand: das hieß die Guerillatätigkeit vorantreiben, die Reissilos stürmen und die Bevölkerung in den Städten politisch agitieren. Befreiungskomitees wurden gegründet, die revolutionären Kräfte wurden zur Befreiungsarmee zusammengefaßt. Bald wurde an vielen Orten und in vielen Gebieten die revolutionäre Macht errichtet: im Juni 1945 waren die meisten der sechs Provinzen nördlich des Roten Flusses befreit. Die Guerillastreikkräfte fügten den japanischen Truppen schwere Verluste zu; im Zentrum kam es zum bewaffneten Aufstand. Parallel hierzu wurden die Guerillakriegführung entwickelt, Selbstverteidigungseinheiten aufgestellt, Befreiungsausschüsse gebildet, die politische Agitation in den Städten vorangetrieben, Arbeiterorganisationen auf Betriebsebene gegründet, Streiks durchgeführt und Versammlungen abgehalten.

Im Sommer 1945 hatte das revolutionäre Fieber die Bevölkerung im ganzen Lande erfaßt. Als Japan am 13. August kapituliert, gab die Kommunistische Partei die folgenden Parolen aus: die ausländische Aggression beenden, die nationale Unabhängigkeit wiedererkämpfen, die Volksmacht errichten. Von Anfang an war der Befreiungskampf auf eine Kombination von politischem und militärischem Kampf abgestellt, wobei je nach der gegebenen Situation jeweils die eine oder die andere Seite stärker betont wird. Aufgrund gegebener Kräfteverhältnisse kann es sich als notwendig erweisen, den militärischen Kampf vorübergehend gänzlich zugunsten des politischen Kampfes einzustellen. Da die imperialistische Aggression im Innern des Landes noch zwei weitere Seiten umfaßt: die kulturelle und die ökonomische, muß auch auf diesen Gebieten von den Kräften der Befreiung der Kampf geführt werden. Schließlich tritt zu diesen vier Aspekten in bestimmten Stadien der Entwicklung des Befreiungskampfes und als Resultat desselben auf internationaler Ebene der diploma-

tische Kampf, d. h. Verhandlungen mit den imperialistischen Mächten zur vertraglichen Fixierung und Absicherung der erreichten Kampfpositionen nach der für jeden Befreiungskämpfer verbindlichen Maxime der Intransigenz hinsichtlich der Prinzipien, verbunden mit Flexibilität bei der Umsetzung der Prinzipien in die Tat. Hiermit sind im Rahmen der Einhaltung der vorgegebenen Prinzipien bis zu dem Tag des Sieges der Revolution im Weltmaßstab stets auch Kompromisse verbunden, und die Korrektheit einer politischen Linie mißt sich nicht etwa, wie uns einige bürgerliche Wirkköpfe weismachen wollen, am Eingehen bestimmter, in gewissen Lagen unbedingt notwendiger Kompromisse, sondern am kompromißlosen Festhalten an den kommunistischen Grundprinzipien auf so lange Sicht, daß es das historische Fassungsvermögen einiger, von linksradikaler Ungeduld erfüllter Theoretiker übersteigt. Wer die Wechselwirkung dieser fünf Seiten des revolutionären Befreiungskampfes der unterdrückten Völker nicht begriffen hat, der wird sich niemals einen Reim auf die tatsächliche Bewegung der Kämpfe machen können. Wer die Dialektik zwischen Prinzipienfestigkeit in der Strategie und Elastizität bei der taktischen Umsetzung der Prinzipien in die Praxis nicht erfaßt hat, der wird stets einen taktischen Schritt zurück sein, der der Konsolidierung revolutionärer Errungenschaften in einem bestimmten Stadium dient, verwechseln mit der strategischen Aufgabe kommunistischer Endziele.

Am 16. August fand ein nationaler Kongreß der Vietminh statt, der in der Absicht, den alliierten Mächten (Tschiang Kai-Schek, Briten, Franzosen, USA) bei ihrem mit der Entwaffnung der Japaner verbundenen Eingreifen in Vietnam zuvorzukommen, im Hinblick auf die Machtergreifung durch das Volk ein 10-Punkte-Programm aufstellte. Gleichzeitig wurde ein Nationaler Befreiungsausschuß als provisorische Regierung gegründet. Zwischen dem 14. und dem 25. August wurden die Japaner und die Marionettentruppen entwaffnet und die Delegation der Staatsmacht an die Volksregierung durchgesetzt. Der Volksaufstand hatte einen vollständigen Sieg im ganzen Land errungen, die Kolonialherrschaft beendet, die Monarchie beseitigt und die nationale Unabhängigkeit wiederhergestellt. In Vietnam wie in anderen Teilen der Welt war die Periode des Zusammenbruchs der Kolonialreiche angebrochen.

Die Situation im Innern des Landes war allerdings prekär. Eine Hungersnot wütete, der Staatstresor war leer, im Norden wurde Vietnam durch die Truppen Tschiang Kai-Scheks bedrängt, im Süden stand die Landung britischer und französischer Truppen bevor. Ohne Bundesgenossen war die Demokratische Republik Vietnam vollkommen auf sich allein gestellt, die neue Regierung verfügte über keinerlei ökonomische, administrative, militärische oder diplomatische Erfahrungen. Der einzige Aktivposten war die Entschlossenheit des gesamten Volkes, unter der Führung seiner marxistisch-leninistischen Partei den Kampf weiterzuführen. Das ZK der Vietminh faßte die Lage am 2. September so zusammen: "Unsere Unabhängigkeit ist zerbrechlich. Es ist schwierig, die Macht zu ergreifen, aber es ist noch schwieriger, sie zu erhalten." (Vietnamese Studies 24, A Century of National Struggle, 1847 - 1945, Hanoi 1970, S. 146)

Bei der Bewahrung der nationalen Unabhängigkeit und der Fortführung der Revolution war die Volksmacht der wesentliche Faktor. Hieraus ergab sich die Verbindung des antiimperialistischen mit dem demokratischen Kampf mit dem Ziel, die nationale Einheit zu konsolidieren und die

ungeheuren Energien der arbeitenden Massen zu mobilisieren.

Zum erstenmal in der Geschichte Vietnams gelang es einer Regierung, die Hungersnot durch aktive Maßnahmen: eine Kampagne der gegenseitigen Hilfe und Solidarität und der Intensivierung der Produktion zu überwinden. Dieser Erfolg trug dazu bei, die Beziehungen zwischen dem Volk und der revolutionären Macht noch enger werden zu lassen. Ein weiterer Kampf auf Landesebene galt dem Analphabetentum. Auch hier wurden große Erfolge erzielt, und alle Patrioten sahen zwei lange erträumte Punkte eines revolutionären Programms erfüllt: Reis und Bildung für das Volk. Aufgrund dieser Resultate sowie durch den Zusammenschluß mit weiteren Organisationen des Volkes, mit Persönlichkeiten, verschiedenen Nationalitäten und Religionen sowie ethnischen Gruppen konnte die Vietminh-Front ausgeweitet und gefestigt werden. Im Hinblick auf eine größtmögliche Vereinheitlichung für den Kampf wurde 1946 auf der Grundlage des Bündnisses der Arbeiter und Bauern die Lien-Viet-Front gegründet, auf deren Basis die Volksmacht weiter ausgebaut und staatliche Organe eingerichtet wurden.

In allgemeinen Wahlen zur Nationalversammlung wurde am 6. Januar 1946 die Ho Tschu Minh-Regierung mit überwältigender Mehrheit bestätigt. Auf lokaler Ebene wurden Volkskomitees und Verwaltungskomitees gewählt, womit in allen Orten von der Hauptstadt bis in jedes Dorf die Volksmacht errichtet war. Die Regierung begab sich alsbald an die Durchführung demokratischer Reformen, wobei die berechtigten Forderungen der Bauern und Arbeiter erfüllt und gleichzeitig die nationale Einheit aufrechterhalten werden sollten. In strategischer Hinsicht waren die antiimperialistische und die antifeudalistische Zielsetzung miteinander verknüpft, in taktischer Hinsicht war es jedoch möglich, sie verschieden schnell voranzutreiben. Da die Wahrung der nationalen Unabhängigkeit an erster Stelle stehen mußte, durften die demokratischen Reformen nicht auf radikale Weise durchgeführt werden. Besondere Aufmerksamkeit wurde auch dem Ausbau der Streitkräfte in den für jede Volksbefreiungsarmee charakteristischen drei Formen der regulären Armee sowie der regionalen und lokalen Selbstverteidigungs-Streitkräfte gewidmet.

Die erneute Aggression des Imperialismus – der Widerstandskrieg gegen die Franzosen 1945 – 1954

Im Innern des Landes hatte sich die Volksmacht eine sichere Basis geschaffen, von außen jedoch setzten imperialistische Mächte erneut zur Aggression an: Im Norden wurde Vietnam von der 200 000 Mann starken Streitmacht Tschiang Kai-Scheks bedroht, der versuchte, mit Hilfe der vietnamesischen nationalistischen Gruppen Viet Cach und Viet Quoc in die inneren Angelegenheiten Vietnams einzugreifen. Im Süden faßten französische Kolonialisten mit Unterstützung britischer Truppen erneut Fuß, nachdem die französische Regierung erklärt hatte, sie erkenne weder die Unabhängigkeit noch die Einheit Vietnams an. Angesichts der französischen Absichten zur Rückeroberung Vietnams wurden Einheiten der Volksarmee nach Nam Bo (dem südlichen Landesteil Vietnams) entsandt, wo die revolutionäre Macht die Streitkräfte noch nicht hatte konsolidieren können. Aufgrund verschiedener vom Volk getroffener Abwehrmaßnahmen traten die Franzosen zunächst in Verhandlungen ein. Als das Verwaltungskomitee von Nam Bo

jedoch die Anerkennung der Unabhängigkeit Vietnams forderte, brachen erneut Feindseligkeiten aus. Die ersten Einheiten des französischen Expeditionskorps wurden angelandet. Am 21. Oktober begannen französisch-britische Truppen eine Offensive gegen das Mekong-Delta. Als es den Franzosen im Januar 1946 gelang, die Kontrolle über die wichtigsten Städte und Verbindungslinien in Nam Bo, im südlichen Trung Bo (dem mittleren Landesteil Vietnams) und im Tay Nguyen-Bergland zu erlangen, mußten sich die vietnamesischen Streitkräfte aus den Städten auf das Land zurückziehen, um dort den Widerstand zu organisieren. Die Zentralregierung leistete hierbei aktive Unterstützung. Durch die Taktik, an vielen Stellen über die ganze Region verstreut Kämpfe zu entfesseln, wurden die Franzosen gezwungen, ihre Kräfte aufzusplitteln. Andererseits gab es keine durchgängige Front und keine feste Verteidigungslinien, so daß die imperialistischen Mittel der modernen Kriegsführung nicht wirksam eingesetzt werden konnten. Allenthalben tauchten die Guerillas auf, schlugen zu und verschwanden wieder.

Aufnahme des langwierigen Widerstandskrieges gegen die französische Aggression

Am 17. Januar 1946 erklärte Vo Nguyen Giap, daß es erforderlich sei, zur Vorbereitung des langwierigen Widerstandes überzugehen. Das vietnamesische Volk hatte bereits seinen Willen erklärt, sich mit allen Kräften gegen die Unterjochung durch die imperialistischen Staaten aufzulehnen. Da jedoch anfangs dem mächtigen imperialistischen Aggressor ein militärisch schwaches, rückständiges Land gegenübersteht, muß der Kampf notgedrungen von langer Dauer sein. In Vietnam verfügten die revolutionären Kräfte anfangs nur über die primitivsten Waffen, es gab keine einzige Waffenfabrik, so daß die Guerillas ihre Ausrüstung erst erbeuten mußten.

Aufgrund des reaktionären und barbarischen Charakters des imperialistischen Aggressionskrieges und der unzulänglichen internationalen Unterstützung auf der einen Seite, der Fortschrittlichkeit des nationalen Befreiungskampfes und der breiten internationalen Unterstützung auf der anderen Seite ergeben sich Faktoren, die sich auf die Dauer zugunsten der Befreiungsbewegung auswirken. Die Vorteile des Imperialismus sind vorübergehender, seine Nachteile jedoch grundsätzlicher Natur, während auf den fortschrittlichen und gerechten Kampf der unterdrückten Völker das Gegenteil zutrifft. Aufgrund der dialektischen Beziehung zwischen Vor- und Nachteilen auf beiden Seiten und der allmählichen Veränderung der damit in Zusammenhang stehenden Widersprüche durch die Befreiungskämpfe selbst ergibt sich letzten Endes ein Umschwung zugunsten der Befreiungsbewegung.

Wer dieses historische Gesetz außer Acht läßt, der muß zu einer falschen Interpretation der Bewegung der Kämpfe gelangen. Allerdings ist aufgrund der anfangs gegebenen Kräfteverhältnisse zwischen den imperialistischen Staaten und den unterdrückten Völkern ein rascher Sieg unmöglich, der Umschwung kann vielmehr erst allmählich durch den langwierigen Kampf erfochten werden.

Im Verlauf des langwierigen Krieges mit seinen drei Etappen der Defensive, des Kräftegleichgewichts und der Gegenoffensive werden auch die drei für den Befreiungskampf charakteristischen Gattungen von Streitkräften: Guerilla-, regionale und reguläre Streitkräfte entwickelt, nämlich in

Richtung auf den immer stärkeren Ausbau der regulären Streitkräfte, ohne die ein Befreiungskrieg endgültig nicht gewonnen werden kann. Wer allerdings die Illusion hegt, der Befreiungskampf werde ausschließlich geführt "vom Guerillero, dem mit allen konventionellen Waffen nicht beizukommen ist" (Prokla 8/9, S. 99), der muß sich den Vorwurf gefallen lassen, nicht nur ein idealistisches Verhältnis zum revolutionären Krieg zu haben, sondern auch sich in den bereits 1938 von Mao konzipierten Regeln für den Volkskrieg nicht auszukennen.

Verhandlungen mit Frankreich

Die französischen Kolonialisten stellten nun einen Plan zur Abtrennung Nam Bos und Errichtung einer "autonomen Regierung" auf. Auf vietnamesischer Seite war wohl der unverbrüchliche Wille des Volkes vorhanden, die Unabhängigkeit zu verteidigen, doch waren die verfügbaren materiellen und militärischen Mittel unzulänglich, für deren Aufbau mußte Zeit gewonnen werden. Außer den Franzosen stellten die Tschiang Kai-Schek-Truppen im Norden eine ständige Bedrohung dar. Die Franzosen schickten sich an, mit Tschiang Kai-Schek über die Übernahme Nord-Indochinas durch die französischen Truppen zu verhandeln. Ein diesbezügliches Abkommen wurde im Februar 1946 unterzeichnet. Französische Truppen rückten aus China und Frankreich heran. Angesichts der sich abzeichnenden Gefahr, sowohl den Franzosen als auch den Tschiang Kai-Schek-Truppen gegenüberzustehen, schloß die vietnamesische Regierung mit den Franzosen einen Kompromiß, um Zeit zu gewinnen. Der Kompromiß war möglich, weil die Franzosen noch nicht genügend vorbereitet waren, den Krieg auf das ganze Land auszudehnen. Demnach wurde am 6. März 1946 zwischen der vietnamesischen und der französischen Regierung ein Abkommen getroffen, wonach u. a. die Republik Vietnam von Frankreich als freier Staat mit eigener Regierung, eigenem Parlament, eigener Armee und Finanzhoheit als Mitglied der Indochinesischen Föderation und der Französischen Union anerkannt wurde. Ferner sollten französische Truppen die chinesischen ablösen, die Feindseligkeiten sollten eingestellt und Verhandlungen eröffnet werden. Die Franzosen verpflichteten sich, ihre Truppen innerhalb von fünf Jahren abzuziehen. Der Status Nam Bos sollte durch Volksentscheid geregelt werden. Nach der Unterzeichnung des Vertrages entspann sich ein komplexer militärischer, politischer und diplomatischer Kampf um dessen Durchführung. Einerseits zogen 15 000 französische Soldaten in Hanoi ein, andererseits jedoch verließen 200 000 Tschiang Kai-Schek-Soldaten das Land.

Bei den Vorbesprechungen zu den vorgesehenen Verhandlungen ergaben sich bereits weitreichende Differenzen in den Positionen der beiden Parteien. Während die Vietnamesen auf ihrer nationalen Souveränität im Innern wie nach außen und der Einheit des Landes beharrten, legten die Franzosen den Plan einer indochinesischen Föderation mit einem französischen Gouverneur an der Spitze vor und beanspruchten, Vietnam in allen äußeren Angelegenheiten zu vertreten. Vietnam sollte außerdem in die Franc-Zone eingegliedert werden. Dies alles hätte bedeutet, die alte Kolonialstruktur unter neuem Namen aufrechtzuerhalten. Der Hauptkonfliktpunkt war die Lostrennung Nam Bos, wobei die Vietnamesen von dem Prinzip der Einheit nicht abwichen.

Am 6. Juli 1946 begannen Verhandlungen in Fontainebleau. Die Franzosen erklärten, Kotschinchina (Nam Bo)

sei eine französische Kolonie. Ho Tschu Minh machte in Frankreich einen letzten Versuch zur Einigung, indem er einen Modus vivendi mit Frankreich unterzeichnete.

Erneute Aggression der französischen Imperialisten

Im Oktober wurde in Vietnam eine neue Regierung auf der Basis einer breiten nationalen Einheit gebildet. Die Nationalversammlung nahm die Verfassung an, worin unter anderem die Einheit Vietnams deklariert wurde. Die französischen Truppen gingen in Haiphong, Lang Son und Hanoi zur bewaffneten Aggression über und brachen so die geschlossenen Abkommen. Dies war der Anlaß dafür, daß der Widerstandskrieg, der bis dahin auf den Süden beschränkt war, sich nun auf das ganze Land ausdehnte.

Als der imperialistische General und Kommandant des französischen Expeditionskorps Leclerc Vietnam betrat, meinte er, die Wiederbesetzung des Landes käme einer "militärischen Promenade" gleich. Doch er machte einen Fehler: Er glaubte, daß es einer Armee bedürfe, um gegen die französische Aggression vorzugehen. Tatsächlich war die vietnamesische Armee damals noch in jeder Hinsicht schwach und erangelte fast jeglicher Ausrüstung. In diesem Punkt hatten die Franzosen recht. Einen grundlegenden und ausschlaggebenden Faktor konnten sie jedoch aufgrund ihrer konventionellen militärischen Denkweise nicht erkennen: bei dieser – wenn auch schwachen – vietnamesischen Armee handelte es sich um eine Armee des Volkes. (Vo Nguyen Giap, *Guerre du peuple – armée du peuple*, Maspero, Paris 1972, S. 39)

Aber der französische General Leclerc ist nicht der einzige, der den Faktor Mensch gering-, das Material dagegen hochschätzt. Diese Theorie von der Allmacht der Waffen wurde von Mao Tse-tung bereits 1938 als eine mechanistische Auffassung in der Frage des Krieges, die sich aus subjektivistischem und einseitigem Herangehen an die Probleme ergibt, denunziert. Der entscheidende Faktor im Krieg sind die Menschen, nicht die Dinge, weil das Kräfteverhältnis durch die moralischen Kräfte der Menschen mitbestimmt wird. Auf lange Sicht kann die militärische und wirtschaftliche Macht der unterdrückten Nationen entwickelt werden, während die der unterdrückenden Staaten mit der Zeit geschwächt wird. Der Befreiungskampf ist fortschrittlich und gerecht, die imperialistische Aggression dagegen reaktionär. Diese Faktoren wirken sich im Verlauf des langwierigen Krieges in immer stärkerem Maße zugunsten der unterdrückten Völker aus.

Hierbei ist ein wichtiges Prinzip, das nie aus den Augen verloren werden darf, daß sich die den Befreiungskampf führenden Völker im wesentlichen auf ihre eigenen Kräfte stützen müssen, während sie gleichzeitig bestrebt sind, internationale Unterstützung zu erhalten. Hierin liegt "eine neue Entwicklung in der Kunst der Kriegsführung unserer Partei gegenüber den vorangegangenen historischen Perioden". Diese allgemeine Regel des Verlassens auf die eigenen Kräfte geht davon aus, daß die Revolution das Werk der Massen ist, und drückt gleichzeitig "das unerschütterliche Vertrauen unserer Partei auf die Kraft unseres Volkes und unserer Nation aus. Sie geht weiter davon aus, daß die vietnamesische Revolution einen integrierenden Bestandteil der Weltrevolution bildet und eng mit der revolutionären Bewegung der Völker der Erde verbunden ist". (Vo Nguyen Giap, *La guerre de libération nationale au Vietnam*, Hanoi 1970, S. 103ff.)

Der Widerstandskrieg verstärkt sich

Nachdem die Franzosen erneut zur offenen Aggression übergegangen waren, erfaßte ab 19. November 1946 der Widerstand das ganze Land, und es wurde damit eine Periode eingeleitet, in deren ganzem Verlauf von neun Jahren bis zum Abschluß der Genfer Verträge von 1954 sich die Volksmacht behauptete und festigte. Zunächst war allerdings das Kräfteverhältnis so beschaffen, daß die Taktik der ersten Etappe des Volkskrieges eingeschlagen werden mußte: in einzelnen Gefechten dem Feind Schläge versetzen, um seine Kräfte fortwährend zu schwächen und sich nach Ausführung der Operation wieder zurückzuziehen. "Unsere Kriegskunst ist die Kunst, 'die große Zahl durch die kleine Zahl zu besiegen'" (a.a.O., S. 111) Im Verlauf der Kämpfe selbst wurde durch die stetige Entwicklung der Kräfte des Volkes auf militärischer, politischer, ökonomischer, kultureller und schließlich diplomatischer Ebene der französische Aggressor immer weiter geschwächt und endlich zur Kapitulation und Aufgabe seiner imperialistischen Ziele gezwungen.

Der Widerstand gegen die erneute französische Aggression begann damit, daß die Kräfte des Volkes einen großen Teil der Stadt Hanoi während zwei Monaten besetzt hielten und dem Feind Widerstand leisteten, um sich dann unverehrt zurückzuziehen.

Die Zentralregierung selbst wich in das Bergland von Viet Bac aus, es wurden drei militärische Zonen gebildet, die später zu einer Interzone vereinigt wurden, die Mobilisierung des Volkes wurde vorrangig in Angriff genommen. Als die Franzosen im Oktober 1947 einen Feldzug großen Umfangs gegen den vietnamesischen Hauptstützpunkt Viet Bac zu führen versuchten, um den Widerstand zu enthaupen und die regulären Streitkräfte zu vernichten, mußten sie eine Niederlage einstecken, die von schweren Verlusten begleitet war.

Bereits im Jahre 1948 nahm die französische Armeeführung eine Änderung in ihrer Strategie vor, die auf einen qualitativen Umschwung im Kräfteverhältnis hindeutete: Schon zu dieser Zeit waren ihre verfügbaren Kräfte zu schwach, um das Territorium im gewünschten Ausmaß zu kontrollieren, und mußten sich daher im wesentlichen — insbesondere in Nam Bo — darauf konzentrieren, bereits besetzte Gebiete zu 'pazifizieren' und zu konsolidieren. Sie wandten das Prinzip der Bekämpfung der Vietnamesen durch Vietnamesen und der Unterhaltung des Krieges durch den Krieg an. Sie setzten eine Marionetten-Zentralregierung ein, stellten Marionetteneinheiten auf und verschärften die ökonomische Ausplünderung des Volkes. In Bac Bo erweiterten sie ihre besetzte Zone und unterstellten den größten Teil des Delta-Gebiets des Roten Flusses ihrer Kontrolle. Sie zersplitterten ihre Kräfte, indem sie Tausende von Stützpunkten errichteten, und gerieten so in immer stärkere Abhängigkeit von finanzieller und militärischer Unterstützung durch die USA. Hiermit begaben sie sich zugleich in jenen für die imperialistischen Mächte unlöslichen Widerspruch, der sich durch die gesamte vietnamesische Geschichte nach 1945 hindurchzieht: den Widerspruch zwischen der Befestigung einiger weniger Plätze im Lande, verbunden mit einer aus der Konzentration der Kräfte herrührenden, relativ starken Stellung, die allerdings geographisch begrenzt ist und auf die Kontrolle weiter Gebiete verzichten muß — dies ist die eine Seite. Die andere

Seite besteht in der Einrichtung einer Unzahl von Stützpunkten, die über das ganze Land verstreut sind, verbunden mit einer Zersplitterung der Kräfte und daraus resultierender, relativ schwacher Stellung. Dieser Widerspruch war in französischen Militärkreisen noch zur Zeit der Schlacht von Dien Bien Phu nicht entschieden. Die Niederlage der französischen Imperialisten bei Dien Bien Phu ist vielmehr direkter Ausdruck der Unlösbarkeit dieses Widerspruchs, weil ein Sieg der Imperialisten weder durch die Konzentration der Kräfte erreicht werden kann, wie Dien Bien Phu bewiesen hat, noch durch ihre Verteilung über das ganze Land. (Vgl. die Kontroverse zwischen General Salan und Oberst Grosjean Anfang der fünfziger Jahre, in: Jules Roy, La Bataille de Dien Bien Phu, Julliard, Paris 1963, S. 372ff.) Der an sich schon unlösliche Widerspruch zwischen der Konzentration und der Verteilung der Kräfte wurde noch dadurch zusätzlich verschärft, daß sich die französischen Imperialisten bis zum Ende nicht zu einer einheitlichen Taktik durchringen und nicht klar für die eine oder die andere Art der Kriegsführung entscheiden konnten.

Die Ausnutzung eben dieses Widerspruchs ist ein bestimmendes Moment der vietnamesischen Volkskriegsstrategie, wie sie in dem Prinzip 'die große Zahl durch die kleine Zahl besiegen' zum Ausdruck kommt: die eine Seite dieser Taktik besteht darin, Stützpunkte der Imperialisten anzugreifen und dort konzentriertes kostspieliges Material zu vernichten sowie hochwertiges Fachpersonal auszuschalten. Auf der anderen Seite wird hierdurch ein Gegenschlag der gegnerischen Streitkräfte provoziert, die aus ihren befestigten Stützpunkten ausrücken, in Hinterhalte gelockt und zerschlagen werden. (Etudes vietnamiennes 23, Hanoi 1970, S. 38ff.)

Als Antwort auf die oben erwähnte Änderung der Strategie durch die Franzosen intensivierten die Vietnamesen den Guerillakrieg und machten die rückwärtigen Linien des Gegners zu ihren vordersten Linien. Sie teilten ihre Einheiten in selbständige Gefechtsverbände ein, die in den Tiefen der vom Feind kontrollierten Gebiete operierten, um dort den Guerillakrieg zu entfachen, Stützpunkte einzurichten und die lokale Volksmacht zu beschützen. Es handelte sich um einen militärisch-ökonomisch-politischen Kampf. Neben den befreiten Zonen entstanden so 'rote Zonen' inmitten der besetzten Gebiete. Dabei gab es keine klaren Gefechtslinien. Die Strategie der Imperialisten, die Vietnamesen durch Vietnamesen zu bekämpfen und den Krieg durch den Krieg zu unterhalten, wurde somit vereitelt. Das befreite Gebiet wurde ständig konsolidiert, die Streitkräfte vergrößert.

Die Offensive der Befreiungstreitkräfte und der Sieg von Dien Bien Phu

Ende 1948/Anfang 1949 führten die Vietnamesen zum erstenmal Feldzüge durch, mit denen dem Feind spürbare Verluste zugefügt wurden. Die Etappe der Gegenoffensive hatte begonnen. Die Franzosen waren gezwungen, in immer stärkerem Maße auf die Unterstützung der Vereinigten Staaten zurückzugreifen.

Durch den Sieg der Volksmacht in China und die Gründung der Volksrepublik im Jahre 1949 trat ein Ereignis ein, das einen beträchtlichen Einfluß auf den Vietnamkrieg ausüben sollte. Von nun an war Vietnam auch geogra-

phisch mit dem sozialistischen Lager verbunden. Anfang 1950 wurde die Demokratische Volksrepublik Vietnam durch die Volksrepublik China, die UdSSR und andere sozialistische Länder diplomatisch anerkannt. Im Innern wurde die IKP in Arbeiterpartei Vietnams umbenannt, die Vietminh und die Lien Viet wurden zusammengeschlossen. 1953 war die Entwicklung soweit fortgeschritten, daß Partei und Regierung die Durchführung einer Agrarreform beschließen konnten. Hiermit wurde bezweckt, die Volksmassen in noch stärkerem Maße als zuvor in den revolutionären Kampf einzubeziehen, die gewaltigen Produktivkräfte und Energien der Massen freizusetzen und so dem Widerstand einen weiteren kräftigen Impuls zu verleihen.

Bereits 1950 war eine neue Entwicklung im langwierigen Widerstandskampf eingetreten. Während des Winters wurde die erste umfassende Gegenoffensive eingeleitet, die Provinzen Cao Bang, Lang Son und Lao Kay wurden befreit. An der Delta-Front wurden eine Reihe von Offensivoperationen durchgeführt. Immer neue Niederlagen versuchten die Franzosen durch eine verstärkte Militär- und Finanzhilfe der USA sowie durch den Plan des Generals De Lattre de Tassigny auszugleichen, der die Einrichtung einer festgelegten Bunkerlinie im Delta des Roten Flusses vorsah. Gleichzeitig leiteten die Franzosen umfangreiche Säuberungs- und 'Pazifizierungsmaßnahmen in die Wege. Mit allen diesen Maßnahmen versuchten sie verzweifelt, die Initiative zurückzugewinnen, um das befreite Gebiet anzugreifen. Als im Oktober 1951 Hoa Binh besetzt, leiteten die Vietnamesen sofort einen Feldzug ein, der aus einer Kombination aus Gegenangriffen an der Front von Hoa Binh selbst sowie aus Frontalangriffen in den rückwärtigen Gebieten des Deltas, in die sich die Vietnamesen infiltriert hatten, bestand. Hieraus ergab sich eine Ausweitung der Guerillastützpunkte und die Befreiung von fast zwei Millionen Einwohnern. Mit der Entsetzung Hoa Binh war der De Lattre-Plan gescheitert.

1952 wurden in einem Feldzug im Nordwesten weite Gebiete bis nach Dien Bien Phu befreit; Anfang 1953 vertrieben vietnamesische Freiwillige im Verein mit der Befreiungsarmee des Pathet Lao den Feind aus der laotischen Provinz Sam Neua. Die Gesamtlage auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen stellte sich wie folgt dar: Hauptfront war die Front in Nordvietnam, von dessen Territorium Anfang 1953 zwei Drittel befreit und mit Guerillastützpunkten ausgestattet waren. Der Feind hielt noch Hanoi und das Delta des Roten Flusses besetzt. Im Zentrum und im Süden waren weite Gebiete befreit, im besetzten Gebiet wurde die Guerillabewegung kräftig vorangetrieben. Das besetzte Gebiet schrumpfte zusammen, die Hauptbasis des Widerstandes, das befreite Gebiet Nordvietnams, wurde täglich erweitert und konsolidiert. Die Vietnamesen hatten die Initiative auf allen Gebieten zurückgewonnen, der Feind war in die Enge getrieben. Die USA bestritten jetzt 80 % der Kriegsausgaben in Vietnam. Den Waffenstillstand in Korea im Herbst 1953 benutzten die USA und Frankreich zur Aufstockung ihrer Streitkräfte in Vietnam. Unter dem Patronat von Laniel und Dulles tüftelten die Imperialisten nochmals einen neuen Plan aus, der nach dem französischen General Navarre benannt wurde: Er sah vor, die vietnamesischen regulären Streitkräfte zu vernichten, ganz Vietnam zu besetzen, es in eine französisch-amerikanische Kolonie und Militärbasis zu verwandeln. Für die Durchsetzung der Endlösung wurde ein Zeitraum von 18 Monaten angesetzt. General Navarre zog im Norden mehr als die Hälfte der mobilen Streitkräfte des indochinesischen

Kriegsschauplatzes zusammen und führte zusätzlich neue Verstärkungen aus Frankreich heran, leitete Angriffe auf das befreite Gebiet ein und ließ Fallschirmtruppen in Dien Bien Phu absetzen, das zum Sprungbrett für die spätere Offensive dienen sollte. Dort, wo die Franzosen versuchten, ihre Kräfte zu konzentrieren, wurden sie durch Angriffe auf ungeschützte Stellen gezwungen, sie zu zersplittern. Hierdurch wurden günstige Bedingungen für den Angriff auf Dien Bien Phu herbeigeführt. Dem Dilemma zwischen Konzentration und Dispersion hätten die Imperialisten nur durch Rückgriff auf massive Truppenverstärkung vorübergehend entgehen können, was jedoch wegen des Widerstandes der französischen öffentlichen Meinung unmöglich war.

Als sich die Franzosen im Kessel von Dien Bien Phu eingekesselt hatten, äußerte General Giap die Befürchtung, sie könnten ihren Plan doch noch revidieren und aus der Falle entweichen, bevor die Vietnamesen die langwierigen Vorbereitungen zu ihrem Angriff auf Dien Bien Phu getroffen hätten. Allerdings waren von den Vietnamesen trotz des strategischen Vorteils, in dem sie sich befanden, zahlreiche taktische Fragen im Zusammenhang mit der Eroberung Dien Bien Phus zu lösen. (Vo Nguyen Giap, Guerre du peuple, armée du peuple, S. 166ff.) Zunächst wurden Truppen herangeführt und die gesamten menschlichen und materiellen Ressourcen der Bevölkerung mobilisiert. Da die Franzosen mit Dien Bien Phu über eine ausgezeichnete befestigte, schwer einnehmbare Festung verfügten, wurde von den Vietnamesen die Taktik des Angriffs in sukzessiv aufeinanderfolgenden Wellen angewandt. Gegen den Beschuß durch die feindliche Artillerie und Luftwaffe wurde ein Angriffs- und Einkreisungssystem von Hunderten von Kilometern Schützengraben angelegt, das den Angreifern Schutz bot. Auf die umgebenden Berge wurden im Schutz der Wälder und der Nacht Artilleriegeschütze, über manche unwegsamen Strecken mit einer Geschwindigkeit von nur eineinhalb Kilometern pro Tag, herangeschafft, für die Verteidiger eine komplette Überraschung. Diese Artillerie diente wiederum dazu, den Feind an seiner schwachen Stelle zu packen; für den gesamten Nachschub war er auf zwei Landungspisten angewiesen. Diese wurden mit Geschützfeuer belegt, ferner wurde der Aktionsradius der Flugzeuge durch Beschuß eingeschränkt.

So wurden systematisch Stärken des Gegners neutralisiert und seine Schwächen ausgenutzt und die eigenen Schwächen der Vietnamesen in Stärken verwandelt, bis es gelang, die Festung erst einzukreisen, dann durch Einnahme des äußeren Befestigungsringes, der gegen den Feind gekehrt und immer weiter ausgedehnt wurde, den inneren Teil immer mehr einzuschließen, in Sektoren aufzuspalten und schließlich im Generalangriff einzunehmen und den Feind zu vernichten. Hiermit war am 6. Mai 1954 nach 55 Tagen und Nächten des Kampfes der größte Erfolg des ganzen Befreiungskrieges errungen, der zum Erfolg der Genfer Konferenz ausschlaggebend beigetragen hat.

Die Genfer Indochina-Konferenz von 1954

Bei den Genfer Verträgen vom 20. Juli 1954 handelt es sich um ein Vertragswerk, das aus drei Kategorien von Texten besteht: einem Abkommen zwischen der Demokratischen Republik Vietnam und Frankreich, einer Abschlusserklärung der Teilnehmerstaaten der Konferenz (Demokratische Republik Vietnam, Frankreich, Großbritannien,

Kambodscha, Laos, Sowjetunion, 'Staat Vietnam', Vereinigte Staaten von Amerika, Volksrepublik China), sowie unilaterale Erklärungen der USA und des 'Staates Vietnam'.

In dem Abkommen zwischen der Demokratischen Republik Vietnam und Frankreich wurden u. a. die Einstellung der Feindseligkeiten in Vietnam, die Reguppierung der Streitkräfte beiderseits einer festzulegenden provisorischen Demarkationslinie, die Frage der allgemeinen Wahlen und der daraus resultierenden Vereinigung Vietnams geregelt. In der Abschlusserklärung gingen die Teilnehmerstaaten ferner auf die Frage der Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Integrität der drei indochinesischen Staaten ein. Die Vereinigten Staaten gaben eine einseitige Erklärung ab, in der sie allerdings darauf hinwiesen, daß ihre Regierung "jede Wiederaufnahme der Aggression in Verletzung der oben genannten Abkommen als sehr schwerwiegend und als ernste Bedrohung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit betrachtet". (Les cahiers de l'amitié franco-vietnamienne 2: Les accords de Geneve, Association d'amitié franco-vietnamienne, Paris S. 29f.) Hinsichtlich der Wahlen erklärten die Vereinigten Staaten: "Im Falle der gegenwärtig gegen ihren Willen geteilten Nationen werden wir weiterhin versuchen, ihre Einheit mittels freier Wahlen zu verwirklichen, die durch die Vereinten Nationen kontrolliert werden, um zu gewährleisten, daß sie in voller Rechtllichkeit durchgeführt werden." (a.a.O.) Sie bestätigten weiter erneut "ihre traditionelle Position, wonach die Völker das Recht haben, ihre eigene Zukunft selbst zu bestimmen." "Wir teilen die Hoffnung, daß die Verträge es Kambodscha, Laos und Vietnam erlauben werden, in voller Unabhängigkeit und Souveränität ihre Rolle in der friedlichen Gemeinschaft der Nationen zu spielen..." (a.a.O.)

Was den Stellenwert der in Genf abgeschlossenen Verträge angeht, so muß klar zwischen den verschiedenen Teilen des Abkommens unterschieden werden. Die Vietnamesen hatten die französischen Imperialisten besiegt und das Resultat dieses Sieges wurde in Genf vertraglich fixiert. In der Realität hatte das Abkommen die Auswirkung, daß die französischen Imperialisten ihre Truppen aus Vietnam abzogen und somit ganz Nordvietnam von ausländischen Invasoren befreit wurde und künftig die für den Fortgang der Kämpfe äußerst wichtige Rolle des Hinterlandes übernehmen konnte. Die US-Aggressoren konnten aufgrund des damals herrschenden Kräfteverhältnisses noch nicht zur Einhaltung der Bestimmungen des Abkommens — auch nicht der in ihrer einseitigen Erklärung niedergelegten Verpflichtungen — gezwungen werden. Die Verträge konnten jedoch als Mittel des politischen Kampfes gegen die USA genutzt werden, bis sich in der Zeit nach 1954 endgültig herausstellte, daß dieser Kampf das gewünschte Ziel nicht erreichen konnte, und das vietnamesische Volk daher wieder zum bewaffneten Kampf übergehen mußte. Die Phase des politischen Kampfes diente dabei selbst der Vorbereitung des bewaffneten Kampfes.

Wer argumentiert, Vietnam hätte das Abkommen mit Frankreich nicht abschließen dürfen, weil vorauszusehen gewesen wäre, daß dieses von den USA gebrochen würde, der versucht nicht nur zu vertuschen, daß es sich dabei um zwei verschiedene imperialistische Mächte handelt, sondern hat auch keine klare Vorstellung vom Charakter von Vertragsabschlüssen überhaupt: Diese dienen dazu, errungene Positionen zu fixieren, bedeuten jedoch, auch wenn gewis-

se Kompromisse damit unvermeidlich verbunden sind, keine Entwaffnung der revolutionären Kräfte, und schließen eine Wiederaufnahme der Kämpfe im Falle ihres Bruchs durch die Imperialisten keinesfalls aus.

Mit voller Berechtigung sprach daher Ho Tschì Minh in seinem Glückwunschschreiben an die Sieger von Dien Bien Phu vom 8. Mai und in seinem Aufruf an das Volk nach dem erfolgreichen Abschluß der Genfer Konferenz vom 22. Juli 1954 von einem 'großen Sieg' des vietnamesischen Volkes.

Wer die Parole vom Sieg des vietnamesischen Volkes als Phrase abtut, der denkt in den Schablonen des konventionellen Krieges, der hat den Charakter des langwierigen revolutionären Befreiungskrieges und seine historische Bewegung auf nationaler und internationaler Ebene nicht begriffen. Weil in Vietnam anfangs einem übermächtigen imperialistischen Aggressor ein kleines und schwaches koloniales und halbfeudales Land gegenüberstand, kann der endgültige Sieg erst nach einem langwierigen Kampf errungen werden. Dies ist ein historisches Gesetz. Im Verlauf des vietnamesischen Befreiungskrieges wurde ein mächtiger durch einen noch mächtigeren imperialistischen Aggressor abgelöst. Im Verlauf des ersten wie des zweiten Widerstandskrieges galt es, einander abwechselnden Taktiken der Imperialisten in adäquater Weise entgegenzutreten und sie schließlich zu vereiteln. Mit jeder Vereitelung einer imperialistischen Aggression war jeweils ein Etappensieg verbunden. Wer die Etappensiege mit den Augen des ungeduldrigen Linksradikalen betrachtet, dem der endgültige Sieg nicht schnell genug errungen wird, der hat allerdings ein idealistisches, unhistorisches Verhältnis zum Befreiungskampf, der macht sich und anderen Illusionen und stiftet Verwirrung, weil er es nicht aushält, daß die Befreiungsbewegungen sich dem endgültigen Sieg allmählich Schritt für Schritt in Etappensiegen nähern. Der will uns auch weismachen, die Befreiungsbewegungen seien etwa im Stande, mit einem Schlag dem Imperialismus und Feudalismus im eigenen Land und womöglich noch dem Imperialismus im Weltmaßstab den Garaus zu machen.

In der Tat verbinden sich bei diesen Leuten auf eigentümliche Weise die von Mao 1938 kritisierten falschen Auffassungen vom raschen Sieg mit den falschen Auffassungen von der unvermeidlichen Unterjochung: Da der Sieg für diese linkssektiererischen Subjektivisten nicht rasch genug erfolgt, schließen sie auf die unvermeidliche Unterjochung der Befreiungsbewegung und raten zu einer "Revision der These über den Vietnamkrieg, die bis heute der internationalen Vietnamsolidarität aller Schattierungen zugrunde liegt". (Prokla 8/9, S. 100) Sie sprechen besorgt vom "Wandel des Charakters des Krieges" (a.a.O., S. 100) und meinen, "dennoch weiterhin auf einen entscheidenden Fortschritt des Kampfes und einen 'endgültigen Sieg des vietnamesischen Volkes' zu hoffen, hieße auch den amerikanischen Imperialismus gründlich zu unterschätzen." (a.a.O., S. 99) Die Wurzel für den Subjektivismus dieser Leute liegt aber in ihrer konzeptionslos-eklektischen Kleinbürgerlichkeit.

Der politische Kampf für die Durchsetzung der Abmachungen von Genf 1954 — 1960

Die Epoche ab 1954 war zunächst gekennzeichnet durch den Widerspruch zwischen den beiden imperialistischen

Mächten Frankreich und USA und den damit in Verbindung stehenden Widerspruch in der imperialistischen Außenpolitik Frankreichs selbst. Da sich der Algerienkonflikt, der im November 1954 eine akute Form annehmen sollte, immer mehr zuspitzte, war Frankreich zu Kompromissen in Indochina bereit. Zuvor hatte die französische Regierung versucht, ihre nach dem Fall von Dien Bien Phu denkbar ungünstige Verhandlungsposition mit Hilfe einer massiven Intervention durch die USA aufzubessern. (Horlemann/Gäng, Vietnam, Suhrkamp, 1972, S. 73) Die USA erblickten ihre Chance, eine Bresche in die zwischen den imperialistischen Staaten vollständig aufgeteilte Welt zu schlagen und ein neokolonialistisches System in Indochina zu errichten, das sich von den klassischen kolonialistischen Systemen dadurch unterscheidet, daß durch die Metropole keine direkte Verwaltung eingerichtet, sondern eine Marionettenregierung eingesetzt wird. Sie stellten daher Frankreich als Bedingung für ihre Intervention, den drei assoziierten Staaten die vollständige Unabhängigkeit zu gewähren. Mit der Ablehnung dieser und der anderen Bedingungen durch die französische Regierung war die Verdrängung des französischen durch den US-Imperialismus aus Südostasien eingeleitet.

Für die vietnamesische Befreiungsbewegung begann nach ihrem Sieg von Dien Bien Phu ab 1954 eine Etappe des politischen Kampfes, die darauf gerichtet war, neue Kräfte zu sammeln und den Kampf auf der Grundlage der durch die Genfer Verträge errungenen Positionen zunächst mit politischen Mitteln mit dem Ziel allgemeiner Wahlen und der Wiedervereinigung des Landes voranzutreiben. Es begann damit eine Periode der konsequenten Friedenspolitik und des Kampfes für die Durchsetzung der Genfer Abmachungen gegenüber der Diem-Regierung und den US-Imperialisten, die bis 1960 andauern sollte.

Von 1945 bis 1954 hatte der Süden Vietnams als Bestandteil der Demokratischen Republik Vietnam neun Jahre Volksherrschaft erlebt. Obwohl in Ausführungen der Bestimmungen der Genfer Verträge die Streitkräfte und Verwaltungskader des Widerstands nach dem Norden umgruppiert wurden, befand sich die revolutionäre Bewegung in den drei strategischen Sektoren: auf dem Land, in den Bergen und in den Städten, in einer Position der Stärke. Ihr Kampf galt der Bedrohung der demokratischen Freiheiten und der Errungenschaften des Ersten Widerstandskrieges.

Als Replik auf die wütende Kampagne Diems gegen den Waffenstillstand entstand am 1. August 1954 die Friedensbewegung von Saigon-Cholon, die das Volk zur Verteidigung der Errungenschaften von Genf aufrief. Nach der Auflösung der Bewegung im November arbeiteten ihre Mitglieder in anderen Organisationen weiter. Auf dem Lande wurde der politische Kampf gegen die Sabotage der Genfer Verträge mit einem entschlossenen Kampf gegen die von der Saigoner Verwaltung wieder in ihre alten 'Rechte' eingesetzten Grundbesitzer verbunden. Hierauf antwortete das Diem-Regime im Juli 1955 mit einer Kampagne zur Denunzierung der Kommunisten. Das politische Bewußtsein der Bevölkerung war entwickelt genug, die Wiederaufnahme der bewaffneten Selbstverteidigung zu unterlassen, die die Ausführung der Genfer Verträge gefährdet hätte. Im Hinblick auf die allgemeinen Wahlen im Jahr 1956 ließ sich das Volk nicht provozieren, um dem Gegner keinen Vorwand zur Wiederaufnahme des Konflikts zu liefern. Als das für die Konsultativkonferenz mit dem Norden im Hin-

blick auf die Wahlen und die Wiedervereinigung vorgesehene Datum des 1. Juli 1955 verstrichen war, begann im gleichen Monat in Saigon ein Generalstreik, der in den folgenden Tagen auch andere große Städte ergriff und Ausgangspunkt einer Bewegung war, die sich bis Ende 1956 auf das ganze Land ausdehnte. Nachdem die Wahlen im Jahre 1956 nicht stattgefunden hatten, begann eine neue Phase des Kampfes, in der sich das Volk allmählich bewußt wurde, daß die legalen und friedlichen Mittel erschöpft waren.

Die Jahre 1957 — 1958 gelten als Periode der relativen Stabilisierung des Diem-Regimes. Mit der verschärften Repression trat jedoch zugleich eine Polarisierung der Opposition ein, die über die Nationalbourgeoisie bis hin zu den frankophilen Latifundienbesitzern des Mekong-Deltas und der pro-französischen Kompradorenbourgeoisie sowie bestimmten religiösen Gruppen reichte. Am 1. Mai 1958 demonstrierten in Saigon 500 000 Personen für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, die Abschaffung der Repressionsmaßnahmen und der Massaker, die Demokratisierung des Regimes sowie die friedliche Wiedervereinigung. Auf dem Lande wurde der Kampf gegen die von Diem verfolgte Wiedereinsetzung der Grundbesitzerklasse geführt, der den Fehlschlag von Diems Agrarpolitik zur Folge hatte. Einen Kampf für die Verteidigung ihrer Rechte führten schließlich auch die nationalen Minderheiten.

Die Jahre 1959 — 1960 waren gekennzeichnet durch eine weitere Verschärfung der Repression seitens des Diem-Regimes durch Erlass des Gesetzes 10/59, auf die äußerste Spitze getriebene Säuberungsaktionen sowie Maßnahmen zur Zwangsumsiedlung der Landbevölkerung. Das Volk antwortete hierauf, indem es allmählich zum bewaffneten Kampf überging, zunächst zu sporadischen und örtlich begrenzten Aktionen der Selbstverteidigung, dann zu bewaffneten Erhebungen und zur Absetzung der Saigoner Staatsmacht in weiten ländlichen Gebieten, schließlich zum allgemeinen Widerstand. Am 17. Januar 1969 fand die Erhebung von Ben Tre im Mekong-Delta statt, bei der die Kräfte des Aufstands mit Hilfe der Bevölkerung, die Stützpunkte der ländlichen Miliz stürmten und deren Waffen eroberten. Im Laufe einer Woche beseitigten sie die diemistischen Kommunalverwaltungen und setzten an ihre Stelle Selbstverwaltungskomitees des Volkes. Die erste regionale Militäreinheit leistete ihren Eid vor dem Volk. Selbstverteidigungseinheiten wurden in allen Weibern eingerichtet, die zu Kampfpositionen ausgebaut wurden. 13 000 Soldaten Diems griffen erfolglos an. Durch eine große Frauendemonstration, bei der das Stadtzentrum von Mo Cay während einer Woche besetzt gehalten wurde, sah sich der Regierungsvertreter gezwungen, die Truppen zurückzuziehen. Zum erstenmal obsiegte eine Volkserhebung auf Provinzebene dank einer geschickten Verbindung der bewaffneten mit der politischen Gewalt. Die Erfahrung wurde bald überall auf dem Lande und auf den Hochebenen verallgemeinert. Dies war das Signal zum allgemeinen Aufstand. Einen Monat später errangen die revolutionären Streitkräfte im Tay Ninh im Westen von Nam Bo ihren ersten größeren militärischen Sieg: Sie nahmen die Festung von Tua Hai. Mit der Beute wurde das erste reguläre Bataillon der patriotischen Bewegung ausgerüstet, das zum Teil an verschiedene Brennpunkte des Guerillakampfes entsandt wurde. Damit hatte der Befreiungskrieg begonnen.

Der Widerstandskrieg gegen die Amerikaner ab 1960

Die Gründung der FNL

Gegen Ende 1960 hatten sich in ganz Südvietnam alle Bevölkerungsschichten zum Kampf erhoben. Durch den Putsch der Fallschirmtruppen vom 11. November wäre das Diem-Regime beinahe gestürzt worden. Die neue Bewegung machte eine einheitliche Führung auf politischer und militärischer Ebene zu einer Lebensnotwendigkeit. Aus diesem Grund wurde am 20. November 1960 die Nationale Befreiungsfront Südvietnams (FNL) ins Leben gerufen. Sie war das Ergebnis eines sechsjährigen ununterbrochenen Kampfes und diente der Vereinheitlichung aller patriotischen und demokratischen Kräfte. Die FNL erstellte ein 10-Punkte-Programm, das in der Hauptsache die folgenden Ziele beinhaltete: die Einsetzung einer nationalen Koalitionsregierung und die Einrichtung einer breiten Demokratie, den Aufbau einer unabhängigen und souveränen nationalen Wirtschaft, die Durchführung einer progressiven und radikalen Agrarreform, die Garantie des Rechts der Minderheiten auf Autonomie, die Verfolgung einer Außenpolitik des Friedens und der Neutralität und die friedliche Wiedervereinigung des Vaterlandes. In der Front sollten "alle sozialen Schichten, Klassen, Nationalitäten, politischen Parteien und Gruppierungen, Organisationen, Religionen, patriotische Persönlichkeiten, unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit, zusammengeschlossen werden, mit dem Ziel, das Joch der amerikanischen Imperialisten und ihrer Helfershelfer, der Ngo Dinh Diem-Clique, zu brechen, die Unabhängigkeit, die Demokratie, den Frieden und die Neutralität zu verwirklichen und zur nationalen Wiedervereinigung voranzuschreiten." (Etudes vietnamiennes 23, Sud Vietnam: Du FNL au Gouvernement révolutionnaire provisoire, Hanoi 1970, S.28) Die Front ließ in fast allen befreiten und umstrittenen Gebieten Komitees auf Gemeinde-, Distrikt-, Provinz- und Gebietsebene mit einem Zentralkomitee an der Spitze wählen. In etwas mehr als einem Jahr entstanden zwanzig politische und militärische revolutionäre Organisationen, die sich der FNL anschlossen. Von 1962 bis 1964 wurde ein System von Fachorganen aufgebaut, das eine Militärkommission, eine Wirtschafts- und Finanzkommission, eine Gesundheitskommission, eine Informations-, Kultur- und Bildungscommission sowie eine Kommission für Beziehungen mit dem Ausland umfaßte. In den befreiten Gebieten, die sich schon über drei Viertel des Territoriums erstreckten, wurde eine de facto-Volksmacht eingerichtet mit dem Ziel, die Agrarreform durchzuführen, die landwirtschaftliche Produktion zu fördern, ein Gesundheits- und ein Bildungssystem aufzubauen, das kulturelle Leben zu organisieren und das Volk für den Widerstand zu mobilisieren. Ende 1963 unterstand bereits die Mehrheit der Bevölkerung der politischen Kontrolle der Front.

Zum Territorium der FNL zählten 1965 vier Fünftel des Landes mit mehr als 10 Millionen Einwohnern, durch die Tet-Offensive im Jahre 1968 wurde es noch erweitert. Mit den Lokalwahlen im zweiten Halbjahr 1968 wurden revolutionäre Volkskomitees in Gemeinden, Distrikten und Provinzen sowie zahlreichen neu befreiten Städten eingerichtet. Hiermit war neben die Saigoner Verwaltung eine aus Wahlen hervorgegangene Staatsmacht mit tief verwurzelten politischen, militärischen und administrativen Strukturen entstanden. Im Jahre 1970 war die FNL in elf inter-

nationalen Organisationen sowie in 18 Ländern der Erde vertreten.

Die Erfolge der FNL beruhen auf ihrer Verankerung in den Massen. Der Volkskrieg ist ein Krieg des Volkes gegen den Aggressor

Die FNL hat stets betont, daß auch die noch so spektakuläre materielle und technische Macht der USA aufgrund der gegebenen unlöslichen Widersprüche die grundlegenden und sich verschärfenden Schwächen moralischer und politischer Natur nicht kompensieren kann. Als System der indirekten Kolonisierung beruht die Macht der Imperialisten auf einer Marionettenregierung und einer Marionettenarmee, deren Effektivität zwei Bedingungen zur Voraussetzung hat, von denen in Vietnam nach Dien Bien Phu keine erfüllt ist: das Vorhandensein einer soliden Stütze unter der einheimischen Reaktion sowie einer breiten Basis unter den Massen. Die aufs äußerste geschwächte und stark differenzierte Reaktion bildet aber nur eine schmale Grundlage, während das Volk, das siegreich aus dem anti-französischen Widerstandskampf hervorgegangen ist, von Anfang an einen entschiedenen Kampf gegen den Neokolonialismus geführt hat.

Die Opposition des Volkes verschärft fortwährend die vorhandenen Widersprüche, wie sie etwa zwischen den Herren aus USA und ihren Saigoner Knechten bestehen, wie sie ferner dem US-Imperialismus aus der Opposition der Völker sowie des amerikanischen Volkes selbst erwachsen. Dies macht die absolute moralische und politische Überlegenheit der Befreiungsbewegung aus. In ihrer aus einer engen Verbindung von politischem und bewaffnetem Kampf bestehenden **Offensivstrategie** mobilisiert die Führung des vietnamesischen Volkes alle erdenklichen Faktoren für die Revolution. Der bewaffnete Kampf hat den politischen Kampf zum Ausgangspunkt, bildet eins mit diesem, um schließlich wieder in den politischen Kampf zu münden.

Gegen die US-Aggression führten die Vietnamesen ab 1961 den totalen revolutionären Volkskrieg mit politischen und bewaffneten Kräften als die geeignete Form der Bekämpfung des Neokolonialismus. Bei der Vorbereitung des bewaffneten Aufstands bestand die wichtigste Aufgabe in der Propaganda unter den Massen, ihrer Organisation, der Ausweitung und Festigung der patriotischen Organisationen. Der politische Kampf spielt im Rahmen des Befreiungskrieges eine fundamentale Rolle, weil sich die grundlegende Überlegenheit der Kräfte der Befreiung und die grundlegende Schwäche von deren Feinden auf politischem Gebiet befinden. Der politische Kampf der Volksmassen wurde unter vielfältigen Formen geführt. Da die Landgebiete in Südvietnam das schwächste Kettenglied darstellten, setzte die Revolution dort zu ihrem ersten Stoß an. Unter Führung der FNL wurde der Boden aufgeteilt, die Agrarproduktion vorangetrieben, das soziale Leben neu organisiert und der Kampf gegen Analphabetismus und Krankheiten in die Wege geleitet. Hierdurch wurden zugleich die Grundlagen für das demokratische Volksregime geschaffen. Besondere Bedeutung kam dem politischen Kampf in den Städten zu, wo der militärische Kampf zunächst schwierig oder unmöglich war. Die vernichtenden Schläge der am 15. Februar 1961 aus den bestehenden bewaffneten Verbänden zusammengeschlossenen Volksbefreiungs-Streitkräfte (FAPL) wäre unmöglich gewesen ohne die aktive Teilnahme der städtischen Massen. Die auf Distrikt- oder Provinzebene unter einheitlichem Komman-

do stehende politische Massenarmee kämpft Seite an Seite mit den drei Kategorien von Streitkräften: der Guerrilla, den regionalen und den regulären Truppen. Die politische Gewaltanwendung der Massen, der militärische Kampf und die Aufklärungs- und Überzeugungstätigkeit unter den Marionettentruppen bilden die drei Angriffsspitzen der Strategie des antiimperialistischen Kampfes. Gegnerische Einheiten, die Säuberungsaktionen durchführen sollen, stoßen nicht nur auf den koordinierten Widerstand der drei Kategorien von Kampfverbänden, sondern darüber hinaus auf den aktiven, organisierten Widerstand der seit 1945 im Kampf erprobten Bevölkerung. Diese Organisation erlaubt es den Volksbefreiungs-Streitkräften, im Volk wie die Fische im Wasser zu schwimmen. Da sie jederzeit auf die absolute Unterstützung der Bevölkerung rechnen können, brauchen sie sich nicht um jeden Preis an ein bestimmtes Gebiet zu klammern und können Kämpfen, deren Ausgang ungewiß ist, aus dem Weg gehen. Es wäre falsch anzunehmen, daß die Strategie des Volkskriegs, die dem menschlichen Faktor eine überragende Bedeutung beimißt, den Akzent einseitig auf die politische und moralische Seite legt. Sie setzt vielmehr parallel zu den menschlichen Kräften eine rationelle Mobilisierung aller dem Volk zur Verfügung stehenden Ressourcen der Kriegführung voraus. Der ultramodernen amerikanischen Kriegstechnik setzt der Volkskrieg **seine eigene Technik** entgegen, die zugleich auf rudimentäre und moderne Mittel zurückgreift. Aus dem Sieg in der Offensive Ende 1966 / Anfang 1967 wurden bezüglich der strategischen Leitung folgende fünf Lehren gezogen: Es gilt, die strategische Absicht des Gegners zu erkennen und die Gesetze und Möglichkeiten seiner Aktionen aufzudecken; die Offensivposition der FAPL aufrechtzuerhalten und ihre Initiative auf dem Schlachtfeld auszuweiten; durch korrekte Koordinierung der drei Angriffsspitzen den Auftrag, den Gegner zu vernichten, und den Auftrag, die Souveränität des Volkes zu stärken, gleichzeitig zu erfüllen; das Kampfergebnis und die Wirksamkeit der dem Volkskrieg eigenen Methoden ständig zu verbessern; die politischen und bewaffneten Kräfte und die drei Gattungen von Streitkräften weiterzuentwickeln und das Verhältnis zwischen der Zahl und der Qualität der Kampfpotentiale korrekt zu bestimmen.

Auf strategischer Ebene verfolgte der US-Aggressor das Ziel, den Gegner durch einen Blitzkrieg niederzuschmettern, indem er gedachte, seine numerische Überlegenheit, seine Feuerkraft und die Beweglichkeit seiner Truppen voll zur Geltung zu bringen. Hierauf antwortete das vietnamesische Volk mit einem langwierigen, totalen Widerstandskampf, wobei es immer darauf bedacht war, die Initiative zu behalten und auszuweiten und dem Feind seine Kampfweise aufzuzwingen. Der Gegner wurde daran gehindert, diejenigen Taktiken anzuwenden, die er meisterhaft beherrscht: die geordnete Schlacht mit konzentrierten Kräften an einer klar umrissenen Frontlinie mit sicherer Etappe. Dagegen setzte die FAPL eine Kriegstechnik ohne festen Frontverlauf, ohne ein für allemal feststehende Ziele, zogen sie ihre Kräfte rasch zusammen und ebenso schnell wieder auseinander, ließen sie plötzlich auftauchen und wieder verschwinden, indem sie abwechselnd massive Angriffe und Gefechte kleineren Ausmaßes durchführten und diese miteinander koordinierten.

Das Hinterland muß ständig befestigt und erweitert werden, um die Kräfte des Widerstands fortwährend zu erneuern. Die strategischen Ziele der FAPL bestehen darin, den

Gegner aufzusplitteln, um ihn zu schlagen, ihn in seinen befestigten Stellungen zu immobilisieren, seine Einheiten, die ihre befestigten Stützpunkte verlassen, zu liquidieren, seine Verbindungs- und Versorgungswege abzuschneiden, seine rückwärtigen Stützpunkte zu zerstören. Besonders stark entwickelt wurde die Technik des Hinterhalts, wobei Überraschungsangriffe auf Konvois aus gut getarnter Position geführt werden. In der Feldschlacht praktizieren die FAPL vorzugsweise den Nahkampf, stoßen Keile tief in die feindlichen Formationen und versuchen, die gegnerischen Truppen aufzusplitteln. Hierdurch entsteht eine Verschachtelung der sich gegenüberstehenden Armeen, wodurch der Gegner am Einsatz seiner Haupttrümpfe, der Luftwaffe und der Artillerie, gehindert wird. Je nach Lage der Dinge wird der Feind aus seinen befestigten Stützpunkten herausgelockt oder in seinen großen Militärbasen immobilisiert. Die Kriegführung durch Guerillaeinheiten und reguläre Truppen wird ergänzt durch den Aufstand der Massen in den besetzten Gebieten. Durch ein System der Gesamtverteidigung wird der Gegner an der Konzentration seiner Kräfte gehindert, indem bei jedem seiner Angriffe durch die Volksstreitkräfte Entlastungsangriffe in verschiedenen Richtungen geführt werden.

Aufgrund der neuen Situation ab 1960, als die vietnamesische Befreiungsbewegung nicht mehr den französischen, sondern den US-Imperialisten gegenüberstand, deren Mittel der Kriegführung denen der Franzosen 'tausendfach überlegen' waren, mußten sich die Vietnamesen durch eine Weiterentwicklung der Volkskriegs-Strategie den veränderten Bedingungen anpassen. Unter diesen Umständen behielt der Kampf einerseits den grundlegenden Charakter des Volkskriegs bei, während andererseits die neuen Gegebenheiten bei der Führung des Kampfes berücksichtigt wurden. Die Anpassung der Volkskriegs-Strategie auf die für Vietnam typische Situation stellt eine Schöpfung des vietnamesischen Volkes dar, durch die es ermöglicht wurde, den US-Imperialismus immer weiter zurückzudrängen. (vgl. Interview von Genossen des ehemaligen KSV Frankfurt (jetzt KSB) mit dem Vertreter der Provisorischen Revolutionären Regierung in Paris, Ly Van Sau, vom August 1972, in: Es lebe der Sieg im Volkskrieg, KG Frankfurt/Offenbach – KSV Frankfurt, S.8)

Der "Spezialkrieg" der US-Imperialisten

Die amerikanische Intervention in Südvietnam seit Unterzeichnung der Genfer Verträge kann im großen und ganzen in folgende Etappen eingeteilt werden: Von 1954 bis Ende 1958: Versuch der "friedlichen" Eroberung des Landes mittels neokolonialistischer Methoden; von 1959 bis Mitte 1961: einseitiger Repressionskrieg gegen die südvietnamesische Bevölkerung; von Mitte 1961 bis Ende 1964: 'Spezialkrieg' der Saigoner Armee unter amerikanischem Kommando mit dem Ziel, den Widerstand des Volkes zu brechen; von 1965 bis 1968: 'beschränkter' oder 'Lokalkrieg' unter direkter Beteiligung der US-Streitkräfte, begleitet von einem Luft- und Seekrieg gegen die Demokratische Republik Vietnam; Ende 1969 bis Ende 1972: 'Vietnamisierung' des Krieges: erneute Verlagerung des Hauptgewichts der Kriegführung auf die jetzt zahlreicheren, besser ausgebildeten und stark bewaffneten Marionettentruppen, die von amerikanischen Luft- und Seestreitkräften unterstützt werden; Ausdehnung des Konflikts auf Laos und Kambodscha.

Ab Anfang 1973: Bedingungslose Stützung des faschistischen Thieu Regimes und Versuch, die Pariser Verträge zu torpedieren.

Der 'Spezialkrieg' sah eine südvietnamesische Armee vor, die durch die Amerikaner ausgebildet, ausgerüstet, finanziert und kommandiert wurde. Mit der Strategie der flexiblen Reaktion des Generals Maxwell Taylor sollte die revolutionäre Bewegung im Weltmaßstab, insbesondere die nationalen Befreiungsbewegungen, eingedämmt werden. Der Staley-Taylor-Plan sah die 'Pazifizierung' Südvietnams innerhalb von 18 Monaten und die Schaffung von Basen für die Unterwanderung Nordvietnams, die wirtschaftliche, militärische und politische Stärkung des Saigoner Regimes sowie im letzten Stadium die Invasion des Nordens vor. Gegen die Bevölkerung wurden jetzt auch reguläre Streitkräfte und Anti-Guerillatruppen eingesetzt. Die USA schufen neben ihren Streitkräften ein weitverzweigtes System von speziellen Kräften und 'Beratern' auf allen Ebenen des Kommandos der Marionettentruppen. Ab 1962 nahmen die USA die Kriegführung in die Hand und griffen mit Panzereinheiten, Spezialtruppen und Luftstreitkräften ein. Sie versuchten jetzt, verschiedene Länder des südostasiatischen Raumes zum Kriegseintritt zu bewegen.

Um die Guerillastreitkräfte vom Volk abzuschneiden, wurde die Strategie der 'strategischen Weiler' ersonnen: Von einer Gesamtzahl von 17 000 sollten 16 332 befestigt werden. In Verbindung mit einem Netz von Militärstützpunkten entlang den Verbindungswegen sollten hierdurch die ländlichen Gebiete in Abschnitte unterteilt und die Stadtzentren geschützt werden. 1962 wurden im Mekong-Delta und im Bergland 20 000 Säuberungsaktionen durchgeführt, die der Verpflanzung der Bevölkerung in die strategischen Dörfer dienten. Begleitet waren diese Operationen von Artilleriebeschuss, Bombardements aus der Luft, Einsatz von Entlaubungsmitteln und anderen Giftstoffen gegen Menschen und Ernteerträge. Im März 1962 wollte die Führung der Marionettentruppen die befreiten Gebiete zurückerobern und führte zu diesem Zweck langandauernde Säuberungsaktionen und Blitzinsätze durch. Für den Widerstand erwachsen aus dieser Gegenoffensive nicht geringe Schwierigkeiten, doch wurde der Staley-Taylor-Plan letzten Endes zu Fall gebracht, indem die eingerichteten strategischen Weiler bis auf rund 1 000 zerstört wurden.

Gegenoffensive der Befreiungsstreitkräfte

Die zweite Phase der Periode des 'Spezialkrieges' ist gekennzeichnet durch eine langandauernde Offensive der FAPL an allen Fronten: Sie führten monatlich bis zu zweier- oder dreitausend Angriffe durch, die bis in die Städte und rückwärtigen Stützpunkte des Gegners reichten. Eine Wende trat im Januar 1963 mit dem Sieg von Ap Bac ein, als zweihundert Kämpfer der FNL im Kampf gegen eine Übermacht dem Feind erhebliche Verluste zufügten: 450 Tote und Verletzte, sechs abgeschossene und neun beschädigte Hubschrauber, drei Panzer und zwei Schnellboote. Als im Oktober 1963 in der Schlacht von Loc Ninh feindliche Luftlandetruppen geradewegs in einen Hinterhalt hineinsprangen, wurde offenbar, daß es den FAPL möglich war, diese Taktik des Gegners in offener Ebene und weit entfernt von den eigenen Stützpunkten zu zunichte zu machen. Sie hatten die Initiative in vollem Ausmaß zurückgewonnen. Ein weiterer Sieg wurde im Oktober 1963 errungen, sodaß sich das Oberkommando des Gegners bewegen sah, in Ausführung des Johnson-McNamara-Plans unter ande-

rem ein gemeinsames Kommando der US- und der Marionettentruppen ins Leben zu rufen und die reguläre Armee auf 300 000 Mann aufzustocken.

Gleichzeitig mit diesem erhöhten Aufwand an Mitteln der Kriegführung sah sich Washington jedoch gezwungen, seine 'Befriedigungsaktionen' immer weiter einzuschränken, zuletzt auf eine einzige Provinz, Long An, wo sie sich jedoch ebenfalls als undurchführbar erwiesen. Laut UPI befanden sich in dieser Zeit 80 % der Einwohner unter der Kontrolle des Vietcong, der bis in die Vorstädte von Saigon vorgedrungen war. In Saigon wurde ein US-Flugzeugträger versenkt, der Luftstützpunkt Bien Hoa wurde mit Mörserfeuer belegt. Im Dezember 1964 / Januar 1965 griffen die FAPL das gemeinsame Hauptquartier der US-Marionettentruppen in Binh Gia – inmitten des feindlichen Gebiets – an. In einem weiteren Sieg im Mai 1965 bei Ba Gia wurde dem Spezialkrieg der Gnadestoß versetzt: Die US-Imperialisten sahen sich gezwungen, Ngo Dinh Diem zu liquidieren und eine massive Intervention der US-Truppen vorzubereiten.

Auch durch die massive Intervention der US-Streitkräfte kann das vietnamesische Volk nicht geschlagen werden

Diese direkte Intervention der USA, die den 'Lokalkrieg' einleitete, stellte eine Flucht nach vorn dar: Im Februar 1965 begannen die USA mit massiven Luftangriffen auf die Demokratische Republik Vietnam, einen Monat später landeten sie ein umfangreiches Truppenkontingent in Südvietnam an und gedachten damit, ihre höchsten Trümpfe auszuspielen: ihre Luftwaffe, ihre Seestreitkräfte und ihre besten Bodentruppen. Bis 1968 brachten sie ihre Truppenstärke in Vietnam auf rund 540 000 Mann.

Die erneute Aggression traf die FNL nicht unvorbereitet. Mit ihren Truppen brachten die US-Imperialisten auch einen Widerspruch ins Land: Sie konnten die Marionettenarmee nicht ersetzen, sondern sich nur auf diese stützen. Die Marionettenarmee allerdings zeigte erhebliche Auflösungserscheinungen. Außerdem eignete sich das in Südvietnam von den Kräften der Befreiung geschaffene Terrain sehr wenig für eine nach klassischem Konzept ausgebildete und ausgerüstete große Armee: die Kräfte des Volkes beherrschten ganze Gebiete mit befestigten Dörfern, die untereinander durch unterirdische Gänge verbunden waren. Die Verbindungswege der besetzten Gebiete waren abgeschnitten, die Stadtzentren und rückwärtigen Stützpunkte des Feindes eingekreist. Wieder einmal tat sich für den Gegner der Widerspruch zwischen Dispersion und Konzentration auf. Die FNL traf die strategische Entscheidung, angesichts der verschärften Aggression nicht zur Etappe des ausschließlichen Guerillakampfes zurückzukehren, sondern vielmehr ihre Offensivposition auszubauen. Bereits bei der ersten Feindberührung größeren Umfanges zeigten sich die Kapazitäten der FAPL, den zahlenmäßig und materiell überlegenen US-Truppen die Stirn zu bieten und schwere Verluste beizufügen. Im November 1965 begann die erste US-Gegenoffensive der Trockenperiode, die insbesondere das Ziel verfolgte, die regulären Einheiten der FNL zu vernichten und damit den FAPL das Rückgrat zu brechen. Es gelang den Aggressoren jedoch nicht einmal, das durch die Befreiungsstreitkräfte blockierte strategische Straßennetz freizukämpfen. Die US-Stützpunkte wurden immer stärker eingeschürt, spezielle Kommandos setzten ihre Anschläge in den Städten fort. Anfang 1966 ersetzte General Westmoreland seinen gescheiterten 5-Punkte-Plan

durch seinen "Feldzug der fünf Pfeile": Fünf große Offensiven wurden auf einmal in den Küstenebenen von Trung Bo und im Mekong-Delta gestartet, um strategische Gebiete zurückzuerobern. Der Plan Westmorelands wurde vereitelt. Nach schweren Verlusten war die erste Gegenoffensive der US-Truppen Mitte April 1966 beendet. Die FAPL setzten ihre Offensive auch während der Regenperiode fort und fügten dem Feind weitere schwere Verluste zu. Alle Säuberungs- und Pazifizierungsaktionen der US-Führung wurden zunichte gemacht.

Die zweite US-Gegenoffensive der Trockenperiode begann im Oktober 1966 in der Absicht, die strategische Initiative zurückzugewinnen und in kurzer Zeit entscheidende Siege zu erringen. Die Doppelstrategie bestand einerseits in der 'Befriedung', andererseits in der Aufgabe des 'Aufspürens und Vernichtens'. Der Gegner verfuhr umgekehrt wie in der ersten Gegenoffensive und konzentrierte diesmal seine Kräfte, statt sie auseinanderzuziehen. Sämtliche Operationen des Feindes wurden zerschlagen, seine Spezialeinheiten außer Gefecht gesetzt, alle seine Taktiken zum Scheitern gebracht. Nach der zweiten Gegenoffensive waren die US-Marionettentruppen zur Defensive verdammt. Schüchterne Versuche der Wiederbesetzung des Mekong-Deltas wurden zerschlagen. Die FAPL verstärkten ihren Druck auf Saigon und die US-Stützpunkte und führten während der Regenzeit Angriff auf Angriff auf die gegnerischen Stützpunkte und fünfzig Stadtzentren. Bei der Eröffnung der Front von Khe Sanh trat die strategische Passivität des Feindes offen zutage: Er zog umfangreiche Luftlandeeinheiten aus Nam Bo und Trung Bo ab, um sie auf den neuen Kriegsschauplatz zu werfen.

1967 – 1968 waren die US-Marionettentruppen trotz einer Gesamtstärke von 1 200 000 Mann nicht mehr zu Operationen größeren Umfangs in der Lage. Ab Oktober gingen die FAPL erneut zur Offensive über.

Die Tet-Offensive

Vom 28. auf den 29. Januar 1968 eröffneten sie die Tet-Generaloffensive. Bis zum 2. Februar wurden 64 Städte und Hauptstädte in 32 Provinzen, 24 Luftstützpunkte sowie 35 lebenswichtige Institutionen angegriffen. Überall in den besetzten Gebieten erhob sich die Bevölkerung. In Saigon kontrollierten die Volksstreitkräfte nach drei Tagen Kampf fünf der neun Bezirke der Stadt. Eine neue patriotische Front wurde ins Leben gerufen: die Allianz der nationalen und Friedenskräfte. Nach der Offensive auf Hue am 31.1. wurde dort die Allianz der nationalen, demokratischen und Friedenskräfte und ein revolutionäres Volkskomitee gegründet. In allen Teilen des Landes war die Offensive der FAPL mit Volkserhebungen koordiniert. Nach schweren Verlusten des Gegners lösten sich dessen Verwaltung und Armee auf. Die Strategie Westmorelands war gescheitert, und sein Nachfolger Abrams setzte an ihre Stelle die auf der ganzen Linie defensive Strategie des 'Säuberns und Haltens': Gesäubert werden sollten die städtischen Zentren und die Militärstützpunkte sowie die Verbindungswege. Ein Drittel der Gesamtstreitkräfte war durch die Verteidigung Saigons, ein weiteres Drittel durch die Verteidigung Da Nangs, Hue und der Straße Nr. 9 gebunden. Anfang Mai 1968 leiteten die FAPL ihre zweite Generaloffensive ein. Anfang Juli räumte die US-Marineinfanterie Khe Sanh. Als Reaktion hierauf begann die US-Luftwaffe mit massiven, unterschiedslosen Bombenangriffen auf befreite und besetzte Gebiete. Mit der Bombardierung der

Zivilbevölkerung setzten sich die US-Imperialisten in Widerspruch zu ihrer Intention, die Bevölkerung für die von ihnen errichtete Marionettenregierung zu gewinnen. Obwohl auch die Angriffe gegen die Demokratische Republik Vietnam eskaliert wurden, konnte der Widerstandswille nicht geschwächt und der Nachschub aus dem Norden nicht unterbrochen werden. In der Welt und in den USA selbst verstärkte sich die Volksbewegung, die eine Einstellung der Angriffe und den Abzug der US-Truppen forderte. Ende März 1968 beschränkte Johnson die Bombenabwürfe auf das Gebiet südlich des 20. Breitengrads. Am 13. Mai begannen in Paris offizielle Verhandlungen zwischen der DRV und den USA. Am 31. Oktober wurden die Aggressionshandlungen gegen die DRV eingestellt.

Der Widerstand des Volkes erzwingt den Erfolg bei den Verhandlungen

Mit der Eröffnung der vierseitigen Konferenz in Paris am 24.1.1969 fanden sich die USA schließlich bereit, mit der FNL Verhandlungen aufzunehmen. Um ihre Position zu stärken und Druck auf die Verhandlungen auszuüben, verstärkten die US-Aggressoren nach einiger Zeit wieder ihre Bombenangriffe auf Südvietnam. Am 8. Mai 1969 legte die FNL auf der Konferenz einen 10-Punkte-Plan für die globale Lösung der Südvietnam-Frage vor, der unter anderem die Respektierung der in den Genfer Verträgen festgelegten grundlegenden nationalen Rechte des vietnamesischen Volkes, den Abzug der US-Truppen und des Kriegsmaterials der USA sowie die Errichtung einer provisorischen Koalitionsregierung im Hinblick auf die Abhaltung freier und demokratischer allgemeiner Wahlen beinhaltete.

Der Kongress der Vertreter des Volkes Südvietnams, der vom 6. bis 8. Juni 1969 unter dem Patronat der FNL und der am 20. April 1968 gegründeten Allianz der nationalen, demokratischen und Friedenskräfte stattfand, verabschiedete eine Resolution über die Errichtung eines republikanischen Staates in Südvietnam und die Bildung einer provisorischen Revolutionären Regierung sowie eines Rates der Weisen. 1970 war die PRR von 25 Ländern anerkannt.

Die 'Vietnamisierung' des Krieges wurde von Nixon in seiner Ansprache vom 3. November 1969 verkündet. Daraus spricht die Intention der US-Regierung, sich eine Position der Stärke zu schaffen, die es ihr erlaubt, dem vietnamesischen Volk die Bedingungen der Vereinigten Staaten zu diktieren. Der Krieg wird nicht nur in Vietnam fortgesetzt, sondern auch auf Kambodscha und Laos ausgeweitet und durch thailändische Truppenkontingente ergänzt. Unter der Bezeichnung 'Reststreitmacht' werden wesentliche US-Streitkräfte in Vietnam belassen. Der vietnamesische Krieg wird weiterhin durch die Amerikaner finanziert, geleitet und zum Teil durchgeführt. Ab 1969 verfolgen die USA in Vietnam eine neue, defensive Strategie mit dem Schwerpunkt auf der 'Pazifizierung'. Im Mai/Juni 1970 dringen US-Truppen in Kambodscha ein. Durch Zwangsaushebungen wurde die Saigoner Armee auf eine Million Mann aufgestockt, durch Ausbildung wurde ihr qualitatives Niveau gesteigert. Gleichzeitig mußten die Söldnertruppen jedoch neue Niederlagen einstecken, und die patriotischen Kräfte gewannen an Stärke.

Die 'Pazifizierung' stellte ein grundlegendes strategisches Mittel der Kriegführung dar, das darauf gerichtet ist, die revolutionären Kräfte aufzuspüren und die Bevölkerung zu kontrollieren. Hierbei galt die Devise: Alles töten, zerstören.

ren, verbrennen. Die Bewohner ganzer Dörfer wurden von Hubschraubern oder Flugzeugen in strategische Weiler in der Nähe von Stützpunkten und größeren Städten verschleppt, um sie dort schärfer kontrollieren zu können. Auf diese Weise wurden mehrere hunderttausend Personen in den äußersten Süden verfrachtet. Ganze Gebiete wurden zu 'freien Feuerzonen' erklärt, mit chemischen Produkten besprüht, durch Bulldozer applaniert und mit Bomben belegt. Trotzdem konnten nach drei Jahren außergewöhnlicher Anstrengungen die Ziele der 'Befriedung', die Infrastruktur des Vietcong zu zerstören und die Südvietnamesen für ihre Sache zu gewinnen, durch die Marionettenregierung nicht erreicht werden. Die 'Vietnamisierung' des Krieges intendierte die allmähliche Übergabe der Verantwortlichkeit in bezug auf Kriegführung, Regierung und Wirtschaft an die Saigoner Verwaltung. In den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1971 trat die Korruption des Saigoner Regimes erneut vor aller Augen zutage, was dazu beitrug, die Opposition weiter zu polarisieren. Die Tatsache, daß mit der 'Vietnamisierung' ein höherer finanzieller Beitrag der Saigoner Regierung zu den Kriegskosten verbunden war, fand in Steuererhöhungen, Preissteigerungen und wiederholten Abwertungen ihren Ausdruck.

Bis 1971 zeigten die USA auf der Pariser Konferenz nur ein schwaches Interesse, zu einem Ergebnis zu gelangen. Am 1. Juli 1971 legte die PRR einen 7-Punkte-Plan vor, der von 70 Regierungen unterstützt wurde. Noch war der amerikanische Verhandlungspartner nicht dazu bereit, zu einer vertraglichen Regelung auf der Grundlage der Respektierung der grundlegenden Rechte des vietnamesischen Volkes und des Verzichts auf den militärischen Sieg zu gelangen. Am 25. Januar 1972 brachte Nixon sein 8-Punkte-Programm ein, das jedoch kein genaues Datum für den Abzug der US-Truppen nannte, Wahlen noch vor dem Abzug der US-Truppen vorschlug, den damals von der PRR geforderten Rücktritt Thieus nicht vorsah und die PRR negierte. Der 7-Punkte-Plan fordert dagegen den Abzug aller Truppen und die Einstellung aller militärischen Aktionen einschließlich des Luftkrieges. Ohne Bedingungen zu stellen, soll ein genaues Datum für den Abzug festgelegt werden. Das Recht des vietnamesischen Volkes auf Selbstbestimmung soll anerkannt, eine Einmischung von außen ausgeschlossen werden. Die Provisorische Revolutionäre Regierung fordert den sofortigen Rücktritt Thieus. Die Saigoner Regierung soll ihre kriegerische Politik beenden, den Unterdrückungs- und Zwangsapparat gegenüber der Bevölkerung sofort beseitigen, die Politik der 'Befriedung' aufgeben, die Konzentrationslager auflösen, die politischen Häftlinge freilassen und dem Volk die im Genfer Abkommen garantierten demokratischen Freiheiten gewähren. Sofort nach Verwirklichung der obengenannten Punkte will die Provisorische Revolutionäre Regierung mit der Saigoner Verwaltung über die Bildung einer Regierung der nationalen Eintracht mit drei Komponenten im Hinblick auf allgemeine Wahlen, die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung, die Ausarbeitung einer Verfassung und die Einsetzung einer endgültigen Regierung Südvietnams verhandeln.

Die Unterstützung des vietnamesischen Befreiungsbewegung durch die Völker der Erde wurde durch die Resolution der Internationalen Versammlung für den Frieden und die Unabhängigkeit der indonesischen Völker, an der im Februar 1972 in Versailles 84 Länder teilnahmen, erneut bestätigt. Die internationale Situation ist günstig für den patriotischen Kampf der Völker, da die Kräfte des Sozialismus, die Bewegungen der nationalen Be-

freiung sowie die Kräfte, die in den kapitalistischen Ländern für Demokratie, Frieden und sozialen Fortschritt kämpfen, an diesem Kampf teilnehmen.

Wie an Nixons 8-Punkte-Programm sichtbar wird, war die amerikanische Regierung auch Anfang 1972 noch nicht bereit, auf die fundierten Vorschläge der PRR einzugehen. Um den gerechten Forderungen des vietnamesischen Volkes Nachdruck zu verleihen, beschloß seine Regierung die Eröffnung einer erneuten Offensive Ende März 1972. Nur den erneuten Kämpfen und den im Laufe des Jahres 1972 errungenen Erfolgen der vietnamesischen Volksbefreiungskräfte im Verein mit dem ganzen Volk ist es zu verdanken, daß die am 27. Januar 1973 in Paris zwischen der Provisorischen Revolutionären Regierung, der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam, der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Republik Vietnam (Saigoner Verwaltung) abgeschlossenen Verträge bis auf einen Punkt – den Rücktritt Thieus – dem 7-Punkte-Plan der PRR vom Juli 1971 entsprechen. Das Abkommen "hat die US-Aggression gegen unser Land beendet . . . Zum ersten Male seit einem Jahrhundert wird es infolge schwerer und langwieriger Kämpfe auf unserem Territorium bald keinen Aggressor mehr geben. Wir haben unsere Unabhängigkeit und unsere Freiheit wiedergewonnen. Der heilige Widerstand unseres Volkes hat einen epochalen Sieg errungen, der uns mit Stolz erfüllt . . ." (South Vietnam in Struggle, No.184, January 29, 1973, An Epoch-making Victory)

Die Situation nach dem Abschluß des Pariser Abkommens

Der Präsident der Provisorischen Revolutionären Regierung, Huynh Tan Phat, hat das Pariser Vietnam-Abkommen als "eklatantesten Sieg unserer Geschichte des Widerstands gegen die ausländische Aggression" und als "entscheidende Wende der südvietnamesischen Revolution" bezeichnet. (Sud Vietnam en lutte, Supplement du No. 230, 7.1.1974, S.4) In der Tat bedeutet das Abkommen die Beendigung von 115 Jahren Fremdherrschaft sowie den Sieg über die stärkste imperialistische Weltmacht und ihre Marionettenregierung. Es bildet den Schlußstrich unter einer langen Kette von Niederlagen des US-Imperialismus, der sich schließlich gezwungen sah, dem vietnamesischen Volk in einem internationalen Vertrag die Selbstbestimmung sowie die grundlegenden nationalen Rechte: Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit, territoriale Integrität zu garantieren und seine Streitmacht von über einer halben Million Mann abzuziehen. Das Abkommen sanktioniert ferner ein weiteres konkretes Fakt: die Existenz von zwei Regierungen, zwei Kontrollzonen, zwei Armeen und drei politischen Kräften in Südvietnam. Es legt weiter die Einstellung aller Aggressionshandlungen gegen die Demokratische Republik Vietnam fest. Die Verletzungen des Pariser Abkommens durch die USA: Erhöhung der Zahl der Berater, statt Auflösung Übergabe der Stützpunkte an die Saigoner Armee, Beibehaltung der bestehenden Agenturen zur Unterstützung der Marionettenregierung, illegale Waffenlieferungen und finanzielle Unterstützung der Thieu-Verwaltung, Fortsetzung der Spionagelüge und Androhung erneuter Bombardements sind lediglich Ausdruck für die Situation der Defensive, in der sich die Vereinigten Staaten und ihre Marionettenregierung schon seit Jahren befinden.

Auch die Aggressivität der Thieu-Verwaltung darf nicht da-

rüber hinwegtäuschen, daß sich diese in einer Position der Defensive befindet, die auch durch die fortgesetzte Unterstützung des US-Imperialismus nicht behoben werden kann, weil sie strukturell bedingt ist. Das Thieu-Regime befindet sich in einem unlösbaren Widerspruch: Erkennt es das von ihm unterzeichnete Pariser Abkommen an und führt es durch, so besiegt es damit seinen Untergang. Die Gewährung der demokratischen Rechte – Freiheit der Person, der Rede, der Presse, der Versammlung, der Organisation, der politischen Tätigkeit, des Glaubens, Freizügigkeit, Freiheit des Wohnsitzes, der Wahl der Beschäftigung, Recht auf Eigentum und Gewerbefreiheit – die Freilassung der 200 000 Gefangenen, die freie politische Betätigung der 'Dritten Kraft', die Konstituierung des Nationalen Rats für die nationale Versöhnung und Eintracht sowie die Durchführung freier und demokratischer allgemeiner Wahlen würde das Ende der Marionettenregierung bedeuten.

Um sich an der Macht zu halten, ist die Saigoner Verwaltung jedoch gezwungen, eine Armee von 1,1 Millionen Mann sowie einen umfangreichen Polizei- und Unterdrückungsapparat zu unterhalten. Hieraus resultiert, daß 60 % des Budgets auf Kriegsausgaben entfallen, die dringend notwendige Entwicklung der Wirtschaft dagegen vernachlässigt wird. Die Einnahmen des Haushalts decken die Ausgaben nur zur Hälfte. Die Inflation, die 1973 eine Rate von 50 % aufwies, ist eine direkte Folge des Haushaltsdefizits. Fünf Millionen Verschleppte und das damit verbundene Anwachsen der Städte stellen die Saigoner Verwaltung vor weitere unlösbare wirtschaftliche und politische Probleme. Weil die nötigen Mittel fehlen, ist die vorhandene Infrastruktur dem Verfall preisgegeben. Das Bruttosozialprodukt ist im Jahr 1972 gesunken, Agrarproduktion und Kautschukerzeugung sind rückläufig. Um die defizitäre Ernährungslage notdürftig zu beheben, muß die Saigoner Armee zu Konfiszierungen, vor allem von Reis, greifen. Der industrielle Sektor ist unterentwickelt, der Dienstleistungssektor übermäßig aufgebläht. Die Exporteinnahmen betragen nur 2 % der Importausgaben. Importiert werden vor allem Konsumgüter, auch hier wird die Wirtschaftsentwicklung vernachlässigt. Allein 1973 wurde der Piaster zehnmal abgewertet. Aufgrund der kriegsbedingten Unsicherheit der Situation bleiben die erhofften Auslandsinvestitionen aus. (Le Monde, 31.1.1974, S.1)

Die katastrophale wirtschaftliche Lage kann das Thieu-Regime auch nicht durch die ständigen Steuererhöhungen sanieren. Die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung sowie die enormen Preissteigerungen rufen vielmehr den wachsenden Widerstand des Volkes sowie aller oppositionellen Schichten hervor: Bereits am 21. Februar 1973 forderten 30 politische Organisationen in Südvietnam von Thieu die Freilassung der 200 000 politischen Gefangenen und protestierten gegen deren barbarische Behandlung. (Weißbuch: Ein Jahr Pariser Vietnam-Abkommen, Ministerium für ausländische Angelegenheiten der DRV, Hanoi, Januar 1974, S.12) Vor kurzem erließ der Vertreter der 'Dritten Kraft' Duong Van Minh in Saigon einen Appell zur nationalen Versöhnung und rief zur Bildung von Vereinigungen auf, die dieser Forderung Nachdruck verleihen sollen. (Le Monde, 18.1.1974, S.2) Am Tag der Abstimmung über die Verfassungsänderung zur Verlängerung von Thieus Amtszeit – die einen Verstoß gegen das Pariser Abkommen darstellt – kam es im Parlament zu tumultuarischen Zwischenfällen zwischen Mehrheit und Opposition, wobei letztere die Thieu-Diktatur anprangerte. (Le Monde,

20./21.1.1974, S.5) Im Januar bildeten 55 Abgeordnete und Senatoren im Kampf gegen die Verfassungsänderung den 'Block der Parlamentarier für den Kampf um Freiheit, Demokratie und Frieden', ferner wurde die 'Bewegung für die Durchsetzung der Pariser Verträge' gegründet. (Le Monde, 22.1.1974, S. 11) Schließlich sah sich die Saigoner Regierung aufgrund der wirtschaftlichen Misere am 16. Februar 1974 zum Rücktritt gezwungen. (Le Monde, 17./18.2.1974, S.2)

Gegen das faschistische Terrorregime Thieus und die von ihm verschuldeten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Mißstände führt die Provisorische Revolutionäre Regierung den Kampf auf der Grundlage des Pariser Abkommens, das "den nationalen Grundinteressen des vietnamesischen Volkes und der Haupttendenz unserer Epoche" entspricht. "Es stellt eine solide politische und juristische Grundlage dar, auf der das vietnamesische Volk eine neue Etappe in seinem revolutionären Kampf eröffnen kann, deren Ziele darin bestehen, den Frieden zu erhalten und so zu konsolidieren, daß er dauerhaft wird, den sozialistischen Aufbau im Norden voranzubringen, das Werk der Unabhängigkeit und Demokratie im Süden zu vollenden, die friedliche Wiedervereinigung des Landes herbeizuführen und damit zur Sache des Friedens in Indochina, in Südostasien und in der ganzen Welt beizutragen." (Weißbuch: Ein Jahr Pariser Vietnam-Abkommen, a.a.O., S.5)

Die Etappe seit dem Abschluß des Pariser Abkommens ist daher gekennzeichnet durch den politischen, militärischen und diplomatischen Kampf für dessen Durchführung und die Wahrung der darin enthaltenen Errungenschaften. Die gesamte Periode seit dem Vertragsabschluß zeichnet sich aus durch die ständigen Bemühungen der PRR, die Saigoner Verwaltung zur tatsächlichen Anwendung der getroffenen Vereinbarungen zu zwingen. Diese Anstrengungen reichen von Appellen und Vorschlägen, wie sie in dem das Pariser Abkommen bekräftigenden Gemeinsamen Communiqué der vier Signatarstaaten vom 13. Juni 1973 ihren Niederschlag fanden, bis zu dem im Oktober 1973 verkündeten Beschluß, die ständigen Übergriffe der Saigoner Marionettenarmee auf die befreiten Gebiete Schlag auf Schlag zu erwidern und die Aggressoren exemplarisch zu bestrafen, um die befreiten Gebiete zu verteidigen, die Bevölkerung zu beschützen, das Abkommen zu wahren und Saigon zu dessen Einhaltung zu zwingen. Da das Thieu-Regime das Abkommen zwischen dem 28. Januar und dem 15. Dezember in über 300 000 Fällen verletzt hatte (Weißbuch, a.a.O., S.10), ging es darum, parallel zur Durchführung des Abkommens den Kampf gegen dessen Verletzungen zu führen.

Das unablässige Geschrei der Saigoner Verwaltung von den Aggressionshandlungen und der bevorstehenden Offensive der Kommunisten sowie die Androhungen neuer Bombenangriffe durch die US-Imperialisten dienen lediglich der Verschleiерung der fortwährenden Verletzungen des Abkommens durch die Thieu-Clique selbst, die sich hoffnungslos in ihren eigenen Widersprüchen verfangen hat und keinen Ausweg mehr weiß. Bereits am 28. Januar 1973 hatte Thieu eine Stunde vor Inkrafttreten des Waffenstillstands erklärt, daß dieser "nicht die Beendigung des Krieges" und "noch keinen tatsächlichen Frieden bedeutet." (Weißbuch, a.a.O., S.9) Am 4. Januar 1974 befahl der Chef der Saigoner Verwaltung seiner Armee erneut, die von der PRR kontrollierten Gebiete anzugreifen. (Le Monde,

6./7.1.1974, S.20) Gleichzeitig führte er die "Pazifizierungsoperationen in den von Saigon kontrollierten Gebieten die ganze Zeit über fort, während er am Verhandlungstisch jeden weiteren Fortschritt blockierte, indem er den Abzug der sogenannten nordvietnamesischen Truppen zur Vorbedingung für die Durchführung des abgeschlossenen Vertrags machte, was dem niedergelegten Prinzip der Einheit Vietnams widerspricht.

Die gleiche Taktik der Irreführung steckt hinter dem scheinheiligen Angebot eines Nichtangriffspakts durch die Saigoner Verwaltung an Hanoi sowie hinter dem Vorschlag, im Juli 1974 Wahlen abzuhalten, ohne zuvor die übrigen Bestimmungen des Pariser Abkommens zu erfüllen: Die Gewährung der demokratischen Freiheiten, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Bildung des Nationalen Rats für die nationale Versöhnung und Eintracht. Den gleichen Trick, den Nixon seinerzeit mit seinem 8-Punkte-Programm anwenden wollte: die Abhaltung von Wahlen unter der Ägide der US-Armee, versucht nunmehr Thieu — er beabsichtigt eine Neuauflage der Farce, wie sie bei dem Ein-Mann-Rennen der Präsidentschaftswahlen 1971 stattgefunden hat. An diesem Beispiel läßt sich gleichzeitig der Charakter von Kompromissen erläutern, wie sie von den revolutionären Kräften mitunter eingegangen werden. So wurde der von der PRR zunächst geforderte Rücktritt Thiens in den Pariser Vertrag letzten Endes nicht aufgenommen. Dies bedeutet jedoch nicht etwa die Aufgabe eines Prinzips, wie sich an den Vereinbarungen des Pariser Abkommens als prinzipieller Grundlage sowie an der Verhandlungsführung der PRR seit Abschluß des Abkommens nachweisen läßt: Allgemeine Wahlen sind erst dann als "wirklich frei und demokratisch" — wie es in dem Abkommen heißt — anzusehen, wenn die dort niedergelegten Vorbedingungen in Bezug auf die demokratische Selbstbestimmung gewährleistet sind. Der Durchsetzung dieses Ziels gilt die Verhandlungstaktik der PRR seit Anfang 1973. (Damit ist auch das Argument, das Saigoner Regime sei im Vorteil, weil es die Mehrheit der Bevölkerung kontrolliert, gegenstandslos geworden.)

Auf der politischen Ebene besteht der Kampf der PRR darin, die Politik der nationalen Versöhnung und Eintracht voranzutreiben und die Front der nationalen Einheit weiter zu verbreitern. In diesem Zusammenhang erklärte sich die PRR wiederholt bereit, "mit allen Menschen, die sich heute für Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie und nationale Einheit einsetzen, ungeachtet ihrer Vergangenheit, zusammenzuarbeiten." (Weißeßbuch, a.a.O., S.8) In das befreite Gebiet nördlich und westlich von Saigon wurden Flüchtlinge des Jahres 1954 repatriert; dort wurde eine Agrarmusterzone geschaffen, um die Massen in den ökonomischen und politischen Kampf einzubeziehen. (Le Monde, 20.12.1973, S.6) Der Aufbau der befreiten Gebiete setzt allerdings deren Verteidigung gegen die Übergriffe der Marionettenarmee voraus. Die großangelegten Operationen des Thieu-Regimes gegen die Provinzen Binh Dinh, Quang Ngai, Quang Duc, Kontum, Gia Lai, Tay Ninh und Chuong Thieu sowie die Terrorangriffe aus der Luft auf die Bevölkerung im Innern der befreiten Gebiete zielen darauf ab, die Existenz von zwei Regierungen, zwei Kontrollzonen, zwei Armeen und drei politischen Kräften in Südvietnam zu beseitigen sowie die Teilung Vietnams zu verwirklichen. Der Sicherung der befreiten Gebiete dient die Fortführung der ökonomischen und politischen Mobilisierung der Bevölkerung sowie deren Einbeziehung in den militä-

rischen Kampf zur Verteidigung der von der PRR kontrollierten Zone sowie der dort erzielten sozialen Errungenschaften. Während in der Saigoner Armee Auflösungserscheinungen festzustellen sind, wobei die Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit der Kräfte der Befreiungsbewegung in deren Reihen eine ausschlaggebende Rolle spielt, sind die revolutionären Massen und die Volksbefreiungstreitkräfte auf die Erfüllung der Aufgaben der Verteidigung ihres Staates heute besser denn je vorbereitet.

Die Eklektiker sabotieren den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes

Bei der Analyse der von den Eklektikern bezüglich der "Probleme und Funktion einer wissenschaftlichen sozialistischen Zeitschrift zum gegenwärtigen Zeitpunkt" aufgestellten Maximen fällt auf, daß sie sich nicht nur durch ein auf kleinbürgerlicher Organisationsfeindlichkeit beruhende gestörtes Verhältnis zum Parteiaufbau auszeichnen: "Sicher ist auch, daß die Form dieser Organisation nicht einfach eine Reproduktion tradierter Parteimodelle sein kann" (Prokla 6, März 1973, S. 148), sondern auch durch ein falsches Verständnis von der Funktion kommunistischer Agitation und Propaganda.

Mit ihrem Anspruch, eine "wissenschaftliche Zeitschrift" zu betreiben, in deren Rahmen es sich "immer nur um eine theoretische Kritik handeln kann" (a.a.O., S. 139), "deren Hauptaufgabe die Produktion und Publikation theoretischer Analysen der allgemeinen Tendenzen der kapitalistischen Gesellschaft in der Gegenwart ist ..." (a.a.O., S. 148), mit ihrer Bestimmung, wonach eine Zeitung der Ort ist, "wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will" (Redaktion "links", Sozialistische Zeitung Offenbach), haben die Eklektiker die Schlangenlinie ihrer antikommunistischen Propaganda eindeutig festgelegt.

Wie sieht ihre mit der Akratie bürgerlicher Wissenschaftler betriebene Forschungsarbeit aus? Eine Unzahl von Fakten werden — vorzugsweise aus bürgerlichen Quellen — zusammengetragen und in oberflächlicher Weise analysiert, um auf der "Linie" des subjektivistischen Defätismus der Problematik des Klassenkampfes angeordnet zu werden; passen sie nicht da hinein, werden sie zurechtgestutzt oder ganz weggelassen. Diese Vorgehensweise soll im folgenden noch einmal exemplarisch an einigen Punkten von Barons Artikel in Prokla 8/9 aufgezeigt werden (mit Rabehls Artikel in Prokla 6 könnte man analog verfahren):

1. Die Tatsache, daß sich die zweiseitigen Verhandlungen zwischen der Provisorischen Revolutionären Regierung und Saigon im April 1973 festgefahren hatten, wird vom Autor oberflächlich mit der "Gegenüberstellung der gegensätzlichen Standpunkte" erklärt: "Während Saigon auf der Diskussion des nordvietnamesischen Truppenabzugs als erstem Tagesordnungspunkt beharrt, halten die PRR-Vertreter die Herstellung demokratischer Freiheitsrechte in Südvietnam für vorrangig." (a.a.O., S. 91) Das Wesen der Sache besteht jedoch nicht daron, daß sich bei den Verhandlungen zwei gleichwertige Meinungen gegenüberstanden hätten, sondern es stellt einen Verstoß der Saigoner Verwaltung gegen die Pariser Verträge dar, daß diese dem Volk nicht "sofort nach Inkrafttreten des Waffenstillstandes" die in Artikel 11 der Pariser Verträge festgelegten demokratischen

Freiheiten gewährt hat. Nicht von ungefähr hat die Provisorische Revolutionäre Regierung die Aufnahme dieser Klausel in die Pariser Verträge gegen den in Nixons 8-Punkte-Plan niedergelegten Willen der US-Imperialisten durchgesetzt: eine Wahl, wie sie unter dem faschistischen Terrorregime von Thieu stattfindet, entspricht bekanntlich nicht dem kommunistischen Demokratiebegriff. Baron verschweigt jedoch in diesem Zusammenhang, daß die Position der Provisorischen Revolutionären Regierung nicht nur den Prinzipien des Kampfes gegen den Faschismus und für eine wahrhafte Demokratie voll entspricht, sondern auch durch einen internationalen Vertrag fixiert und anerkannt ist.

2. Weiter behauptet Baron, "das Waffenstillstandsabkommen wird von keiner Seite ernst genommen" (a.a.O., S. 91). Diese Behauptung ist gleichbedeutend mit der Unterstellung, die den Befreiungskampf führenden Vietnamesen schlossen in opportunistischer, prinzipienloser Weise Verträge ab, um sie gleich darauf zu brechen. Zumal in der Phase der Offensive werden Verträge aber nur dann abgeschlossen, wenn der Gegner durch den politischen und militärischen Kampf soweit geschwächt ist, daß er sich zu Zugeständnissen in prinzipiellen Fragen bereitfindet. Die Vertragsabschlüsse selbst bilden die Basis für die Fortführung der Kämpfe unter anderer Form. Hätte die Befreiungsbewegung durch die Pariser Verträge nicht substantielle Fortschritte erzielt, so hätte sie diese überhaupt nicht abgeschlossen, sondern den militärischen Kampf fortgeführt. Auf keinen Fall darf die Befreiungsbewegung jedoch von vornherein von der Voraussetzung ausgehen, Verträge würden von den Imperialisten in jedem Fall gebrochen, denn jeder Vertrag bedeutet für die revolutionäre Bewegung an der diplomatischen Front eine Stärkung ihrer Kampfposition, auf deren Grundlage die Kämpfe — im vorliegenden Fall für die Durchsetzung des Pariser Abkommens gegen den Widerstand und die Sabotage der an der Aufrechterhaltung des neokolonialistischen Ausbeutungssystems interessierten Saigoner Verwaltung — unmittelbar weitergeführt werden.

3. Der Autor agiert ferner im Sinne der Bourgeoisie und ihrer den Bestimmungen der Genfer sowie der Pariser Verträge widersprechenden These der zwei vietnamesischen Staaten und der Aggression der Demokratischen Republik Vietnam gegen Südvietnam (das vor der US-Aggression einen Teil der Demokratischen Republik Vietnam bildete), indem er auf der Grundlage der Unterscheidung zwischen dem Guerillaverband der FNL und den regulären Truppen der Demokratischen Republik Vietnam ein politisch-militärisches Herrschaftsverhältnis des Nordens über den Süden konstruiert. Das gleiche trifft auf die Bemerkung zu: "Der Verbleib der nordvietnamesischen Truppen im Süden ist kaum als Zugeständnis zu werten." (Prokla 8/9, S. 56) Sehen wir aber einmal ab von der unzulässigen Unterscheidung zwischen nord- und südvietnamesischen Truppen, so ist zu bemerken, daß die gleichen Kreise die Räumung bestimmter Gebiete durch die Befreiungstreitkräfte aufgrund der Genfer Verträge sehr wohl als Zugeständnis gewertet und der vietnamesischen Führung negativ angekreidet haben, obwohl die Umgruppierung damals einen Kompromiß darstellte, der die vertragliche Besiegelung des Sieges des vietnamesischen Volkes über den französischen Imperialismus ermöglichte, ohne deshalb — wie jeder weiß — die Wiederaufnahme des Kampfes im Süden auszuschließen.

Die Sache weist noch einen anderen Aspekt auf, den sie zur Zeit der Genfer Verträge nicht hatte (ganz abgesehen von dem Vorteil, der nach unserer Meinung damit verbunden ist, wenn Truppen in ihrem Operationsgebiet stationiert bleiben): Während seinerzeit von einer Regruppierung der "Streitkräfte der Volksarmee Vietnams nördlich dieser (Demarkations-, der Verf.) Linie, der Streitkräfte der Französischen Union südlich dieser Linie" (Artikel 1 der Verträge über die Einstellung der Feindseligkeiten in Vietnam vom 20. Juli 1954) die Rede war, also nicht von nord- und südvietnamesischen Truppen, wurde bei den Pariser Verhandlungen von den US-Imperialisten eben gerade — ebenso hartnäckig wie erfolglos — versucht, die Unterscheidung zwischen zwei Armeen und zwei Staaten, deren Urheber sie allein sind, indem sie die Genfer Verträge gebrochen haben, vertraglich zu fixieren. Es handelt sich dabei demnach um eine prinzipielle Frage in Bezug auf die Einheit Vietnams. Da jedoch, wie wir oben nachgewiesen haben, der Autor nicht zwischen Haupt- und Nebenseite einer Frage zu unterscheiden vermag, nimmt es auch nicht wunder, daß er dieses Prinzip, dessen Aufgabe allerdings die Preisgabe der in den Genfer Verträgen niedergelegten Einheit der vietnamesischen Nation bedeutet hätte, nicht als solches erkannt hat.

4. Um seiner These vom Niedergang des vietnamesischen Befreiungskampfes Nachdruck zu verleihen, scheut sich Baron auch nicht, zum Mittel der Geschichtsfälschung zu greifen: die Behauptung, "Vertragsschließende waren im Januar 1973 die Regierungen in Washington und Hanoi; Saigon und die Revolutionsregierung haben sich dem Abkommen nur indirekt angeschlossen" (Prokla 8/9, S. 90), widerspricht den Tatsachen. Die falsche Behauptung Barons beinhaltet drei Unterstellungen: Erstens: Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam ignoriere und boykottiere die Provisorische Revolutionäre Regierung, indem sie über deren Köpfe hinweg mit einer imperialistischen Macht Verträge abschliesse. Zweitens: Die Pariser Verträge seien für die Saigoner Verwaltung nicht verbindlich, könnten von ihr demnach auch nicht verletzt werden. Hiermit wird implizit behauptet, die von der Provisorischen Revolutionären Regierung gegenüber der Marionettenregierung erhobenen Beschuldigungen der ständigen Verletzung der Pariser Verträge sowie der gesamten politischen Kampf der Provisorischen Revolutionären Regierung nach Abschluß des Abkommens wären nichts als Scheinmanöver. Drittens: Die Provisorische Revolutionäre Regierung sei nicht auf gleicher Stufe mit den USA, sondern nur "indirekt" (was immer das heißen mag, aber die verschwommene Ausdrucksweise dient den Eklektikern selbst noch als Instrument ihrer Demagogie) Partner der über Südvietnam abgeschlossenen Verträge. In diesen Zusammenhang fügt sich bruchlos die Behauptung des Autors, "nirgends in dem Abkommen wird der Status der südvietnamesischen Regierungen angesprochen", sowie die in seinen Auslassungen implizit geäußerte Meinung, der Provisorischen Revolutionären Regierung sei durch den Abschluß der Verträge keine Souveränität verliehen worden.

In Wirklichkeit jedoch wurde das Pariser Abkommen — wie bereits erwähnt — von allen vier Regierungen unterzeichnet. Das bedeutet, daß sich die USA seit der im Januar 1969 erfolgten Aufnahme von Verhandlungen zwischen FNL und US-Regierung in Paris im Januar 1973 zum ersten Male gezwungen sahen, mit einer Regierung der viet-

namesischen Befreiungsbewegung eine internationale Abmachung abzuschließen. Die Doppelherrschaft in Südvietnam ist damit nicht nur de facto gegeben, sondern auch de jure anerkannt. In dem vierseitigen Kommuniqué vom 13. Juni 1973 wurde noch einmal bestätigt, daß es in Südvietnam zwei Zonen, zwei Gewalten sowie drei politische Kräfte gibt. (Sud Viet Nam en lutte, 203, 25.6.1973, S. 1) Die Frage der Souveränität Südvietnams ist im Vertragstext selbst in Artikel 1 zusammen mit der Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Integrität geregelt. Der Status der Regierungen schließlich ist in der Weise bestimmt, daß diese miteinander in Verbindung treten und die inneren Angelegenheiten ohne äußere Einmischung gemeinsam im Hinblick auf die Bildung des Nationalen Rats der nationalen Versöhnung und Eintracht und die Abhaltung von allgemeinen Wahlen lösen und daß der Süden auf dieser Grundlage schließlich mit dem Norden in Hinsicht auf die Wiedervereinigung in Verbindung tritt (Kap. IV und V der Pariser Verträge).

Die Forderung der Eklektiker nach "Freiheit der Kritik" ist nichts als eine Spielart des Opportunismus: in ihrer Kritik an den Kommunisten in Westdeutschland und Indochina versuchen sie, auf die bestehenden Ansätze von Organisation und Theoriebildung in Westdeutschland mit den Mitteln kleinbürgerlicher Kritik zersetzend einzuwirken; der kommunistischen Bewegung in Indochina fallen sie in den Rücken.

"O ja, meine Herren, ihr habt die Freiheit, nicht nur zu rufen, sondern auch zu gehen, wohin ihr wollt, selbst in

den Sumpf; wir sind sogar der Meinung, daß euer wahrer Platz gerade im Sumpf ist, und wir sind bereit, euch nach Kräften bei eurer Übersiedlung dorthin zu helfen. Aber laßt unsere Hände los, klammert euch nicht an uns und besudelt nicht das große Wort der Freiheit, denn wir haben ja ebenfalls die 'Freiheit', zu gehen, wohin wir wollen, die Freiheit, nicht nur gegen den Sumpf zu kämpfen, sondern auch gegen diejenigen, die sich dem Sumpfe zuwenden!" (Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. I., S. 147)

R.S. Westberlin

Einige Literatur zur vietnamesischen Frage (die "Etudes vietnamiennes" sind auch auf englisch unter der Bezeichnung "Vietnamese Studies" erhältlich):

Vo Nguyen Giap, Volkskrieg — Volksarmee, Trikont-Verlag, München 1968 (die deutsche Übersetzung ist nicht immer korrekt!)
Vo Nguyen Giap, Nationaler Befreiungskrieg in Vietnam, Westberlin (Verlag "Rote Fahne") 1973

Le Duan, Die vietnamesische Revolution, deutsch 2 Ausgaben, Westberlin (Verlag "Rote Fahne") 1971, und Frankfurt/Main (Marxistische Blätter) 1972

Etudes vietnamiennes 23, Sud Viet Nam: Du FNL au Gouvernement révolutionnaire provisoire, Hanoi 1970

Etudes vietnamiennes 24, Un siècle de luttes nationales (1847 — 1945), Hanoi 1970

Etudes vietnamiennes 33, Indochine 1971 — 1972, Hanoi 1972

14-tägig, jeweils Mittwoch erscheint die:

kommunistische volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW)

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW)

zu beziehen über:

Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus
und Klassenkampf, 68 Mannheim 1

Sandhoferstr. 29

Jahresabonnement:

24 Nummern incl. Porto DM 18,—

Förderabonnement

24 Nummern incl. Porto DM 20,—

Abbestellungen auf Konto:

Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim

Kto. Nr. 57 34 18

Techniken der Konterrevolution

Die counterinsurgency Pläne des US-Imperialismus

Vorbemerkung

Der folgende Artikel ist die leicht überarbeitete Fassung eines Vortrags, der im Dezember 1973 an der Universität Heidelberg im Rahmen der Veranstaltungsreihe der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG) "Klassenkampf und Wissenschaft" gehalten wurde. Er beschreibt die wissenschaftlichen und organisatorischen Anstrengungen des US-Imperialismus, dem Befreiungskampf der Völker der Welt gegen seine Herrschaft zu begegnen, die sogenannten Counter-insurgency-Programme, das heißt wörtlich 'Gegen-Aufstand'-Programme. Er beschränkt sich dabei darauf, die Techniken der Konterrevolution gegenüber den um Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völkern zu untersuchen, wie sie vom US-Imperialismus entwickelt und angewandt werden und berücksichtigt so nicht, wenn er zum Beispiel die Lage im Westpazifik beschreibt, die politische Situation, die durch das immer stärkere Vordringen der sozialimperialistischen UdSSR in diesem Raum entstanden ist.

Die verschiedenen Formen der Bewaffnung und der Organisation des Kampfes zwischen Unterdrückern und Unterdrückten entsprechen der unterschiedlichen Klassenbasis dieses Kampfes. Die Imperialisten verfügen über ungeheure technische und organisatorische Apparate und über hoch entwickelte Vernichtungsmaschinen, die sie auch ohne Skrupel einsetzen. Gleichzeitig sollen ihre Wissenschaftler der sogenannten "Sozialwissenschaft" zutreffende Analysen der politischen, ökonomischen und sozialen Widersprüche liefern, nach denen man die Methoden der Unterdrückung ausrichten kann.

Bei den kämpfenden Völkern liegt die Sache ganz anders. Keineswegs freilich verzichten sie im Volkskrieg auf den Gebrauch der Technik, anders als manche bürgerlichen Romantiker es sich vorstellen. Sie entwickeln sie aber und gebrauchen sie auf der Basis der Mobilisierung der Massen. Zum zweiten brauchen sie keine "Sozialwissenschaften", um zu wissen, was in der Welt vorgeht, sondern die revolutionäre Theorie des Marxismus.

Während die Imperialisten und die in ihrem Solde stehenden Wissenschaftler die Unterdrückungsmethoden zu verfeinern suchen, die Unterdrückungsapparate ausbauen und damit den Völkern der Welt auch vorübergehend schwere Niederlagen zufügen können, zeigen gerade ihre Unterdrückungsprogramme, daß ihnen der Gang der Geschichte im wesentlichen verborgen bleiben muß, daß sie sich immer wieder Fragen stellen, die der Marxismus für die Arbeiterklasse und die Volksmassen schon beantwortet hat. Die Volksmassen machen die Geschichte, und sie brauchen nur zur Erkenntnis ihrer eigenen Lage zu kommen, um die

Geschichte überhaupt zu verstehen und zu meistern. Ein einziger Tag revolutionärer Erhebung fegt die Ergebnisse jahrelanger "wissenschaftlicher" Arbeit der Counterinsurgency-Pläne hinweg. Der Vergleich der Methoden und der Wissenschaft, die vom Volk und von den Unterdrückten des Volkes angewandt werden, zeigt, daß diese Verfahrensweisen zwei verschiedenen historischen Epochen angehören: der Epoche der Herrschaft der Bourgeoisie, die zu Ende geht, und der Epoche der Herrschaft der Arbeiterklasse, die begonnen hat.

W.D.

VON DER "MASSIVEN VERGELTUNG" ZUR "FLEXIBLEN ANTWORT" — DIE KENNEDY-DOKTRIN

Als Kennedy 1961 die amerikanische Präsidentschaft übernahm, besaßen die USA eine militärische Kapazität, die so mächtig war, daß jeder Angriff auf die Vereinigten Staaten automatisch die Zerstörung der eigenen Städte und Zentren des Angreifers bedeutete hätte. Die US-Atomkraft war mit ungeheuren Kosten unter Eisenhower errichtet worden. Diesem Aufbau lag die Strategie der "massiven Vergeltung" zugrunde, die davon ausging, daß die atomare Drohung genügen würde, jeden Verteidigungswillen und jedes Unabhängigkeitsstreben und erst recht jeden Angriff auf die USA oder einen NATO-Verbündeten abzuschrecken. Diese Strategie bedeutete jedoch auch, daß sich die gesamten Kriegs- und Rüstungsanstrengungen der Amerikaner auf hauptsächlich einer Seite des militärischen Spektrums konzentrierten — nämlich dem nuklearen Krieg. Kennedy mußte sehr bald bemerken, daß die Ausweitung des amerikanischen nuklearen Arsenal auf Kosten der konventionellen militärischen Kräfte geschehen war, und die Vereinigten Staaten deshalb gegenüber Guerillakämpfen und begrenzten Kriegen in einer äußerst schwachen Position waren.

Aus der Sicht der Imperialisten hatte aber zu dieser Zeit der 3. Weltkrieg schon begonnen, dies jedoch nicht in der Form einer direkten militärischen Konfrontation zwischen den Supermächten, sondern durch das umfassende kriegerische und konterrevolutionäre Engagement der USA in vielen Ländern der Welt. Die wichtigste Herausforderung der USA und der NATO kam nicht von der Sowjetunion, sondern von den antiimperialistischen Völkern der Dritten Welt. Mit einfachster Ausrüstung bewaffnet und nicht abgeschreckt von dem nuklearen Potential der USA entwickelten die bäuerlichen und proletarischen Massen die westlichen Armeen in kriegerische Auseinandersetzungen insbesondere in: Vietnam, Kambodscha, Laos, Thailand,

Malaya, Algerien, Angola, Mozambique, Kuba und der Dominikanischen Republik. Dieser Krieg zwischen den Revolutionären der Dritten Welt und den Hütern der imperialistischen ökonomischen und politischen Vorherrschaft, der seine Ursache in der fortwährenden Unterdrückung und Ausbeutung der Länder der Dritten Welt hat, wird erst mit der Beseitigung des Imperialismus und dem Sieg des Sozialismus sein Ende finden.

Wie schwach die Imperialisten ihre Position selber einschätzten, das schrieb Henry Kissinger, der jetzige Außenminister der USA, im Jahre 1960: *"Den Kern der Herausforderung kann man etwa so umschreiben: Die Vereinigten Staaten können sich keinen weiteren Abstieg leisten, wie er für die letzten 15 Jahre charakteristisch war. Wird unsere Stellung in der Welt noch weitere 15 Jahre so ausgehöhlt, wie wir es in den einhalb Jahrzehnten seit Ende des Zweiten Weltkrieges erlebt haben, dann werden wir uns auf eine Festung Amerika zurückgedrängt sehen, umgeben von einer Welt, für die wir ein kaum noch der Beachtung werter Faktor wären."* (1)

Als Ausweg aus dieser Misere schlug einer der führenden Berater Kennedys, Maxwell D. Taylor, die Ablösung der militärischen Strategie der "massiven Vergeltung" durch die Strategie der "flexiblen Antwort" vor. In diesem Vorschlag liegt die Möglichkeit, jede Art der Herausforderung zu beantworten "vom allgemeinen Atomkrieg zu Infiltrationen und Aggressionen wie die, die Laos und Berlin bedrohen... Die neue Strategie würde anerkennen, daß es ebenso notwendig ist, einen begrenzten Krieg abzuschrecken oder schnell zu gewinnen wie einen allgemeinen Krieg abzuschrecken." (2)

Der Aufbau einer Rüstung für die Strategie der "flexiblen Antwort" würde die USA in die Lage versetzen, bei jeder Krise genau den Grad der Kräfte einzusetzen, der zur Sicherung der imperialistischen Interessen notwendig wäre. Bei einer solchen Entwicklung hätten die Amerikaner – wie Taylor argumentierte – nicht mehr zu wählen zwischen "Nuklearkrieg oder Kompromiß und Rückzug". Bei der Formulierung dieser neuen Thesen hatte Taylor einen starken Rückhalt bei einer kleinen aber einflussreichen Gruppe akademischer Kriegsstrategen. Zur gleichen Zeit wurde unter Henry Kissinger – zehn Jahre bevor er Nixons hauptsächlicher außenpolitischer Berater wurde – ein Bericht fertiggestellt, der folgendermaßen endete: *"Selbst wenn wir den totalen Krieg durch die Abschreckung der völligen Vernichtung verhindern können, bleiben unser Land und der Rest der freien Welt in Gefahr. Wir können begrenzte militärische Herausforderungen nicht mit dem Einsatz aller Mittel beantworten."* Da die Kommunisten von diesem Dilemma sehr wohl profitieren könnten, hieß es weiter in dem Bericht, ist es ein *"Imperativ, daß wir zusätzlich zu unseren Vergeltungskraft-Einheiten aufbauen, die schnell intervenieren können. Unsere mobilen Kräfte müssen für die ganze Skala begrenzter Kriege zurechtgeschnitten werden, die von Konflikten reichen, die mehrere Länder umfassen bis zu unteren Polizeiaktionen."* (3)

Diese Äußerungen, die zu einer Zeit geschrieben wurden, als sich die US-Regierung verstärkt auf das Diem-Regime in Süd-Vietnam konzentrierte, hatten keinen bedeutenden Einfluß auf die Politik unter Eisenhower. Präsident Kennedy war von diesen Argumenten sehr beeindruckt. Maxwell Taylor, Walt Rostow und McGeorge Bundy wurden seine wichtigsten außenpolitischen Berater, da sie die Theoretiker der "flexiblen Antwort" waren. In einer Rede erklärte Kennedy 1962: *"Subversive insur-*

gency ist eine andere Art von Krieg, neu in seiner Intensität, alt in seinen Ursprüngen – Krieg durch Guerrillas, Untergrundkämpfern, Insurgenten, Mördern; Krieg aus dem Hinterhalt anstelle von Schlachten; Infiltration anstelle von Aggression... In solchen Situationen ist für uns eine ganz neue Strategie notwendig, eine ganz neue Art von Rüstung und deshalb eine neue und völlig verschiedene Art der Ausbildung." (4)

Kennedy las die Texte von Mao Tsetung und Che Guevara über den Guerilla-Krieg. Er ließ Kurse einrichten, in denen Tausende von Beamten und Offizieren Mao und Che studierten und in Counter-insurgency unterrichtet wurden. Für die See-, Luft- und Landstreitkräfte wurden neue Rüstungsprogramme aufgestellt. Besondere Aufmerksamkeit galt der Organisation von Elite-Armeen.

Robert S. McNamara, der damalige Verteidigungsminister, der die neue Strategie mit in die Wege leitete, sie in die Praxis umsetzte und später weiterentwickelte, sagte 1962 vor dem Congress über den nationalen Befreiungskrieg: *"Wir müssen einen langen Weg beim Aufbau effektiver Kontermaßnahmen gegen diese kommunistischen Techniken gehen. Aber wir müssen diese Herausforderung annehmen, wenn wir die Kommunisten in dieser Art von Krieg schlagen wollen. Es ist gut möglich, daß in den 60er Jahren der entscheidende Kampf auf diesem Gebiet stattfinden wird."* (5)

Kennedy erklärte gegen die Bedrohung durch die antiimperialistischen Volkskämpfe: *"Wir müssen fähig sein, in jedes kritische Gebiet zur entsprechenden Zeit Kräfte zu konzentrieren, die groß genug sind, um auf allen Stufen gegen den Aggressor die adäquaten Kräfte einsetzen zu können."* (6)

Diese interventionistische und imperialistische Antwort auf die Herausforderung durch revolutionäre Kriege wird die Kennedy-Doktrin genannt. Diese Doktrin beinhaltete die Entsendung amerikanischer Berater und Spezialeinheiten nach Süd-Vietnam und führte unvermeidlich zum Einsatz großer amerikanischer Truppen.

Vietnam als Modell

Vietnam – als das Land mit den fortgeschrittensten Volkskämpfen – wurde als Versuchsfeld benutzt für die Entwicklung der Strategie der Konterrevolution und der neuen Waffensysteme. Die wichtigsten Kennedy-Berater wie Taylor, Rostow, Hilsman u.a. wurden nach Süd-Vietnam geschickt, um dort Schlachtpläne für die von den Amerikanern geleitete Kampagne gegen die FNL auszuarbeiten. Das Pentagon sandte Waffenspezialisten und Ausbildungsoffiziere nach Asien mit dem Auftrag, neue Waffen und Strategien für den Dschungelkrieg zu entwerfen.

Da die USA Vietnam als Modell für Counterinsurgency planten, wo sie beweisen wollten, daß nationale Befreiungskriege fehlschlagen müssen, mußten sie auch unbe-

(1) Henry Kissinger, Die Entscheidung drängt, dt.: Düsseldorf 1961, S. 11

(2) Maxwell D. Taylor, The Undertaken Trumpet, New York 1960, S. 6

(3) Rockefeller Brothers Fund, Prospect for America: The Rockefeller Panel Reports, New York 1961, S. 111

(4) zitiert bei: Roger Hilsman, To Move a Nation, New York 1967, S. 415

(5) US-Department of Defense Appropriations for 1963; Hearings, 87 th Congress, 2nd Session, Washington 1962, Part 2, S. 49

(6) New York Times vom 25.7.1961

dingt diesen Krieg gewinnen. Eine Niederlage würde den unterdrückten Völkern der Welt ungeheuren Auftrieb geben in ihrem Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus. Im weiteren Verlauf, als klar wurde, daß die vietnamesische Revolution nicht zu bremsen war, mußte die amerikanische Regierung mehr und mehr Berater und Kriegsmaterial nach Vietnam schicken, um weitere Rückschläge zu verhindern. Je größer das konterrevolutionäre Engagement in Vietnam wurde, desto dringender wurde es, eine amerikanische Niederlage zu vermeiden.

Dieser circulus vitiosus geht hervor aus einem 1964 von Maxwell Taylor verfaßten Memorandum, in dem es heißt, daß der Verlust Süd-Vietnams mit großer Sicherheit den Zusammenbruch der restlichen antikommunistischen Regime in Südostasien herbeiführen würde. Weiter heißt es: *"In einem weiteren Sinne würde die Niederlage unseres Programms in Süd-Vietnam starken Einfluß haben auf die Beurteilung der amerikanischen Vertrauenswürdigkeit in Burma, Indien, Indonesien, Malaysia, Japan, Taiwan, Korea und den Philippinen. Schließlich, daß dies der erste wirkliche Test unserer Bestimmung ist, kommunistische Kriege nach der Art der nationalen Befreiung zu besiegen, ist es nicht unwahrscheinlich, zu behaupten, daß in Afrika oder Lateinamerika ein ähnlich ungünstiger Effekt über unser Image einsetzen würde."* (7)

Die Einbeziehung der Wissenschaft in die Konterrevolution

Bei der Stärkung und Ausweitung der amerikanischen Interventionsarmeen spielte McNamara eine entscheidende Rolle. Parallel zu der ungeheuren Erhöhung der Rüstungsproduktion gleich während der ersten Jahre seiner Amtszeit, steckte er Millionen von Dollars in die Universitäten und besondere wissenschaftliche Institute zur Erforschung revolutionärer Kriegführung und entsprechender Gegenmaßnahmen. Die Erfahrungen anderer Kolonialmächte wie Frankreich und England in der Bekämpfung nationaler Befreiungsbewegungen wurden analysiert und in den aufkommenden amerikanischen Konterrevolutionsapparat eingebaut. Wissenschaftlern wurden lukrative Verträge mit dem Verteidigungsministerium vermittelt.

Einige Universitätsinstitute engagierten sich ziemlich bald so sehr im Rahmen des Counterinsurgency-Programms vom Pentagon, daß sie regelmäßige Wissenschaftler und anderes technisches Personal für die paramilitärischen Agenturen in bedrohte Marionettenstaaten entsandten. Beispielsweise halfen Wissenschaftler der Universität Michigan thailändischen Offizieren, versteckte Guerrillalager mit Sensoren und C-47-Flugzeugen zu lokalisieren. Um ein bekanntes Beispiel zu erwähnen: Die Staatsuniversität Michigan stellte Polizeiexperten zur Verfügung zur Organisation und Ausbildung von Diems Geheimpolizei und seiner Palastwache.

In den 50er und frühen 60er Jahren wuchsen die öffentlichen Ausgaben für wissenschaftliche militärstrategische Aktivitäten um jährlich 20 % und erreichten im Jahre 1965 16 Milliarden Dollar. Verteidigungs- und Außenministerium sind die bei weitem wichtigsten Auftraggeber sozialwissenschaftlicher Studien. 1970 finanzierte die Regierung über 80 % sämtlicher in den Hochschulen betriebenen wissenschaftlichen Forschung; 83 % davon dienen dem Pentagon und seinen Unterabteilungen NASA und Atomenergiekommission.

Unter den Präsidenten Truman und Eisenhower lag der

Hauptschwerpunkt der Forschung in der Entwicklung nuklearer Waffen und Strategien. Seit 1961 jedoch unter Kennedy wurde vom Verteidigungsministerium die Zusammenarbeit von Sozialwissenschaftlern und Spezialisten über fremde Länder gefördert zur Sammlung von Daten der verschiedenen Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas und für die Ausarbeitung von Strategien zur sozialen Kontrolle. In verschiedenen amerikanischen Universitäten wurden Militärforschungszentren gegründet (z.B. Institute für Defense Analyses Stanford IDA). Zusätzlich hat das Pentagon ein ganzes Netz von Para-Universitäten aufgebaut. Die bekannteste von ihnen ist die RAND Corporation. Außerdem gibt es halbautonome Militärforschungsinstitute, die unter der direkten Leitung der Regierung arbeiten (Federal Contract Research Centers – FCRC's). Die Counterinsurgency-Forschung wird zu über 90 % von den Universitäten und Regierungsinstituten aufgesaugt. Nach Angaben von 1965 widmeten vier Institutionen – RAND, das Special Operations Research Office (SORO), die Research Analysis Corporation (RAC) und das Human Resources Research Office (HumRRO) – 57 % der wissenschaftlichen Forschung der Counterinsurgency. (8)

Während der gesamten Phase des Kalten Krieges definierten die amerikanischen Militärtheoretiker die militärische Oberherrschaft der USA nur mit den Begriffen der technologischen Schlagkraft. Die strategische Kapazität wurde gemessen an der Megatonnage und den aerodynamischen Eigenschaften der neuesten Jet-Bomber. Entsprechend kalkulierten viele Pentagon-Strategen zu Beginn der Counterinsurgency-Planung: Die Anzahl der Hubschrauber, Bomben usw. sei das einzig Entscheidende. Die Berater Kennedys und McNamaras jedoch behaupteten, daß politische und nicht beschränkt technologische Antworten bei der Herausforderung durch nationale Befreiungsbewegungen gefunden werden müßten. *"Der Inhalt des aufrührerischen Krieges ist politisch"*, schrieb einer von ihnen 1966, *"und der Counterinsurgent kann nur siegen, wenn er geschickt in der politischen Arena arbeitet."* *"Technologie ist kein Ersatz für Politik; je mehr die Aufmerksamkeit der Sicherheitskräfte sich auf die Technologie beschränkt, desto näher ist sie dem politischen Bankrott und der möglichen militärischen Niederlage."* (9)

Der Bedarf an systematischer sozialwissenschaftlicher Forschung in den Gebieten sozialer Bewegungen wurde zuerst von Akademikern postuliert. So schlugen Ithiel de Sola Pool und Lucian Pye 1962 eine vielseitige Forschung vor, die zur Formulierung analytischer Modelle von sozialem Wandel und sozialer Kontrolle in unterentwickelten Ländern führen sollte. Mit dem Zusammenbruch des Programms der Strategischen Dörfer wurde den amerikanischen Strategen klar, daß die Einführung neuer sozialer, ökonomischer und politischer Programme sinnlos war ohne ein tiefgehendes Verständnis der sozialen Prozesse. Die neue Richtung erklärte vor dem Congress ein Mitglied des Office of Defense Research an Engineering wie folgt:

(7) Maxwell Taylor, Vietnam and Southeast Asia, 29.1.1964, veröffentlicht in New York Times vom 13.6.1971

(8) A. Blumstein, J. Orlikson: Behavioral, Political and Operational Research Programs on Counterinsurgency Supported by the Department of Defense, Arlington 1965, S. 16

(9) Michael C. Conley, The Military Value of Social Sciences in the Insurgent Environment; Army Research and Development News magazine, November 1966, S. 22

"Der Counterinsurgency-Krieg selbst dreht sich um die Treue und die Unterstützung von der lokalen Bevölkerung. Das Verteidigungsministerium hat deshalb anerkannt, daß ein Teil seiner Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen zur Unterstützung von Counterinsurgency-Operationen auf das Volk, das der Vereinigten Staaten und das fremde, hin orientiert sein muß, das in diese Art von Krieg verwickelt ist; und das Verteidigungsministerium hat die Typen von Wissenschaftlern aufgezählt, deren berufliche Orientierung auf das menschliche Verhalten sie befähigen würde, einen nützlichen Beitrag auf diesem Gebiet zu leisten, nämlich: Anthropologen, Psychologen, Soziologen, Politologen, Ökonomen." (10)

Die Statistik zeigt, daß 1965 21 % der Counterinsurgency-Forschung sich mit Südvietnam und Thailand befaßte, nur 7 % mit Lateinamerika, und Afrika überhaupt nicht berücksichtigt wurde. In einem Bericht des Institute for Defense Analyses (IDA) von 1965 wird ausgedrückt, daß das damalige Counterinsurgency-Programm völlig ungenügend war und dem Verteidigungsministerium nicht die notwendigen Informationen bieten würde:

"Dies zeigt sich besonders bei dem Nachdruck, mit dem die Probleme Südvietnams und Südostasiens behandelt werden, und der eigentlichen Vernachlässigung der anderen Gebiete der Welt, besonders Afrika, aber auch Lateinamerika. Schon jetzt zeigen diese Gebiete wichtige Anzeichen sozialer Unzufriedenheit; eine Verzögerung bei der Entwicklung eines besseren Verstehens ihrer Probleme kann uns dahin führen, daß wir woanders mit Problemen ähnlich denen in Südvietnam konfrontiert werden." Mit anderen Worten: Die grundsätzliche Aufgabe war, in großem Umfang die Methoden der Sozialwissenschaften einzusetzen bei der Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung der unterentwickelt gehaltenen Länder; das Ergebnis sollte kein Bericht mit allgemeinen Thesen sein, sondern es sollten klare Strategien ausgearbeitet werden für die politisch-militärische Intervention in Ländern, die von der Revolution bedroht werden. Bei IDA heißt das so: "Im Laufe der Zeit wird die Entwicklung angemessener Theorien unsere Fähigkeit erhöhen, die sozialen Veränderungen, die uns überall in der Welt konfrontieren, zu verstehen, vorherzusagen und zu beeinflussen." (11)

Projekt CAMELOT

Im Jahre 1964 wurde im damaligen der Armee angeschlossenen Special Operations Research Office der Universität in Washington (SORO = Forschungsbüro für besondere Operationen) das CAMELOT-Projekt ausgedacht, das die vergleichsweise umfassendste und teuerste sozialwissenschaftliche Arbeit werden sollte, die bisher von einer Institution in Auftrag gegeben worden war. Als Mitarbeiter waren Soziologen, Psychologen, Mathematiker, Anthropologen, Ökonomen, politische Wissenschaftler und Militärs vorgesehen. Schon 1965 jedoch platzte das Projekt, da ein norwegischer Soziologe die Geheimunterlagen veröffentlichte, die auf diese Weise nach Chile — zu einem der zu untersuchenden Länder — gelangten, und dort auf starken Protest stießen, was die amerikanische Regierung in Zukunft mit größeren Vorsichtsmaßnahmen und einer höheren Geheimhaltungsstufe bei Planung und Durchführung ähnlicher Projekte wettzumachen gedachte. In einem der geheimen Dokumente heißt es: "Die Verantwortung für die Durchführung von Counterinsurgency-

Operationen muß der einheimischen Regierung überlassen bleiben. Trotzdem können sorgfältig angewandter Rat und sorgfältig angewandte Hilfe von Abteilungen der amerikanischen Regierung das Ergebnis wesentlich beeinflussen. Auslandsabteilungen der amerikanischen Regierung koordinieren ihre Tätigkeiten durch das Inlandssystem, das in vielen Fällen das Schwergewicht auf Hilfe bei der Ausarbeitung von Plänen und Programmen zur Verhinderung oder Bekämpfung von Unruhen legt. Die Programme, die der einheimischen Regierung empfohlen werden, können Auskunft geben über: 1. den Gebrauch militärischer Gewalt, 2. polizeiliche Tätigkeit, 3. Ausbildungsprogramme, 4. Programme zur sozialen Verbesserung, und so weiter. Das amerikanische Militär muß bereit sein, an der Entwicklung dieser Pläne und Programme teilzunehmen. Die fruchtbarsten Versuche wären die, die geeignet sind, eine frühzeitige Entdeckung und Bekämpfung der Unruherheerde zu gewährleisten. Die Verantwortung für die Vorbereitung solcher Versuche sollten sich alle Abteilungen der Regierung teilen. Man muß die spezielle Verantwortung der Armee, die ein Teil des militärischen Bestandes des Landesteam-Planungs-Komitees ist, im Zusammenhang mit dem ganzen Counterinsurgency-Problem sehen." (12)

Über das Konzept des Projekts wird folgendes gesagt: "In jeder Beziehung wird die Arbeit des Projektes CAMELOT durch ein Konzept gekennzeichnet sein, das ein Land und dessen Probleme als ein komplexes soziales System betrachtet. Als soziales System gesehen besteht ein Land aus vielen voneinander abhängigen Gruppen von Menschen, die unterschiedliche Ziele verfolgen. Wenn Gruppen nicht so funktionieren, daß die Bedürfnisse der Menschen, aus denen die Gruppen bestehen, befriedigt werden, brechen diese Gruppen zusammen und ändern ihre Symbole, die Bedeutung oder verlieren ihren Wert. Neue Arten von Handlungen, die als zur Verbesserung hinführend angesehen werden, entstehen. Solche Handlungen können sein: Sabotage, wilde Streiks, Schießereien und andere Gewalttaten, die, wenn sie weitergeführt werden, folgende Konsequenzen haben: Verfall von Ruhe und Ordnung, Unfähigkeit der Wirtschaft, regelmäßig die minimalen Bedürfnisse und Dienstleistungen zu befriedigen und zu erfüllen, und weitere Diskreditierung der politischen Machthaber." ■

Das Projekt CAMELOT sollte in den folgenden Ländern durchgeführt werden:

In **Lateinamerika**: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Kolumbien, Cuba, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Mexiko, Paraguay, Peru, Venezuela;
im **Mittleren Osten**: Ägypten, Iran, Türkei;
andere Länder: Frankreich, Griechenland, Nigeria, Thailand.

Wie der Direktor von SORO im Dezember 1964 bekundete, hatte das Projekt folgenden Charakter: "Das Projekt CAMELOT ist eine Studie, deren Ziel es ist, herauszufinden, ob ein allgemeines Modell sozialer Systeme entwickelt werden kann, das die Voraussage und die Beeinflussung politisch wichtiger Momente des sozialen Wandels in den

(10) Behavioral Sciences and the Nationale Security, S. 72

(11) Blumstein, a.a.O., S. 27

(12) Die folgenden Dokumentenauszüge zum Projekt Camelot sind auszugsweise enthalten u. a. in: Irving Louis Horowitz, The Rise and Fall of Project Camelot, 1967; Jürgen Horlemann, Modelle der kolonialen Konterrevolution, Frankfurt a. M. 1968

Entwicklungsgesellschaften ermöglicht. Deutlicher ausgedrückt sind seine Ziele folgende: Erstens, eine Methode zu entwickeln, die es erlaubt, das Potential für innere Kriege in nationalen Gesellschaften zu bestimmen. Zweitens, mit zunehmendem Wahrscheinlichkeitsgrad die Maßnahmen zu bestimmen, die eine Regierung ergreifen könnte, um Verhältnisse zu beseitigen, von denen angenommen werden kann, daß sie die Wahrscheinlichkeit eines inneren Krieges vergrößern."

Ich habe die Zitate deshalb so ausführlich wiedergegeben, da das Plätzen des Projektes natürlich weder die Schließung von SORO noch die Aufgabe von Forschungsprojekten gleicher Art nach sich zog. Die meisten sozialwissenschaftlichen Aufträge, die nach 1965 vom Pentagon vergeben worden sind, konzentrieren sich auf eine der zwei CAMELOT-Aufgaben: Entweder befassen sie sich mit den sozialen Ursachen, die zu Aufständen führen, oder mit der Ausarbeitung von Strategien für die imperialistische Intervention auf den verschiedenen Stufen des Aufstandes.

1966 wurde SORO umbenannt in Center for Research Social Systems (CRESS) und die CAMELOT-Aufgaben mit anderen Namen von den gleichen Leuten durchgeführt.

Als sich der Krieg in Vietnam immer mehr verstärkte, setzte sich das Pentagon intensiv mit den soziologischen und psychologischen Charakteristika der Guerrillaorganisation auseinander. Man wollte herausfinden, warum in den unterentwickelten Ländern die Bauern sich mit einer politischen Untergrundorganisation solidarisierten und dabei sogar ihr Leben riskieren.

Der Aufbau von Modellen verlangt eine große Zahl von historischen Daten über revolutionäre und konterrevolutionäre Kriege. Das Pentagon zeigte deshalb großes Interesse für die Kolonialkriege der europäischen Mächte in Asien und Afrika nach dem zweiten Weltkrieg. In den frühen 60er Jahren wurde deshalb eine Serie von Studien über den algerischen Unabhängigkeitskampf und den Guerrillakrieg in Malaya angefertigt. Diese frühen Kämpfe antizipierten viele der im Indochinakrieg aufgetretenen Charakteristika. Es ist beispielsweise bekannt, daß das Programm der Strategischen Dörfer und damit verbundene Pazifizierungsmaßnahmen auf britischen Erfahrungen in Malaya beruhten.

Das "Militärische Hilfsprogramm" (MAP)

Eine wichtige Aufgabe, die sich die amerikanische Counterinsurgency setzt, ist, gewisse Teile fremder Bevölkerungen für den Kampf gegen die Befreiungsbewegung in ihrem eigenen Land oder im Nachbarland zu mobilisieren. Das militärische Hilfsprogramm (MAP) und die diversen sogenannten ausländischen Hilfsprogramme versuchen in jedem zugänglichen Land der Dritten Welt Bevölkerungsgruppen herauszufinden und zu bestechen, die sich als Soldaten und Bürokraten für von den Imperialisten geleitete konterrevolutionäre Operationen bereitstellen. So haben die USA in Saigon einen ihnen willigen Beamtenapparat aufgebaut. Auch konnten sie in Südvietnam einige Bergstämme und andere ethnische Minoritäten, die auf Grund historischer, ökonomischer und politischer Entwicklungen isoliert und benachteiligt gegenüber anderen Bevölkerungsteilen waren, in die Uniform der Marionettenarmee stecken.

Die hierzu notwendige Forschung, die Suche nach den Eliten und Minoritäten einer bestimmten Gesellschaft, ist Teil der allgemeinen Arbeit der Sozialwissenschaftler. Das Pentagon brauchte diese Forschungen nur in die gewünschte Richtung zu lenken.

Wegen ihrer hervorragenden Rolle innerhalb der amerikani-

schen Counterinsurgency-Planung findet die Offizierschicht der eingeborenen Armee das Hauptinteresse der Imperialisten. Das Pentagon muß wissen, ob die Militärs des bestimmten Landes bereit und fähig sind, gegen die Guerrillabewegung vorzugehen, ob sie die strategische Führung der US-Berater akzeptieren und ob sie die Anlagen besitzen, eine "modernisierende" Rolle in ihrer Gesellschaft durch die Einführung neuer technologischer und wirtschaftlicher Methoden zu spielen. Um ein Beispiel zu nennen, läuft bei der RAND-Corporation ein Projekt mit dem Titel "Die Rolle des Militärs in Indonesien". Das Projekt wird beschrieben als "eine Analyse zur Unterstützung der Pläne und Spionage der Luftwaffe über die Rolle des Militärs in der sich entwickelnden politischen, ökonomischen und Verteidigungsstruktur Indonesiens und die wahrscheinliche Rolle Indonesiens im größeren Kontext der US-Sicherheitsinteressen in Südostasien." (13)

Anderer für die Imperialisten in diesem Zusammenhang wichtige Klassen und Schichten, die große Bedeutung in den Gesellschaften der Dritten Welt haben, sind: "Studenten, Technokraten, Unternehmer, die traditionelle Oligarchie." Bei ihrer langfristigen Planung versucht die amerikanische Außenpolitik diejenigen Bevölkerungsteile zu identifizieren, die mit den imperialistischen Interessen in Übereinstimmung stehen und diejenigen, die eine antiimperialistische Haltung einnehmen könnten. Die Imperialisten wollen herausfinden, wie proimperialistische Schichten in die entscheidenden gesellschaftlichen Positionen manövriert werden können.

Durch die Erfahrungen in Vietnam gehen die Counterinsurgency-Planer bei ihrer Behandlung der Bauernschaft schon lange nicht mehr davon aus, die Masse der Bauern auf die Seite der Marionetten ziehen zu können. Ihre Versuche konzentrieren sich nur auf die Trennung der Bauern von den Revolutionären, das heißt darauf, daß sich beide nicht berühren. So sagte ein Wissenschaftler der RAND Corporation:

"Die Hauptanstrengung der Counterinsurgency sollte sein, das Verhalten und die Aktion der Bevölkerung zu beeinflussen und nicht ihre Loyalität und ihre Haltung. Die Führung in Ländern, in denen aufständische Bewegungen auftreten, kann viel tun, das Verhalten und die Aktion der Bevölkerung so zu beeinflussen, daß das Operieren der Aufständischen schwieriger wird." (14) Mit anderen Worten, es macht nichts, wenn die Leute im Dorf mit der Revolution sympathisieren; wichtig ist nur, daß man sie durch Kontrolle, Bombardierung und andere Maßnahmen von der praktischen Solidarität mit der Befreiungsbewegung abschrecken kann, das heißt daß sie davon abgehalten werden, die Guerrillas mit Lebensmitteln und Informationen zu versorgen und andere konkrete Unterstützung zu leisten.

"Wer ist ein Guerrilla" fragt einer der obersten Vietnamforscher des Pentagon und gibt selbst die Antwort: "Er ist einfach der lokale Enthusiast. Er ist bereit, Gewaltakte zu begehen, um sein Los und das zukünftiger Generationen zu ändern. Die Schwelle seiner Gewalt ist ein feines Gleichgewicht zwischen der Stärke seiner Unzufriedenheit und seiner Sicht über die Konsequenzen seiner Gewalt. Wir sollten fähig sein, die Gewaltschwelle des Guerrillas zu ändern durch die Regelung beider Seiten seines Gleichgewichts."

(13) Congressional Record, 1.5.1969, S. 4420

(14) C. Wolf, Jr.: Insurgency and Counterinsurgency; Rand Corporation 1965, Santa Monica

Wir können seinen Unzufriedenheitslevel durch friedliche Aktionen niedrighalten, und wir können die Abschreckung erhöhen durch passende militärische und polizeiliche Präsenz — und Technologie kann wahrscheinlich auf beiden Seiten helfen.“ (15)

Aufbau der Marionettenarmee

Oben ist schon darauf hingewiesen worden, daß der Schwerpunkt der amerikanischen Konterstrategie in der Organisierung von Marionetten — einer Marionettenarmee und einer Marionettenbürokratie — liegt. Zum Zweck des Aufbaus und der Unterstützung in allen Fragen der Konterrevolution wurde unter McNamara das noch andauernde und auf höchster Geheimstufe stehende Forschungsprojekt AGILE in die Wege geleitet.

Nach einem Memorandum von 1967 ist das Projekt AGILE verantwortlich für "Forschung für die Operationen des Verteidigungsministeriums in entfernten Gebieten, die in Verbindung stehen mit den Problemen aktueller oder potentieller begrenzter oder subversiver Kriege, in die befreundete Nationen solcher Gebiete verwickelt sind." (16) AGILE verspricht ein Jahresbudget von 20 — 30 Millionen Dollar und wird vom Overseas Defense Research Büro von ARPA (Advanced Research Projects Agency) verwaltet. 1968 erklärte der Direktor von Defense Research and Engineering: AGILE "versorgt freundliche Nationen der Entwicklungsgebiete mit besseren Mitteln für die Organisierung ihrer eigenen Quellen zur Bekämpfung von Untergrund-Bedrohung. AGILE soll über Wissen, Techniken und Technologien verfügen, von denen man 'Blaupausen' für die Abschreckung der insurgency in ihren frühen Stadien zeichnen kann." (17)

Das Projekt wird in allen den amerikanischen Imperialisten zugänglichen Ländern durchgeführt. Schwerpunkte sind Vietnam, Korea, Thailand und Persien. Thailand wurde deshalb ausgewählt, da es in unmittelbarer Nachbarschaft Vietnams liegt, die sozio-ökonomischen Verhältnisse ähnlich sind und damals die Guerrillakämpfe in Thailand noch nicht die Ausmaße angenommen hatten, daß sie den Counterinsurgency-Planern gefährlich werden konnten. In Thailand durchgeführte Studien sind zum Beispiel: "Die strategische Konfliktbeilegung in Südthailand", "Versorgungsbedürfnisse der königlichen Thai Regierung bei fortgeschrittener Guerrilla im Nordosten Thailands", "Die Kapazitäten der paramilitärischen Truppen und das Counterinsurgency Potential in Thailand", "Studie über die Zielbestimmung der königlichen Thai Armee" usw. Analysen dieser Art sind der erste Schritt bei der Produktion strategischer Kriegspläne.

Innerhalb dieses Programms wurde von Anfang an die thailändische Polizei ausgebildet, ausgerüstet und finanziert. Ebenso wurde seit 1965 die Zahl der paramilitärischen Truppen bedeutend erhöht und ihre Mobilität entscheidend verstärkt, indem sie mit Hubschraubern und Flugzeugen ausgerüstet wurden. Überall im Land wurden Propagandazentren aufgebaut und über 2 1/2 tausend Kilometer Straßen angelegt zur besseren Kontrolle der Bevölkerung.

Die nächste Eskalation der Konterrevolution in Thailand war die Entsendung einer ungeheuren Anzahl von Militärberatern, Instruktoren für Spezialeinheiten, Logistik- und Kommunikationspersonal und anderen Spezialisten für die Organisierung und Anleitung der Marionettenarmee. Seit 1965 geben die USA für die Konterrevolution in Thai-

land jährlich über 100 Millionen Dollar aus, ohne daß sie die Kräfte des Volkes entscheidend schwächen konnten. Mittels der Durchführung von Programmen wie AGILE beabsichtigen die Imperialisten in Südostasien eine Hierarchie von Marionettentruppen aufzubauen und auszurüsten:

1. Irreguläre Marionettentruppen: Diese Kategorie bezieht die Stammesgruppen und Minoritäten ein, die für den CIA die clandestinen Operationen hinter den feindlichen Linien durchführen, wo reguläre Truppen keinen direkten Zugang haben.
2. Reguläre Marionettentruppen: Das sind die Söldnerarmeen, die offiziell vom Pentagon ausgerüstet und von ihm strategisch eingesetzt werden.
3. Elite-Einheiten: Die Berufsarmeen anderer angelsächsischer Länder im pazifischen Raum — wie Australien und Neuseeland — werden auf schnellstem Weg in die asiatischen Länder gebracht, deren Regimes äußerst bedroht sind.

Aufbau der Marionettenpolizei

Primäre Aufgaben bei der Verteidigung imperialistischer Interessen, Schutz von Handel und Investitionen und Aufrechterhaltung der imperialistischen sozialen Stabilität in den Ländern der Dritten Welt fallen der Polizei, insbesondere der städtischen Polizei, zu. AID (Agency for International Development) investiert deshalb große Summen in den Aufbau ausgedehnter Polizeiapparate. Ein Counterinsurgency-Professor der Universität Indiana kommentiert diese Praxis: "Die Realität ist, daß wenn die Revolutionäre erscheinen, die Regierung die Armee aufruft, die Revolutionäre zu eliminieren. Und in den meisten Fällen, die ich geprüft habe, war das auch nicht zu schwierig. Aber da kann ein Punkt eintreten, wo das Militär diese Situation nicht meistern kann, einfach deshalb, da das Militär dahin tendiert, zuviel Gewalt anzuwenden, dahin tendiert, falsche Techniken anzuwenden und deshalb dahin tendiert, die Bevölkerung zu polarisieren und die Mehrheit der politischen Aktiven zwingt, die Revolutionäre zu unterstützen. Im Gegensatz dazu ist die Polizei die ganze Zeit mit den Leuten zusammen, nimmt ihre normalen Funktionen der Kontrolle und Verhaftung einfacher Krimineller wahr und kann deshalb schnell voranschreiten, wenn sich Untergrundprobleme entwickeln." (18)

Ein Programm zur Unterstützung und zur Unterweisung der ausländischen Polizeitruppen wurde von Präsident Kennedy und seinem Bruder Robert, dem Justizminister, gefördert und organisatorisch von dem AID-Büro Office of Public Safety (OPS) in die Hand genommen. OPS ist ermächtigt, seine Arbeit auf drei Wegen zu vollziehen:

1. Ausbildung der Polizeioffiziere und Polizeitechniker bei der Internationalen Polizei Akademie (IPA) in Washington und anderen US-Schulen;
2. Stationierung von Beratern und Ausbildern in den entsprechenden Ländern;
3. Versorgung der ausländischen Polizeitruppen mit Waffen, Munition, Radios, Jeeps, Chemischen Waffen usw.

(15) L.Sullivan, Jr.: Research and Development for Vietnam, in: Science and Technology, Oktober 1968, S. 29

(16) Defense Appropriations 1971, S. 750.

(17) Department of Defense Appropriations for 1969, Hearings, 90th Congress, 2nd Session, Washington, Part. 2, S. 590

(18) US-Senat, Compilation of Studies and Hearings, 91st Congress, 1st Session, Washington 1969, S. 414

Eines der bekannten großen Beispiele der letzten Zeit war der Fall Pakistan, wo westpakistanische Truppen und Polizeieinheiten 250 000 Dollar von AID zur Verfügung gestellt wurden zur Unterdrückung der ostpakistanischen Revolte. (19)

Die Polizeiberater haben ihr Büro in den jeweiligen US-Botschaften. Mitte 1968 gab es 407 offiziell in der Dritten Welt stationierte Berater, von denen 200 in Vietnam und 58 in Thailand waren. In allen anderen Ländern setzte sich der Stab aus 4 bis 17 Leuten zusammen. Die Gefangennahme des AID-Agenten Dan A. Mitrione im Sommer 1970 in Montevideo durch ein Kommando der Tupamaros brachte einen Großteil der Machenschaften von AID ans Licht der Öffentlichkeit. Mitrione war amerikanischer Polizeiausbilder in Uruguay. Die Regierung von Uruguay kam der Forderung der Guerrillas nach Austausch Mitriones gegen einhundert politische Häftlinge nicht nach, und so wurde er eine Woche später liquidiert.

Bisher wurden auf diese Weise von AID (Agency for International Development) über eine Million Polizisten ausgebildet. Etwa 5 000 ausländische Polizeioffiziere erhielten fortgeschrittene Ausbildung in US-Schulen. Die Studenten der IPA kommen aus Afrika, Asien, dem Mittleren Osten und allen lateinamerikanischen Staaten.

Die größten Anstrengungen zum Aufbau eines schlagkräftigen Polizeiapparates in Asien unternahmen die US-Imperialisten in Südvietnam, wo ihre Interessen am meisten gefährdet sind. Die Truppen der südvietnamesischen Polizei umfaßten 1963 19 000 Mann und wuchsen bis 1973 auf einen soliden paramilitärischen Apparat von 120 000 Mann an. Für die USA bedeutete dies zwischen 1967 und 1972 eine Ausgabe von 155 Millionen Dollar, zu denen im Fiskaljahr 1973 noch 13,6 Millionen Dollar hinzukamen. Hierbei sind noch nicht die Kosten, die der CIA auf sich genommen hat und nicht die vietnamesischen Piasterkosten, die von den USA im Rahmen des Programms im Lande selber angelegt wurden.

Aus diesen Quellen werden moderne Polizeiausrüstungen, Gefängnisse usw. finanziert. Wie oben erwähnt, schickten die Vereinigten Staaten außerdem 200 Polizeiberater, von denen die Mehrzahl CIA-Agenten waren, versprochen neuerdings die Ausbildung von weiteren 382 vietnamesischen Polizeioffizieren bei der IPA und anderen Polizeischulen in den USA.

Innerhalb von achtzehn Jahren haben die USA aus der südvietnamesischen Polizei eine der bedeutendsten und bestausgestatteten Truppen der Welt gemacht. Sie versorgten sie mit allen notwendigen Waffen und wiesen die Spezialeinheiten der politischen Polizei an bei der Anfertigung von Dossiers über 12 Millionen südvietnamesischer Bürger — etwa zwei Drittel der Bevölkerung.

Nach Dokumenten von AID dient die amerikanische Polizeihilfe dazu, "Gesetz und Ordnung in den städtischen und pazifizierten Regionen aufrechtzuerhalten, kleine Vietcong-Einheiten in den Gebieten, die unter nominaler Regierungskontrolle stehen, zurückzuschlagen und den Feind von seinen Quellen fernzuhalten."

Eine der wichtigsten vom CIA in Südvietnam beaufsichtigten Polizeikampagnen ist die "Operation Phönix" zur Liquidierung des politischen Apparates der FNL (im Militärjargon: "Vietcong Infrastruktur" oder V.C.I.). William E. Colby, der heutige Direktor des CIA, erklärte 1971 vor dem Congress, daß das Personal der Operation Phönix zwei-

schen Januar 1968 und Mai 1971 20 587 Zivilisten getötet und weitere 28 978 Zivilisten in KZs gesperrt habe.

Die Operation Phönix erfuhr eine massive Ausweitung durch den sogenannten Plan F-6. Im Rahmen dieses Programms wurden allein in den Monaten Oktober bis November 1973 40 000 Menschen verhaftet. (Bekanntgabe des Saigoner Regierungssprechers Hoang Duc Nha)

Nichts deutet darauf hin, daß die amerikanischen Imperialisten nach der offiziellen Feuereinstellung die Unterstützung des südvietnamesischen Polizeiapparates eingestellt haben. (20) Die amerikanische Polizeihilfe für das Fiskaljahr 1974 wird 20 Millionen Dollar betragen — das ist, verglichen mit 1973, eine Erhöhung um 50 %. Diese Summe wird sich in dem betreffenden Zeitraum folgendermaßen aufteilen:

- technische Unterstützung durch AID: 200 Techniker der südvietnamesischen Polizei sollen für 869 000 Dollar ausgebildet werden in Waffentechnologie;
- allgemeine Unterstützung: Mit einem Beitrag von 1,5 Millionen Dollar wird AID die Telekommunikation der Polizei verbessern. Mit 256 000 Dollar werden 64 südvietnamesische Polizeioffiziere bei der IPA in Washington ausgebildet werden;
- Programm zur Finanzierung der militärischen Unterstützung: Das Pentagon wird der Polizei 10,6 Millionen Dollar zur Verfügung stellen für die Ersetzung veralteter Waffen;
- Aufbesserung des vietnamesischen Budgets: Das Äquivalent von 3,3 Millionen Dollar in Piastern geht an die Polizei für den Aufbau neuer Gefängnisssysteme;
- schließlich gehören zu dieser Bilanz noch 3,8 Millionen Dollar Kredit, die im Vorjahr nicht verbraucht worden sind, und man erhält die Summe von 20,4 Millionen Dollar.

Aus diesen Daten geht hervor, daß die USA auch nach dem Waffenstillstand Kampagnen wie die Operation Phönix und andere Sicherheitsprogramme weiter fördern und verstärkt finanzieren. Ursprünglich wurden die Kriegs- und Counterinsurgency-Maschinen von amerikanischen Technikern bedient. Da aber das amerikanische Personal zurückgezogen worden ist nach der Feuereinstellung mußten Vietnamesen für die Erfüllung dieser Aufgaben ausgebildet werden. Diese Arbeit übernimmt nun eine amerikanische Privatfirma, die C.S.C. (Computer Science Corporation), Los Angeles, die einen über mehrere Millionen Dollar laufenden Vertrag mit dem Pentagon abgeschlossen hat. Derzeit sitzen 56 Ausbilder von C.S.C. in Saigon. Unter ihnen befinden sich mehrere Counterinsurgency-Spezialisten, die schon seit langem in Vietnam Dienst tun.

Die Bedeutung von Militärdiktaturen

Im Gegensatz zu Südostasien ist Lateinamerika nicht geprägt von einer bedeutenden amerikanischen militärischen Präsenz. Der Nachdruck liegt dort auf niedrigen Kosten, geringer Sichtbarkeit des direkten imperialistischen militärischen Engagements und Ausbildungsprogrammen zur Erhöhung der Schlagkraft der lokalen Militärs bei der Zerschlagung der Guerrillabewegungen. Zwar sind diese Pro-

(19) US-Agency for International Development, Program and Project Data, Washington 1971

(20) Die folgenden Angaben sind entnommen aus: Le Monde diplomatique Dezember 1973

gramme nicht auf Lateinamerika beschränkt — die gleiche Strategie wird im Nahen Osten, in Afrika und in Südostasien praktiziert — doch sind sie in Lateinamerika am stärksten vorangetrieben worden. Deshalb konzentriere ich mich beim nächsten Punkt auf die Praxis des Pentagon in Lateinamerika, wobei wir uns jedoch immer bewußt sein sollten, daß gleichartige Versuche überall in der Dritten Welt von den Imperialisten vorgenommen werden.

Bei einem Aufenthalt in mehreren lateinamerikanischen Staaten 1969 registrierte Nelson Rockefeller die Rückständigkeit in diesen Ländern. Er sprach auch von der Notwendigkeit der Überwindung dieser Verhältnisse, dies natürlich in den Vorstellungen des Prozesses einer kapitalistischen Entwicklung. Er argumentierte, daß ein Land, das sich gerade im Prozeß der Modernisierung befindet, demokratische Regierungsformen oft nicht verträgt, da diese unfähig seien, das korrekte Gleichgewicht zwischen Entwicklung und Stabilität zu erhalten. Für viele dieser Gesellschaften sei nicht die Frage nach der Demokratie entscheidend, sondern nur die Frage, wie man ordentlich vorwärtskommen könne. In einigen Ländern hätte das Militär es für notwendig befunden, die Macht zu übernehmen, um Ruhe und Ordnung zu garantieren. Nach Rockefeller's Meinung sollten die Vereinigten Staaten ihre etwa vorhandenen "philosophischen Differenzen" mit solchen Regimes vergessen und es lernen, mit Militärmachthabern zu leben. Vorurteile gegenüber Militärdiktaturen sollten beseitigt werden, da "ein neuer Typ von Militär auf dem Forum auftritt und sehr oft zur hauptsächlichsten Kraft wird für konstruktiven sozialen Wandel in den amerikanischen Republiken. Motiviert durch zunehmende Ungeduld mit Korruption, Uneffizienz und einer stagnierenden politischen Entwicklung, ist der neue Militär bereit, seine autoritäre Tradition den Zielen des sozialen und ökonomischen Fortschritts anzupassen." (21) Ebenso geht einer der führenden Counterinsurgency-Wissenschaftler der USA, Lucian Pye, davon aus, daß Militärregimes fortschrittlicher seien als Zivilregierungen. Dies sei insbesondere der Fall in Ländern, die von Subversion bedroht seien. Dort muß "das Militär viele zivile Funktionen übernehmen und sogar als die primäre Institution Regierung operieren." (22)

Pye's Argumente beeinflussten nicht nur Rockefeller's Ansichten von 1969, sondern wurden zum integralen Bestandteil der US-Außenpolitik. Die Agentur, durch die das Pentagon die Bewaffnung und Strategie des lateinamerikanischen Establishments bestimmt, ist das Military Assistance Program (MAP). In den 50er Jahren war das angebliche Ziel der Unterstützung für die lateinamerikanischen Staaten die Stärkung des Westens gegenüber einem ausländischen (Sowjetunion) Angriff. Unter Kennedy verschob sich der Charakter der Militärhilfe abrupt in Richtung auf innere Sicherheit und gegen Guerrillakrieg. Entsprechend zeigt die Statistik, daß diejenigen Länder Lateinamerikas am meisten von der Hilfe profitierten, wo sich die Guerrilla am meisten ausweitete: Bolivien, Panama, Uruguay und Guatemala.

Um das miserable Image des Militärs in Lateinamerika aufzupolieren, wurde es in großem Stil auch bei zivilen Unternehmungen eingesetzt. Diese Praxis soll für die lokale Bevölkerung sichtbar sein und sich auf Bereiche erstrecken wie Erziehung, Ausbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Landwirtschaft, Transport, Kommunikation, Gesundheit usw. Die Isolierung der Armee vom Volk soll so beseitigt wer-

den. Die USA entsenden Spezialistenteams in die Länder, um nach günstigen Gegenden für zivile Projekte der Armee zu suchen. Schon 1965 hatten derartige Teams die meisten lateinamerikanischen Länder besucht.

Zwei amerikanische Wissenschaftler, W.F. Barber und C.N. Ronning, fanden in einer Studie heraus, daß die lokale Bevölkerung nicht bereit ist, sich an den Aufbauarbeiten des Militärs zu beteiligen. Die meisten der befragten Zivilisten in Bolivien beispielsweise drückten ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Programm der Militärs in Bolivien aus, da sie sich über die Motive der Armee völlig im Klaren zu sein schienen.

Bisher sind in den lateinamerikanischen Staaten viele kostspielige zivile Projekte von der Armee durchgeführt worden. Trotzdem bleibt der gewünschte Erfolg bei der regionalen Bevölkerung immer noch aus. Die elenden Lebensverhältnisse der Bevölkerung werden durch die Programme kaum oder gar nicht verändert. Die von den Marionetten und den USA durchgeführten Projekte orientieren sich in der Tat mehr an ihren militärstrategischen Bedürfnissen als an der Verbesserung der sozialen und ökonomischen Lage der Menschen. Die größten Projekte sind immer der Bau von Straßen und Highways. Diese sollen primär dazu dienen, der Regierung die Kontrolle potentieller entfernter Unruheherde zu ermöglichen und die Mobilität der militärischen und paramilitärischen Truppen beim Erscheinen von Guerillaaktivitäten zu erhöhen.

Das Pentagon organisiert drei Ausbildungsstufen für die lateinamerikanischen Militärs:

1. Ausbildung in den USA;
2. Ausbildung in der Kanalzone — Armeeschule — Luftwaffenschule;
3. Studentengruppen werden zur Spezialausbildung in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern gebracht.

In diesen Rahmen gehört auch die Erwähnung der amerikanischen Militärattaches, die in diesen Ländern als Berater der dortigen Generäle fungieren.

Über die technologische Neuausrüstung

Einer derjenigen, die die Konsequenzen des amerikanischen Engagements in Vietnam voraussahen, war Che Guevara. 1967 schrieb er in einer Botschaft an das Exekutivsekretariat der OSPAL, daß die größte imperialistische Gefahr der Welt von einem kleinen Bauernland zur äußersten Kraftanstrengung gezwungen wird und durch den Vietnamkrieg auf allen Gebieten eine Niederlage nach der anderen einstecken muß. Er folgerte, daß die USA durch eine mögliche Verwicklung in mehrere Volkskriege zerstört werden könnten und forderte die Revolutionäre in der ganzen Welt auf, "zwei, drei ... viele Vietnams zu schaffen!" Die amerikanischen Imperialisten, mit der Möglichkeit "vieler Vietnams" konfrontiert, begannen Mitte der 60iger Jahre auf Weisung McNamaras, die technologischen Möglichkeiten dafür zu schaffen, daß die amerikanischen Truppen im Falle antiimperialistischer Kämpfe in irgendeinem Land der Welt in kürzester Zeit von den USA aus an Ort und Stelle gebracht werden können. Dies würde es auch ermöglichen, einen großen Teil der im Ausland stationierten amerikanischen Soldaten zurückzuziehen und somit ei-

(21) Nelson A. Rockefeller, Quality of Life in the American Report of a Presidential Mission for the Western Hemisphere, Dept. of State Bulletin, Dezember 1969, S. 507

(22) Lucian W. Pye, Military Development in the New Countries, S. 30

nem der Gründe für den Unmut im amerikanischen Volk zu begegnen. Die technologische Neuausrüstung geschieht auf drei Stufen:

1. Serienmäßige Herstellung des Lufttransporters Galaxy C-5A, von dem bis Ende 1973 81 Maschinen einsatzbereit sein sollen. Dieses 6-stöckige Transportflugzeug ist fast unabhängig von langen Landebahnen und Be- und Entladeeinrichtungen, kann 700 Mann in voller Ausrüstung an jeden Ort der Erde transportieren und ist so gut wie ein Militärstützpunkt an fast jedem strategisch wichtigen Punkt der Erde. Erprobt wird diese neue Strategie jährlich beim großen Airlift der NATO-Manöver, in diesem Jahr unter der Bezeichnung Reforger V. Zur Verdeutlichung: Nur fünf C-5A-Maschinen würden genügen, um die gleiche Last zu transportieren, die im Jahre 1948 bei der Luftbrücke nach Berlin von 142 Transportflugzeugen bewältigt worden ist.
2. Fünf LHA (Landing Helicopter Assault Ship) Transportschiffe sollen in diesen Jahren fertiggestellt werden, von denen jedes 2 000 Mann Marine-Landetruppen mit schwerer Ausrüstung plus Helicoptern und Amphibienfahrzeugen an Bord hat. Diese Schiffe werden in der Nähe potentieller Unruheherde vor Anker gehen, so daß die Truppen schon wenige Stunden nach Ausbruch der Revolution an Land abgesetzt werden können.
3. Das Konzept der sogenannten "Augenblicks-Flugplätze" (Instant Air Base) ermöglicht es der Luftwaffe in wenigen Stunden verlassene oder sonst unbrauchbare Rollbahnen in voll funktionierende Flughäfen zu verwandeln. Diese von einer Flugschwadron tragbaren Flugplätze umfassen alle vorstellbaren Einrichtungen wie Kontrollturm, Generatoren, Parkrampen, Latrinen, Baracken, Kapelle usw. Etwa 1 400 existierende Rollbahnen können auf der ganzen Welt mit diesem Luftbasensystem besetzt werden.

Die Niederlagen in Südost-Asien zwangen McNamara und zwingen Nixon und Kissinger zu der ausgeführten kostenbewußteren und zur Manipulation der Weltöffentlichkeit geeigneteren Strategie. Anstelle direkter militärischer Intervention in jedem von der Revolution bedrohten Land, versuchen die Imperialisten ein weltweites Netz von Marionettenstaaten zu schaffen. Dies bedeutet, daß die Marionetten von der Zentrale in den USA und entsprechend ihrer Strategie in den Sturmszentren eingesetzt werden. Die parallel entstandenen neuen Möglichkeiten zur ungeheuren Ausweitung der Mobilität der amerikanischen Truppen selbst erlaubt den Abzug größerer Truppenteile aus Vietnam. Außerdem wurde die Reduzierung der amerikanischen Truppen wettgemacht durch die gleichzeitige von den USA vorgenommene enorme Aufrüstung der Marionetten. Überall dort, wo der Zusammenbruch des Marionettenregimes droht, werden amerikanische Truppen zum schnellen schlagkräftigen Einsatz kommen. (23)

Die Verbrechen des Imperialismus beschleunigen seinen Untergang

Der Imperialismus kann nicht anders als zu versuchen, jede sich entwickelnde Revolution zu ersticken. Dies ist für ihn eine politische und eine ökonomische Notwendigkeit — politisch deshalb, da jeder antiimperialistische Sieg die Basis des Sozialismus stärkt, ökonomisch, da die Bourgeoisie von der Abhängigkeit und der Ausbeutung anderer lebt.

So ist den Imperialisten sehr daran gelegen, den Pazifik unter ihrer Kontrolle zu haben, da er die westlichen Küsten Süd- und Nordamerikas mit Japan und den orientalischen Ländern bis hin nach Australien verbindet. Unter diesen

Ländern sind die schnellsten ökonomischen Wachstumsraten und das schnellste Anwachsen des internationalen Handels zu verzeichnen. Diese Länder besitzen für US-Handel und US-Investitionen die gleiche hervorragende Bedeutung wie Lateinamerika und Europa. Der US-Handel mit Asien und Ozeanien belief sich 1969 auf 16,7 Milliarden Dollar und mit Lateinamerika auf 9,1 Milliarden Dollar und mit Europa auf 22,5 Milliarden Dollar. Japan ist nach Kanada der führende Handelspartner der USA. US-Direktinvestitionen im Bereich des Pazifischen Beckens belaufen sich auf nur 6,4 Milliarden Dollar (in Lateinamerika 23,8 Milliarden Dollar, in Europa 21,6 Milliarden Dollar), aber ein schnelles Ansteigen ist absehbar. (23a)

Das für kapitalistische Investitionen attraktivste Feld ist ohne Zweifel in der sich entwickelnden Ölindustrie im westlichen Pazifik zu finden. Großangelegte geologische Untersuchungen ergaben gewaltige Ölreserven, die potentiell mit den Förderungen im Persischen Golf konkurrieren können. Diese Reserven erstrecken sich angeblich über die gesamte östliche Seite Asiens — von Korea über die Ostchinesische See bis nach Japan und Taiwan, entlang den Küsten Vietnams, Kambodschas und Thailands über die Malayische Halbinsel nach Indonesien.

Vom strategischen Gesichtspunkt der Imperialisten aus ist hervorzuheben, daß der Indische Ozean an die Länder grenzt, die über die zweit-, fünft- und sechstgrößte Bevölkerungszahl der Welt verfügen, nämlich Indien, Indonesien und Pakistan. Der Bindung dieser Länder an den Imperialismus wird eine ungeheure Bedeutung beigemessen, denn eine siegreiche Revolution in auch nur einem dieser Länder würde unvermeidlich die Machtverhältnisse in Asien entscheidend verändern.

Das Interesse der US-Bourgeoisie geht dahin, die Länder des Pazifischen Beckens zu "lateinamerikanisieren", d. h. den abhängigen Zustand Südasiens zu stabilisieren in der Bedeutung als Lieferant von Rohstoffen, billiger Arbeitskräfte und als Absatzmarkt. Wie in Süd- und Mittelamerika haben die USA die Bildung von Freihandelszonen erleichtert und sich mit der australischen und japanischen Bourgeoisie zusammengetan, um diesen Teil der Welt besser ausbeuten und unterdrücken zu können. Auf diese Weise werden diese Länder in fortwährender Unterentwicklung gehalten.

Wir sind eingangs auf die politischen Ursachen der imperialistischen Konterrevolution eingegangen. Die unterdrückten Arbeiter- und Bauernmassen wollen sich vom imperialistischen Joch befreien und vermögen dies nur, indem sie sich bewaffnen der immer schon bewaffneten Konterrevolution gegenüberstellen. Dies ist ein gemeinsames Merkmal der Revolutionen in den abhängig gehaltenen Ländern. Die Vorhut dieses Kampfes ist das Proletariat, das das Proletariat der konsequenteste Gegner der Bourgeoisie ist und deshalb dem von ihm im Bündnis mit allen vom Imperialismus unterdrückten und ausgebeuteten Klassen geführten Kampf eine zukunftsweisende Richtung geben kann. Es ist die unbedingte Aufgabe des Proletariats, seine Propaganda zu entfalten und alle in Widerspruch zum Imperialismus stehenden Klassen der Gesellschaft auf seine Seite zu ziehen, da es allein die Revolution nicht machen kann. Die im Kampf vereinten Massen sind fähig, den Imperialismus zu besiegen. Das beweisen die historischen Erfahrungen der

(23) Michael T. Klare, War Without End, New York 1972, S. 316
(23a) ebenda

revolutionären Völker. Die chinesische Revolution, die innerhalb der dreißiger Jahre bis zur politischen Machtübernahme gegen viele Feinde vorgehen mußte, zeigt uns die Richtigkeit der von Mao Tsetung allgemein formulierten Taktik: "Die Widersprüche ausnützen, die Mehrheit gewinnen, der Minderheit entgegenzutreten und die Feinde einzeln schlagen." Die vietnamesische Revolution, die an die chinesischen Erfahrungen anknüpfte, konnte den US-Imperialismus zu einem teilweisen Rückzug zwingen, da alle imperialistischen Anstrengungen einem Volk gegenüber machtlos sind, das sich langfristig von dem Leitsatz führen läßt: "Das gesamte Volk kämpft gegen den Feind, das gesamte Volk erfüllt die Aufgabe der nationalen Verteidigung!"

Diese revolutionäre Politik zwingt die Imperialisten, mit immer neuen Mitteln ihre abbröckelnden Herrschaftsreiche zu stützen, d. h. die Konterrevolution zu eskalieren und sich in jeder Hinsicht zu isolieren. Überall in der Welt nehmen die antiimperialistischen Kräfte zu. Die Befreiungsorganisationen lassen sich nicht mit Tricks übertölpeln, da sie keine kompromißlerische Bourgeois sind, sondern revolutionäre Arbeiter und Bauern. Die Imperialisten werden weder große politische noch umfassende militärische Siege erringen. Proletarische Klassenkämpfe in den Metropolen und Revolutionen in den unterdrückten Ländern bedingen und stärken sich gegenseitig. Die vietnamesische Revolution hat gewaltig dazu beigetragen, die Idee des Sozialismus in den Ländern der Welt voranzutreiben und die proletarische Kampffront zu verbreitern. Die Bourgeoisie verstrickte sich in immer mehr Schwierigkeiten, da sich eine antiimperialistische Bewegung in den eigenen Ländern entwickelte. Entsprechend erhöhte sich auch die Zahl der Zielgruppen, gegen die sich die imperialistischen Aggressoren richteten. Dies geht eindrucksvoll aus einem offiziellen amerikanischen Dokument hervor: "Die Aktionen der USA müssen auf folgende Zielgruppen ausgerichtet sein: auf die Kommunisten (sie müssen unter Druck gesetzt werden), auf unsere Alliierten (ihr Vertrauen in uns

als 'Garanten' dürfen wir nicht verlieren) und die Öffentlichkeit in den USA (die das Risiko, das Leben von Amerikanern und das Prestige der Nation aufs Spiel zu setzen, willig auf sich nehmen muß). Während des Wahlkampfes besteht erhöhte Gefahr, daß die Öffentlichkeit in den USA in einer der Regierung nicht genehmen Weise informiert wird, daher ist besondere Vorsicht geboten. In Anbetracht dieser Erwägungen scheint es ratsam, Nordvietnam mit der Ankündigung neuer Initiativen einzuschüchtern, der Regierung von Südvietnam deutlich zu machen, daß wir uns aus wahltaktischen Gründen vorläufige Zurückhaltung auferlegen, und dem amerikanischen Volk den Eindruck zu vermitteln, daß wir gute Absichten hegen." (24)

Doch bei Erwägungen dieser Art bleibt es nicht. In Übersee erlernte und erprobte konterrevolutionäre Programme und Techniken werden in zunehmendem Maße ebenfalls an der Heimatfront gegen Revolutionäre und Oppositionelle angewandt. Die Stufenleiter reicht von der Anwendung bestimmter psychologischer Methoden bis zur Ausbildung spezieller Polizeitruppen und dem massiven Gebrauch chemischer Munition usw.

Aber die Lehren des vergangenen Jahrzehnts haben gezeigt, daß weder die hochdotierte und willenlos den unterdrückten Methoden dienende Wissenschaft mit all ihren Methoden und Systemen noch die Militärs mit ihren mörderischen Instrumenten weder fähig sind, Richtung und Kraft der sozialen Massenkämpfe zu verändern, noch die Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche im Weltmaßstab zu bremsen vermögen. (25)

U.K.

(24) Pentagon Papiere (dt. Ausgabe) S. 306

(25) Der Artikel orientiert sich in seinem Hauptteil insbesondere an den Arbeiten: "Resources Devoted to Military Research and Development", Uppsala 1972 / Michael T. Klare, "War Without End", New York 1972 / Golemski Gulczynski, "Export der Konterrevolution", Berlin 1973 / Kalenski, Mocek, Löwe: "Politologie in den USA", Berlin 1971

UNTERSTÜTZT DEN KOMMUNISTISCHEN BUND WESTDEUTSCHLAND!

Mitte Juni 1973 haben Delegierte des Bundes Kommunistischer Arbeiter Freiburg, des Kommunistischen Bundes Bremen, des Kommunistischen Bundes Göttingen, des Kommunistischen Bundes Osnabrück, des Kommunistischen Bundes Wolfsburg und der Kommunistischen Gruppe (Neues Rotes Forum) Mannheim-Heidelberg den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) gegründet. Sie haben ein Programm und ein Statut verabschiedet und die taktischen Grundlinien der Arbeit festgelegt.

Die erfolgreiche Arbeit des KBW ist jetzt unter anderem davon abhängig, daß es schnell gelingt, Arbeitsmöglichkeiten für die Zentrale zu schaffen. Anmietung von Räumen, Unterhalt für die ständig in der Zentrale arbeitenden Genossen, die Herausgabe eines zunächst 14-tägig erscheinenden Zentralorgans und einer theoretischen Zeitung, der Ausbau von Verbindungen zu den verschiedenen Ortsgruppen in Westdeutschland und zu den befreundeten Organisationen — all dies verlangt Aufwendungen, die der Kommunistische Bund Westdeutschland aus den Mitgliedsbeiträgen der bisherigen Ortsgruppen kaum wird aufbringen können.

Wir fordern deshalb die mit uns befreundeten Organisationen, aber auch einzelne Genossen, die unsere Anschauungen teilen, auf, den KBW durch Spenden zu unterstützen.

Commerzbank Mannheim, Kto Nr. 3 258 589 / 00

Die Revolution in Eritrea ist ein wichtiger Bestandteil der Weltrevolution

Wer kennt bei uns das afrikanische Land Eritrea? In Geschichtsbüchern taucht es vielleicht irgendwo als ehemalige italienische Kolonie auf, auf den Landkarten ist seine Existenz ausgelöscht, offiziell gilt Eritrea als Provinz Äthiopiens, in dem der große und weise Haile Selassie als geachteter Staatsmann herrscht. Dieses uns präsentierte Bild steht in krassem Widerspruch zur Wirklichkeit. Aber so wie lange Zeit die katastrophale Hungersnot in Äthiopien verschwiegen wurde und jetzt erst ans Licht kommt, so werden immer noch die Zustände in Eritrea verschwiegen. Dieses Schweigen und die totale Informationsblockade, die über Eritrea verhängt wurde, können die Wirklichkeit jedoch immer weniger verbergen — und diese Wirklichkeit heißt: Die eritreische Nation wird grausam unterdrückt und Eritrea hat sich erhoben, um die Ketten fast hundertjähriger Unterdrückung seiner nationalen und sozialen Existenz abzuschütteln. Fast alle imperialistischen Mächte unterstützen Haile Selassie in seinem Versuch, diesen Freiheitskampf zu erwürgen. Dennoch sind zwei Drittel des Landes bereits befreit und von Tag zu Tag entwickelt sich die Situation weiter zugunsten der Revolution.

Eritrea ist von großer strategischer Bedeutung für den Imperialismus und für die Weltrevolution

Ein Blick auf die Landkarte erklärt, warum die Existenz einer eigenständigen eritreischen Nation systematisch verschwiegen wird. Am Südausgang des Roten Meeres gelegen ist seine Küste wichtig für die Beherrschung des Seeverkehrs auf diesem Meer, vor allem für die Versorgung des zionistischen Israel. Es bildet die Brücke zwischen Afrika und der arabischen Halbinsel. Mit der Besetzung Eritreas erhielt eine der reaktionärsten Mächte auf dem afrikanischen Kontinent — das Kaiserreich Äthiopien — einen Zugang zum Meer. Die Hochebenen Eritreas bieten ideale Möglichkeiten für die Luftüberwachung großer Teile Afrikas und des Nahen Ostens und die Imperialisten nützen diese Möglichkeiten.

Gegenüber der eritreischen Küste hat das revolutionäre Volk des südlichen Jemen seine Volksdemokratische Republik errichtet und treibt die Revolution weiter voran. Auf dem afrikanischen Kontinent erringen die Völker Angolas und Mocambiques weitere Siege und hat das Volk von Guinea-Bissau seine unabhängige Republik errichtet gegen den portugiesischen Kolonialismus. Weitere afrikanische Völker beginnen sich gegen ihre Unterdrücker zu erheben, so auch die Völker Äthiopiens, deren Herrscher versucht, Eritrea von der Landkarte zu tilgen.

In diesem Zusammenhang zwischen dem Befreiungskampf der arabischen Völker — der Befreiungsbewegung von Palästina, des Oman und des Arabischen Golfs, Volksjemens

— auf der einen Seite und der afrikanischen Revolution auf der anderen Seite bildet die Eritreische Revolution eine Drehscheibe, ein wichtiges Kettenglied. Die Imperialisten haben die strategische Bedeutung längst erkannt und versuchen, den Befreiungskampf in Eritrea und über Eritrea die Befreiungskämpfe in den anderen Ländern einzudämmen. Auch wir müssen diese Bedeutung erkennen, um die Wichtigkeit der Unterstützung der eritreischen Revolution richtig einschätzen zu können.

Seit fast 100 Jahren betrachten die Imperialisten Eritrea als Beuteobjekt und verleugnen seine Existenz

Zu Beginn der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts setzten sich die italienischen Kolonialisten an der eritreischen Küste fest. Erst nach schweren Verlusten gelang es ihnen, die kämpferischen Stämme des Landes niederzuwerfen und Eritrea 1889 endgültig zu ihrer Kolonie zu machen. Unter dem Mantel der "zivilisatorischen Mission" zerstörten sie Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur des Landes. Die Landwirtschaft verarmte völlig, weil die Bauern als Zwangsarbeiter für die italienischen Farmen und Fabriken rekrutiert wurden und als schlechtbezahlte Söldner in die italienische Kolonialarmee gepreßt wurden. 1938 schrieb ein italienischer Erziehungsbeauftragter:

"Am Ende des 4. Schuljahres soll der eritreische Schüler in der Lage sein, unsere Sprache gut zu sprechen, er sollte — in normalen Grenzen — die vier Grundrechenarten beherrschen, in Geschichte soll er nur die Namen derer kennen, die Italien groß gemacht haben." Mehr nicht!

Mit Mussolinis räuberischer Besetzung Äthiopiens 1936 kündigte sich das Ende der italienischen Kolonialherrschaft an. Schon fünf Jahre später wurden sie von den Engländern vernichtet geschlagen — England setzte sich an die Stelle Italiens.

Obwohl das eritreische Volk der Ankunft der Engländer hoffnungsvoll entgegenblickte, mußte es bald merken, daß England nicht als Befreier kam, sondern als Verbündeter und Schutzherr des Feudalherrn Haile Selassie von Äthiopien. Und mit Eritrea hatten beide ganz andere Pläne als die Volksmassen hofften und erwarteten. Dennoch nahm das Land einen bescheidenen wirtschaftlichen Aufschwung. Die Zwangsarbeiter und Söldner kehrten auf ihre Höfe zurück, kleinere Fabriken entstanden. In den Städten entwickelte sich eine Arbeiterklasse und eine nationale Bourgeoisie.

Von ihnen ging eine breite Kulturbewegung aus. Die Massen sammelten Geld und bauten aus eigener Initiative Schulen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Sie wollten all das, was ihnen die italienischen Kolonialisten vor-

enthalten hatten, nachholen. Diese Bewegung führte zu einer raschen Politisierung der Volksmassen, deren organisierter Ausdruck der "Eritreische Unabhängigkeitsblock" war, der unter Führung der Vertreter der nationalen Bourgeoisie die Unabhängigkeit für Eritrea propagierte. Auf das Anwachsen der Volksbewegung reagierten die britischen Imperialisten nach dem alten Prinzip "Teile und herrsche". Sie versuchten, das Volk in die religiösen Gruppierungen, Christen und Moslems, die bis dahin friedlich zusammengelebt hatten, zu spalten und das Land zu teilen: Ein Teil sollte Äthiopien zugeschlagen werden, einen Teil wollten sie an ihre Kolonie, den Sudan, angliedern. Dieser Plan (1947) scheiterte am Einspruch der sozialistischen Sowjetunion. Daraufhin wendeten sich die Briten an die UNO.

Die UNO aber wurde damals immer mehr zum Instrument der US-Imperialisten, die als stärkste imperialistische Macht aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen waren und die schnell die ungeheure strategische Bedeutung Eritreas für die Beherrschung des Nahen Ostens und Afrikas erkannten. Sie schlossen einen Geheimvertrag mit Haile Selassie, in dem dieser sich verpflichtete, den USA Militärstützpunkte zur Verfügung zu stellen, falls Eritrea unter äthiopische Oberhoheit käme. Gegen den Widerstand des eritreischen Volkes betrieb der US-Imperialismus jetzt den völligen Anschluß des Landes an Äthiopien. Auf Druck der USA verabschiedete die UNO 1952 eine Resolution, die Eritrea zu einem autonomen Gebiet mit eigener autonomer Regierung im äthiopischen Staatsverband machte, gegen die Stimmen der sozialistischen und einiger anderer fortschrittlicher Länder.

Von diesem Zeitpunkt festigte Haile Selassie den Würgegriff um das Land immer weiter, die Besatzung wurde immer offener, bis Eritrea am 14.11.1962 vollends zur äthiopischen Provinz wurde. Die Armee besetzte alle wichtigen Punkte des Landes, das Parlament wurde auseinandergejagt, dem Volk wurden alle nationalen und demokratischen Rechte aberkannt.

Diese Maßnahmen konnte das reaktionäre Regime nur durchführen, weil die US-Imperialisten die äthiopische Armee durch Waffenlieferungen und Ausbildung zu einem schlagkräftigen Unterdrückungsinstrument gemacht hatten. Gleichzeitig bauten die USA ihren Stützpunkt bei Asmara, genannt Kagnev Station, immer weiter aus. Im Februar 1970 schrieb die Daily World: "Die Kagnev Station ist eine der fünf wichtigsten elektronischen Überwachungszentren, die die USA in verschiedenen Teilen der Welt aufgebaut haben. Die Station enthält wichtige Nachrichtenanlagen des Pentagon und kann, zuverlässigen Quellen zufolge, elektronische Signale aus dem sowjetischen Territorium auffangen und diese in weniger als drei Minuten nach Washington übermitteln. Diese Station überwacht ebenfalls Mittel- und Ostafrika sowie den vorderen Orient." (Daily World, 17.2.1970)

Nach Schließung des Suezkanals wurde der eritreische Hafen Massawa zum Stützpunkt für die US-Flotte im Roten Meer — im Süden der Front der arabischen Staaten gegen Israel!

Die Bedeutung Eritreas für die imperialistische Beherrschung des Nahen Ostens führte auch zur direkten Festsetzung Israels an den Küsten Eritreas. Die Zionisten errichteten in der Nähe des Hafens Assab einen Stützpunkt und kontrollieren so die Südzufahrt des Roten Meeres. Nach

dem Expansionskrieg von 1967 besetzten israelische Kommandos mit Wissen Haile Selassies Inseln vor der Küste — 2 000 km südlich der von ihnen geraubten Sinai-Halbinsel!

Es ist also kein Zufall, daß im gleichen Jahr — 1948 —, in dem der zionistische Staat Israel auf der Basis der Vertreibung des palästinensischen Volkes errichtet wurde, die US-Imperialisten sich entschlossen, auch dem eritreischen Volk Land und nationale Rechte zu rauben und ihren Geheimvertrag mit Äthiopien schlossen. Die Zionisten leisten bis heute den US-Imperialisten wichtige Zuarbeit: Von 1960–1966 bildeten sie zum Beispiel alle 6 Monate 500 äthiopische Söldner in Aufstandsbekämpfung und Geheimdiensttätigkeit aus.

So errichteten die Imperialisten inmitten eines Meers von Aufruhr ihren Stützpunkt Eritrea. Aber dieser Aufruhr brandet heute bis an die Pforten der imperialistischen Militärbasen, denn das eritreische Volk hat sich, dem Beispiel der Völker Palästinas, Omans, Jemens, Moçambiques, Angolas und Guinea-Bissaus folgend, für den bewaffneten Kampf gegen die imperialistischen Unterdrücker entschlossen.

Das Volk Eritreas lernt, den Weg des bewaffneten Befreiungskampfes zu gehen

Nur mühsam und unter schweren Opfern lernte das eritreische Volk diesen Weg zu gehen. Vor dem Anschluß an Äthiopien und während der zehnjährigen ständig weiter eingeschränkten Autonomie hatte das Volk immer wieder versucht, durch Resolutionen und Petitionen an die UNO und die Weltöffentlichkeit sein Schicksal zu wenden. Die Entrechtung aber ging weiter: 1952 Unterwerfung unter die äthiopische Gerichtsbarkeit, 1953 Aneignung der Zoll- und Steuereinnahmen durch Äthiopien, 1955 Absetzung der autonomen Regierung und Einsetzung willfähriger Büttel an deren Stelle, Verbot aller Parteien.

Der Gewerkschaftsbund war schon Anfang 1953, wenige Tage nach seiner Gründung, verboten worden. Die Erhebung der Hafenarbeiter von Massawa und Assab gegen diesen Willkürakt führte zur ersten bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und der äthiopischen Armee.

Gleichzeitig mit der Entrechtung verschlechterte sich die materielle Lage des Volkes: der Raub der öffentlichen Einnahmen und eine Ausfuhrsperre für eritreische Waren führten zum völligen Niedergang der Wirtschaft. Im Februar 1958 organisierten die Arbeiter von Massawa und Asmara den längsten und größten Streik in der Geschichte des Landes unter Forderungen nach Mindestlöhnen, Gesundheitsfürsorge, bezahltem Urlaub und Legalisierung der Gewerkschaften. Die friedlichen Demonstrationen der Arbeiter wurden zusammengeschossen, über 500 Menschen kamen um. Kurz darauf ging das äthiopische Regime zur völligen Tilgung der letzten Reste der eigenständigen Existenz Eritreas über.

Das Jahr 1958 war so ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte des Kampfes des eritreischen Volkes. Die Volksmassen waren an einem Punkt angekommen, wo sie sahen, daß mit friedlichen Mitteln nichts mehr zu erreichen war, das Volk war zum Krieg gegen die äthiopischen Besatzer gezwungen, wollte es nicht untergehen. Die Kämpfe von 1958 veränderten die Situation aber auch dadurch, daß sich in ihnen die eritreische Arbeiterklasse zu einer

politisch selbständig handelnden Klasse entwickelt hatte, die nicht mehr lange Anhängsel der nationalen Bourgeoisie sein konnte und wollte.

1960 wurde die eritreische Befreiungsfront — ELF — gegründet und im September 1961 der bewaffnete Kampf auf dem Lande aufgenommen. In den darauffolgenden Jahren entwickelten sich die Kämpfe sehr rasch in die Breite; überall kam es zu kleineren Guerillaaktionen.

Die Revolution überwindet die bürgerliche Führung und schreitet siegreich voran

Aber die Aufnahme des bewaffneten Kampfes allein reichte nicht aus, um das Land zu befreien. Die ELF stand unter dem Kommando bürgerlicher Exilpolitiker, gestützt auf örtliche Stammesführer, die nicht in der Lage waren, eine richtige Strategie und Taktik des Kampfes zu entwickeln, den Hauptfeind zu bestimmen, die Widersprüche im eritreischen Volk richtig zu lösen und die breite Macht des Volkes anzustreben.

Natürlich gibt es Widersprüche im eritreischen Volk, Widersprüche zwischen einzelnen Stämmen, Sippen, zwischen verschiedenen religiösen Bekenntnissen. Diese Widersprüche hätten sich durch eine korrekte Anleitung lösen lassen. — Die Auslandsführung gab ihre Anweisungen nur durch Briefe, versuchte Streitigkeiten zwischen den Stämmen selbst mit stammesbornierten Mitteln zu schlichten, durch finanzielle Stärkung schwächerer Stämme, durch Pöstchenschieberei und Propagandasystem. 1965, als die Kämpfe auf das ganze Land ausgedehnt werden sollten, wurden auf ihre Anweisung hin fünf Kampfzonen eingeteilt, die weitgehend mit den Stammesgrenzen übereinstimmten. Diese Entscheidung hatte katastrophale Auswirkungen. Die Konflikte, die vorher im kleineren Ausmaß nicht gelöst worden waren, verschärften sich. Zwischen den militärischen Führern der einzelnen Kampfzonen kam es zu Rivalitäten, die so weit gingen, daß es in einigen Fällen zu Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung kam. All das fügte der Revolution ungeheuren Schaden zu. Teile des Volkes im Hochland wurden auf die Seite der Konterrevolution getrieben, vor allem durch die stammesmäßige und religiöse Diskriminierung, die von den reaktionären Führern der mohammedanischen Kampfzonen gegenüber der christlichen Hochlandbevölkerung betrieben wurde.

Als Folge des Zwiespalts in der militärischen und politischen Führung wurde die Besatzungsmacht offensiv und richtete ihren direkten Angriff auf die bäuerlichen Massen, die nur die Wahl hatten, in den Sudan zu fliehen oder in ihren brennenden Dörfern umgebracht zu werden. Ungeheure Grausamkeiten werden berichtet: In einem Dorf wurden an zwei Tagen 625 Menschen im Rahmen einer Vergeltungsaktion umgebracht. Überall im Land füllten sich die Konzentrationslager.

In dieser schweren Lage erwuchsen dem eritreischen Volk aus den Reihen seiner Befreiungsfront neue Kräfte. Einfache Kämpfer und mittlere Führungskader kritisierten die unfähige Auslandsführung und die stammesbornierte Haltung der Befehlshaber in den Kampfzonen.

Um ihre Position zu festigen, nahmen die bürgerlichen Machthaber in der Bewegung sogar Kontakt zum US-Generalkonsul in Asmara auf.

Die bürgerliche Führung mußte die Revolution in dem

Maße, in dem sich der Kampf verschärfte, immer tiefer in die Sackgasse führen. Den äthiopischen Besatzern gelang es, dem Volk schwere Schläge zu versetzen, während die regionalen Militärführer der ELF ihre Kommandoposten immer mehr als persönliche Pfründe betrachteten. Diese beruhten ohnehin nicht auf den Notwendigkeiten des Befreiungskrieges, sondern auf stammesmäßigen familiären Beziehungen und stützten sich wesentlich auf die Moslems. Je mehr die Militärführer ihre Hausmachten ausbauten, desto mehr verschärfen sich die Widersprüche zwischen den Nationalitäten und Stämmen, zwischen Moslems und Christen.

Diese schädliche Entwicklung trieb aber auch Kritik und Widerstand unter den einfachen Kämpfern und mittleren Kadern hervor. Diese errangen auf dem Kongreß der ELF 1969 in Adobha einen ersten großen Erfolg. Sie konnten dort durchsetzen:

1. Zusammenfassung der Befreiungsarmee auf nationaler Ebene Eritreas anstelle der Formation auf tribalistischer Ebene (stammesmäßig);
2. Vorbereitung einer Nationalkonferenz im Jahr 1970 zur Verabschiedung eines Programms, zu diesem Zweck die Einrichtung eines Vorbereitungsausschusses;
3. Einrichtung einer Kommission, die die Fehler, die gegenüber dem Volk begangen wurden, untersuchen sollte.
4. Eine besondere Abteilung für die ideologische Erziehung der Soldaten und des Volkes sollte eingerichtet werden, die Gewehre sollten sich einer ordentlichen politischen Führung unterordnen.

Es wurde durchgesetzt, daß das Oberkommando, das nicht gewählt worden war, sondern sich aus den bisherigen Befehlshabern der Kampfzonen zusammensetzte, nur eine Übergangslösung sei, seine Befugnisse wurden auf den militärischen Bereich beschränkt.

Die neugeschaffene provisorische Führung, das Generalkommando, unterschied sich allerdings weder personell noch politisch von den alten Militärführern. Rasch lösten diese sowohl das Vorbereitungsausschüsse für den Nationalkongreß als auch die Untersuchungskommission über die bisherigen Fehler wieder auf und paktierten mit einer selbsternannten "Auslandsführung".

Als diese verräterische Politik des "Generalkommandos" offenbar wurde, vollzog erst ein Teil, dann ein zweiter und ein Jahr später auch ein dritter Teil der Kämpfer der ELF die Trennung, insgesamt die große Mehrheit der Kämpfer und Kader der ELF, und gründete im Juni 1970 in Seidouha Aila nach eingehender Analyse der Situation das Kommando der "People's Liberation Forces"/PLF.

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte formulierte die Revolution klar und eindeutig ihre Ziele:

1. Die eritreische Revolution befindet sich in der national-demokratischen Etappe.
2. Der Hauptfeind ist der US-Imperialismus mit dem äthiopischen Kolonialismus und dem Zionismus als seinen Werkzeugen.
3. Das Mittel zur Befreiung ist der langandauernde Volkskrieg.
4. In den befreiten Gebieten wird eine neue Ordnung, demokratische Organe des Volkes errichtet.
5. Führende Kraft der Revolution ist die Arbeiterklasse, die im Bündnis mit den Bauern, die Hauptträger der Revolution sind, alle Klassen und Schichten, alle Kräfte, die im Widerspruch zu Imperialismus und Kolo-

nialismus stehen, um sich scharf.

In der kurzen Zeit ihres Bestehens errang die ELF/PLF gewaltige Erfolge.

Der Besatzungsmacht war es auch nie gelungen, die Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen. Trotz der ungeheuer schwierigen Bedingungen, der vielen Arbeitslosen, des Verhaftungs- und Kündigungserrors, haben sich die Gewerkschaften im Untergrund neu formiert. Über die Abwehrkämpfe gegen die absolute Verschlechterung der Lebensbedingungen hinaus sind sie heute zu einer wichtigen Kraft für die nationale Unabhängigkeit geworden.

Auch ein großer Teil der eritreischen Jugend an den Schulen und Hochschulen des Landes und selbst in Addis Abeba sympathisiert mit der ELF/PLF und unterstützt diese nach Kräften. Viele von ihnen gehen in die befreiten Gebiete, um sich den Kämpfen anzuschließen, übermitteln Nachrichten oder beteiligen sich an Aktionen in den Städten.

Als die ELF (Generalkommando) sah, daß ihr Einfluß rapide schwand, berief sie hastig einen "Allgemeinen Nationalkongreß" ein (November 1971), den sie vorher so eifrig sabotiert hatte. Auf diesem Kongreß stufte das Generalkommando, das sich jetzt "Revolutionsrat" nannte, die ELF/PLF als Konterrevolutionäre und äthiopische Agenten ein. Im Februar 1972 begann der "Revolutionsrat" die sogenannte "Liquidierungskampagne gegen die Konterrevolution", also gegen die ELF/PLF, mit der Begründung, man könne den äthiopischen Feind erst besiegen, wenn die PLF besiegt sei. Das bedeutet Bürgerkrieg innerhalb der Befreiungsbewegung!

Eine solche Linie ist natürlich selber konterrevolutionär. Denn unterscheidet man die Widersprüche zwischen dem eritreischen Volk und seinem imperialistischen Hauptfeind einerseits von den Widersprüchen innerhalb des Volkes und der Revolution andererseits, so ist klar: Es kommt darauf an, alle Kräfte, die zu gewinnen sind, gegen den Hauptfeind zu mobilisieren und die Widersprüche im Volk friedlich zu lösen.

Allerdings waren die Widersprüche im eritreischen Volk vielfältig und scharf. Es gab nicht nur die Widersprüche zwischen Arbeitern und Bauern und der nationalen Bourgeoisie, zwischen den Hirtenstämmen und den Bauern usw., sondern auch die zwischen den ca. 50 % Moslems und 50 % Christen, zwischen neun verschiedensprachigen Nationalitäten, die allesamt von den Kolonialisten über 100 Jahre hinweg geschürt worden waren.

Aber eine Revolution muß derartige Widersprüche lösen, um den Hauptfeind in der jeweiligen Etappe schlagen zu können. Die eritreische Revolution ist da keine Ausnahme. Macht man aber den Bürgerkrieg innerhalb des Volkes zur Voraussetzung für den Sieg über den Hauptfeind, dann erklärt man die Widersprüche im Volk zu Widersprüchen zwischen sich und dem Feind. Genau das tat der "Revolutionsrat der ELF" — und damit mußte er scheitern.

Nach mehr als einjährigem Bürgerkrieg und schweren politischen und militärischen Niederlagen mußte der "Revolutionsrat" seine großangelegte Liquidierungskampagne aufgeben und in einen Waffenstillstand einwilligen.

Während der ganzen Zeit hatte die ELF/PLF militärische Auseinandersetzungen nach Kräften vermieden und den "Revolutionsrat" zur Beteiligung an einer "Vereinigten Nationalen Front" aufgerufen.

Die ELF/PLF ging aus diesen Auseinandersetzungen ungeheuer gestärkt hervor.

Im Oktober 1972 wurde in den befreiten Gebieten ein Kongreß abgehalten, zur organisatorischen Festigung der Front, auf dem das Zentralkomitee der ELF/PLF mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet wurde, um die Revolution voranzutreiben und um das Programm weiter zu verwirklichen. Es wurden Ausschüsse für Propaganda und politische Mobilisierung, für Militär und Nachschub, für Sicherheit, medizinische Versorgung, Finanzen und Versorgungseinheiten eingerichtet.

Der Aufbau in den befreiten Gebieten und die nächsten Schritte des militärischen Kampfes

All das ist nur der organisatorische Ausdruck dafür, daß in den befreiten Gebieten eine neue Gesellschaft aufgebaut wird, und wie weit dieser Aufbau schon vorangeschritten ist.

Das Hauptaugenmerk richtet die Befreiungsbewegung auf die Entwicklung der Landwirtschaft. Gemeinsam mit den Bauern hat sie alle Formen des Feudalismus beseitigt. Das Pachtland wurde enteignet und an die landlosen Bauern verteilt. Gleichzeitig werden einfache Genossenschaften gegründet, gemeinschaftlich bewirtschaftete Felder, deren Überschüsse als Vorrat dienen oder gegen landwirtschaftliche Geräte, Stoffe und andere Gebrauchsgüter an die Befreiungsbewegung abgeliefert werden. Auf diesen Feldern werden die Bauern auch mit Bewabungsmethoden und dem Anbau von bisher unbekannten Nutzpflanzen vertraut gemacht. Besonders unter den Nomaden wurden große Erfolge erzielt, ganze Stämme wurden selbst, indem neues Land erschlossen und Brunnen gebohrt wurden.

Bei all dem gingen die Befreiungskräfte mit gutem Beispiel voran, versorgten sich aus eigener Kraft soweit sie nur konnten oder halfen der Bevölkerung bei der Arbeit. Die Befreiungsarmee hat auch Waffen an die Bevölkerung ausgegeben und unterweist sie, wie diese zu gebrauchen sind. So wurden in vielen Dörfern Milizen gegründet, die in ihrem Bereich Überfälle der Besatzungstruppen zurückschlagen konnten.

In vielen Dörfern wurden zum allerersten Mal Schulen eingerichtet. Der Unterricht orientiert sich an den Zielen des Befreiungskampfes. Nicht mehr fremde Eroberer und Kolonisatoren werden im Geschichtsunterricht verherrlicht, im Vordergrund stehen jetzt die Überlieferungen und Traditionen des eigenen Volkes, seiner Jahrhunderte alten Selbständigkeit und die jüngsten Kämpfe für nationale Unabhängigkeit. Außerdem werden in den Schulen landwirtschaftliche, handwerkliche und naturwissenschaftliche Kenntnisse vermittelt.

Ebenso wie das Schulwesen wurde auch die medizinische Versorgung der Bevölkerung sozusagen aus dem Nichts geschaffen. Jetzt gibt es mobile Ambulatorien und Hospitäler, Sanitäter, Krankenschwestern und Ärzte, die teilweise im Ausland, in der Volksrepublik Jemen, in der Volksrepublik China oder in anderen Ländern ausgebildet wurden und jetzt ihre Kenntnisse weitervermitteln.

All diese Fortschritte ließen sich nur erreichen durch eine umfassende politische Mobilisierung des eritreischen Volkes. In ihrem Programm propagiert die ELF/PLF eindeutig die Volksdemokratie und zieht einen scharfen Trennungsstrich zur bürgerlich-liberalen parlamentarischen Demokratie.

In Dörfern und in einzelnen Regionen wurden von der Bevölkerung Volksräte gewählt, aus den Reihen der Bauern und Nomaden oder derjenigen, die mit der Befreiungsbewegung aufs Land gegangen waren, Arbeiter und auch Angehörige des Kleinbürgertums. Diese Volksräte sind der Hauptgarant dafür, daß die politische Macht auch wirklich vom Volk ausgeht, daß die Führung sich nicht von den Massen entfernt und karrieristische, dem Stammesdenken verhaftete Elemente nicht wieder eine Chance erhalten, die Macht an sich zu reißen.

In der kurzen Zeit ihres Bestehens hat die ELF/PLF schon gewaltige Erfolge erzielt und Angehörige aller eritreischen Volksstämme für den Kampf gewonnen. Fest in der Hand der Besatzungsmacht sind nur noch einige Gebiete im Zentralen Hochland, aber selbst in der Hauptstadt Asmara haben die Befreiungstreitkräfte schon militärische Aktionen unternommen. Der Angriff auf das städtische Finanzamt, der während des Besuchs von Haile Selassie in Asmara erfolgte, und bei dem Waffen und anderes Material erbeutet wurden, erschütterte die Moral der Besatzungstruppen außerordentlich.

Trotz schwerster Bewachung der Bahnlinie Massawa—Asmara—Agordat gelingt es den Befreiungstreitkräften immer wieder, den militärischen Nachschub abzufangen, Züge entgleisen zu lassen und Einheiten des Gegners aufzureiben.

Die Besatzungsmacht steigerte all ihren Terror und ihre Brutalität gegen die Bevölkerung. Familien, deren Söhne sich der PLF angeschlossen haben, werden deportiert und in KZ's eingesperrt. Dörfer, die die Befreiungskämpfer unterstützen, werden mit Napalm bombardiert oder von den Besatzern eingeschert. Neuerdings beginnen sie, die Bevölkerung ganzer Landstriche in "Wehrdörfer" nach vietnamesischem Vorbild zwangsumzusiedeln. Aber trotz all dieser Angriffe können sie das Volk nicht von seiner Befreiungsbewegung trennen.

In vielen Dörfern liefert die Bevölkerung die Spione und die Waffen, die ihnen von der Besatzungsmacht zur "Selbstverteidigung gegen die Terroristen" gegeben wurden, an die Befreiungstreitkräfte aus und stellt sich unter deren Schutz, wenn die Kolonialarmee versucht, sie an der Feldbestellung zu hindern.

1970 begann der bewaffnete Kampf in der südöstlichen Provinz Eritreas, in Dankalia. Obwohl die Kampfbedingungen in dem wüsten und schwachbesiedelten Gebiet außerordentlich schwierig waren, konnten doch große Erfolge erzielt werden, vor allem dadurch, daß eine neue Verbindung zur Außenwelt geschaffen wurde: Von der Volksrepublik Jemen aus wird die Befreiungsfront mit Nachschub versorgt. Ansonsten versorgt sich die Befreiungsbewegung aus den Beständen und Lagern ihrer Gegner.

So sind die Besatzer heimatlos, selbst in den Regionen, die sie militärisch kontrollieren. Außer einer äußerst schmalen Schicht von Verrätern haben sie das ganze Volk zum Feind. Immer wieder kommt es vor, daß ihre Patrouillen im Gassengewirr der Städte spurlos verschwinden, daß Wachtposten und Ämter angegriffen und ausgeräumt werden. Die ELF/PLF ist überall gegenwärtig, über ein Netz von Vertrauensleuten, über eigene Zeitungen und Flugblätter bleibt sie mit den Massen in Verbindung und hält sogar in den Städten illegale Versammlungen ab. Im ganzen Land, also in den besetzten wie in den befreiten Gebieten, nimmt die Bevölkerung teil an den politischen Diskussionen,

erfährt über neue Erfolge im Kampf und wird in ihren eigenen Kämpfen angeleitet und ermutigt.

Der BRD-Imperialismus unterstützt das äthiopische Regime tatkräftig

In die Front der Unterdrücker des Volkes von Eritrea und der äthiopischen Völker reiht sich auch der BRD-Imperialismus ein. 1965, als sich der bewaffnete Freiheitskampf des eritreischen Volkes bereits ausgedehnt hatte, schlossen das westdeutsche Verteidigungsministerium und der äthiopische Innenminister einen geheimen Militärhilfungsvertrag. Artikel 1 dieses Vertrages bestimmt:

"Der Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland gewährt dem Innenminister des Kaiserreichs Äthiopien beim Auf- und Ausbau der äthiopischen Polizei folgende Unterstützungen unter den in diesem Abkommen festgelegten Bedingungen:

- a) Der Bundesminister der Verteidigung liefert dem Innenminister des Kaiserreichs Äthiopien Ausrüstung für den Auf- und Ausbau der äthiopischen Polizei.
- b) Der Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland wird eine Sachverständigengruppe in das Kaiserreich Äthiopien entsenden, die die Regierung des Kaiserreichs Äthiopien bei der Ausrüstung der äthiopischen Polizei mit dem von der Bundesrepublik Deutschland gelieferten Gerät unterstützen wird.
- c) Der Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland wird Personal der äthiopischen Polizei in der Bundesrepublik Deutschland ausbilden."

(aus: U.Albrecht u.a., Deutsche Waffen für die Dritte Welt, S.126ff.)

Der Geist dieses Vertrages wird von der SPD/FDP-Regierung fortgesetzt. So wurde zum Beispiel 1970/71 ein Abkommen über die Lieferung von Material im Wert von 4 Millionen DM vereinbart. "Die Lieferungen umfaßten Kraftfahrzeuge, Funkgeräte und ähnliches Material für eine motorisierte Polizeitruppe, die ... wichtige Aufgaben bei der Bekämpfung der Eritreanischen Befreiungsfront und in den militärischen Engagements der äthiopischen Politik zugewiesen bekam. Die mit deutschem Material ausgerüstete Polizeitruppe wurde sowohl ... gegen die Eritreanische Befreiungsfront als auch im Grenzkrieg gegen Somalia eingesetzt." (U.Albrecht, Deutsche Waffen ... S.120)

Unter dem Schutzschild des US-Imperialismus, des Zionismus und der eigenen Experten für innere Sicherheit sind auch westdeutsche Konzerne in Äthiopien eingedrungen. Dort betragen die Löhne für einen 10 bis 12-stündigen Arbeitstag ca. 1,20 DM. Siemens, AEG, BASF, Hoechst, Grundig und Trapp haben eigene Vertretungen. Als die Arbeiter in der Baufirma Trapp im August 1971 höhere Löhne, Krankengeld und Unfallversorgung forderten, griff sofort die Polizei ein. Jetzt hat diese Firma eine eigene Polizeistation im Werkbereich.

Wie überall in der Welt ist der westdeutsche Imperialismus und seine Bundesregierung der beste Verbündete der reaktionärsten und volksfeindlichsten Regimes.

Wenn der BRD-Imperialismus aber seine Stellung in Afrika und im Nahen Osten gegenüber den Konkurrenten — USA, Japan, Frankreich und neuerdings auch der UdSSR — erhalten und ausbauen will, dann ist er zu zweierlei gezwungen: Er muß erstens den Angriff auf den Reallohn der westdeutschen Arbeiterklasse weiter vorantreiben, um die Ressourcen zu gewinnen, die er braucht, um im mörderi-

schen Konkurrenzkampf auf allen Märkten der Welt und besonders auch in Afrika Stand zu halten. Jedes Vordringen des BRD-Imperialismus in diesem Teil Afrikas hat also die verschärfte Ausbeutung in Westdeutschland zur Voraussetzung. Und der BRD-Imperialismus muß sich zweitens direkt an der Unterdrückung der eritreischen Revolution beteiligen. Denn der Sieg des eritreischen Volkes hätte eine unabsehbare Flut weiterer revolutionärer Erhebungen der afrikanischen und arabischen Völker — und damit eben den Verlust dieser Märkte — zur Folge.

Jeder Sieg des eritreischen Volkes gegen den Imperialismus ist also unser Sieg.

Solidarität mit dem Kampf des eritreischen Volkes für nationale Unabhängigkeit und Volksdemokratie!
Für den endgültigen Sieg der eritreischen Revolution!
Unterstützt den Aufbau in den befreiten Gebieten!

H.B., Hamburg

(Der Artikel stützt sich auf die Broschüre "Der Freiheitskampf des Volkes von Eritrea", herausgegeben von der ELF; sowie auf verschiedene Dokumente der ELF/PLF und auf ausführliche Diskussionen mit den eritreischen Genossen.)

Im Februar erscheint im Verlag Jürgen Sandler eine Broschüre zum Thema: 'Ölkrise' — Krise des Imperialismus.

Die Broschüre enthält drei Artikel zum Thema der sogenannten "Ölkrise":

1. Die Energiekrise — das Resultat kapitalistischer Ölausbeutung. Die Herausbildung des Welt-erdölmarktes und seine krisenhafte Entwicklung bis zum Januar 1974
2. Die Verträge zwischen ölproduzierenden Ländern und multinationalen Konzernen
3. Die Stellung der amerikanischen und britische Ölkonzerne im internationalen Ölgeschäft

Der erste Artikel untersucht die historische Herausbildung des Welterdölmarktes und die Wandlung des Kräfteverhältnisses zwischen den multinationalen Konzernen, den Importstaaten und den Erzeugerstaaten und geht auf die Kräfteverschiebung ein, die mit dem Streben der ölproduzierenden Länder nach mehr Unabhängigkeit entstanden ist.

(Kurze Inhaltsangabe: Die Herausbildung des Kartells / Die Politik der Ölkonzerne / Neue Konzerne drängen ins Ölgeschäft / Gründung der OPEC / Die Krise 70/71 und ihre Folgen / Die Abkommen von Teheran und Tripolis / Die Lage auf dem Welterdölmarkt nach dem 4. Nahost-Krieg)

Die beiden anschließenden Artikel beschreiben die Ausplünderung der erdölfördernden Länder durch die multinationalen Konzerne und das ausländische Kapital mit Hilfe von Konzessionen und entsprechenden Verträgen. Anhand von Beispielen und von Zahlenmaterial werden diese Beziehungen der imperialistischen Länder und der multinationalen Ölkonzerne zu den ölexportierenden Ländern verdeutlicht.

Die Broschüre hat ca. 50 Seiten und erscheint zu einem Ladenpreis von ca. 2,50 DM

Bestellungen an:

Verlag Jürgen Sandler, 69 Heidelberg, Uferstr.56

NEUES ROTES FORUM

Nach der Gründung des KBW hat das NEUE ROTE FORUM sein Erscheinen eingestellt. Es können jedoch noch folgende, bereits erschienene Hefte über den Verlag Jürgen Sandler, 69 Heidelberg, Uferstr. 56 bestellt werden:

NRF Sondernummer
- Kampf zweier Linien in der KP China -
Ladenpreis DM 2,50

NRF Sondernummer
- Das Programm der westdeutschen Kommunisten -
Ladenpreis DM 2,-

NRF Sondernummer
- Artikel zur Frage des Parteaufbaus aus dem NRF 1970 -72
Ladenpreis DM 2,-

NRF 1-2/73
- Auseinandersetzung um das Programm der westdeutschen Kommunisten -
Ladenpreis: 4,-DM

NRF 3/73
- Zur Arbeit in den Gewerkschaften
- Thesen zur Politik der Aktionseinheit
- Imperialismus und Weltmarktbewegung
- Geltung des Wertgesetzes im Sozialismus u.a.
Ladenpreis: DM 2,50

nationale befreiung 3

Inhalt:

- Geschichte der Arbeiterbewegung Indonesiens
- Selbstkritik der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI)
- Neues Programm der PKI von 1966

Freiheit für alle politischen Gefangenen Thieus!
Weg mit dem Thieu-Regime!

Dokumente und Analysen zur politischen Unterdrückung in Saigon und dem Kampf des Volkes gegen die politische Unterdrückung.
Herausgeber: Indochinakomitee in Frankfurt/N. Freiburg, Heidelberg, Köln, Wiesbaden Preis: DM 3,-



Bereits erschienen:

Die Arbeit der Kommunisten unter den Studenten

Zur Auseinandersetzung um den Beschluß des Zentralen
Komitees des KBW über die kommunistischen Massen –
organisationen unter den Studenten vom 15.12. 1973

Bestellungen an: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf 68 Mannheim, Sandhoferstr.29

Dokumentation der Kommunistischen Hochschul-
gruppe zur Verfolgung fortschrittlicher Studenten
durch die Klassenjustiz



Bestellungen an:

Verlag J. Sandler 69 Heidelberg
Uferstr. 56

Preis: 2.-DM Der Reinerlös geht an den Rechtshilfefonds

ROTE ROBE

6/73

Die gegenwärtige Prozeßwelle – Konsequenzen
für den demokratischen Kampf

RAF-Prozesse

Kiel: 15 Studentenprozesse

Pressefreiheit - I. Teil

Chile – Frage der Legalität

Berufsverbote: Die jüngsten Fälle

1/74

Bundeswehr – Zu den Rechten der Soldaten

Verhöre von Staatsdienstbewerbern

Pressefreiheit – II. Teil

CISNU -Demonstration verboten

u.a.

Diese Nummer erscheint am 5.3.74

Die ROTE ROBE kostet DM 2,- im Einzelverkauf und
DM 9,80 im Jahresabonnement (zuzüglich Postzustellungs-
gebühren). Bereits erschienene Hefte können auf Wunsch
nachbestellt werden; lieferbar sind noch die Hefte 1 und
4-6/72 sowie die Hefte des Jahres 1973.

KOSTENLOSES PROBEHEFT ANFORDERN!

ROTE ROBE Verlag, 69 Heidelberg 1, Postfach 1410